

# DAS ARGUMENT 112

Verlagsmitteilungen	785
Editorial: Zum vorliegenden Heft	787
Gollwitzer, Haug, Wulff: Für eine erneute Solidarität mit Vietnam	789

## Krise/Gewerkschaftliche Politik/Wissenschaft

Frigga Haug Thesen über gewerkschaftsorientierte Wissenschaft	792
Michael Ernst-Pörksen und Karl-Ernst Lohmann Methodische Probleme einer alternativen Wirtschaftspolitik	798
Jörg Goldberg Zur Einschätzung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise	807
Werner Goldschmidt Krise und Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus	814
Stefan Schmidlin Strategien der antimonopolistischen Linken in der Schweiz	823

## Bürgerproteste und Herrschaft

Walter Andritzky Umweltinitiativen als politischer Machtfaktor	832
Ulla Terlingen Technokratie, weibliche Sozialisation und Ökologiebewegung	845
Martin Meyer-Renschhausen Kernenergie und ihre Alternativen. Literaturbericht	854
Jürgen Friedrich Informationstechnologie als Herrschaftsinstrument	862
Kongreßankündigungen und -berichte: Russell-Tribunal; BdWi-Tagungen Studienreform und Gesundheitspolitik; 16. Weltkongreß für Philosophie; 9. Weltkongreß für Soziologie/Bereich Medizinsoziologie; Datenschutztagung	877
Martin Blankenburg: Zu Dietzgens 150. Geburtstag	884
Besprechungen: Kritische Theorie; Frauenliteratur; Erwachsenenbildung; Arbeiterbildung; Wirtschafts- und Sozialgeschichte: »Stamokap«; Schweiz	888
<u>Inhaltsverzeichnis 1978</u>	929
<u>Zeitschriftenschau</u>	I
<u>Über die Autoren</u>	X

# DAS ARGUMENT

## Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon 030 / 8 31 49 15

**Auslieferung:**

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030 / 4 61 90 61

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Beier, Christel</i> : Zum Verhältnis von Gesellschaftstheorie und Erkenntnistheorie ( <i>D. Hirschfeld</i> ) .....	888
<i>Schmucker, Joseph F.</i> : Adorno – Logik des Verfalls ( <i>P. J. Brenner</i> ) .....	889
<i>Maurex, Reinhart Klemenz</i> : Jürgen Habermas' Aufhebung der Philosophie ( <i>D. Hirschfeld</i> ) .....	889
<i>Kunstmann, Wilfried</i> : Gesellschaft – Emanzipation – Diskurs. Darstellung und Kritik der Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas ( <i>E. Sander</i> ) .....	890
<i>Pohrt, Wolfgang</i> : Theorie des Gebrauchswerts ( <i>H.-M. Lohmann</i> ) .....	891



ISSN 0004-1157

(Fortsetzung auf Seite VIII)

Das Argument erscheint 1978 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 924 Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,- DM; im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,- DM, + Versandkosten. – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Berliner Disconto Bank 721/7722, Postscheckkonto Berlin West 5745-108. – Satz: Hellmich KG, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin. 1.-10. Tausend Dezember 1978

**Beilagenhinweis:** Dieses Heft enthält einen Prospekt des Luchterhand-Verlag sowie – in Teilaufgaben – Prospekte des Pahl-Rugenstein-Verlag, des Institut für Marxistische Studien und Forschungen, und Bestellkarten der Tageszeitung die Neue und des Argument-Verlag.

## Verlagsmitteilungen

Vor einem halben Jahr mußten wir notgedrungen den Rückzug antreten: aus dem professionell geführten Verlag, der den Redakteuren den Rücken frei hielt, in den »Selbstverlag«. Würde es gut gehen? Würde das neue Team es schaffen, die Auslieferung pünktlich zu bewältigen? Oder würde das Chaos ausbrechen? Würde es gelingen, neue Beziehungen und Erfahrungen mit Setzereien, Papierlieferanten und Druckereien aufzubauen, mit real niedrigeren Kosten als bisher? Würde die finanzielle Sanierung des Verlags glücken? So viele Fragen, so viele Zweifel.

Ein halbes Jahr später die Zwischenbilanz: Die Auslieferung hat – dank großer persönlicher Anstrengungen – geklappt, ebenso die Produktion. Die Hefte kamen sogar zeitiger als bisher zu den Abonnenten. Die buchtechnische Qualität war nicht immer so gut wie früher. Aber die Kosten sanken tatsächlich. Das in eigener Regie Produzierte nimmt sich schon jetzt stattlich aus: 4 Hefte der Zeitschrift, 10 Sonderbände, 20 Studien-Hefte. Bis auf einen Band (AS 30, Soziale Medizin), der aus redaktionellen Gründen erst im nächsten Frühjahr ausgeliefert werden kann, ist das Jahresprogramm verwirklicht, sind die Rückstände aus 1977 (AS 19 und AS 20) aufgeholt.

Die Finanzierung ist aufgrund privater Kredite (über die in Heft 110 berichtet worden ist) bis auf weiteres gesichert. Mitte nächsten Jahres muß sich zeigen, ob die Sanierung geglückt ist. Auftrieb geben uns die Überbrückungskredite und Spenden, die noch immer eingehen. Heiko Haumann aus Freiburg hat angeregt, einen Argument-Fördererkreis ins Leben zu rufen, der durch kleinere, dafür regelmäßig eingehende Spenden einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung leisten kann.

Nicht weniger hilfreich ist die Unterstützung bei der Gewinnung neuer Abonnenten, sei es für die Zeitschrift, sei es für die AS-Reihe insgesamt oder für *Gulliver* (der neuerdings auch gesondert abonniert werden kann). Auch bei den Studien-Heften haben uns Initiativen einzelner Leser und Mitarbeiter entscheidend genützt. (Wiederverkäufer, Sammelbesteller und Organisationen erhalten entsprechende Rabatte.)

Die entscheidende Schlacht ist bei einem so umfangreichen Unternehmen nicht mit Spenden zu schlagen, sondern nur mit einem einigermaßen ausgeglichenen Kosten-Erlös-Verhältnis. Die Herstellungskosten lassen sich nicht weiter drücken. Die Auslieferungskosten, die einen entscheidenden Nervpunkt darstellen, versuchten wir zum Beispiel dadurch zu senken, daß wir dem letzten Heft (Arg. 111) Abo-Zahlkarten beilegten, statt Rechnungen zu schreiben. Wir bitten dringend alle, die das noch nicht getan haben, von diesen Zahlkarten Gebrauch zu machen. Wir verlängern die Frist, innerhalb welcher man sich einen Prämien Band (entweder AS 10 »Massen/Medien/Politik« oder AS 12 »Lohnarbeit – Staat – Gesundheitswesen« oder AS 20 »Argument-Register«) zum Preis von 10,- DM (statt 18,50 DM, Studenten 15,- DM) anschaffen kann, bis zum 31. 12. Wer seine Zahlkarte verloren hat oder neu abonnieren will, der fordere eine weitere an.

Die Kosten lassen sich kaum mehr drücken. Um den Verlag zu sanieren, kommen wir nicht mehr darum herum, einige Preise so anzuheben, daß sie kostendeckend sind.

### Die neuen Preise (ab 1. 1. 1979):

Zeitschrift *Das Argument*: Einzelheft 9,80 DM (wie bisher), für Studenten 8,50 DM (statt bisher 8,- DM). Im Abonnement kostet das Heft 8,50 DM (statt bisher 7,50 DM), für Studenten 7,- DM (statt bisher 6,- DM).

Abo insgesamt: 51,- DM + 4,- DM Versandkosten = 55,- DM

Studenten-Abo: 42,- DM + 4,- DM Versandkosten = 46,- DM

*Argument-Sonderbände:* Einzelpreis 15,50 DM (wie bisher), für Studenten 12,80 DM (statt bisher 12,- DM). Im Abonnement kostet der Band 12,80 DM (statt bisher 13,- DM), für Studenten 11,- DM (statt bisher 10,- DM). (Bei Auswahl-Abo, das zur Abnahme von mindestens 3 AS-Bänden nach Wahl verpflichtet, kommen Versandkosten hinzu; das AS-Gesamt-Abo wird dagegen portofrei ausgeliefert.

Wir wissen, daß für die studentischen Leser, deren soziale Lage sich in den letzten Jahren verschlechtert hat, Preiserhöhungen nicht leicht zu verkraften sind. Aber der Verlag ist anders nicht zu halten. Im übrigen liegen wir im Vergleich zu anderen Publikationen noch immer recht preisgünstig (vgl. die Rechnung im Editorial zu *Argument* 106/1977). Bei der jüngsten Frankfurter Buchmesse lag der »Durchschnittsbogenpreis« für Bücher bei 1,72 DM (ein Bogen = 16 Druckseiten). Dies würde zum Beispiel bei AS 21 (»Reformpädagogik und Berufspädagogik«) einen Verkaufspreis von 28,50 DM bedeuten. Tatsächlich aber verkaufen wir ihn an Verdienende um etwas mehr als die Hälfte, an Studenten um 58% unter dem Durchschnittspreis, an die studentischen Abonnenten gar zu 65% darunter.

Überdies enthält die Seite überdurchschnittlich viel Text. Wir sind bei der Einsparung in dieser Richtung zu weit gegangen. Bestimmte Sonderbände müssen bald mit der Lupe gelesen werden, wurde uns gesagt. Wir werden deshalb wieder einen etwas größeren Schriftgrad wählen.

#### AS-Programm für 1979

Damit die Leser beurteilen können, ob sich ein Auswahl- oder gar Gesamt-Abonnement der AS-Reihe für sie lohnt, veröffentlichen wir hier das Programm fürs nächste Jahr. Genaue Erscheinungstermine anzugeben ist im einzelnen nicht möglich. In etwa soll die Reihenfolge der Numerierung eingehalten werden. Eine Ausnahme wird AS 44 machen, der bereits im Führjahr erscheinen soll.

AS 33 *Gulliver 5: Englisch/Unterrichts- und Studienreform*

AS 34 *Forum Kritische Psychologie 4*/herausgegeben von Klaus Holzkamp

AS 35 *Alternative Wirtschaftspolitik/Methodische Grundlagen – Analysen und Diskussion* (Beiträge von M. Bolle, J. Glombowski, J. Goldberg, R. Hikkel, J. Huffschmid, H. Riese, K. H. Tjaden, W. Voigt u. a.)

AS 36 *Stamokap-Theorie – Probleme und Diskussion – Staat und Monopole III*/herausgegeben von Werner Goldschmidt

AS 37 *Jahrbuch für kritische Medizin 4*

AS 38 *30 Jahre Bildungspolitik/Schule und Erziehung (VII)*

AS 39 *Gulliver 6: Shakespeare inmitten der Revolutionen*

AS 40 *Theorien über Ideologie* (Projekt Ideologie-Theorie)

AS 41 *Forum kritische Psychologie 5*/herausgegeben von Klaus Holzkamp

AS 42 *Musik 50er Jahre*/herausgegeben von Dietrich Stern

AS 43 *Automationsarbeit : Empirie/Projekt Automation und Qualifikation, Bd. 4*

AS 44 *Eurokommunismus – Strategie für die Bundesrepublik? Zu einer marxistischen Theorie der Politik* (Arbeitskreis westeuropäische Arbeiterbewegung, Christoph Kievenheim, Karin Priester, Detlev Peukert u. a.)

in Vorbereitung ferner:

AS 45 *Frauenbewegung*/herausgegeben von Frigga Haug

AS 46 *Sozialismus und Entwicklungsländer*/Internationales Sozialismus-Forum 1

AS 47 *Materialistische Kulturtheorie*/Theoretische Grundlagen und Beiträge zur Erforschung der Alltagskultur

verspätet erscheint der zum Jahrgang 1978 zählende Band  
AS 30 *Soziale Medizin (VIII)* (März/April 1979)

### Die neue Tageszeitung

Eine der bundesrepublikanischen Besonderheiten, die kräftig zu einer deutschen Misere beiträgt, ist der Zustand der Presse, das fast völlige Fehlen progressiver Tageszeitungen – außer den Organen der bundesdeutschen und westberliner kommunistischen Parteien. Ab Februar soll es eine linke Tageszeitung geben, produziert von der (erweiterten) Mannschaft des »ed« (»extra dienst«). Als Zeitschriftenmacher kennen wir die finanziellen Probleme des Metiers nur zu gut. Gerade deshalb rufen wir unsere Leser auf, das Experiment dieser Zeitung, genannt *Die Neue*, nach Kräften zu unterstützen, und zwar vom Anfang an. Die einzige Chance für einen Erfolg besteht in einem genügend großen Grundstock von Abonnenten. Ein Abonnement ist nicht nur der Preis, den man für eine Ware bezahlt, sondern auch und vor allem ein gesellschaftlicher Auftrag. Wer die Existenz einer linken Tageszeitung mit breiter, die fortschrittlichen Hauptkräfte einbeziehender Bündnisperspektive für notwendig hält, der muß unbedingt dieses Projekt unterstützen.

Wie es eine theoretische Kultur gibt, so eine politische und informationelle Kultur. Sie ist nichts, was einmalig und isoliert herzustellen ist; sie läßt sich nur als Prozeß verwirklichen, der einen Diskussions- und Informationszusammenhang aufbaut und kontinuierlich pflegt. Wir haben bisher linke Teil-Öffentlichkeiten und einen Überhang an theoretischen zumal. Die Tageszeitung wird daran gemessen werden, ob es ihr gelingt, möglichst viele dieser Teilöffentlichkeiten zusammenzuschließen. Mit der Unterstützung zu warten, bis sich herausstellt, ob dieser und andere Ansprüche von der Neuen eingelöst werden, hieße, das Projekt zum totgeborenen Kind zu machen. Zuerst muß überhaupt die Chance geschaffen werden, eine Erfahrung zu machen. Es gibt keine Erfolgsgarantie, und nach einem halben Jahr Bewährungsprobe wird man Die Neue entweder halten oder kündigen. Aber eines kann man auf keinen Fall: Untätig abwarten, ob sie etwas wird.

(Wir sind nicht uneigennützig, wenn wir Die Neue unterstützen. Ein progressiver Verlag, der die Erfahrung macht, daß seine Bücher von *allen* existierenden Tageszeitungen immer oder fast immer totgeschwiegen werden, ist existenziell darauf angewiesen, daß eine neue Zeitung ins Leben gerufen wird.) Bestelladresse: Die Neue, Pfalzbürger Straße 20, D-1000 Berlin 31.

### Zum vorliegenden Heft

Unter dem Druck der Krise haben antireformistische Kräfte im Regierungsbündnis die Oberhand gewonnen. Mit dem Reformismus ist auch die bisherige Politik der Gewerkschaften in die Krise geraten: ständige Lohnerhöhungen sind nicht mehr durchzusetzen, die strukturelle Arbeitslosigkeit erfordert eine strategische Neuorientierung. Die Basis gerät in Bewegung, ihre Probleme sind ungelöst. Der ökonomistische und pragmatistische Trotz im Schlepptau der SPD führt in die Sackgasse. Der DGB muß selbst eine Alternative zur staatlichen Politik konzipieren. Wirksame Alternativen zur sozialliberalen Wirtschaftspolitik können nur aus der Einsicht in Ursachen und Verlaufsform der Krise entwickelt werden.

Jetzt versuchen viele linke Wissenschaftler, aus ihren Elfenbeintürmen herauszukommen und ihre Arbeit an den Erfordernissen gewerkschaftlicher Politik zu orientieren. Einige verstehen unter »gewerkschaftlicher Orientierung« der Wissenschaft

eher ein Dienstleistungsverhältnis, in dem sie den Arbeiterorganisationen zu ihrer bisherigen Politik einen wissenschaftlichen Anstrich liefern. Denen ist damit nicht gedient, sie brauchen neue Konzepte. Wenn mehr Wissenschaftler unter der »gewerkschaftlichen Orientierung« verstehen: studieren, wie sich die Bedingungen gewerkschaftlichen Handelns verändern, welche neuen Arten des Eingreifens möglich und notwendig sind und worin dabei die Schwierigkeiten bestehen; wenn sie den Streit mit denen nicht scheuen, die alte Wege noch für Auswege ausgeben; – dann werden auch mehr Wissenschaftler Interesse an und Mut zu dieser Umorientierung finden.

Manche verbreiten immer noch die Illusion, die ökonomische Krise werde die politische schon nach sich ziehen. Der Ökonomismus treibt sie in die Resignation oder in Arroganz gegenüber denjenigen, die die Kosten dieser Krise bezahlen müssen, auch mit den gewöhnlichen Katastrophen ihres Alltags. Das politische System der Bundesrepublik ist vergleichsweise stabil. – Als die Studentenbewegung noch versuchte, die Verhältnisse durch politische Konfrontation und Provokation zu ändern, propagierten wir das Studium der Ökonomie. Jetzt brauchen wir das Studium der Politik: wie stellen die herrschenden ideologischen Mächte, allen voran der Staat, den Konsens der Massen sicher? Eine Politik, die den Ökonomismus praktisch überflüssig machen könnte, braucht die Analyse der Formen gesellschaftlicher Integration. *Das Argument* wird sich im Rahmen seines Verlagsprogramms darum bemühen.

Vielleicht ist die Bewegung der Bürgerinitiativen gegen den Ökonomismus in den Gewerkschaften und unter den Linken entstanden. Sie bilden – neben der abspenstigen linken Intelligenz und den nicht mehr bedingungslos staatsstreuen Gewerkschaften – die dritte Bruchlinie im politischen System der Bundesrepublik. Mißtrauisch und aufgebracht gegen Parteien, Parlamente und Verwaltungen nehmen Bürger ihre Angelegenheiten wieder in die eigenen Hände. Von ihren Privatinteressen aus – aber oft über sie hinausgehend – mischen sie sich in größere gesellschaftliche Zusammenhänge ein. Sie eignen sich einen Teil der Kompetenz wieder an, die der Staat an sich gezogen hat. Sie erfinden neue Formen demokratischer Willensbildung.

Es kann nicht die Aufgabe einer wissenschaftlichen Zeitschrift sein, im Kampf zwischen Links und Rechts in den »Grünen Listen«, im Streit zwischen verdammender Kritik und unkritischer Zustimmung eine politische Stellungnahme abzugeben. Wir können jedoch das Begreifen dieser Politikform organisieren zur Verbesserung des Eingreifens. Was ist das für eine neuartige soziale Bewegung, welches sind ihre Ursachen, Formen, Widersprüche, Entwicklungsdynamik, Konzepte? Vorläufig gibt es Fragen über Fragen. Mit dem Abdruck der Beiträge von *Andritzky* und *Terlinden* möchten wir Leser und Mitarbeiter auffordern, an den Antworten mitzuarbeiten.

Andritzky sieht die Perspektive der Bürgerinitiativen in ihrer Autonomisierung (»Gegenverwaltung«, »ökologische Alternativkultur«, »dezentralisierte ökologische Gemeinwesen«) und Subjektivierung (Bedürfnisse als Grundlagen für politische Perspektiven). Aber in der Objektivierung, Verallgemeinerung ihrer Interessen, im Bündnis mit der Wissenschaft liegt doch gerade ihre Stärke. Zu fragen ist eher, wie weit dem die Vertretung von Privatinteressen in den Initiativen entgegensteht. Muß man zwischen Bürgerinitiativen verschieden breiter Bündnisfähigkeit unterscheiden, abhängig davon, wie gesellschaftlich oder privat ihre Interessen sind? Orientieren sich die Bürger durch die von Andritzky festgestellten Lernprozesse zunehmend auf gesellschaftliche Planung? – Wie sind die in der Bewegung verbreiteten ideologischen Konzepte (Kritik der Technik, »Alternativ«-Konzepte aller Art) zu beurteilen? Was bedeutet es, daß die meisten Initiativen mit »Umwelt« im weitesten Sinne zu tun haben? Warum bewegen jetzt in der Krise viele Menschen Probleme der Lebensweise und des Überlebens? – Warum haben sich die Parteien zuvor um diese Fragen nicht gekümmert? Liegt die Perspektive der Bürgerinitiativbewegung in der Form der poli-

tischen Partei oder eher in einer allgemeinen vorparteilichen Aktivierung und Sensibilisierung der Bürger für die politische Interessenvertretung? Bedingt der Inhalt der Bewegung – Probleme des alltäglichen Lebens – ihre Form als Bürgerinitiativen, sind sie dem Alltagsleben enger verbunden als politische Parteien? – Gibt es eine Kontinuität von den »Basisgruppen« der Studentenbewegung zu den Bürgerinitiativen? – Wie könnten die Gewerkschaften lernen, die Natur nicht nur vom Standpunkt der Schaffung von Arbeitsplätzen zu sehen, sondern vom Standpunkt des ganzen Lebens der Arbeiter? Wenn auch noch die Bürgerinitiativen lernen, daß dieser *wirkliche Gegensatz* nicht durch eine »ökologische Alternativkultur« dezentral vermittelt werden kann, sondern nur gesellschaftlich – wäre dann nicht ein Bündnis von Initiativen und Gewerkschaften möglich, dem kein Umweltverschmutzer und Arbeitsplatzvernichter widerstehen könnte?

Helmut Gollwitzer, Wolfgang Fritz Haug, Erich Wulff

## Für eine erneute Solidarität mit Vietnam

Wie für die ganze fortschrittliche Bewegung der 60er und 70er Jahre, ist auch für diese Zeitschrift die praktizierte Solidarität mit der vietnamesischen Befreiungsbewegung eine entscheidende politische Erfahrung gewesen. Von 1966 an<sup>1</sup> haben wir uns immer wieder zum Vietnam-Krieg geäußert. Wir waren Teil einer weltweiten Solidaritätsbewegung, die in *zweiter Linie* – im strategischen Sinn der *zweiten Front* – zum Sieg der »Vietkong« beitragen wollte.

Die Plötzlichkeit dieses Sieges von 1975 – nach so vielen Jahren Leid, Zerstörung, Ausdauer und Mut – wirkte auf uns fast unreal, ebenso die Bilder im Fernsehen, in denen die letzten Tage des Imperialismus angebrochen schienen.

Seither war Vietnam für viele der damaligen Mitstreiter der Bewegung kein Thema mehr. Die Anstrengungen des Wiederaufbaus, der mühsame Weg in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft und auf wirtschaftliche Entwicklung übten weniger Faszination aus als Kampf, Tod und Sieg. Daß Vietnam nicht ganz vergessen wurde, dafür sorgte vor allem die *Hilfsaktion Vietnam* mit ihren Spendenaufrufen, z. B. mit der die Notwendigkeit der Vietnamhilfe geradezu pathetisch einfach ausdrückenden Kampagne *Zwanzig Millionen Nähnadeln für Vietnam*<sup>2</sup>.

Schlagartig ist in jüngster Zeit die Notwendigkeit einer erneuten internationalen Vietnamsolidarität in den Vordergrund gerückt. Das Land wird gegenwärtig von der schwersten Überschwemmung seit 35 Jahren heimgesucht. Davon sind ca. 2 von insgesamt 5 Millionen Hektar Reis-Anbaufläche betroffen. Ein großer Teil der Ernte – man spricht von 2,8 Millionen Tonnen Reis – wurde vernichtet. Man weiß von 98 Todesopfern, und über drei Millionen Menschen sind von Hungersnot bedroht. Über eine halbe Million Wohnstätten wurden durch die Wassermassen beschädigt oder fortgeschwemmt. Verloren ging auch ein für die Entwicklung besonders wichtiger Teil des bescheidenen Nationalreichtums: 5480 Schulräume und 16 Labors wurden beschädigt oder zerstört, 1,5 Millionen Schulbücher vernichtet. Ein reiches Land kann sich kaum vorstellen, was diese Zahlen bedeuten.

»Naturkatastrophe« ist das alles wohl nur zum Teil – zugleich dürfte es auch eine Nachwirkung der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts durch die Entlau-

bungsaktionen – also die chemische Umweltkriegführung – der USA sein. Geld, Devisen sind nötig, damit Vietnam Lebensmittel importieren und sein Aufbauwerk fortsetzen kann. Das zweitreichste Wirtschaftsgebiet der Welt, die EG hat – man traut seinen Augen nicht – ganze 200 000 Dollar versprochen. Was die im Weltmaßstab überreiche Bundesrepublik? Wenn die EG nur ein lächerliches Almosen gibt, dann ist es die Aufgabe der demokratischen Bewegung, der Nichtreichen in den reichen Ländern, die von den Herrschenden verweigerte Hilfe zu geben.

Damit nicht genug. Auch politische Solidarität tut wieder not. Seit bald einem Jahr führt Kampuchea einen Grenzkrieg gegen Vietnam. Dafür scheint es innere und äußere Gründe zu geben. Die inneren Gründe mögen die Konflikte und Widersprüche sein, die aus der – allen Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus hohnsprechenden – Politik eines primitiven »Agrarkommunismus« entspringen. Statt durch die Errichtung einer funktionierenden kommunistischen Planwirtschaft und einer klassenlosen Gesellschaft zur schließlichen Abschaffung des Geldes (als Folge) zu gelangen, glaubte die kampucheanische Führung offensichtlich in umgekehrter Richtung schneller zum Ziel zu kommen. Aber wenn das Licht Schatten wirft, wirft der Schatten noch lange kein Licht. Zwangsarbeit unter KZ-ähnlichen Bedingungen war die Folge, Massenhinrichtungen, Versorgungsprobleme. Dann das alte Lied: Von den inneren Widersprüchen sollte ein äußerer Feind ablenken. Daher brach Kampuchea einen Grenzkrieg vom Zaun.

Die äußeren Gründe sind in der Politik der VR China zu suchen. Seine eigentliche Gefährlichkeit erlangte der Konflikt dadurch, daß die angrenzende Großmacht ihn für ihre Zwecke funktionalisierte. Es ist die VR China, die durch Waffen, strategischen Straßenbau und Propaganda Öl in dieses Feuer goß, um es am Brennen zu halten. Die Motive der chinesischen Führung scheinen traditionell-machtpolitischer Art zu sein: »Balkanisierung« der angrenzenden Gebiete, vor allem aber ihre Einbindung in ein antisowjetisches Bündnis. Der festliche Empfang Nixons noch während der Fortdauer der US-Kriegsverbrechen in Vietnam erweist nachträglich tiefere Bedeutung als bloß diplomatische Fassade. Der Abzug der US-Armee aus Süd-Ost-Asien entsprach anscheinend nicht mehr den Interessen, wie sie von der chinesischen Führung als die ihren wahrgenommen wurden. Noch vor dem Sieg der Befreiungsbewegung im Süden begann die chinesische Armee mit Übergriffen an der vietnamesischen Grenze<sup>3</sup>. Später steigerten sich die Störmanöver zu einer Politik der Destabilisierung von US-imperialistischem Format. Ausgerechnet die (in China selbstverständlich längst vollzogene) Verstaatlichung des Handels durch die vietnamesische Regierung nutzte die chinesische Führung als Zündstoff. Da der Handel vorwiegend in den Händen der Hoas, das sind Vietnamesen chinesischer Abstammung, konzentriert war, prangerte die chinesische Regierung die revolutionären Veränderungen im Verteilungssystem als Übergriffe gegen chinesische Interessen an. Der Sachverhalt ist zwischen Vietnam und China umstritten und von hier aus nur in etwa zu erschliessen. Es scheint jedoch, daß China darüberhinaus durch eingeschleuste Agitatoren die Hoas mit Hilfe von Kriegsgerüchten in Panik versetzen und zur Massenflucht agitieren ließ. Als Hunderttausende an die Grenze strömten, wurde diese geschlossen, und seitdem wird jede Lösung des Problems – sei es in Gestalt einer legalisierten Einwanderung der Hoas nach China, sei es in Gestalt ihrer Reintegration in die vietnamesische Gesellschaft – durch die chinesische Führung verhindert. Menschliches Massenehend in unvorstellbarem Ausmaß wird hier als Druckmittel im Dienste von Machtpolitik eingesetzt<sup>4</sup>. Diese Politik hat in China ihre jahrtausendealte Tradition, auch gegenüber Vietnam, das von Chinesen in der Vergangenheit mehrfach besetzt war und seine nationale Selbständigkeit in jahrhundertelangen Abwehrkämpfen verteidigen mußte.

Heute ist es der Antisowjetismus, der die chinesische Führung in erster Linie zu ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Vietnams bringt; dessen RGW-Beitritt scheint die hegemoniale Toleranzgrenze der chinesischen Führung überschritten zu haben. »Der Feind meines Feindes ist mein Freund« – nach dieser alten machtpolitischen Regel (die nur in bestimmten Fällen, bei denen z. B. keine Systemkonkurrenz dazwischentritt, richtig ist) setzt die chinesische Führung auf die kapitalistischen Mächte, soweit deren Antisozialismus sie der Sowjetunion entgegensetzt. Daher sind die Pinochet und Strauß Freunde der chinesischen Machtpolitiker geworden. Denn in ähnlichen Freund-Feind-Strukturen wie die chinesische Führung denken die kapitalistischen Klassenkämpfer, zumal ihr reaktionärster Flügel. Menschliches Leid und Menschenrechte sind für diese nur im Rahmen antisozialistischer Strategeme interessant. So spricht aus den Zeilen des großbürgerlichen Zentralorgans der Bundesrepublik, der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, kalter Vernichtungswille gegenüber dem sozialistischen Vietnam. Dessen Gefährdung durch den kampucheanischen Grenzkrieg und die chinesische Einmischung kommentiert Adalbert Weinstein in der FAZ vom 23. 10. 78 folgendermaßen: »Was die moralische Qualifikation angeht, sind beide Regierungen gleich böseartig. Die Herrscher in Hanoi sind um keinen Deut besser als die Mörder am eigenen Volk, die in Phnom Penh das Staatsruder in der Hand halten. ( . . . ) Für den Westen kann es hier weder Sympathie für noch Antipathie gegen einen der beiden Aggressoren geben. Was zählt, ist die strategische Opportunität. Uns interessiert, daß Moskau Hanoi unterstützt.« – »Und der Freund unseres Feindes ist unser Feind«, so hätte er fortfahren können.

In dieser Situation müssen alle, denen Menschlichkeit und Selbstbestimmung der Völker keine Phrasen zur Tarnung von Ausbeutungsinteressen sind, eine neue Bewegung materieller und politisch-ideeller<sup>5</sup> Vietnam-Solidarität mittragen. Vietnam braucht Frieden und materielle Hilfe zur Abwehr der Überschwemmungsfolgen und zur Fortsetzung des Aufbaus.

Spenden bitte an die »Hilfsaktion Vietnam e. V.«,  
Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf 1,  
Postscheckkonto 900 40-430, Postscheckamt Essen

### Anmerkungen

1 Vgl. vor allem Georg W. Alsheimer (Erich Wulff): Amerikaner in Vietnam, in: *Das Argument* 36/Februar 1966 (5. Aufl. 1970). Restexemplare für 2,- DM (+ Porto; Mindestbestellung 3 Hefte oder mit anderen Heften zusammen) sind beim Argument-Vertrieb zu haben.

2 Vgl. Erich Wulff: 20 Millionen Nähnadeln für Vietnam, in: *Das Argument* 97/1976, S. 389 ff.

3 Einen guten informatorischen Überblick gibt Hans-Rüdiger Minow in konkret 11/1978, S. 25 f.; im selben Heft findet sich ein instruktives Interview von Günther Giesenfeld mit dem früheren nordvietnamesischen Außenminister Xuan Thuy, der heute Sekretär des ZK der KP Vietnams ist (ebd., S. 27-28).

4 Zur Entwicklung der chinesischen Politik seit dem Sturz des linken Flügels (»Viererbande«) bringen wir im nächsten Heft dieser Zeitschrift eine aktuelle Analyse.

5 Eine Möglichkeit politischer Solidarisierung ist der Beitritt zur »Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam«, Duisburger Str. 46, 4000 Düsseldorf (Mitgliedsbeitrag monatl. 5,- DM, für Studenten und Arbeitslose etc. 3,- DM).

## Thesen über gewerkschaftsorientierte Wissenschaft

1. Während eine wissenschaftliche Beratung ihrer »Politik« bei den Unternehmen lange schon üblich ist – man denke etwa an wissenschaftliche Betriebsführung, an Methoden der Arbeitszerlegung, an die Maschinerie selbst und ihre Konstruktion also die Anwendung wissenschaftlicher Kenntnisse für die Produktion, an wissenschaftlich ausgeklügelte Theorien der Arbeiterintegration, ihrer Motivierung, der Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit, der Vermeidung von Streiks und Fluktuation, der Erhöhung der Arbeitszufriedenheit usw. usw. – waren die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiterklasse eher zurückhaltend in der systematischen Anwendung der Wissenschaft für ihre Strategien und Kämpfe.

2. Dieser Abstinenz bis Wissenschaftsfeindlichkeit scheint in vielen Fällen die unpraktische Allgemeinheit von Wissenschaft entgegenzukommen – ist es doch nicht auf den ersten Blick ersichtlich, was etwa, um Probleme der Kritischen Psychologie anzuführen, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Mensch und Tier oder auch die Anfänge erster Werkzeugherstellung bei den nächsten Tarifverhandlungen für unmittelbare praktische Bedeutung haben sollen.

3. Tatsächlich aber gehen in die Tarifaueinandersetzungen, in den Streit um Arbeitsbewertung, um DIN-Normen etwa der psychischen Belastbarkeit etc. die Ergebnisse von Wissenschaft ein, nämlich der Arbeitswissenschaften; dies aber gewissermaßen von einem defensiven Standpunkt her, der die Prämissen der Unternehmer zunächst akzeptiert und in deren Rahmen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter erhalten und verbessern will.

4. Die so benutzten Ergebnisse der Arbeitswissenschaften sind ja nicht vom Standpunkt des Arbeiters als Menschen gewonnen, sondern von dem des Benutzers seiner Arbeitskraft. Sie fragen, wieviel Luft einer braucht, um voll leistungsfähig zu sein, wieviel Lärm er ertragen kann, ohne arbeitsunfähig zu werden, wieviele Reaktionen von ihm pro Zeit abverlangt werden können, ohne daß er einen großen Schaden durch einen Unfall verursacht, wie groß, wie hell, in welcher Höhe angebracht ein Bildschirm sein muß, um die Aufmerksamkeit ohne Ermüdung auf die Vorgänge zu konzentrieren und schließlich, in welchem Ausmaß seine Arbeitskraft abgenutzt wird, damit der Anspruch auf Erneuerung in Geld gemessen und den Lohneinstufungen zugrunde gelegt werden kann.

5. Diese Wissenschaften dienen damit auf jeden Fall dem organischen Überleben des Arbeiters und ihre Ergebnisse sind so notwendige Grundlage gewerkschaftlicher Forderungen. Der Standpunkt dieser Wissenschaften ist jedoch so gewählt, daß er die Perspektive der Entwicklung des Arbeiters nicht enthält; indem sie von der Arbeiterklasse als Kraft für die zu bewältigende Produktion lediglich ausgehen, befinden sie sich mit ihren Fragen und Ergebnissen auf der interessierten Seite des Kapitalstandpunkts, und dies auch dann, wenn die Vertreter dieser Wissenschaften subjektiv und in ihren individuellen Handlungen auf seiten der Arbeiterklasse sind. Denn Wissenschaft ist nicht nur Ergebnis, dessen man sich in dem einen oder anderen Interesse be-

dienen kann. Sie ist selber Tätigkeit: gefragt ist also nach dem Standpunkt beim Machen, bei der Konstitution der Wissenschaft selber.

6. Die Annahme, daß die bisherigen Arbeitswissenschaften parteilich sind für die Anwender der Arbeitskraft, scheint die oben angeführte Abstinenz der Gewerkschaften in Bezug auf die Wissenschaften zu rechtfertigen, ihr Mißtrauen zu unterstützen. Ist also die Wissenschaft selber in ihrer Theoriebildung Vertreterin der herrschenden Verhältnisse, stellt sich die Frage, gibt es überhaupt eine Wissenschaft für die Gewerkschaften, bzw. für die Arbeiterklasse?

Prüfen wir zuvor noch einmal umgekehrt die Frage: brauchen sie (die Gewerkschaften) für ihre Politik überhaupt eine wissenschaftliche Begründung?

Die Frage scheint zunächst leicht mit »nein« beantwortbar, soweit damit die Politik des »Besitzstandswahrens« und »-erweiterns« gemeint ist. Hier wird, wie es die bürgerliche Arbeitswissenschaft auch nahelegt, im Rahmen der gegebenen Verhältnisse und Bedingungen der status quo zu erhalten und zu verbessern versucht. Die Verbesserungen werden angestrebt, indem die Gewerkschaften sich dafür einsetzen, daß vom sich vergrößernden gesellschaftlichen Reichtum die Arbeiter einen »gerechten« Anteil bekommen. Das gilt für alle Lohnpolitik und die allmähliche Zunahme von Sozialleistungen.

7. Die Geschichte selber ist es, die den Standpunkt eines Patt, eines möglichen Arrangements im Spannungsverhältnis von Lohnarbeit und Kapital ad absurdum führt. Denn nicht um Gleichgewichte in einem Kräfteparallelogramm geht es, sondern, da die Bewegung in der Gesamtgesellschaft widersprüchlich verläuft, kann sich gewerkschaftliche Politik in ihren eignen Strategien in Widersprüche verstricken. So kann die Forderung nach Humanisierung eines Arbeitsplatzes seine Abschaffung bedeuten; Arbeitsplatzerhaltung und Umweltsicherung können ebenso in einen Gegensatz geraten wie Arbeitsplatzerhaltung und Qualifizierung; der Widerstand gegen Kernkraftwerke zerbricht an der pragmatischen Auskunft, man nehme sie dann in Kauf, wenn genügend Arbeitsplätze dabei heraussprängen. Und schließlich können die Belange einzelner Arbeitergruppen in Widerspruch geraten zu denen der Gesamtarbeiterschaft.

8. Die in der Gesellschaft angelegten Widersprüche bringen natürlich nicht nur die Politik der Gewerkschaften in Schwierigkeiten; sie äußern sich auch allgemein – als Krisen. Hier stößt in einem Augenblick, in dem sich die Besitzstandswahrungspolitik der Gewerkschaften als unzureichend erweist, dieser Mangel auf eine starke, die Wissenschaften zuhilfenehmende Strategie des Staates. Der Staat tritt auf als klassische Steuerungs- und Schlichtungsinstanz. Seine Planungstätigkeit erstreckt sich nicht nur auf die nationale Gesellschaft. Er entwirft vor allem Wirtschaftswachstumsprogramme, auch Raumordnungs- und Umweltprogramme, greift ein in Absatz- und Investitionsplanung, betreibt gezielte Forschungsförderung etc. im Sinne der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung eines Systemgleichgewichts. Hier also findet sich eine zunehmende Verwissenschaftlichung von Politik auf seiten des Staates.

9. Es gibt die Vorstellung, Wissenschaft sei an sich neutrales Instrument, und wenn sie in den Händen des Staates zur Planung und Regulierung von Gesellschaft angewandt wird, gehe es darum, in diesem Rahmen ein Kräftegleichgewicht herzustellen,

Ergebnisse staatlich geplanten Handelns zwischen Kapital und Arbeit zu teilen. Diese Vorstellung führt die Gewerkschaften in ein Strategievakuum. Anschaulicher gesprochen: es wird ihnen z. B. in diesem Fall nahegelegt, statt eine eigne Strategie zur Massenarbeitslosigkeit zu entwickeln, bei der Höhe und Verteilung der Steuergeschenke mitzubestimmen, die die Regierung den Unternehmen gewährt in der Annahme, daß dadurch ausreichend Arbeitsplätze entstünden.

Die vom Staat in Dienst genommene Wissenschaft basiert ja schon selber auf der Anerkennung der Gewinnmaximierung als des zentralen Regulierungsprinzips oder, theoretischer gesprochen, auf der Erhaltung des „Systemgleichgewichts“. Solche Wissenschaft ergreift mithin von vornherein Partei für die Unternehmer. – Allerdings kann sie so weder die Krisen des Systems beseitigen noch irgendein Gleichgewicht erhalten oder fördern, da das Bewegungsgesetz des Profitmachens prinzipiell ein solch technokratisch gedachtes Gleichgewicht nicht zuläßt und dies um so weniger, je weiter die Gesellschaft vorankommt. Der Profitmechanismus stört das Gleichgewicht um so mehr, je mehr sich also die Produktivkräfte der Arbeit entwickeln. Staatlich so reguliertes Handeln bewegt sich statt dessen von Katastrophe zu Katastrophe, die von den Wissenschaftlern allerdings kaum gewollt sind – man denke etwa an die Umweltkatastrophe, an Massenarbeitslosigkeit, an Nullwachstum und seine Folgen, an Massenbankerotie mittlerer und kleiner Unternehmen usw.

10. Anstelle einer Wissenschaft, die erst anfängt, Lösungen zu erarbeiten, wenn das Gewinnmaximierungsprinzip als Voraussetzung akzeptiert ist, bedarf es für die Strategie der Gewerkschaften einer Wissenschaft, die bedürfnisorientiert, arbeitsorientiert vorgeht. Unter diesen ganz allgemeinen Voraussetzungen – den menschlichen Bedürfnissen z. B. – kann eine Wissenschaft überhaupt nicht von der Erhaltung des Systemgleichgewichts ausgehen, sie erkennt im Gegenteil die mögliche Krisenverursachung in der Konstruktion des Systems selber. In dieser Allgemeinheit verlangt schon das DGB-Grundsatzprogramm von 1949 nach einer wissenschaftlichen Begründung seiner Strategie durch die Benennung seiner Hauptziele oder Leitlinien als: Vergesellschaftung, Planung, Mitbestimmung. Oder in den neueren Worten von Detlev Hensche: »Was vielleicht vor ein paar Jahren noch als akademische Spielerei einiger Linker anmutete, wird in Zukunft zu einer Lebensfrage unserer Wirtschaft.« – Gemeint ist hier der alternative Entwurf einer Wirtschaftsordnung für die Überarbeitung des Grundsatzprogramms des DGB.

Die bedürfnisorientierten Wissenschaften liefern allerdings ebensowenig die einzelnen gewerkschaftlichen Strategien, wie dies etwa ein Grundsatzprogramm schon tut. Sie sind orientierende Voraussetzung, Grundlage für die kleinen Schritte, die so sich nicht im widersprüchlichen Gestrüpp einer vorgestellten Systemstruktur verfangen. Als allgemeine Analyse der Grundlagen sind sie Voraussetzung von Politik, nicht aber schon die Politik selber. Ohne sie kämpfen die Gewerkschaften nicht nur mit den stumpferen Waffen; ihre Strategien können auch bloße Anpassungen an Fehlentwicklungen sein.

### **Beispiel: Automation, gewerkschaftliche Strategien und die Rolle der Wissenschaft**

11. Obwohl die Automation schon seit mehr als 20 Jahren voranschreitet – und dies in sich ständig beschleunigendem Tempo –, finden sich die Gewerkschaften Ende der

siebziger Jahre überrascht von einer strukturellen Massenarbeitslosigkeit, die sich vielleicht bei einer Million einpendelt, vielleicht weiter steigt. Die Gewerkschaften sind konfrontiert mit Auswirkungen noch kaum erforschter Folgen der Automation auf die Arbeitstätigkeiten. Im Grunde gibt es keine gewerkschaftliche Strategie für die Frage der Automatisierung der Produktion.

12. Auf den ersten Blick scheint eine so scharfe Kritik übertrieben. Schließlich gab es regelmäßig Kongresse zur Automation. Beteiligt waren die Gewerkschaften an den Projekten des Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft; einige Einzelgewerkschaften schufen Automationsabteilungen, und ihre Vertreter machten sich zu eigen, was von den Universitäten und privaten Forschungsinstituten als Theorie über Automation angeboten wurde. So folgten sie zunächst den beschwichtigenden Auskünften, es gebe fast keine Automation, sie betreffe fast keine Arbeiter, und die Gewerkschaften brauchten daher für diesen unwahrscheinlichen Fall keine eigne Strategie. Die seit Mitte der 60er Jahre grassierende Polarisierungs- und Dequalifizierungstheorie schien die Gewerkschaften darin zu bestätigen, daß die sicherste und beste aller Strategien auch für diesen Fall die Wahrung des Erreichten sei.

In die Tarifverhandlungen aufgenommen wurde daher der – wenn auch zeitlich beschränkte – Schutz vor Abgruppierungen. Wiewohl die vielen neuerlich im gewerkschaftlichen Auftrag durchgeführten Forschungen zur Humanisierung der Arbeit zum Teil nicht mehr so umstandslos sich in die traditionellen Arbeitswissenschaften einreihen, ist auffällig, daß die Gesamtstrategie zur »Humanisierung der Arbeitswelt« nicht nur auch vom Staat, sondern teilweise auch von den Unternehmern unterstützt wird. Wo so »konzentriert« vorgegangen wurde und wird, beruhen die Strategien auf den oben skizzierten Arbeitswissenschaften, sie entwerfen mithin ihre Reformstrategien vom Standpunkt des störungsfreien Verbrauchs der Arbeitskraft. Reformen dieser Art können zwar die Arbeit z. T. wirklich angenehmer machen, allerdings ohne jede perspektivische Strategie etwa in der Frage der Arbeitslosigkeit oder auch der Persönlichkeitsentwicklung bei der Arbeit. Zudem treffen sie durchweg nicht die durch Automation geschaffenen Arbeitsplätze, sondern jene, die noch nicht automatisiert sind, Lücken im maschinisierten Ablauf. Die dort befindlichen Arbeiter vor schnellem Verschleiß zu schützen ist wohl eine Aufgabe der Gewerkschaften; da die Humanisierung solcher Arbeitsplätze – man denke etwa an Kontrollarbeiten unter dem Mikroskop, an Dateneingabe am Bildschirm oder an diverse in den automatischen Ablauf eingesprengte Transportarbeiten – letzten Endes in ihrer Abschaffung besteht, ist auch hier eine langfristige Strategie notwendig, die den betroffenen Arbeitern eine Entwicklungsperspektive sichert.

13. Die hier als langfristig bezeichneten Strategien erweisen sich nun allerdings – nachdem sie lange genug hinausgezögert worden sind – als kurzfristige Notwendigkeit, vor der sich die Gewerkschaften nun unverhofft finden. Die neuen Tarifverträge insbesondere von Metall und Druck, in denen von Automation explizit gehandelt wird, befassen sich wesentlich mit der Frage der Lohnsicherung, die bei Automation entweder durch Umschulung oder Ausgleichszahlung und befristeten Schutz vor Abgruppierung geleistet werden soll. Bezogen auf den zu sichernden Arbeitsplatz wurden Unterrichts- und Beratungsrechte des Betriebsrats ausgehandelt, sowie eine befristete Belegschaftsbestandssicherung bei den Einzelbetrieben. Die im selben Kontext aufgestellte Forderung der IGM, auch die absolute Lohnsumme pro Betrieb festzu-

schreiben, wurde nicht durchgesetzt. – Es ist nicht schwierig, alle diese Maßnahmen und Verhandlungspunkte als Defensivmaßnahmen zu erkennen und gegen eine Entwicklung, die vorgestellt wird als ein Überflüssigwerden von Arbeitern durch Automation und ein allgemeines auch für die verbleibenden Arbeiter Überflüssigwerden von Qualifikationen. Unschwer erkennt man das Klischee des »einsamen Knöpfchendrückers« aus den Sozialwissenschaften der 60er Jahre.

14. Die einfache Abwehr der von den Unternehmern mit Hilfe des Staates durchgesetzten Entwicklung verzichtet aber nicht allein auf eine wirkliche Strategie, sie beruht im Kern wieder auf der weiter oben abgehandelten systemtheoretischen Annahme eines einfachen mechanischen Kräfteparallelogramms zwischen Lohnarbeit und Kapital, in dem jeweils Kompromisse auszuhandeln wären. – Indem die Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung keinen Eingang in die allgemeinen Vorstellungen finden, wird kein Versuch gemacht, die fortschrittlichen, vorwärtsweisenden Elemente bei der Automation zu erkennen, und schon gar nicht, auf sie bauend arbeiterorientierte Strategien zu entwerfen.

15. »Historische Mission« des Kapitals war die Entwicklung insbesondere der Produktivkräfte der menschlichen Arbeit. Elemente einer künftigen Gesellschaft finden sich auch in der gegenwärtigen Entwicklung des technischen Fortschritts. Sie herauszuarbeiten, die persönlichkeitsentwickelnden, die arbeits erleichternden, die qualifizierenden Momente zu erkennen, bedarf es wissenschaftlicher Grundlagenforschung. Um die wirkliche Bedeutung der technischen Entwicklung für die Arbeiterklasse zu erkennen bedarf es z. B. solcher Forschung, wie sie eingangs als scheinbar unpraktisch für gewerkschaftliche Strategien bezeichnet wurde. Z. B. bedarf es hierfür der historischen Aufarbeitung der Entwicklung der menschlichen Arbeit – ein Forschungsgebiet, das noch weitgehend unbearbeitet ist.

16. Ein solch weitausholender Rückgriff führt in einer Art Perspektivenverschiebung notwendig zu umfassenderen Strategien. Sie sind auch für die kleinen Schritte unabdingbar. Zum Teil werden sie schon in den Gewerkschaften diskutiert.

Sie betreffen z. B. den Ausbildungssektor im Ganzen und nicht nur die Umschulungszeiten im Betrieb – allerdings setzt eine solche Verlagerung voraus, daß die durch den technischen Fortschritt bedingte höhere Qualifizierung der betroffenen Arbeiter erkannt ist. Sie betreffen auch die gesamte Umwelt, die Lebensqualität und nicht mehr nur die betriebliche Regelung des Arbeitsablaufs und seiner Pausen. Die unmittelbar notwendigen Strategien beziehen sich jetzt ebenso auf die Forschungspolitik und die Innovationspolitik des Staates, statt sich mit der durchaus auch notwendigen Ausarbeitung von DIN-Normen für die Nichtüberschreitung von Lärmpegeln bei neu einzuführenden Maschinen zufriedenzugeben.

Geht es also auf der einen Seite darum, den Fortschritt, den die neue Technologie für die Arbeiter bringt, voll auszunutzen – was allerdings bedingt, daß ihre vorwärtstreibenden Seiten zuvor erforscht wurden – so ist auf der anderen Seite unübersehbar, daß in den einzelnen Bereichen, in denen die neue Technologie eingesetzt wird, weniger Arbeiter gebraucht werden. Die Gewerkschaften reagieren darauf mit der richtigen Forderung nach einer Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit. Die Forderung ist konsequent, weil ganz offensichtlich bei verringerter gesellschaftlicher Gesamtarbeit auch individuell weniger gearbeitet werden muß. Aber gibt es nicht auch noch einen zusätzlichen Bedarf an Arbeit an anderen Stellen, die die Lebensqualität aller Men-

schen erhöhen? Besteht hier nicht die Chance, frei gewordene Zeit für die Verbesserung des Lebens zu nutzen? Brauchen wir nicht eine bessere Gesundheitsversorgung? Mehr Bildung für alle, kleinere Klassen, bessere und sinnvollere Freizeitgestaltung, mehr kulturelle Angebote, die das zur konsumierenden Passivität verdammende Monopol von Fernsehen und Massenmedien aufbrechen usw.?

Und wessen Aufgabe, wenn nicht die der Gewerkschaften sollte es sein, die Umstrukturierung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, also die Vorbereitung der neuen Generationen auf ganz andere in ihrer Ausdehnung erst noch zu erkämpfende Berufsfelder voranzutreiben und systematisch zu planen?

17. Es ist offenkundig, daß Verhandlungsgegner oder »Partner« der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung gar nicht mehr allein die Unternehmer und ihre Organisationen sind, sondern der mit ihnen über wissenschaftliche Beratung verbündete Staat. Dort wo er wissenschaftlich beratene Politik betreibt, sind gewerkschaftliche Alternativen unabdingbar.

(Zum Teil wird dies schon getan. So gibt es neuerdings einen Antrag der IGM, Humanisierungs- und Technologie-Beratungsstellen einzurichten, die arbeitsorientierte technologische Alternativen erarbeiten sollen. Noch ist allerdings offen, ob es gelingen wird, in diesen Stellen Einfluß auf die Technologie-Politik zu nehmen, statt etwa sich auf einzelne Maschinen zu konzentrieren in der Absicht, an ihnen mehr Arbeitsplätze zu belassen – in einigen Theoremen klingen solche und ähnliche Vorstellungen an.)

18. Die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Alternativen zur Politik des Staates scheint für viele ein Paradox darzustellen. Vertritt nicht der Staat schon die allgemeinen Belange? Sind ihm nicht die Schulen, Universitäten, vor allem die allgemein zu verausgabenden Mittel anvertraut? Sollen die Gewerkschaften für alle aufgezeigten Belange und Forschungslücken eigene Schulen, Universitäten, Forschungsinstitute von ihren Mitgliedsbeiträgen bauen? Der Nachweis, daß der Staat nicht arbeitsorientiert plant, daß er mit seiner systemerhaltenden wissenschaftlich beratenen Politik Krisen nicht nur nicht beheben kann, sondern Arbeiterinteressen immer nur ausbessernd berücksichtigt, wenn der Zug schon im Profitinteresse abgefahren ist, beweist, daß die Gewerkschaften viel früher, d. h. schon bei der Konzeption der Politik beteiligt werden müssen. Kooperationsverträge mit Universitäten z. B. sind dann witzlos, wenn dort nur Ideologen der herrschenden Klasse lehren. Daher müssen nicht nur Politiker, die als Garanten der Wirtschaft auftreten, sondern auch die Vertreter der Gewerkschaften beteiligt werden bei Universitätsneugründungen und Stellenbesetzungen; bei Forschungsförderung, bei Raumordnungs- und Wirtschaftsplanung usw. – Daß Arbeitsämter, Berufsberatungsstellen, Bildungspläne ohne gewerkschaftliche Leitung funktionieren sollen, ist als Unmöglichkeit in der Bundesrepublik längst bewiesen. (In anderen Ländern wird dies schon teilweise anders praktiziert.)

Die Versuche einer Reihe von fortschrittlichen Wissenschaftlern, für gewerkschaftliche Zwecke alternative Gutachten über Wirtschaft und Raumordnung etc. zu erstellen, ist ein Anfang. Er zeigt die Möglichkeit wissenschaftlicher Beratung von Politik für die Gewerkschaften. Die gewerkschaftliche Unterstützung bei wissenschaftlicher Grundlagenforschung, indem sie für ihr Recht als gesellschaftlicher Auftraggeber kämpfen, indem sie also eine solche arbeitsorientierte Forschung an unseren Universitäten mit ermöglichen, kann der nächste Schritt sein.

## Methodische Probleme einer alternativen Wirtschaftspolitik

### I.

Die im Mai dieses Jahres veröffentlichten »Alternativen der Wirtschaftspolitik« (im weiteren: Memorandum) stellen das dritte »Gegengutachten« einer Gruppe gewerkschaftlich orientierter Wirtschaftswissenschaftler dar. Grundanliegen der Memorandumverfasser und -unterzeichner (beim letzten waren es über 150) war und ist es,

1. Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit zu formulieren, die sich an den als legitim anerkannten Interessen der abhängig Beschäftigten orientieren,
2. den in diese Richtung gehenden Forderungen der Gewerkschaften eine wissenschaftliche Grundlage zu geben und
3. damit das offizielle Beraterkartell von Sachverständigenrat (SVR) und einigen renommierten wirtschaftswissenschaftlichen Instituten zu durchbrechen.

Motivierender Hintergrund des Formulierens von *Gegen-* bzw. *Alternativ-*vorschlägen ist zunächst die Unzufriedenheit mit einer Wirtschaftspolitik, die, obwohl sozialdemokratisch getragen, *unsozial* und *undemokratisch* ist, weil sie das soziale und materielle Interesse der arbeitenden Menschen am Arbeitsplatz bewußt zur Disposition stellt, weil sie es zuläßt, daß Millionen von Menschen zeitweise oder dauerhaft aus dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß hinauskatapultiert werden und weil sie dem verbleibenden Rest die Angst vor einer ungesicherten Zukunft nicht nimmt und ihn damit den Disziplinierungsstrategien des Kapitals weitgehend schutzlos ausliefert. Es ist weiterhin die Unzufriedenheit mit einer Wirtschaftswissenschaft, die, gezeichnet vom Roll-back der neoklassischen Ökonomie, den wahrhaft klassischen Weg zur Lösung der Krise wählt: Profit! Profit! Weil die Löhne zu hoch sind, sind die Ertragsaussichten zu gering, sind Investitionen und Arbeitsplätze rar. Wären die Löhne niedriger oder könnte der Staat zugunsten der Kapitale mehr umverteilen, wären die Investitionen reichlich und der Laden wieder flott. Es ist zum dritten die Unzufriedenheit mit einer linken Kritik, die nur recht haben will, die immer nur zeigen kann, daß unter Beibehaltung der grundsätzlichen Systemstrukturen von Lohnarbeit und Kapital Krise und Massenarbeitslosigkeit nicht zu überwinden sind.

Seinem Anspruch entsprechend ist das Memorandum in zweierlei Hinsicht breit angelegt: *politisch*, indem die Alternativvorschläge für Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten gleichermaßen bündnisfähig sind; *wissenschaftlich*, indem Elemente marxistischer und keynesianischer Ökonomie in die Analyse mit eingehen.

Gewöhnlich verlieren politische Programme mit wachsender politischer Breite an inhaltlicher Dichte. Und in der Tat: auch im Falle des Memorandums führt der Versuch, eine breite Kritikbewegung zu formieren, die sich der Masse der gewerkschaftlich orientierten und organisierten Menschen in der BRD auch vermitteln kann, zu systematischen Problemen. Wir wollen hier nur drei herausgreifen, die uns besonders wichtig erscheinen:

1. Die Krisenerklärungen keynesianischer und marxistischer Ökonomen sind im jeweils eigenen Lager so sehr kontrovers, daß es unmöglich scheint, sich auf eine originär marxistisch oder originär keynesianisch formulierte beziehen zu können, ohne daß die Befürworter einer solchen Erklärung auf ein bescheidenes Häuflein zusam-

menschrumpfen müßten. Der Streit innerhalb und zwischen den beiden Theoriesystemen muß also irgendwie umgangen werden, z. B. in Form einer Beschränkung auf Theoriebestandteile, die in beide Theoriesysteme integrierbar und von den sie vertretenden Ökonomen nachvollziehbar sind. Wie kann eine solche Krisenerklärung aussehen, wie sehr muß sie an Konsistenz verlieren gegenüber der reinen, ungemixten Krisenerklärung? Dieser Frage gehen wir im Folgenden nach, indem wir die Krisenerklärung des Memorandums zunächst einmal vorstellen, um ihr dann eine konkurrierende, sich nur auf Marx beziehende gegenüberzustellen (Teil II).

2. Ein Kompromiß konkurrierender Theorieansätze birgt von jedem einzelnen Ansatz aus immer auch »falsche« Elemente, eben die des anderen Ansatzes. Verfasser und Unterzeichner des Memorandums, das einen solchen Kompromiß darstellt, müssen sich aber für das Ganze entscheiden, nicht bloß für »ihren« Teil. Ist ein solches Verfahren überhaupt zulässig? Gilt die Dichotomie des wissenschaftlich Falschen aber politisch Richtigen? (Teil III).

3. Adressat der Forderungen des Memorandums ist der bürgerliche Staat. Will man Zielrichtung und Umsetzbarkeit von Forderungen an den bürgerlichen Staat abschätzen, muß Klarheit herrschen über dessen Rolle im kapitalistischen Reproduktionsprozeß und die Strukturen, innerhalb derer er ökonomisch bedeutsame Prozesse wahrnimmt, verarbeitet und selbst neu in Gang setzt. Nun ist in den letzten Jahren insbesondere von marxistischer Seite eine Unmenge von Veröffentlichungen zum Thema Staat im Kapitalismus erschienen, in denen sich fast ebenso viele Positionen widerspiegeln. Dem ist hier nichts hinzuzufügen. Gemeinsam ist diesen Staatsableitungsversuchen aber eines – der Versuch eben, staatliches Handeln aus der ökonomischen Struktur *allein* abzuleiten. Der berühmte unableitbare Rest, die Erklärung konkreten staatlichen Handelns, ist selten thematisiert. Es können immer nur *Schranken* staatlichen Handelns angegeben, nicht aber dessen *Spielräume* gefüllt werden. Dies wird stets damit zu rechtfertigen sein, es handle sich schließlich um *allgemeine* Ableitungen. Das ist zunächst auch richtig. Beim Sprung aber zur Beurteilung konkreten staatlichen Handelns – etwa der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung im Verlauf der jüngsten Krise – wird dann mit demselben Apparat der allgemeinen Kategorien die Erklärung gesucht, unter Außerachtlassung politischer Mechanismen im engeren Sinne, die ein parlamentarisches System in einer jeweils konkreten innen- und außenpolitischen Situation aufweist. Der Verdeutlichung dieses Problems gilt Teil IV.

Es scheint uns beim gegenwärtigen Diskussionsstand schon ein ausreichend weit gestecktes Ziel zu sein, die angeschnittenen Problemkreise zu entfalten. Hierauf allein kommt es uns an. Die Diskussion der alternativen Antworten auf die gestellten Fragen wird in einem *Argument-Sonderband* zum Thema Alternative Wirtschaftspolitik geführt werden (AS 35), der zur Zeit in Arbeit ist.

## II.

Bei der Analyse der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit stellen die Verfasser des Memorandums vor allem auf die funktionelle und personelle Verteilung des Volkseinkommens im kapitalistisch organisierten Reproduktionsprozeß ab. »Hauptthese lautet: Die aufgrund der Eigentums- und Verfügungsverhältnisse vorgegebene strukturelle Mächtüberlegenheit der Unternehmer befähigt sie zur Aneignung einer so ho-

hen Profitsumme, daß die damit aufgebauten Produktionskapazitäten wegen der verbleibenden, zu geringen Konsumnachfrage nicht rentabel ausgelastet werden können, weswegen weitere Investitionen unterbleiben und bestehende Anlagen entwertet oder stillgelegt werden müssen.« (Memorandum 78, S. 75) Damit ist der griffigen These des SVR, die Krise sei durch das zu hohe Lohnniveau verursacht, die nicht minder griffige Negation entgegengehalten, »die Ursache des gegenwärtig anhaltenden Beschäftigungsproblems liegt (. . .) nicht in zu hohen Löhnen, sondern in zu hohen Profiten« (ebd.).

Diese zunächst verblüffende Feststellung wird in der Betrachtung der kurz- und langfristigen Entwicklungsmomente der Kapitalakkumulation näher erläutert.

Der *kurzfristige* ist der zyklische Aspekt, und der klassische Konjunkturzyklus stellt sich den Memorandumverfassern folgendermaßen dar:

Sind die Profite gegenüber einer reibungslosen Reproduktion gewährleistenden Gleichgewicht zu hoch, und werden diese Profite kapazitätswirksam investiert, so steigt zunächst die Beschäftigung in der Investitionsgüterindustrie. Die damit steigende Lohnsumme in der Abteilung I führt zur steigenden Konsumnachfrage und damit zu Ausweitungsplänen auch in der Abteilung II. Weil aber die Lohn/Profit-Relation zugunsten des Profits ungleichgewichtig ist, wird sich zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der erweiterten Kapazitäten herausstellen, daß die Lohnsumme insgesamt zu gering ist, um in Form kaufkräftiger Nachfrage das gewachsene Güterangebot zu absorbieren. Die Folge wird ein abruptes Stagnieren der Investitionstätigkeit sein, mit den entsprechenden, sich selbst verstärkenden Konsequenzen für die Beschäftigung.

Der klassische Ausweg aus der Krise ist Entwertung, insbes. Preisverfall, der die reale Nachfrage aufwertet, bis sie das durch Insolvenzen vor allem der kapitalschwachen Unternehmen reduzierte Angebot übersteigt und so einen neuen Akkumulationsschub initiiert. »Fazit: Der normale klassische Zyklus ist (. . .) Ergebnis zu hoher Profite und der sich daraus ergebenden Überakkumulation.« (ebd., S. 80)<sup>1</sup>

Während der klassische Verlauf der Krise auch immer die Momente ihrer Überwindung entwickelt, gilt dies nicht mehr unter der Bedingung neuer »Markt- und Machtstrukturen, die sich in den letzten zehn Jahren beschleunigt herausgebildet haben« (ebd., S. 75). Diese neuen – im Memorandum nicht näher analysierten<sup>2</sup> – Strukturen führen dazu, daß

- die zur Aufwertung der realen Nachfrage notwendige Preissenkung nicht stattfindet,
- eine durchschnittliche Profitrate sich auch der Tendenz nach nicht mehr herstellt, stattdessen eine Profitraten*bierarchie*, und die profitbegünstigten Kapitale nicht in dem Maße kapazitätswirksam investieren, wie es ihre Profitlage erlauben würde, sondern auf Auslandsinvestitionen und Wertpapierkauf ausweichen.

Unter diesen Bedingungen verliert der Markt nach Darstellung der Memorandum-Verfasser vollends die Fähigkeit, die Krise zu lösen, in die er wegen der ungleichgewichtigen Lohn/Profit-Relation geraten ist: die Nichtinvestition führt zu weiterer Arbeitslosigkeit, die kapazitätswirksame Investition zu erneuter Überakkumulation. »Lösen läßt sich das Problem nur, wenn alle nicht beschäftigungswirksamen investierten Mittel dem Verbrauch zugeführt werden.« (ebd., S. 86).

In der *langfristigen* Betrachtung fällt vor allem der Rückgang des Wachstumstrends

in der BRD auf. Für die Memorandum-Verfasser läßt sich auch dies »letztlich auf eine längerfristig falsche Verteilung der (...) geschaffenen Einkommen auf (kapazitäts-wirksam anzulegende) Profite und (kapazitätsauslastend zu verausgabende) Löhne und Gehälter zurückführen« (ebd., S. 89). Oder genauer: auf dem Hintergrund ungleichgewichtiger Einkommensverteilung zugunsten des Profits führt die Entwicklung der Produktivkräfte zur Stagnation und zwar gleichgültig, ob es sich um kapitalintensiven oder kapitalsparenden technischen Fortschritt handelt. Helfen kann auch hier nur konsequente Umverteilung, also Senkung der Profitquote, verbunden mit einer Verkürzung der Arbeitszeit.

Die dargestellte Antwort der Verfasser des Memorandum 78 auf die Frage nach Ursache und Lösungsmöglichkeit der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit läßt u. E. eine Fülle von Fragen im Einzelnen entstehen, über die in dem schon erwähnten Sonderband näher diskutiert werden soll.

Generelles Problem scheint uns jedoch zu sein, daß an keiner Stelle im Memorandum dargestellt wird, inwieweit die zu Gunsten des Profits ungleichgewichtige Einkommensverteilung ein notwendiges, zwingend reproduziertes Entwicklungsmoment kapitalistischer Ökonomie darstellt. Zwar wird die Einkommensverteilung als Resultat der »Produktionsverfassung« genannt (vgl. ebd., S. 75). Die nähere Bestimmung dieses Zusammenhangs, soweit sie überhaupt vorgenommen wird, deutet jedoch in eine ganz andere Richtung: Die Verteilung nämlich wird »dominiert durch Machtfaktoren« im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit (ebd., S. 77). Dabei können gegenüber einem Gleichgewicht sowohl zu hohe Löhne als auch zu hohe Profite Resultat dieses Konflikts sein (ebd.). Die Möglichkeit zu hoher Profite, die allein die Krise verursachen, ist nach Meinung der Verfasser des Memorandums »aufgrund der realen Machtverhältnisse im Kapitalismus« die »sehr viel wahrscheinlichere« (ebd., S. 78).

Hier kann durch geeignete Staatsmaßnahmen (z. B. Besteuerung) abgeholfen werden, d. h. die Verteilung ist bewußt und politisch innerhalb der Systemstrukturen änderbar und dies wird auch im Memorandum gefordert. Die falsche Verteilung ist also nicht notwendiges Resultat der Produktionsverfassung, die Krise nicht erklärbar aus dem prinzipiellen »Funktionsmechanismus des kapitalistischen Reproduktionsprozesses« (ebd., S. 75), sondern die aus der Struktur des Reproduktionsprozesses sich ergebende Verteilung ist korrigierbar und die *Unterlassung der Umverteilung* wird zur Ursache der Massenarbeitslosigkeit. Umgekehrt wäre über die Korrektur der Einkommensverteilung die Krise generell überwindbar.

Für gewöhnlich werden solche Strategien mit dem Etikett »Reformismus« versehen. Dies wäre hier völlig verfehlt und ginge schon deshalb an der Sache vorbei, weil wohl kaum einer der Memorandumunterzeichner unsere zugespitzte Schlußfolgerung teilen würde. Dennoch folgt sie u. E. konsequent und zeigt die problematische Struktur der Memorandums-Krisenerklärung.

Während sich in den Krisenerklärungen des Memorandum-Typs der Gedanke der Konsumtionsbezogenheit der Produktion (Investitionsgüter sind letztlich zur Produktion von Konsumgütern geschaffen und erhalten hier ihre ökonomische Feuerprobe) in der einen oder anderen Form wiederfindet, gehen die »Überakkumulationstheoretiker« vom systemspezifischen Zweck kapitalistischer Produktion aus, »der Tauschwertproduktion und Kapitalverwertung« (Altwater u. a., 1978, S. 373). Nun

muß die These, Investitionen würden in Erwartung von Profit getätigt, nicht der These widersprechen, für die Investitionen sei die erwartete Nachfrage entscheidend. Beide Aspekte sind vereinbar in der trivialen Überlegung, daß Profit nur auf dem Hintergrund vorhandener kaufkräftiger Nachfrage erzielbar ist, die jedoch nicht ausschließlich *Konsum*nachfrage sein muß. Kontrovers wird es erst im Umkehrschluß: aus dem Vorhandensein kaufkräftiger Nachfrage schließen Vertreter einer Überakkumulationstheorie keineswegs auf die Profitabilität von Investitionen, oder anders formuliert: »Im Gegensatz zu der Unterkonsumtionstheorie der Krise, die den Übergang des Booms in die Krise nur aus veränderten Realisierungsbedingungen auf der Konsumseite erklärt, bezieht die Überakkumulationstheorie in der hier entwickelten Version sowohl die *Realisierungsbedingungen* als auch die veränderten *Produktionsbedingungen* des Profits bei der Erklärung des Übergangs zur Krise mit ein.« (ebd., S. 375).

Vertreter des überakkumulationstheoretischen Typs von Krisenerklärung müssen also vor allem zwei Fragen beantworten:

1. Warum sinkt die Profitabilität von Investitionen?
2. Wie sind sinkender Profit und Krise vermittelt?

Nun existieren zum *ersten* Problem eine Reihe systematischer Überlegungen (steigende Kapitalzusammensetzung zugunsten des konstanten Kapitalteils, »profit squeeze«, Nachlassen des Wachstums der Arbeitsproduktivität und Zinssteigerung im Aufschwung etc.), die sich teilweise widersprechen und z. T. nur bedingt einer empirischen Untersuchung zugänglich sind. Schwierigkeiten macht jedoch vor allem die Beantwortung der *zweiten* Frage. Denn der Schluß, den die Autoren des bereits zitierten Aufsatzes ziehen (vgl. ebd., S. 374), sinkende Profitabilität führe unmittelbar zu Investitionseinschränkung, ist nicht einsichtig. Hier muß man schon einen »erwarteten Mindestprofit« konstruieren (vgl. ebd.) – etwa die Zinsrate + »Risikoaufschlag« –, dann aber hat man die Ebene des Gesamtkapitals verlassen, auf der man den Profitratenfall als allgemeines Gesetz unter Berufung auf Marx eigentlich angesiedelt hatte.

Diese knappe Gegenüberstellung zweier konkurrierender Krisenerklärungen soll illustrieren, daß die Inkonsistenz der Krisenerklärung des Memorandums immer zu sehen ist unter dem Aspekt der Nichtexistenz durchgängig konsistenter Krisenerklärungen beim gegenwärtigen Stand der Diskussion. Es kommt deshalb darauf an, die Diskussion stärker zu verbreitern, konkurrierende Ansätze nicht gegeneinander abzuschotten, um die weitere Arbeit an der Erklärung der Krise offen zu halten für alle Aspekte des Krisenphänomens.

### III.

Mit der Langfassung des Memorandums 1978 haben seine Autoren erstmals eine genauere wissenschaftliche Begründung ihrer Empfehlungen geliefert, die in den beiden vorangegangenen Memoranden weitgehend Desiderat geblieben war. Die umstrittene Überproduktionstheorie, die dem Memorandum zugrundeliegt einerseits, die relative Beliebigkeit der kurz- und langfristigen Forderungen andererseits hatten 1977 dazu geführt, daß sich eine Reihe linker Ökonomen weigerte, das Memorandum zu unterzeichnen. Von Kritikern wurde der Verdacht geäußert, die Widersprüche des Memorandums 1977 seien bewußt in Kauf genommen worden, um »im Vertrauen auf

selektive Wahrnehmung unterschiedlich motivierte Wissenschaftler zu Unterschriften (zu) veranlassen« (Bessert-Nettelbeck, 1977, S. 588). Dieser Verdacht ist sicher zurückzuweisen; gleichwohl ist so manche Unterzeichner-Begründung sehr problematisch:

»Die Frage der Zustimmung zu den ›Vorschlägen‹ (= dem Memorandum 1977; KEL/MEP) stellte sich für mich weitgehend unabhängig vom Analyseteil, der von den Verfassern vorangestellt worden ist. Für mich ist die Analyse nur soweit relevant, wie sie zur Ableitung, Einschätzung und Durchsetzung der konkreten Vorschläge taugt. Ich teile damit das unakademische Interesse der Gewerkschaften an Hilfs- und Dienstleistungsfunktion von Akademikern, an der Formulierung von Handlungsmöglichkeiten also, die an dem jeweiligen Diskussionsstand und dem Verhaltenkönnen derjenigen nicht zu sehr vorbeitreffen, die etwa versuchen, Gewerkschaftsbeschlüsse auszufüllen und zu initiieren. Gemeint ist damit nichts weiter als eine auf typische, sich entwickelnde Gewerkschaftspraxis bezogene, explizit parteiliche Handlungswissenschaft, die der Praxis keine Vorschriften macht und sich auch nicht in der Erledigung von Verkaufsträgen erschöpft.« (Strohauer, 1977, S. 585).

Wenn die Funktion linker Wirtschaftswissenschaft darin besteht, gegenüber den Gewerkschaften »Dienstleistungsfunktion« zu erfüllen, wobei der »Dienst« darin besteht, die »Ableitung, Einschätzung und Durchsetzung« der von den Gewerkschaften formulierten konkreten Vorschläge zu befördern – dann steht der linke Ökonom leicht vor dem (falschen) Dilemma: »Wissenschaft *oder* Politik?« Angenommen die Überakkumulationstheorie wäre richtig und die gesellschaftliche Realität des Kapitalismus wäre so, daß eine aggressive Lohnpolitik der Gewerkschaften via Profitratensenkung zu einer Verschärfung der Krise führt – was soll man dann tun? Den Gewerkschaften wider besseres Wissen zu einer aggressiven Lohnpolitik raten? Oder ihnen empfehlen, sich »maßvoll« zu verhalten? Wie sollen linke Wissenschaftler die Gewerkschaften kritisieren? Wollen die Gewerkschaften die Haltung des gewerkschaftlich orientierten Tui, der auch mal Fünf gerade sein läßt, wenn dies im ideologischen Kampf den Gewerkschaften nützt? Heißt das »parteiliche Handlungswissenschaft«? Kämpft es sich so am besten? Besteht nicht der primäre Nutzen von Wissenschaft (so dies Unternehmen etwas mit Wissen zu tun hat) darin, die Gewerkschaften nach dem jeweiligen Stand der Theoriebildung darüber zu informieren, welche Folgen ihre Politik hat? Was erwarten eigentlich die Gewerkschaften von linken Wissenschaftlern?

#### IV.

Alternative Wirtschaftspolitik will in das wirtschaftspolitische Geschehen praktisch eingreifen. Als Wissenschaft, die sich an die Gewerkschaften als unmittelbare Träger einer arbeitsorientierten Wirtschaftspolitik wendet, muß sie daher erklären, nach welchen Gesetzmäßigkeiten die im wirtschaftspolitischen Praxisfeld der Gewerkschaften agierenden Subjekte (Staat, Parteien etc.) handeln, d. h. sie braucht über die i. e. S. ökonomische Theorie hinaus eine politische Theorie. Bürgerliche Ökonomen<sup>3</sup> fassen den Bereich des Politischen in der Theorie der Wirtschaftspolitik entweder irrational oder naiv: nach der ersten Position folgt politisches Handeln seinen eigenen, undurchschaubaren und letztlich irrationalen Regeln (»Machtstreben der Politiker«); nach der zweiten wird angenommen, staatliche Wirtschaftspolitik reagiere mehr oder weniger adäquat auf Probleme, die sich aus der ökonomischen Entwicklung ergeben: tritt Arbeitslosigkeit oder Inflation auf, dann setzt der Staat

eben sein verfügbares wirtschaftspolitisches Instrumentarium ein, um Arbeitslosigkeit oder Inflation zu bekämpfen. Beiden Positionen ist gemeinsam, daß sie den Staat und seine Politik als klassenneutral voraussetzen.

Demgegenüber gehen marxistische Ökonomen explizit davon aus, daß die Politik des bürgerlichen Staates Politik im Interesse der herrschenden Klasse ist. Kontrovers ist allerdings, *wie* sich bürgerliche Politik durchsetzt. Die Einsicht der marxistischen Theorie, daß sich in der verwirrenden Vielfalt »der Politik« stets die Praxis sozialökonomischer Klassen ausdrückt, ließ lange Zeit ökonomistische Ansätze dominieren, d. h. Ansätze, in denen ein *einseitiges* Determinationsverhältnis zwischen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und politischer Praxis angenommen wird. Das läßt sich sehr klar an den Aussagen über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in verschiedenen marxistischen Arbeiten zur Krise 1974/75 in der BRD illustrieren. Bezeichnenderweise gibt es keinerlei systematische oder auch nur ausführliche Untersuchung über Logik, Intentionen und Bestimmungsgründe der sozialliberalen Wirtschaftspolitik.

Die ausgeprägteste Variante des Ökonomismus überbetont die sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung ergebenden Determinanten des politischen Handelns in der Weise, daß die Wirtschaftspolitik überhaupt keine Handlungsalternativen mehr besitze. Nach Zeuner z. B. mußte die SPD »aufgrund der krisenbedingten Verringerung der Staatseinnahmen« ihre Reformpolitik aufgeben (1977, S. 29); nach Altvater u. a. (1978, S. 379) gerät der Staat in scharfen Krisensituationen »in finanzielle Schwierigkeiten, die ihn dann zu Sparprogrammen veranlassen«. Die beiden Behauptungen sind nicht nur empirisch falsch<sup>4</sup>; auch theoretisch sind sie unhaltbar: selbst wo eine Regierung auf krisenbedingte Einnahmемinderungen mit einem Sparprogramm reagiert, ist dies eine politische Entscheidung, *zu der es prinzipiell Alternativen gibt*.

Nicht minder ökonomistisch ist die Position, die die Wirtschaftspolitik der SPD/FDP-Koalition aus den Interessen »der Monopole« erklärt. Nach Thomaszik etwa »ordnet sich« nicht nur die Politik, sondern gleich der gesamte Westberliner Senat »den Profitinteressen des Großkapitals unter« (1977, S. 7). Ähnlich Bömer, der die Wirtschaftspolitik »gemessen an ihren proklamierten Zielen« (1978, S. 9) für gescheitert hält, nicht aber »gemessen an den wirklichen Zielen der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik, dem Vordringen der BRD-Konzerne auf dem kapitalistischen Weltmarkt« (ebd., S. 14, Anm. 2). In diesem Ansatz fungieren die politischen Subjekte (Parteien wie SPD und FDP, ferner die Bundesregierung) als Marionetten »der« Konzerne – ebenfalls ein ökonomistischer Ansatz, der sich nur durch den behaupteten Funktionsmechanismus (der natürlich nicht expliziert werden kann), kraft dessen sich ökonomische Interessen bruchlos in staatliche Politik umsetzen, von den anderen ökonomistischen Ansätzen unterscheidet.

Ökonomistische Positionen übersehen, daß eine der wichtigsten Funktionen bürgerlicher Politik – also auch der Wirtschaftspolitik – darin besteht, die bürgerliche Hegemonie zu sichern. Wo immer bürgerliche Herrschaft hegemonial geschieht, also z. B. in parlamentarischen Systemen, stützt sich die herrschende Klasse, die numerisch verschwindend klein ist, auf Bündnisse mit anderen Klassen und Schichten – Bündnisse, die langfristig nur dann stabil sind, wenn sie auf mehr als nur Manipulation und Demagogie basieren: nämlich auf der Berücksichtigung der Interessen jener verbündeten Klassen und Schichten. Soweit die Wahrnehmung der verschiedenen In-

teressen der Bündnispartner von der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft abhängt, werden durch die Ökonomie die Grenzen des politischen Handlungsspielraums z. B. einer Regierung abgesteckt.

Im Memorandum fehlt eine Erklärung der offiziellen Wirtschaftspolitik fast völlig – die verstreuten Bemerkungen sind eher desorientierend. Zum einen wird die Behauptung der Regierung, zu ihren obersten Zielen gehöre die Vollbeschäftigung, ungeprüft übernommen und folglich der Wirtschaftspolitik bescheinigt, sie sei gescheitert. Zum anderen heißt es, »weder die Gewerkschaften noch der Staat« seien zu der vom Memorandum geforderten Politik der Profitabschöpfung »kräftemäßig in der Lage« gewesen (Memorandum 1978, S. 91). Das setzt voraus, daß Staat und Gewerkschaften eine derartige Strategie verfolgt hätten – wovon jedoch keine Rede sein kann.

Das Problem, aus welchen Gründen und nach welchen Gesetzmäßigkeiten sich politische Subjekte verhalten, läßt sich gerade für die BRD leicht konkretisieren. Anfang 1973, also während der Hochkonjunktur, änderte die sozialliberale Regierung ihre Wirtschaftspolitik radikal. Von der bis dahin betriebenen keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik ging sie zu einer konsequenten Stabilitätspolitik über. Den »ordnungspolitische(n) Rang« dieser Entscheidung verglich der SVR mit »den ordnungspolitischen Grundentscheidungen der frühen Nachkriegszeit« (JG 1974, Ziffer 31\*). Die beschäftigungspolitischen Risiken dieser Politik waren von vorneherein absehbar – wenn auch nicht das faktische Ausmaß der dann seit 1974 eintretenden Massenarbeitslosigkeit (die zudem nicht ausschließlich zu Lasten der Wirtschaftspolitik geht). Umso bemerkenswerter ist die Konsequenz, mit der die sozialliberale Koalition bis heute an dieser Wirtschaftspolitik festgehalten hat: weder die bis dahin nicht gekannten Arbeitslosenzahlen noch der außenwirtschaftliche Konflikt mit den USA, in dessen Gefolge die US-Regierung den Außenwert des Dollar gegenüber der DM spektakulär hat sinken lassen, veranlaßten die Bundesregierung zu einer Änderung ihrer Wirtschaftspolitik.

Es kann hier nicht untersucht werden, aus welchen Gründen sie dies nicht tat. Aber das in unserem Zusammenhang – der behaupteten Notwendigkeit einer politischen Theorie für die Formulierung einer alternativen Wirtschaftspolitik – relevante Problem soll formuliert werden. Nach welchen Gesetzmäßigkeiten auch immer eine Politik gemacht wird – im Rahmen eines parlamentarischen Systems müssen die Parteien, die die Regierung bilden, als notwendige Bedingung für die Möglichkeit, ihre programmatischen Ziele politisch durchzusetzen, für stabile Wählermehrheiten sorgen und also *auch* Politik im Interesse der Schichten oder Klassen machen, aus denen sich ihre Wähler rekrutieren. Im Fall der Stabilitätspolitik von SPD und FDP ist es jedoch so, daß die Arbeitslosen als Hauptleidtragende dieser Politik das Wählerpotential der SPD bilden. Die Frage, die beantwortet werden müßte, lautet also: nach welcher politischen Logik macht die SPD eine Wirtschaftspolitik, die sich im Effekt gegen ihre eigene Wähler- und Mitglie­derbasis richtet?

#### Anmerkungen

1 Wenn auch der Begriff der *Überakkumulation* im Memorandum verwendet wird, so muß – im gängigen Klassifikationsschema – der gesamte Ansatz jedoch als Variante der *Überproduktionstheorie* angesehen werden.

2 Das Memorandum folgt hier unausgesprochen den neueren Diskussionen innerhalb der marxistischen Monopoltheorie.

3 Abgesehen von der »neuen politischen Ökonomie«, deren Position hier aber nicht gesondert behandelt werden soll.

4 Die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition in der Krise 1967 war explizit keynesianisch; die Abkehr von der Reformpolitik ebenso wie die Entscheidung für eine Stabilitätspolitik vollzog sich noch während der Hochkonjunktur, nämlich Anfang 1973, also *vor* der Krise 1974/75.

### Literaturverzeichnis

Altwater, Elmar u. a.: Produktion und Nachfrage im Konjunktur- und Krisenzyklus, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 7, Juli 1978, S. 365 ff.

Arbeitsgruppe »Alternative Wirtschaftspolitik«: Memorandum – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1978.

Bessert-Nettelbeck, Joachim/H. Strohauer u. a.: Die Skrupel des Wissenschaftlers beim Politik-Beraten, in: Leviathan 4/1977, S. 578 ff.

Bömer, Hermann: Memorandum '78: Alternativen der Wirtschaftspolitik, in: Marxistische Blätter, 4/1978.

Thomaszik, Heinz: Für eine demokratische Wende in der Innen- und Wirtschaftspolitik, in: Konsequenz, Nr. 30, Dezember 1977.

Zeuner, Bodo: SPD und Gewerkschaften, in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 26, 1977.



AS 14: 1977 (2. Aufl. 1978), 248 S., 15,50 DM. Stud. 12,- DM (ab 1979: 12,80 DM)

E. Dähne, H. Funke, K. Gülden, M. Helfert, E. Hildebrandt, P. Hinrichs, H. Hoyer, J. Hund, B. Kiefer, M. Knuth, B. Kündig, H. Lange, H. Milz, H. Meier, W. Müller-Jentsch, F. Naschold, A. Oppolzer, Z. Papadimitriou, K. Pickshaus, K. Priester, S. Roth, R. Schmiede, B. Tietze schreiben über:

Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der »Humanisierung der Arbeit«, über die verschiedenen gegenwärtigen Strategien der Humanisierung der industriellen Arbeitsorganisation, über das Humanisierungskonzept als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen, über den politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften; über neuere Literatur zum genannten Themenkomplex.

Der Band ist ein analytischer Wegweiser durch ein widersprüchliches Kampfgebiet und eine kaum übersehbare Literaturflut.

Jörg Goldberg

## Zur Einschätzung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise

### Vorbemerkung der Redaktion

Die Organization for Economic Cooperation and Development (OECD), eine supranationale Organisation zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Industrieländer, veröffentlichte Ende 1977 nebenstehende Grafik. Sie gibt an, wie die Wachstumsraten des Sozialprodukts der einzelnen Länder um ihren langfristigen (Nachkriegs-)Trend schwanken. Dieser Trend ist jeweils auf 1 normiert, so daß sich direkt die prozentualen Abweichungen der Wachstumsraten vom Trend ablesen lassen. Für die einzelnen Länder sind außerdem die absoluten Werte des Trends angegeben: im Durchschnitt betrug die Wachstumsrate Kanadas pro Jahr 6 v. H., die der USA 4,5 v. H. usw.

Diese OECD-Grafik bildet die empirische Grundlage eines Artikels von Paul M. Sweezy (1978), in dem er versucht, die Krise 1974/75 einzuschätzen. Offenbar verläuft der Krisenzyklus bis zum Jahr 1973 »normal«: in Jahren der Krise sinken die Zuwachsraten unter, in Jahren des Booms steigen sie über den Trend. Dies ändert sich 1974, als in allen kapitalistischen Ländern gleichzeitig eine Krise ausbricht, deren (statistischer) Tiefpunkt in die Mitte des Jahres 1975 fällt. 1975/76 beginnt in allen Ländern der Aufschwung – aber im Gegensatz zu früher steigen die Zuwachsraten des Sozialprodukts nicht über den Trend, sondern bleiben deutlich unter ihm (außer in Italien und in den USA; vgl. zur Erklärung Sweezy, 1978, S. 3 und S. 6 f.). Nach Sweezy bildet dies keine einmalige Ausnahme vom konjunkturellen Normalfall, sondern den Beginn einer langfristigen Depression. Seine Überlegungen, mit denen sich im folgenden Jörg Goldberg auseinandersetzt, faßt Sweezy so zusammen:

»Die Periode, die mit dem zweiten Weltkrieg begann, war für die rasche Ausdehnung der Produktion außerordentlich günstig. Sie dauerte drei ganze Dekaden – die vierziger, fünfziger und sechziger Jahre. 1974 trat die Krise ein und dauert seither an. In Sicht ist eine neue Periode der Depression (manche sagen lieber: Stagnation), die an die 30er Jahre erinnert. Wie lang sie dauern wird, kann man nicht sagen. Dies hängt keineswegs, wie die Ökonomen denken, davon ab, welche Politik die Regierungen betreiben; sondern davon, ob sich eine neue historische Konjunktur bilden wird, die eine Wiederaufnahme der schnellen Expansion von Produktion und Kapitalakkumulation begünstigt. (. . .) Anzeichen hierfür sind derzeit nicht zu sehen.« (Sweezy, 1978, S. 11/12)

K. E. L.

### Kommentar zu Sweezys Einschätzung der Krise

In der Diskussion über Krisen und Krisenursachen wird manchmal übersehen, daß nicht nur die Zykлизität kapitalistischer Entwicklung selbst sondern auch deren jeweils historische Verlaufsformen erklärungsbedürftig sind. Dabei ist ein gegenwärtig wichtiges Moment die Tatsache, daß nach dem Einbruch von 1973/75 in fast allen betroffenen kapitalistischen Ländern die Belebung nur sehr schwach gewesen ist, 1977 schon ein leichter Rückschlag eintrat und sich zur Zeit bereits ein neuer Umschwung anzubahnen scheint.

In seinem kurzen Aufsatz versucht Paul Sweezy, diese Besonderheit der anhaltenden Depression (oder Stagnation) zu erklären, wobei er sich vor allem von den bürgerlichen Positionen abgrenzt, die Krise und Stagnation aus Fehlern der Wirtschaftspolitik ableiten.

Die Situation ist auf der Erscheinungsebene dadurch gekennzeichnet, daß in fast allen kapitalistischen Ländern noch 3 Jahre nach dem Ende der akuten Krise die Industrieproduktion den Wachstumspfad der Nachkriegszeit nicht wieder erreicht hat.<sup>1</sup> Ausnahmen sind Italien und die USA, wobei Italien den alten Wachstumstrend nur kurz, Ende 1976, überschreiten konnte. Es folgte ein scharfer Einbruch, der noch heute nicht überwunden ist.

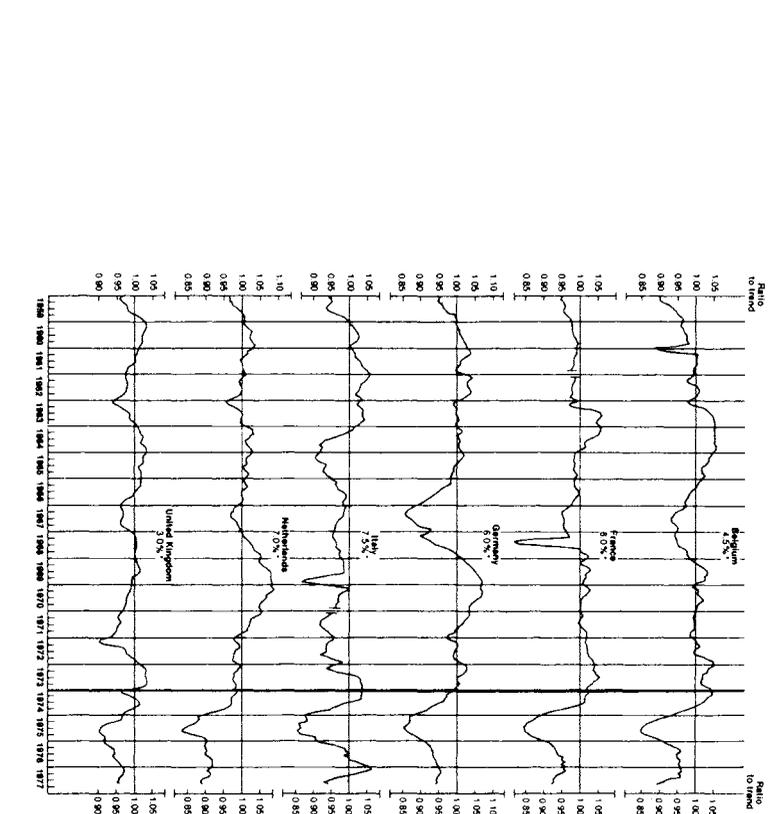
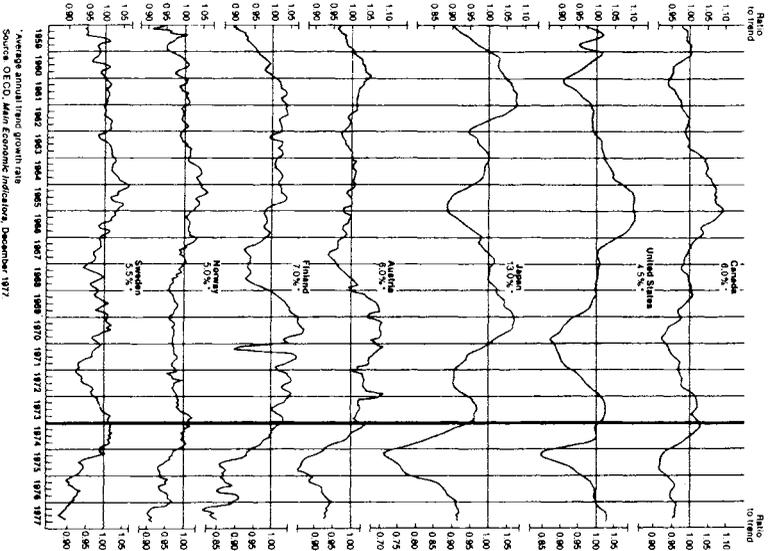
Die besondere Situation der USA, die seit Mitte 1975 eine vergleichsweise hohe Wachstumsrate verzeichnen, erklärt Sweezy mit der besonderen Rolle des Konsumentencredits in den USA, der dort, ausgehend von der frühen »automobilization« eine längere Tradition hat als anderswo. Typisch ist aber auch dort das anfangs langsame Tempo der Akkumulation von Realkapital, die Belebung wurde zunächst wesentlich vom Konsum getragen.

So sind verlangsamtes Wachstum der Industrieproduktion, zunehmende Arbeitslosigkeit, unausgelastete Kapazitäten und schwache Investitionstätigkeit allgemeine Merkmale der globalen kapitalistischen Krise, erklären deren Ursachen jedoch nicht.

Die gegenwärtige Situation ist nach Sweezys Ansicht ohne Präzedenzfall in der Geschichte des Kapitalismus. Auch Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre dürften nur mit großer Vorsicht angestellt werden, da es viele neue Faktoren – so z. B. die Gleichzeitigkeit von Inflation und Arbeitslosigkeit – gibt. Es sei hier jedoch angemerkt, daß einige wesentliche Momente der Depression nach der Krise 1929/33 bis zum Beginn der Aufrüstung gegen Ende der 30er Jahre, durchaus vergleichbar sind. So war ein wichtiges Merkmal ebenfalls das Ausbleiben einer Belebung der Akkumulationstätigkeit, kurze, aber merkliche Aufschwünge in den USA basierten auf einer Expansion des Konsums. Vorangegangen war eine beschleunigte Rationalisierung, der Begriff der »organischen Arbeitslosigkeit« beschrieb ein ähnliches Phänomen wie heute die »technologische Arbeitslosigkeit« (vgl. Varga, 1977, S. 54). Geändert haben sich vor allem »äußere« Bedingungen. So ist ein Zerfall des internationalen Warenaustausches angesichts der engen Verflechtung auf der Ebene der Produktion heute unwahrscheinlich. Einfluß dürfte auch das weiter entwickelte System der Wirtschaftspolitik haben.

Sweezys Depressionserklärung für die Gegenwart im vorliegenden Aufsatz beruht auf seinem krisentheoretischen Ansatz, der Disproportionalität zwischen den beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion, d. h. dem Auseinanderfallen von Produktionsmittel- und Konsumgüterherstellung (Sweezy, 1970, S. 187 ff.). Ausgangspunkt für diese mit Notwendigkeit entstehenden Disproportionen ist das Kapital als sich verwertender Wert: der Zwang zur Produktion von Mehrwert und zur Akkumulation gerät in Widerspruch zur Tendenz des Kapitalismus, die Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft relativ einzuschränken. Es kommt dann zu einem Zusammenbruch mit Auswirkungen auf den gesamten Reproduktionsprozeß, wenn als Ausdruck dieses Widerspruchs die Produktionsmittel produzierende Abteilung I sich im Verhältnis zur Konsumgüterproduktion (Abteilung II) und zur Konsumtionskraft

**INDUSTRIAL PRODUCTION**  
Deviation from long-term trend



Average annual trend growth rate  
Source: OECD, Main Economic Indicators, December 1977

der Gesellschaft als zu groß herausstellt. Dabei kann dieser Fall eintreten, ohne daß es zu einem Einbruch oder einer Verlangsamung in der Abteilung II, in der Konsumgüterproduktion, kommt. Denn die Entwicklung der Abteilung I trägt eine Tendenz zu einem anfangs übersteigerten Wachstum in sich, die damit zusammenhängt, daß ein großer Teil der Produktionsmittel in der Produktionsgüterherstellung selbst benötigt wird. Eine Erweiterung der Kapazitäten der Abteilung I trägt Impulse zur Selbstverstärkung in sich, d. h. ihr Wachstumstempo übersteigt dasjenige der Abteilung II. Umgekehrt führt das aber bei einer Verlangsamung der Expansion in Abteilung I zu einem entsprechenden kumulativen Prozeß des Zusammenbruchs.

Dieser Prozeß beschreibt m. E. den der Zyklichkeit zugrunde liegenden Prozeß treffend. Die Krise beginnt dann, wenn die Kapazitäten der Abteilung I sich als zu groß herausstellen<sup>2</sup> – offen bleibt jedoch, an welchem Punkt der ökonomischen Entwicklung dieser Widerspruch manifest wird, wodurch sein Ausbruch herbeigeführt wird. Es wäre notwendig, die charakterisierten Disproportionen der Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion in ihrer Wirkung auf die Bewegung der Oberfläche darzustellen, es müßten Faktoren wie Kredit, Inflation, internationaler Handel usw. in ihrer konkreten historischen Gestalt einbezogen werden.

Sweezy unterscheidet in seiner Darstellung nicht ausdrücklich zwischen zyklischen Krisen und längeren Perioden der Stagnation, beiden Erscheinungen liegt das widersprüchlich vermittelte Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion im kapitalistischen Verwertungsprozeß zugrunde. Offenbar geht er davon aus, daß in bestimmten historischen Epochen kurze zyklische Einbrüche nicht mehr ausreichen, um die Widersprüche zu lösen und so einer neuen Belebung Raum zu schaffen, d. h. die Krise überwuchert den gesamten Zyklus. So gibt es nach Sweezy historische Perioden, die einer raschen Expansion der Produktion günstig sind, in der die Disproportionalität nicht oder nur kurzzeitig manifest wird. Dabei grenzt er sich von der Theorie der »langen Wellen« Kondratieffs ab. Daß es Abschnitte beschleunigten und verlangsamten Wachstums gebe, sei nicht bestritten – zweifelhaft aber deren zyklischer Charakter. Eine Periode der Expansion war die der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert, verbunden mit der Erschließung neuer Kontinente. Auch der Zeitraum, der mit dem zweiten Weltkrieg begann, war expansiv. Die etwa 30 Jahre andauernde rasche Ausdehnung, basierend auf dem Nachholbedarf, dem Wiederaufbau zerstörter Länder, haben dafür gesorgt, daß sich die immanenten Widersprüche zwischen dem kapitalistischen Zwang zur Expansion und der beschränkten Konsumtionskraft nicht in tiefen Krisen Luft machten. Diese Periode endete mit dem Ausbruch der Krise von 1974, ein Ende ist nicht absehbar. Sweezy schließt zwar nicht aus, daß die gegenwärtige Periode der Depression durch eine neue historische Phase der Konjunktur wieder abgelöst werden könnte, sieht aber keine Faktoren, die einen solchen erneuten Umschwung bewirken könnten. Offensichtlich ist nicht nur an »äußere« Faktoren wie Kriege gedacht, auch die Beziehungen zu den Entwicklungsländern werden von Sweezy nicht als entscheidendes Moment genannt. So bleibt auch die Erklärung der letzten Expansionsperiode sowie der von ihm konstatierten historischen Wende am Anfang der 70er Jahre zumindest unvollständig. Allein die Bedürfnisse der Rekonstruktion der zerstörten Länder – die zudem für die USA nur vermittelt über den Außenhandel wirksam wurden – scheinen für sich genommen nicht ausreichend zur Begründung von 30 Jahren Prosperität. Es wäre zumindest zu begründen, warum die

entsprechenden Faktoren nach dem ersten Weltkrieg keine irgendwie vergleichbare Entwicklung hervorbrachten.

Trotzdem ist es Sweezys theoretischer Ansatz durchaus wert, weiterverfolgt zu werden. Zu untersuchen wären davon ausgehend vor allem die Veränderungen in der Abteilung I und die dieser zugrundeliegenden Umstrukturierungen im gesellschaftlichen Gesamtkapital.

Ein zentrales Problem bei Sweezys krisentheoretischem Ansatz ist der Charakter des Zusammenhangs zwischen den beiden Abteilungen der Produktion, der ja zunächst stofflich bestimmt ist. Beckenbach/Krätke weisen richtig auf eine Inkonsistenz bei Sweezy hin, der auf der einen Seite den Zwang zur Erhöhung der Mehrwertrate im Prozeß der kapitalistischen Akkumulation als ein zentrales Moment bei der Beschränkung der Konsumtionskraft sieht, auf der anderen Seite aber nicht berücksichtigt, daß die mit der Produktion des relativen Mehrwerts verbundene Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals auch mit einer Umstrukturierung der Nachfrage zugunsten der Abteilung I verbunden ist (Beckenbach/Krätke, 1978, S. 69 ff.). Wenn also im Zuge einer solchen Form der Akkumulation die Konsumtionskraft relativ beschränkt wird, so wächst gleichzeitig auch der Bedarf an Produktionsmitteln. Das besagt natürlich keineswegs, daß sich dieser Prozeß gleichgewichtig entwickelt. Disproportionen können schon mit dem unterschiedlichen Charakter der Nachfrage nach Produktionsmitteln und Konsumgütern begründet werden. Die Bestandteile des fixen Kapitals fungieren über mehrere Produktionsperioden hinweg, Absatz- und Kapazitätseffekt fallen also zeitlich und quantitativ auseinander.

Es wäre nun – ausgehend von den Überlegungen Sweezys – zu untersuchen, wie sich die technische und wertmäßige Struktur des gesellschaftlichen Gesamtkapitals im Prozeß der Akkumulation verändert. Dabei steht die Fondsintensität im Mittelpunkt des Interesses, d. h. das Verhältnis von Aufwand an konstantem Kapital je Produkteinheit. Die Gesetze der Kapitalverwertung, exekutiert durch die Konkurrenz der Kapitale untereinander, zwingt diese zur Senkung der Produktionskosten des einzelnen Produkts. Das Mittel dazu ist der Ersatz lebendiger Arbeit durch Maschinerie, wobei natürlich nur die bezahlte Arbeit interessiert. In der Folge steigen die technische und organische Zusammensetzung des Kapitals und die Fondsintensität, oder umgekehrt: die Kapitalproduktivität sinkt. Bezogen auf die stoffliche Zusammensetzung des Gesamtprodukts heißt das, daß ein wachsender Anteil aus Produktionsmitteln bestehen muß, während der Anteil der Konsumgüter zurückgeht. Eine Aufschwungsperiode im Sinne von Sweezy könnte dann – neben Faktoren wie Rüstung und Krieg, Wiederaufbau und Kolonialismus – auch dadurch begründet werden, daß die Steigerung der Fondsintensität der Expansion der Abteilung I einen Spielraum verschafft. Die Bindung der Produktion an die Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft wäre dadurch gelockert.

Nun lassen sich technologische Bedingungen denken, bei denen die Senkung der Kosten sowohl durch Einsparung (bezahlter) lebendiger Arbeit als auch durch Einsparung von konstantem Kapital erfolgt, d. h. bei denen sowohl der Aufwand an bezahlter lebendiger Arbeit als auch an konstantem Kapital je Produkteinheit rückläufig ist.<sup>3</sup> Ein sinkender Teil des Gesamtprodukts würde dann die stoffliche Gestalt von Produktionsmitteln haben, zur Produktion einer bestimmten Menge von Konsumgü-

tern wäre eine sinkende Menge von Produktionsmitteln notwendig. Offensichtlich müßte sich unter solchen Bedingungen der Widerspruch zwischen der Tendenz des Kapitalismus zu beschleunigter Expansion auf der einen und zur relativen Einschränkung der Konsumtion auf der anderen Seite verschärfen. Denn eine ungestörte Akkumulation würde voraussetzen, daß die Konsumtionskraft der Gesellschaft rascher wächst als die Akkumulation von konstantem Kapital.

Obwohl es auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zumindest für die Bundesrepublik bisher keine darauf hindeutenden Statistiken gibt, so lassen sich doch in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Rationalisierung Momente auffinden, aus denen solche Tendenzen abgeleitet werden könnten. So beinhaltet die vieldiskutierte Einführung der Mikroprozessoren und ihre breite Anwendung nicht nur die Einsparung von lebendiger Arbeit sondern auch von fixem Kapital. Sieht man von allen anderen Faktoren ab, so wäre mit der breiten Einführung entsprechender Technik auch eine Umstrukturierung und relative Verkleinerung der Abteilung I verbunden, wodurch die Erscheinung anhaltender Arbeitslosigkeit und Überkapazitäten vor allem in der Abteilung I erklärt werden könnte. In der Folge würde es zwar zu einer Verbesserung der Verwertungsbedingungen in der Produktion selbst kommen, das würde aber für den Akkumulationsprozeß insgesamt ohne entsprechende Auswirkungen bleiben, weil das reichlich zur Verfügung stehende Kapital in der Produktion nicht profitabel angewandt werden kann. Unter den Bedingungen einer funktionierenden Preiskonkurrenz würden den daraus resultierenden Tendenzen zur Stagnation Preissenkungen entgegenwirken, nicht aber bei monopolistisch dominierten Produktionsverhältnissen. Für die Arbeiterbewegung würden dadurch Spielräume für eine Umstrukturierung der Nachfrage zugunsten von gesellschaftlichem und individuellem Konsum eröffnet, wie sie im »Memorandum 1978« gefordert werden. Seine Autoren gehen davon aus, daß die gegenwärtige Tendenz zur Stagnation durch ein Mißverhältnis zwischen der Einkommensverteilung einerseits und den stofflichen Bedingungen der Produktion andererseits gekennzeichnet ist. Die vom Kapital angeeigneten Teile des gesellschaftlichen Reichtums werden nicht nachfragewirksam, weil ihre Anlage als Kapital keine Vergrößerung der Profitmasse verspricht. Sie werden daher als Geldkapital angelegt, oder im Ausland, zum Teil außerhalb der entwickelten kapitalistischen Länder, investiert. Dabei geht das »Memorandum« allerdings noch davon aus, daß der technische Fortschritt mit steigender Fondsintensität verbunden ist und deutet die Möglichkeit »kapitalsparenden technischen Fortschritts« nur an (Memorandum 1978, S. 92).

Im Rahmen der Krisen- und Stagnationserklärung Sweezys wären die mit dem Akkumulationsprozeß verbundenen Verschiebungen in den stofflichen Bedingungen des Reproduktionsprozesses von großer Bedeutung. Aber erst mit Hilfe entsprechender empirischer Untersuchungen könnte seine oben dargestellte Stagnationshypothese einen wirklichen Erklärungswert gewinnen.

### Anmerkungen

1 In Großbritannien wurde sogar der letzte zyklische Höhepunkt nicht mehr überschritten.

2 »The capital-goods sectors are discovered to have grown to a size that cannot be sustained and their collapse follows, with dire consequences for the functioning of the entire system.« Sweezy, 1978, S. 11.

3 Die Möglichkeit des Überwiegens dieser Entwicklungstendenz wird schon vor dem Beginn der letzten Krise diskutiert in: Autorenkollektiv, 1974, insbesondere S. 65 ff.

#### Literaturverzeichnis

*Autorenkollektiv* (unter Leitung von Heinz Petrak): Proletariat in der BRD, Berlin/DDR 1974

*Beckenbach, Frank, und Michael Krätke*: Zur Kritik der Überakkumulationstheorie, in: Prokla 30 (1978), S. 43 ff.

*Memorandum*: Alternativen der Wirtschaftspolitik (Langfassung), Köln 1978

*Sweezy, Paul M.*: Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Frankfurt/M. 1970

ders.: The Present Global Crisis of Capitalism, in: Monthly Review, April 1978, S. 1 ff.

*Varga, Eugen*: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Vierteljahresberichte 1922–1939 (hrsg. v. Jörg Goldberg), Berlin/West 1977, Band I.



## AS 6 Theorie des Monopols. Staat und Monopole (I)

Jörg Huffschmid

Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie

Robert Katzenstein

Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus

Elmar Altvater

Wertgesetz und Monopolmacht

Thomas Hagelstange

Probleme der Klassenanalyse. Anmerkungen zur Studie des IMSF

AS 6: 212 S., 18,50 DM, Stud.  
15,- DM

## Krise der Theorie oder Theorie der Krise?

### Überlegungen zum Problem der Krise in der gegenwärtigen Diskussion um die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die folgenden Bemerkungen zur Diskussion um die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) konzentrieren sich auf zwei Streitpunkte: erstens auf die Untersuchung des kapitalistischen Krisenzyklus in der SMK-Theorie (I) und zweitens auf die Problematik der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zum SMK als materielle (objektive) Voraussetzung des Sozialismus (II). Sie verfolgen den doppelten Zweck, durch Formulierung einiger Thesen die Diskussion um den Entwicklungsstand der SMK-Theorie innerhalb der westdeutschen Linken weiterzutreiben und durch den Hinweis auf bestehende Forschungslücken weitere Arbeiten anzuregen.

Die Beschränkung auf die beiden genannten Streitpunkte ergibt sich vorwiegend aus pragmatischen Gesichtspunkten, wenngleich sie durchaus nicht in unsystematischer Folge hier erscheinen. Weitere wichtige Streitpunkte sollen später aufgegriffen werden, so vor allem das Verhältnis von Ökonomie und Politik im SMK, von objektiven und subjektiven Voraussetzungen des Sozialismus, von inneren und äußeren Faktoren in der Realentwicklung des SMK. Pragmatisch ist die Beschränkung auf die beiden erstgenannten Problemkomplexe insofern, als sie schwerpunktmäßig die Thematiken angeben, die in dem Band III der *Argument*-Sonderreihe »Staat und Monopole« (AS 36) behandelt werden sollen. Die übrigen Themenbereiche wären dann späteren Bänden vorbehalten.

#### I.

Die zyklische Weltmarktkrise von 1974/75 und die sich daran anschließende jahrelange Depressionsphase stellt einen sozialhistorisch bedeutsamen, in seinen ökonomischen wie politischen Konsequenzen heute durchaus noch nicht absehbaren Einschnitt in der Entwicklung des Spätkapitalismus dar. Es ist daher keineswegs überraschend, wenn bürgerliche wie sozialistische Ökonomen und andere Gesellschaftswissenschaftler sich mit Ursachen, Erscheinungen und Tendenzen dieser für viele in Extensität, Intensität und Dauer unerwarteten Krise bzw. Depression befassen. Es scheint so, wie bisweilen triumphierend bemerkt wird, als habe dabei ein theoretischer Ansatz, der in der jüngsten Vergangenheit aus teils wissenschaftlichen, teils politischen Gründen auch in der Bundesrepublik einige Furore und sogar Schlagzeilen gemacht hat, rasch an Attraktions- und Überzeugungskraft verloren. Mit ihrem, nach Ansicht einiger Kritiker bloß vermeintlichen, Gegenstand sei die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst in die Krise geraten (vgl. PKA 1975 u. Debatte . . .). Die für die Theoretiker des SMK angeblich so ärgerliche Tatsache der großen Krise widerlege schlagend deren vor rund einem dutzend Jahren formulierte Hauptthese, wonach der gegenwärtige Kapitalismus im Grunde frei von zyklischen Überproduktionskrisen sei. Als Beweis für diese Behauptung gilt z. B. den Kritikern des »Projekts Klassenanalyse« (PKA) eine Bemerkung von Jürgen Kuczynski, wonach die Problematik der Überproduktionskrise im gegenwärtigen Kapitalismus »1939 von

Varga und 1965 von praktisch allen Politökonomien der DDR so falsch beantwortet« wurde (Kuczynski S. 12).

Angenommen, Kuczynskis Kritik, »praktisch alle Politökonomien der DDR« hätten 1965 die Notwendigkeit zyklischer Überproduktionskrisen geleugnet, sei zutreffend, was würde das für die SMK-Theorie bedeuten? Erstens ist die SMK-Theorie (oder besser: sind die unterschiedlichen Ansätze zu einer solchen Theorie) keine ausschließliche Schöpfung von DDR-Politökonomien, noch gar Vargas, der lange Zeit explizit andere Positionen vertreten hat, und zweitens bezieht sich die Kritik auf Arbeiten, die zu bestimmten Zeitpunkten erschienen sind; die Mehrzahl der Arbeiten zum SMK, in der DDR und anderswo, ist zweifellos nach 1965 erschienen und deshalb von Kuczynskis Kritik nicht betroffen.<sup>1</sup>

Wie steht es nun aber tatsächlich mit der Untersuchung des ökonomischen Krisenzyklus in den Arbeiten von Autoren, die die Theorie des SMK vertreten?<sup>2</sup> Peter Hess hat in einer Rezension die Kritik Kuczynskis auch für den genannten Zeitpunkt 1965 ausdrücklich zurückgewiesen. Hess ist in dieser Hinsicht als Mitbetroffener zweifellos Partei – ziehen wir daher eine in dieser Frage neutrale Autorin heran.

Margaret Wirth (1972) hat darauf hingewiesen, daß die Entstehung und Entwicklung der Theorie des SMK in der DDR – und man muß hinzufügen: nur dort – verknüpft war mit der Untersuchung des ökonomischen Krisenzyklus im Westdeutschland der Nachkriegszeit und der 50er Jahre (Heininger, Gündel, Zieschang, Schmidt). Als Resultat dieser Untersuchungen, deren »alleiniger Ausgangspunkt« nach Heininger »nur die Marxsche Krisentheorie« bildete (zit. nach Wirth, 1972, S. 33), hatte sich ergeben, daß die Veränderungen in der Erscheinung des ökonomischen Zyklus u. a.<sup>3</sup> auf die veränderte Rolle des Staates im ökonomischen Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Kapitals zurückzuführen seien – keineswegs aber, daß der Krisenzyklus im staatsmonopolistischen Kapitalismus aufgehoben sei.<sup>4</sup>

In dem Band »Imperialismus heute«, der zuweilen als Höhepunkt revisionistischer Verleugnung der Krisenhaftigkeit des gegenwärtigen Kapitalismus angesehen wurde, heißt es (wenigstens in der mir vorliegenden 5. Auflage von 1968) unzweideutig: »Nach wie vor wirken in Westdeutschland jene ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, die periodisch ökonomische Krisen und damit eine zyklische Entwicklung der Wirtschaft hervorrufen« (Autorenkollektiv, 1968, S. 329; vgl. auch S. 337). Allerdings konkretisieren die Verfasser diese allgemeine Aussage anschließend dahingehend, »daß sich die Form des Zyklus wesentlich verändert hat. Jeder schematische Vergleich mit den ökonomischen Zyklen vor dem zweiten oder gar ersten Weltkrieg – etwa mit der Wirtschaftskrise von 1929 bis 1933 – ist daher völlig unsinnig, hat mit Marxismus nichts zu tun« (Autorenkollektiv 1968, S. 330, 332 ff.).

Ähnlich heißt es in dem an »Imperialismus heute« anschließenden Band »Der Imperialismus der BRD«: »Auch unter staatsmonopolistischen Bedingungen blieb der zyklische, krisenhafte Verlauf des Reproduktionsprozesses ein Wesensmerkmal der kapitalistischen Produktionsweise« (Autorenkollektiv 1971, S. 332). Nach Auffassung dieser Autoren können »die staatsmonopolistischen Maßnahmen« zwar weder Krisen noch die zyklische Bewegung des Reproduktionsprozesses beseitigen, aber sie führen zu veränderten Bewegungs- und Erscheinungsformen der Widersprüche. »Ihre krisenhafte Zuspitzung erfolgt nicht mehr ausschließlich in konzentrierter Form in einer kurzen Krisenphase, sondern in der einen oder anderen Form in allen

Phasen des Zyklus. Dadurch verändert sich notwendigerweise die Form des Zyklus. Zusammen mit der Tendenz einer Abflachung wächst vor allem seine Unregelmäßigkeit und damit die Anzahl der Krisen« (ebenda). Die Autoren verweisen auf chronische Krisenerscheinungen wie niedrige Kapazitätsauslastungen, Finanz- und Währungskrisen, Inflation und Agrarkrisen und sprechen in diesem Zusammenhang von einer wachsenden *Labilität* des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, so daß trotz staatlicher Regulierungsversuche *insgesamt* die Spontanität im Ausbruch von Krisen sogar wachse (Autorenkollektiv 1971, S. 333). Nur wer die Marxsche Einsicht in die objektive Notwendigkeit des kapitalistischen Krisenzyklus dahingehend verdreht, daß damit auch der realgeschichtliche, empirische Krisenverlauf im Kapitalismus ein für allemal fixiert sei, kann die empirisch gesicherte Konstatierung von wichtigen Veränderungen im Verlauf des Zyklus, in den Erscheinungen der Krise usw. als Revision der marxischen Krisentheorie ausgeben.<sup>5</sup>

Damit soll aber keineswegs gesagt werden, daß die Thesen der Autoren von »Imperialismus heute« oder »Der Imperialismus der BRD« über die Bedeutung des staatlichen Eingriffs in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Kapitals stets in jeder Hinsicht zutreffend oder wissenschaftlich korrekt gewesen wären. So ist die bereits erwähnte These von einer »Tendenz zur Abflachung des Zyklus« in dieser allgemeinen Form nicht haltbar. Richtig ist zweifellos, daß die ökonomischen Aktivitäten des Staates auf den Verlauf des Krisenzyklus insgesamt abflachend wirken können, das wird im übrigen auch von marxistischen Kritikern der SMK-Theorie ernsthaft nicht mehr bestritten (vgl. z. B. PKA 1977, S. 79 f., 134), aber dadurch läßt sich keineswegs eine historische Tendenz zur Abflachung des Zyklus prognostizieren. Erstens können gleichzeitig andere, krisenverschärfende Momente auftreten, die dem »Abflachungseffekt« entgegenwirken; zweitens haben die ökonomischen Aktivitäten des Staates im gesellschaftlichen Reproduktions- und Verwertungszusammenhang des Monopolkapitalismus stets formelle und materielle Grenzen (vgl. weiter unten), die sich früher oder später geltend machen; drittens wirken sich die außenwirtschaftlichen Zusammenhänge modifizierend auf den Verlauf der nationalen Zyklen aus und viertens spielt der Verlauf des Klassenkampfes, die sozialpolitischen Erfolge oder Niederlagen der arbeitenden Bevölkerung eine Rolle. Alle diese Momente fielen in der Weltmarktkrise von 1974/75 verschärfend zusammen und einige wirken in der gegenwärtig noch anhaltenden Depression fort.

Wenn einige Theoretiker des SMK Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in bezug auf die Krisenproblematik eher vorsichtig und in ihren Prognosen unsicher waren, so beweist das weniger ihre theoretische Unzulänglichkeit als vielmehr die objektive Schwierigkeit des Problems. Marx und Engels haben sich in ihren konkreten Krisenprognosen nicht selten geirrt – sie deshalb für unfähig zu halten, ihre eigene Theorie korrekt anzuwenden, wäre absurd. Die Weltmarktkrise ist eben »das verwickelteste Phänomen der kapitalistischen Produktion« (MEW 26.2, 502), weil sie »die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie« (MEW 26.2, 510) ist. Sie läßt sich daher nur begrifflich entwickeln und historisch untersuchen sowie prognostizieren durch die theoretische Einbeziehung bzw. empirische Betrachtung des »ganzen Umkreises von Verhältnissen« (MEW 23, 128), in denen der kapitalistische Produktionsprozeß eingeschlossen ist: durch die theoretische Darstellung und empirische Untersuchung der verschiedenen Modifika-

tionen, die der Grund der Krisen (Widerspruch zwischen Produktion und Markt, vgl. u. a. MEW 25, 254 f., 501; MEW 26.2, 518–535; MEW 26.3, 80) und die Bedingungen seiner periodischen Reproduktion (Umschlag des fixen Kapitals als eine materielle Grundlage des industriellen Zyklus, vgl. u. a. MEW 24, 185 f. aber auch MEW 29, 296) erfahren durch die Einwirkungen des Zirkulationsprozesses (kommerzielles Kapital, Kredit), des Distributionsprozesses (Modifikation der Werttransfers durch Monopolisierung, staatliche Umverteilung usw.), des Konsumtionsprozesses (Verhältnis von produktiver, unproduktiver und parasitärer, von individueller und gesellschaftlicher Konsumtion) und schließlich durch den Weltmarktzusammenhang (vgl. Autorenkollektiv 1975, S. 114, 496 ff.). Eine solche Aufgabe ist naturgemäß nicht mit den Mitteln »marxistischer Milchmädchenökonomie« (Ganzmann) zu lösen, sie erfordert die Anstrengung des Begriffs ebenso wie gründliches und beharrliches Studium aller empirischer Prozesse und Erscheinungen der modernen kapitalistischen Ökonomie.

Die Vertreter der SMK-Theorie haben in der Vergangenheit in bezug auf unsere Fragestellung wesentliches geleistet zum Verständnis der Modifikationen, die die Durchsetzung des Wertgesetzes im Kapitalismus erfährt durch die Entstehung der Monopole (vgl. Huffs Schmid) und schließlich durch die wachsende Rolle des Staates im monopolistisch dominierten Reproduktionsprozeß des Kapitals; sie werden sich in der Zukunft verstärkt den *Grenzen* der staatsmonopolistischen Regulierung zuwenden müssen. So muß einerseits der gesellschaftliche Wertbildungs- und Verwertungsprozeß als ökonomische Voraussetzung und *materielle* Grenze der staatlichen Regulierungstätigkeit<sup>6</sup> und so müssen andererseits auch die *formellen* Grenzen (z. B. politisch-rechtliche), die dem bürgerlichen Staat auch in der staatsmonopolistischen Entwicklungsperiode des Kapitalismus in der Regel gesetzt sind<sup>7</sup>, genauer untersucht werden. Des weiteren zeichnen sich mit der sprunghaft verstärkten Internationalisierung der Produktion und des Kapitals in den letzten beiden Jahrzehnten nicht nur supra-nationalstaatliche Regulierungsversuche sondern auch – vor allem im letzten Jahrzehnt – deren spezifische Grenzen in der internationalen Konkurrenz immer deutlicher ab (vgl. Deppe).

Die bisher skizzierten Probleme einer wissenschaftlichen Durchdringung der äußerst komplexen Thematik »Krise im gegenwärtigen Kapitalismus« beweisen m. E., daß die Theorie des SMK weit davon entfernt ist, sich aufzulösen, sondern im Gegenteil durch die bewußtere Erfassung dieser Probleme und ihrer schrittweisen Lösung dabei ist, sich zu einer immer adäquateren Theorie des Spätkapitalismus der Metropolen zu entwickeln. Diese These soll im folgenden Abschnitt weiter begründet werden.

## II.

Die sich auf Marx berufende Kritik an der SMK-Theorie beschränkt sich in der Regel nicht auf einzelne Problembereiche. Häufig gelten ihr diese nur, wie etwa im Fall der Krisenproblematik, als aktuelle Ansatzpunkte, um die Notwendigkeit einer Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus ganz allgemein zu bestreiten. Marx habe im »Kapital« das ökonomische Bewegungsgesetz des Kapitalismus enthüllt, den allgemeinen Begriff des Kapitals und die ihm entsprechenden notwendigen Erscheinungsformen vollständig dargestellt. Das somit *geschlossene System* der Kritik der politi-

schen Ökonomie gelte es nurmehr, korrekt auf die Realgeschichte des Kapitalismus anzuwenden.<sup>8</sup>

Alle Versuche, das von Marx dargestellte Bewegungsgesetz und das ihm entsprechende Kategoriensystem an konkrete Erscheinungen des gegenwärtigen Kapitalismus »anzupassen«, seien Ausdruck theoretischer Unzulänglichkeit und beruhten letzten Endes auf einem mangelnden Verständnis der wissenschaftlichen Methode der Kritik der politischen Ökonomie. Insbesondere die Unterscheidung von historischen Entwicklungsstadien, -etappen u. ä. des Kapitalismus löst heftigen Widerspruch aus. Wenn innerhalb der Realgeschichte des Kapitalismus schon differenziert werden müsse, so glaubt die Mehrzahl dieser Kritiker, mit zumeist nur unwesentlichen individuellen Nuancen, dann zwischen unentwickeltem und entwickeltem Kapitalismus, wobei im ersteren das Kapitalverhältnis noch sporadisch, im letzteren aber allgemein geworden sei. In den Metropolen des Kapitals (USA, Westeuropa, Japan) entsprächen die wirklichen Produktionsverhältnisse tendenziell – wie in der Realität eh nur möglich – ihrem Begriff; wobei die immanente Tendenz des Kapitals, den Weltmarkt herzustellen, natürlich weiterhin anhalte. Der weiteren Weltmarktentfaltung des Kapitals sind so an sich nur äußere oder politische Grenzen gesetzt. Die objektiven, inneren Schranken des Kapitals, in den zyklischen Krisen zwar stets aufblitzend, sind damit noch lange nicht erreicht: Die Entfaltung des kapitalistischen Systems zur Totalität geht weiter – wenn nicht dem ganzen System von innen (durch die Arbeiterklassen der Metropolen) oder von außen (durch die armen Massen der »Dritten Welt«) oder durch ein spezifisches Bündnis beider, bewußt der Garaus gemacht wird.<sup>9</sup>

In den letzten beiden Jahrzehnten ist viel über die »im Kapital angewandte Methode« (MEW 23, 25) geschrieben worden. Aber gerade von den westdeutschen (und französischen!) »Kapitallogikern«, die in der Regel zu den schärfsten Kritikern der SMK-Theorie zählen, ist diese Methode fast ebenso »wenig verstanden worden« wie unmittelbar nach dem Erscheinen des »Kapital«. Damals hatte immerhin *ein* Rezensent die Marxsche dialektische Methode so treffend geschildert, daß Marx diese Darstellung in seinem Nachwort zur zweiten Auflage des »Kapital« ausführlich zitiert. Es ist bemerkenswert, daß gerade dieser Text von den Methodologen fast durchweg »vergessen« wurde. Tatsächlich enthält er die Vorwegnahme einer fundierten Kritik des einseitig strukturalistischen Methodenverständnisses. Der Rezensent Kaufmann schreibt:

»Für Marx ist nur eins wichtig: das Gesetz der Phänomene zu finden, mit deren Untersuchung er sich beschäftigt. Und ihm ist nicht nur das Gesetz wichtig, das sie beherrscht, soweit sie eine fertige Form haben und in einem Zusammenhang stehen, wie er in einer gegebenen Zeitperiode beobachtet wird. Für ihn ist noch vor allem wichtig das Gesetz ihrer Veränderung, ihrer Entwicklung, d. h. der Übergang aus einer Form in die andre, aus einer Ordnung des Zusammenhangs in eine andre. . . . Der wissenschaftliche Wert solcher Forschung liegt in der Aufklärung der besondern Gesetze, welche Entstehung, Existenz, Entwicklung, Tod eines gegebenen gesellschaftlichen Organismus und seinen Ersatz durch einen andren, höheren regeln« (MEW 23, 25 f., 27).

Die Gesetze der Gesellschaft sind demnach sowohl Struktur- als auch Entwicklungsgesetze. Indem der Rezensent die zwar widersprüchliche aber notwendige Einheit beider Betrachtungsweisen hervorhebt, »was andres hat er geschildert als die dialektische Methode?« (vgl. MEW 23, 27). Nun ist es natürlich keineswegs so, daß die Arbeiten zur Marxschen Methode diesen Sachverhalt vollständig vernachlässigt hätten; im Gegenteil: die m. E. besten unter ihnen gehen sogar ausdrücklich und aus-

föhrlich darauf ein (vgl. Bollhagen, Zelený, Autorenkollektiv 1975, 1. Kap.). Indem sie aber den »strukturell-genetischen« Charakter der gesellschaftlichen Gesetze hervorheben, verkürzen sie in der Regel den dialektischen Entwicklungsbegriff auf folgenreiche Weise.

Es geht in diesen Arbeiten zumeist darum, die Genesis einer »fertigen Form« aus der »Keimform« begrifflich nachzuvollziehen (»Genetische Methode«, die dialektische Form der Darstellung). »Genese« ist somit »Entwicklung zur Totalität« oder das »Werden zum System«. Der wissenschaftliche Entwicklungsbegriff ist damit aber noch keineswegs hinreichend bestimmt. Die Entwicklung bricht nicht einfach ab mit der »fertigen Totalität des Systems«, sie setzt sich vielmehr fort; freilich jetzt nicht mehr als Genese, sondern als »reife Existenz« und schließlich als »Zerfall«, »Zersetzung«, »Tod« des Systems.<sup>10</sup> Auf die Berücksichtigung dieser Seite der objektiven gesellschaftlichen Entwicklungslogik kommt es aber bei der Erforschung und Darstellung des gegenwärtigen Kapitalismus als Spätkapitalismus ganz besonders an.

Die Entwicklung des Monopols und die sich daraus früher oder später notwendig ergebende Staatseinmischung (vgl. MEW 25, 454), sind ökonomische Erscheinungsformen, die aus den entwickelten Widersprüchen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses hervorgerufen werden.<sup>11</sup> Indem diese Formen die Herrschaft des Kapitals durch Züglung der freien Konkurrenz zu vollenden scheinen, sind sie zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise (vgl. Grundrisse, S. 544 f.). Ab einer gewissen Stufe gewinnen die aus dem Akkumulationsprozeß resultierenden Bewegungsformen »Konzentration« und »Zentralisation« des Kapitals einen doppelten Charakter: einerseits sind sie notwendige, wenn auch bloß vorübergehende und begrenzte *Entwicklungsformen* des Kapitals, andererseits sind sie aber ihrem sozialhistorischen Wesen nach *Auflösungs- und Übergangsformen* zu einer höheren Stufe der gesellschaftlichen Produktion. Marx hat dies für die noch zu seinen Lebzeiten auf breiter Front entstehenden Aktiengesellschaften eindrucksvoll beschrieben (vgl. MEW 25, 477 ff.), Engels hat die Analyse auf Kartelle, Trusts und schließlich Staatseigentum ausgedehnt (vgl. u. a. MEW 19, 220 ff.) und für Lenin ist diese Entwicklung bereits so weit fortgeschritten, daß er den Imperialismus als monopolistisches Stadium des Kapitalismus zugleich als sterbenden Kapitalismus charakterisiert hat. Es ist klar, daß die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus diese Entwicklung noch nicht vollständig analysieren konnten, dennoch finden sich in ihren Arbeiten so zahlreiche und – im Rahmen des damals möglichen – so wichtige Hinweise, daß eine zusammenfassende Darstellung ihrer Position in dieser Frage von hohem theoretischen Interesse und eine wichtige Grundlage für die weitere Ausarbeitung der Theorie des SMK sein würde.<sup>12</sup>

Lenin hat bekanntlich schon 1917 die – freilich im Krieg besonders enge – Verflechtung von Monopolen und Staat, vor allem in Deutschland, als »Umwandlung« des monopolistischen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnet. Die »Dialektik der Geschichte« bestand nach ihm darin, daß der Krieg »dadurch die Menschheit dem Sozialismus außerordentlich nahe gebracht hat . . . weil der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare *Vorstufe* ist . . .« (LW 25, S. 370 – Hervorhebung im Original!).

Seither hat der Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion, die Entwicklung der Produktivkräfte so entscheidende Fortschritte gemacht, daß auch die formelle Aner-

kennung ihres (gesamt)gesellschaftlichen Charakters sich schon im Rahmen des Kapitalismus an zahlreichen Stellen durchzusetzen beginnt, freilich noch weit überwiegend im Interesse privater, monopolistischer Kapitalverwertung. Das Studium dieser Prozesse auf den verschiedensten Gebieten (Produktivkräfte, Infrastrukturen, Reproduktionsbereiche der Arbeitskraft, Schlüsselsektoren, Forschung und Entwicklung usw.) und der konkrete Nachweis der Überlebtheit privater bzw. der Notwendigkeit gesellschaftlicher (vorläufig also noch überwiegend staatlicher) Lösungen im Interesse des sozialen Fortschritts erscheint mir besonders wichtig.<sup>13</sup> Auf der Basis solcher Arbeiten, wie sie in Italien und Frankreich bereits für nicht wenige Bereiche vorliegen, ließen sich dann auch konkrete Forderungskataloge und schließlich sozial-ökonomische und politische Programme formulieren, die mit dem Ausweg aus der kapitalistischen Krise zugleich den Übergang zu einer höheren, sozialistischen Form der gesellschaftlichen Produktion auch in der Bundesrepublik weisen könnten.

Auf einem solch entwickelten Niveau könnte die Theorie des SMK auch für und in der Bundesrepublik noch einmal nachdrücklich unter Beweis stellen, daß nicht sie sich in der Krise befindet, sondern alle Ansätze, die sich als unfähig erweisen, die objektive und konkrete Entwicklungslogik der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu begreifen und daher auch nicht in der Lage sind, politisch-praktische Alternativprogramme zu den herrschenden Ideologien und Illusionen zu entwickeln. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist ihrem Wesen nach Theorie der Krise kapitalistischer Produktionsverhältnisse – dies theoretisch und empirisch nachzuweisen und im einzelnen zu vertiefen, wäre eine Aufgabe zukünftiger Arbeiten, die in der Reihe »Staat und Monopole« erscheinen sollen.

### Anmerkungen

1 Möglich ist aber, daß nach der Logik des PKA sich die SMK-Theorie eben schon seit der Krise von 1966/67 in Auflösung befindet. Bleibt nur noch zu bemerken, daß in den USA schon 1957/58 eine allgemeine Überproduktionskrise aufgetreten war.

2 Natürlich versteht sich auch J. Kuczynski als Vertreter der SMK-Theorie.

3 Als besonders wichtig wurde die Desynchronisation des Zyklus auf dem Weltmarkt infolge unterschiedlicher historisch-materieller Voraussetzung der ökonomischen Tätigkeit nach dem 2. Weltkrieg angesehen. Für J. L. Schmidt war die »Aufspaltung des Weltzyklus« sogar der wichtigste Grund für die Abflachung des Zyklus in der Nachkriegszeit und den 50er Jahren.

4 Nach Wirth wurde die Frage, ob »der Staat« die Krise »verhindern« kann, von den DDR-Ökonomen »gar nicht diskutiert«. M. Wirth, 1972, S. 38.

5 Im übrigen hat eine solche Auffassung aber auch nicht im geringsten etwas mit Marx-Orthodoxie zu tun, sie beruht vielmehr auf grober Unkenntnis der marxischen Arbeiten zur Krise. Man vergleiche hierzu beispielsweise die detaillierten Untersuchungen von Marx und Engels zu den Besonderheiten der kapitalistischen Weltmarktkrise der Jahre 1856–58, zur Rolle des Kredits, der Spekulation, des Bankensystems, der Goldfunde in Australien und den Vereinigten Staaten, des Krimkriegs und der englischen Expansion in Persien und Indien usw. in MEW 12.

6 Es genügt keineswegs, das Selbstverständliche festzuhalten, daß die ökonomische Existenz des Staates »in letzter Instanz« abhängig ist von den materiellen Bedingungen der kapitalistischen Produktion und daher auch vom zyklischen Verlauf des Reproduktionsprozesses und daß damit auch die ökonomische Aktivität des Staates nur relative Selbständigkeit besitzt; sondern es geht um den konkreten Nachweis, daß der Versuch des Staates, seine materiellen Grenzen auszuweiten durch wachsende Staatsverschuldung früher oder später an eine Schranke stoßen muß oder in permanenter Inflation und chronischer Finanzkrise endet. Eine systematische Darstellung der Staatsfinanzen im gegenwärtigen Kapitalismus aus marxistischer Sicht fehlt bis-

her – trotz einiger bedeutsamer Ansätze (vgl. z. B. K. Zieschang 1967 und P. Hess u. a. 1974).

7 Nicht selten wird von Vertretern der SMK-Theorie das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus als »Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen Mechanismus« (mit gewissen geringfügigen individuellen Modifikationen) bestimmt. Solange man an einer derartig undifferenzierten Begriffsbestimmung festhält – die sich im übrigen nur scheinbar auf Lenin zurückführen läßt – wird man m. E. die spezifischen Widersprüche und Grenzen staatsmonopolistischer Regulierung, die aus dem Verhältnis von Konkurrenz, Monopol und monopolistischer Konkurrenz hervorgehen, ebenso wenig wissenschaftlich korrekt begreifen können wie die Auswirkungen des Klassenkampfes auf die staatliche Wirtschaftspolitik (Einkommenspolitik, Sozialpolitik). Vgl. hierzu die wesentlich differenzierteren Überlegungen in K. Zieschang, 1967, S. 50 f. oder in: Autorenkollektiv, 1972, S. 22 ff.

8 Das Projekt Klassenanalyse bezeichnet dieses Verfahren als »Umschlag von Theorie in Methode«. Vgl. PKA 1972.

9 Diese Grobskizze der Position vieler Kritiker der SMK-Theorie ist zweifellos vereinfachend. In einer gründlichen Auseinandersetzung, die hier nicht beabsichtigt ist, wäre eine solche Vereinfachung nicht erlaubt, daß sie aber nicht verfälschend ist, mag folgendes Zitat von Margaret Wirth belegen: »Logisch, aus dem Kapitalbegriff heraus, gibt es keine absolute Schranke des Kapitalismus, gibt es keinen Punkt, an dem gesagt werden kann, er könne sich nicht mehr weiterentwickeln. Die »objektive Schranke des Kapitals« ist das Kapital selbst, als Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit. Das ist aber ein Satz, der abstrakt immer gilt: konkret werden kann diese Schranke nur in der revolutionären Aktion der Arbeiterklasse. Solange die revolutionäre Aktion nicht stattfindet, entwickelt sich der Kapitalismus weiter, wenn sich auch die Formen dieser Entwicklung ändern.« M. Wirth 1973, S. 21.

10 Klassisch hat das bereits Hegel formuliert: »Die höchste Reife und Stufe, die irgendetwas erreichen kann, ist diejenige, in welcher sein Untergang beginnt.« Hegel 1969, S. 287.

11 Jörg Huffschmid hat dies in jüngster Zeit am klarsten herausgearbeitet. Vgl. Huffschmid 1975, S. 18 ff.

12 Ansätze hierzu liegen durchaus vor, so z. B. Zieschang 1961, S. 124 ff. und Braunsdorf, Löffler 1976, S. 75 ff. und 117 ff.

13 Robert Katzenstein hat in seinen verschiedenen Arbeiten, insbesondere in *Katzenstein* 1974 ein bedeutendes Beispiel für die Möglichkeiten solcher Arbeiten geliefert.

## Literaturverzeichnis

- Autorenkollektiv: Der Imperialismus der BRD. Frankfurt/M. 1971  
 Autorenkollektiv: Der staatsmonopolistische Kapitalismus (Orig. franz.). Frankfurt/M. 1972  
 Autorenkollektiv: Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, 5. Aufl. Berlin/DDR 1968  
 Autorenkollektiv: Krise und Kapitalismus bei Marx  
 Bollhagen, P.: Soziologie und Geschichte. Berlin/DDR 1966  
 Braunsdorf, u. H. Löffler: Kapitalbegriff und Monopol. Berlin/West 1976  
 Debatte über Stamokap – Zur Kontroverse zwischen Kuczynski und Hess, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 1/1978  
 Deppe, F. (Hg.): Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration, Reinbek b. Hamburg 1975  
 Ganßmann, H.: Marxistische Milchmädchenökonomie, Kritik am PKA, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 2/1978  
 Hegel, G. F. W.: Wissenschaft der Logik II, in: Hegel-Werkausgabe, Band 6. Frankfurt/M. 1969  
 Hess, P., u. a.: Grundlagen und Formen der Herrschaft des Finanzkapitals. Frankfurt/M. 1974  
 Huffschmid, J.: Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie, in: Das Argument (AS 6), Staat und Monopole (1), Zur Theorie des Monopols. Berlin/West 1975  
 Katzenstein, R.: Technischer Fortschritt, Kapitalbewegung, Kapitalfixierung. Berlin/West 1974

- Kuczynski, J.: Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum zweiten Weltkrieg, in: L. Zumpe: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland. Berlin/DDR 1976
- Projekt Klassenanalyse (PKA): Der Staat in der BRD. Ökonomische Basis und Entwicklungstendenzen 1950–1976. Hamburg/Berlin-West 1977
- dies.: Stamokap in der Krise. Berlin/West 1975
- dies.: Zur Taktik der proletarischen Partei – Marx'sche Klassenanalyse Frankreichs von 1848–1871. Berlin/West 1972
- Wirth, M.: Kapitalismustheorie in der DDR. Frankfurt/M. 1972
- dies.: Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes 8/9 1973
- Zelený, J.: Die Wissenschaftslogik und »Das Kapital«. Frankfurt/M. 1968
- Zieschang, K.: Zum ökonomischen Inhalt und der Rolle der Staatsfinanzen im westdeutschen staatsmonopolistischen System, in: Gündel, Heininger, Hess, Zieschang: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Berlin/DDR 1967
- ders.: Zu Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 4 Berlin/DDR 1961



AS 16: 233 S., 15,50 DM. Stud.  
12.– DM (ab 1979: 12,80 DM)

H. Schütte: Staatstheorie als Methodenproblem des historischen Materialismus. U. Wacker: Das Absolutismus-Problem: Staatsfeudalismus oder Frühform des bürgerlichen Staats? W. Riepert: Kapitalbewegung, Klassenverhältnis und Staatsfunktionen. H. Asseln / F. Deppe: Die »Staatsfrage« und die Strategie der Arbeiterbewegung. K. H. Tjaden: Staatstheorie als Element der Gesellschaftstheorie. H. Caspar: Die Deflationspolitik der Regierung Brüning. B. Güther: Zur Analyse infrastruktureller Staatsfunktionen. H.-J. Axt: Energiekrise, Konkurrenz und ökonomische Staatstätigkeit.

ARGUMENT-VERTRIEB · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Telefon 030 / 461 90 61

Stefan Schmidlin

## Strategien der antimonopolistischen Linken in der Schweiz

In der Schweiz sind die Kommunisten im Bundesparlament (Nationalrat) mit 5 Sitzen vertreten. Daß kommunistische Kräfte in bestimmten Städten (Basel, Genf) 10–20% der Stimmen erhalten und zusammen mit den Sozialdemokraten an die 50% herankommen, mag jene überraschen, die in der Schweiz nur die Berge und die Banken, nicht die politische Landschaft zur Kenntnis nehmen.

Die weitgehende ökonomische Auslandsabhängigkeit der Industrie, der hohe Ausländeranteil in der Arbeiterklasse<sup>1</sup>, der aufgeblähte tertiäre Sektor (der hier mehr Leute beschäftigt als der industrielle), das System der direkten Demokratie als besondere Form bürgerlicher Herrschaft sowie das weitgefächerte Parteienspektrum (11 nationale Parteien) lassen die Schweiz als einen Sonderfall erscheinen. Lohnt es sich, einen Sonderfall anzuschauen? Ist aus der näheren Betrachtung des Wirkens und der strategischen Vorstellungen der schweizerischen Linken etwas zu lernen? Zu Recht hat die unter dem Stichwort »Eurokommunismus« geführte Diskussion die Bedeutung nationaler Besonderheiten wieder in den Vordergrund gerückt. Wenn wir diesem Moment gebührend Beachtung schenken, wird auch ein Studium der Strategie der Linken in der Schweiz lehrreich, und sei es auch nur, um eine etwa zur BRD kontrastive Entwicklung aufzuzeigen. Wenn wir uns indes bemühen, unsere enge, eurozentristische Perspektive zu überwinden, wird vollends deutlich, wie ähnlich die ökonomische und politische Entwicklung in großen Teilen Westeuropas verläuft, d. h. auch, wie sehr die Strategiebildung der revolutionären Linken in Westeuropa aus einer gemeinsamen Geschichte heraus erfolgt.

### Die politische Landschaft der Schweiz

Eine Gemeinsamkeit dieser Geschichte nach dem 2. Weltkrieg ist in der Entwicklung breit verankerter sozialdemokratischer Parteien zu Regierungsträgern zu sehen. Die Übernahme der Regierungsverantwortung durch sie in wichtigen Ländern (GB, BRD), meist in Koalition mit liberalen Kräften, markierte das Ende des Kalten Krieges. Diese politische Konstellation, klassenmäßig Ausdruck des Einwirkens bürgerlicher Ideologie in die Arbeiterklasse, ist – in ihrer nationalen Ausprägung – auch in der Schweiz aufzufinden. Die Sozialdemokraten, als heute stärkste Einzelpartei der Schweiz, sind seit 1943 im Bundesrat (BRD: vergleichbar dem Kabinett) vertreten, und zwar in Koalition mit den drei führenden bürgerlichen Parteien. Außerdem beherrschen sie den wichtigeren der beiden Gewerkschaftsbünde (SGB). Die gemeinsame ideologische Plattform für diese bürgerlich-sozialdemokratische Koalition bildet die Sozialpartnerschaft, die in einem 1937 unter dem Eindruck faschistischer Bedrohung aus dem Ausland geschlossenen sogenannten Friedensabkommen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften festgeschrieben ist. Das immer wieder erneuerte Abkommen beinhaltet seitens der Gewerkschaften den Verzicht, Streiks als Waffe im Arbeitskampf einzusetzen.

Gemessen an ihrem Stimmenanteil wäre es für das Schweizer Bürgertum ein leichtes, auf Bundesebene ohne die Beteiligung der Sozialdemokraten zu regieren, errei-

chen doch die bürgerlichen Parteien ein Wählerpotential von mehr als 60%. Die gesamte Linke vermag dagegen nur etwa 30% zu mobilisieren, wobei ihre Schwerpunkte in den urbanen Zentren liegen. Der nach wie vor starke Föderalismus in der Schweiz, der den 25 Kantonen (BRD:Ländern) große Kompetenzen etwa im Steuerwesen und in Schulfragen einräumt, wirkt sich indes auch auf die Regierungsform und die Parteienstruktur aus. Der relativ schwache Zentralstaat verrät noch im Stadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus seine Herkunft aus dem Bündnissystem einzelner Lokalstände (Kantone). Entsprechend sind auch die Parteien noch in erster Linie lokal verankert. Die »große Koalition« in der Exekutive auf Bundesebene ist vor allem als Kompromiß aus stände- und klassenpolitischen Interessen zu verstehen. Ihr oppositionelles Korrektiv erwächst nicht wie im angelsächsischen Regierungssystem primär aus einem gegen die führenden Parteien gerichteten Oppositionsblock, sondern wesentlich aus der politischen Bewegung, die sich über die Benutzung des Referendums- und Initiativrechts artikuliert. Auch kleinere Parteien haben so die Chance, gehört zu werden; direkte Demokratie und Parteivielfalt bedingen einander. Auf der Rechten ermöglichten diese Strukturen Ende der sechziger Jahre zwei nationalistischen, fremdenfeindlichen Parteien, einen (mittlerweile wieder sinkenden) Wähleranteil von bis zu 7% zu erreichen. Die antisozialpartnerschaftliche Linke links der SPS hält fast 5%. Zu ihr zählen die Partei der Arbeit (PdA, Schweizer KP), die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH, hervorgegangen aus der Neuen Linken), der Partito Socialista Autonomo (PSA, eine Linksabspaltung der SP der italienischen Schweiz), die Ligue Marxiste Révolutionnaire (LMR, dem Brüsseler Sekretariat angeschlossene Trotzlisten), ferner einige Oppositionsgruppen der Neuen Linken in Bergregionen (Wallis, Uri, Graubünden) sowie unbedeutende maoistische und autonomistische Gruppen. Diese und die Trotzlisten, die ihre Hauptbasis in der französisch sprechenden Schweiz haben, sind auf parlamentarischer Ebene nicht vertreten.

Auch die Gruppierung der nicht-sozialpartnerschaftlichen Linken ist deutlich durch die nationalen Besonderheiten der Schweiz geprägt. Neben dem erwähnten Föderalismus gehört auch ein starker Regionalismus (Jura, Bergregionen) sowie die kulturelle und politische Ausrichtung der einzelnen Sprachgebiete nach den entsprechenden Ländern (Frankreich, Italien) zum Bild des Landes. Diese Einflüsse sind z. B. dafür verantwortlich, daß die Strömung der »autogestion«, eine Art Selbstverwaltungssozialismus, in der welschen Schweiz quer durch die verschiedenen Linksparteien hindurch viele Anhänger besitzt. Im Tessin andererseits wirkt sich das Vorbild Italiens stark auf die Bündnispolitik der Linken auf Gemeindeebene aus (gemeinsame Wahlplattform SP–PdA–PSA).

Während der Ursprung dieser Einflüsse teilweise in der Vorgeschichte des Schweizer Bundesstaates zu suchen sind, datiert die Spaltung der Arbeiterklasse in Arbeiter mit und solche ohne Schweizer Paß aus jüngster Zeit. Mit einem nach dem Zweiten Weltkrieg intakten Produktionsapparat gelang es der schweizerischen Bourgeoisie, sich durch den Großimport von vor allem italienischen und spanischen Arbeitskräften kurzfristige Extraprofite zu sichern. Die politische Rechtlosigkeit und gesellschaftliche Gettoisierung der ausländischen Reservearmee, aber auch die Schwäche und Fehler der Schweizer Linken erlaubten es ihr noch Mitte der siebziger Jahre, den massiven Kriseneinbruch durch den Wiederexport von rund 200 000 Arbeitern (von ca. 600 000 1972) nach Süden aufzufangen. Durch ihre Herkunft, ihren sozialen Status, ihre Stel-

lung im Produktionsprozeß und durch die Arbeit der Sektionen des PCI und des PCE in der Schweiz ist zu erklären, daß die ausländischen Arbeiter bei weitem klassenbewußter und militanter sind als ihre Schweizer Kollegen, die durch die Ideologie und Politik der Sozialpartnerschaft entwaffnet wurden. Es ist somit weniger als Kuriosum denn als bezeichnende Realität zu vermerken, daß der PCI in der Schweiz mit seinen 3 Sektionen, 84 Parteigruppen und etwa 8000 Mitgliedern (vgl. Almanacco PCI 1977, S. 17, 29) weit größer ist als die PdA, POCH und PSA zusammen.

Während der ausländische Teil der Arbeiterklasse rechtlich vom politischen Leben in der Schweiz ausgeschlossen ist, hält sich der größere Teil der Schweizer Arbeiterklasse aus unterschiedlichen Gründen selbst davon fern. Anders als in Ländern, wo nur periodisch abgehaltene Wahlen gewisse Anhaltspunkte für die Verankerung einer bestimmten Politik in den Massen liefern, ist in der Schweiz eine regelmäßige und zusätzliche Überprüfung anhand der etwa 4 mal jährlich stattfindenden Abstimmungen über Sachvorlagen (Gesetze usw.) möglich. Die hier erreichte durchschnittliche Stimmbeteiligung von 37,5% (1975) – 1946 waren es noch 59,4% (vgl. Bericht des Bundesrates 1975) – weist auf eine Entpolitisierung aus Resignation hin. Arbeiter bleiben in noch größerem Maße den Urnen fern als andere Schichten<sup>2</sup>, was als Reaktion auf die Erfahrung ihrer Ohnmacht, mit dem Stimmzettel wirksam politisch eingreifen zu können, zu deuten ist. Insbesondere dürfte darin die Enttäuschung über die integrationistische und perspektivlose Politik der SP zum Ausdruck kommen. Gerade die Sozialdemokratie, die den Glauben an die »beste aller Demokratien« unter der Arbeiterschaft mitverbreiten half, beklagt sich heute über die Monopolisierung und extreme Reichumsverteilung im Land (Max Frisch: »Drei Prozent der Landsleute besitzen soviel wie die anderen 97 Prozent.« Vgl. Holliger 1974, S. 179). Die Institution der direkten Demokratie, das Erbe der radikaldemokratischen bürgerlichen Strömung des letzten Jahrhunderts, hat diese Entwicklung nicht zu verhindern vermocht; vielmehr war sie bis anhin das bevorzugte Mittel der Durchsetzung bürgerlicher Hegemonie, der Herstellung von Klassenbündnissen. Daß dem so ist, weist auch auf die Versäumnisse des schweizerischen Flügels der revolutionären internationalen Arbeiterbewegung hin.

### Die Kommunisten in der Schweiz

Die Kommunisten, die sich parteimäßig in der PdA organisiert haben, betrachten sich noch heute »als revolutionäre Avantgarde« (Vorwärts 9. 3. 78, S. 11)<sup>3</sup> des Landes. Anhand ihres Einflusses auf die Massen und auf die schweizerische Politik kann die Vorhutrolle der Kommunisten nur schwer nachgewiesen werden. Schon die alte Kommunistische Partei der Schweiz (KPS), die sich 1921 von der SPS abgespalten hatte, war bei Wahlen im nationalen Durchschnitt nie über 3% hinausgekommen. Ihre ideologische und materielle Abhängigkeit von der KPdSU, eigenes Fehlverhalten (Sozialfaschismustheorie), schließlich die Domestizierung der Sozialdemokratie in den dreißiger Jahren trugen dazu bei, daß das Bürgertum die KP ab 1937 lokal, 1940–44 national verbieten konnte. Unter der Wirkung des Sieges der Sowjetunion bei Stalingrad erlebte die Linke auch in der Schweiz einen Aufschwung. 1944 wurde von Kadern aus der alten KPS und von Linkssozialisten aus der Westschweiz die PdA gegründet. Konzipiert als offene sozialistische Volkspartei mit schwach entwickelten zentralen Strukturen war die PdA von Anfang an auf die SPS als ihren »natürlichen«

Bündnispartner ausgerichtet. Dieser schlug jedoch alle Bündnis- und Vereinigungsangebote aus. Bei dieser Ausrichtung ließ sich die PdA stark vom Browderismus leiten (so benannt nach Earl Browder, Generalsekretär der KP USA), der auf die Weiterführung der Antihitlerkoalition und deren Übertragbarkeit auch auf den je nationalen Rahmen baute. Der anfängliche Erfolg schien die Parteilinie auch zu rechtfertigen: 1947 zählte die PdA 20 000 Mitglieder und erreichte 5,1% der Stimmen, in Genf erhielt sie gar 36% der Parlamentssitze (vgl. Gruner 1977<sup>2</sup>, S. 148). Nach dem Zerbrechen der Antihitlerkoalition erfolgte der globale Gegenschlag des Bürgertums in Form des von den Westmächten eingeleiteten Kalten Kriegs, der auch in der Schweiz tiefe Spuren hinterließ. Die Antwort der PdA bestand im Versuch, die Partei zwischen 1948 und 1953 in eine Kaderpartei umzuwandeln. Obwohl diese Umbildung den meisten Mitgliedern als Notwendigkeit klar war, wurde dieser Schritt größtenteils durch außenpolitische Abhängigkeiten vermittelt, vor allem durch eine Neubestimmung der Beziehung zur Sowjetunion: das positive Verhältnis zu ihr wurde wieder zu einem entscheidenden Kriterium des Internationalismus. Dies erleichterte es dem Bürgertum, die Partei zu isolieren. Nach und nach wurden in diesem Umbildungsprozeß die Linksozialisten wieder ausgeschlossen, die Mitgliederzahl sank auf etwa 6000.

Nach den Ereignissen in Ungarn 1956 erreichte die antikommunistische Programmschwärzung in der Schweiz ihren Höhepunkt. Die verstärkte Kommunistenverfolgung hatte Massenausritte zur Folge und führte beinahe zur Zerschlagung der PdA. Gewerkschaften schlossen reihenweise PdA-Mitglieder aus, in bestimmten Kantonen wurden Beamte gezwungen, von der PdA in die SPS überzutreten, die deutschsprachige Tageszeitung »Vorwärts« konnte nur noch als Wochenzeitung gehalten werden. Nach Ungarn setzte eine Debatte in der Parteipresse ein, ermöglicht durch die Chruschtschow-Rede auf dem 20. Parteitag der KPdSU, die den kommunistischen Parteien eine Perspektive der Öffnung und Erneuerung wies. Die Diskussion hatte insofern keine Konsequenzen, als die PdA weder über eine theoretische Zeitschrift verfügte – sie gibt auch heute noch keine heraus – noch einen zentralen Parteiapparat besaß, der diese Debatte zu einer permanenten Generalliniendiskussion hätte ausweiten können. Zwar kann das Programm von 1959 als positives Ergebnis dieser Jahre angesehen werden, wurde doch mit ihm der Übergang von den früheren reinen Forderungsprogrammen zu Grundsätzen und allgemeinen Perspektiven der Partei vollzogen. Doch brachte ein gutes Programm allein die PdA auch nicht voran, denn der Hauptmangel, die Schwäche der zentralen Organe, wurde nie behoben. Um das Parteileben war es – abgesehen von den beiden Schwerpunkten in der Welschschweiz – in den sechziger Jahren schlecht bestellt. Der Nachwuchs fehlte, eine Überalterung machte sich bemerkbar. Mit Ausnahme einer Diskussion um die Spaltung der Kommunistischen Weltbewegung 1963 (Sowjetunion–China) fanden keine Liniendiskussionen in der Partei statt, die ideologische Arbeit und die ständige Qualifizierung der Mitglieder wurden vernachlässigt.

Am deutlichsten zeigten sich die Schwächen in der Frage des Bündnisses vor allem mit Kräften, die sich *objektiv in Gegensatz zu den Herrschenden* in der Schweiz stellten, *ohne gleichzeitig eine sozialistische Grundhaltung einzunehmen*. Ende der sechziger Jahre wurde die Fremdarbeiterfrage angesichts sich abzeichnender Krisenerscheinungen und einer fremdenfeindlichen Offensive von rechts zu einem explosiven

Politikum. Zur gleichen Zeit kam es auch in der Schweiz zum Aufbruch der Jugend- und Studentenbewegung; es entstand eine neue Frauenemanzipationsbewegung; die bürgerlich-progressive Nationalitätenbewegung im Jura gewann in diesen Jahren schnell an Kraft und brachte die übergroße Mehrheit des jurassischen Volkes hinter sich; in verschiedenen »Randgebieten« und benachteiligten Zonen bildeten sich oppositionelle Organisationen heraus; in den beiden Kirchen entstanden demokratische Reformbewegungen; die Frage des Verhältnisses zur Dritten Welt gewann an Brisanz; die Volksbewegung gegen die Atomkraftwerke schließlich umfaßte ein Bündnis gegen die Herrschenden in der Schweiz von einer sozialen und politischen Breite wie nie zuvor.

Es ist der PdA in keinem der obengenannten Beispiele gelungen, diese neuen demokratischen Kräfte, die objektiv antimonopolistisch ausgerichtet waren, in einen Bündniszusammenhang zu bringen, bzw. über längere Zeit in einem solchen zu halten. Dieser Mißerfolg wird heute von der PdA auch selbstkritisch eingestanden (vgl. Vorwärts 9. 3. 78, S. 11). 1968/69 wurde in Basel von PdA- und FJ-Mitgliedern (Freie Jugend, Massenorganisation der PdA) sowie von Parteilosen die Progressiven Organisationen Basel (POB) gegründet, aus der 1971 die POCH entstand. Durch Entfaltung einer selbständigen Tätigkeit auf den Gebieten Infrastruktur, Fremdarbeiter, Hochschule, Dritte Welt, Frauen usw. gelang es, das noch ungerichtete Potential der Jugend- und Studentenbewegung in Basel zu organisieren und so die erste Generation von POCH-Kadern heranzubilden. Etwa zur gleichen Zeit war die PdA in Zürich über ihre Junge Sektion in der Jugend- und Studentenbewegung relativ gut verankert. Das Unverständnis für die Besonderheiten dieser Bewegung und ihrer lästigen, aber notwendigen Umwege seitens der Züricher Sektion führte zum Ausschluss der Jungen Sektion aus der PdA und damit zur Abnabelung der Protestbewegung von der organisierten Linken in der größten und wichtigsten Schweizer Stadt.

Im Aufbau der POB/POCH wurde Anfang der siebziger Jahre in Absprache mit den Organisationen der Fremdarbeiter in der Schweiz ein offensives Vorgehen gegen die Ansprüche der fremdenfeindlichen Parteien gewählt (gemeinsame Veranstaltungen, Demonstrationen, Plakate, Feste), um so auf der Linken der defensiven Haltung von SPS und PdA zu begegnen. Der Kampf gegen die rechten fremdenfeindlichen Parteien sollte nicht allein dem Bürgertum überlassen bleiben. Da die Verhandlungen mit der PdA in Bezug auf den gemeinsam zu führenden Kampf gegen die Initiativen dieser Parteien, aber auch was die Stärkung der Linken außerhalb der SPS anbelangt, zwischen 1969 und 1971 nicht vom Fleck kamen, wurde beschlossen, die POB zur POCH auszubauen, d. h. als selbständige, national verankerte Linkspartei der PdA zur Seite zu stellen. Dieser Beschluß implizierte die Entwicklung eigener politischer Vorstöße, eigener Organisationsstrukturen und eines eigenen Bündnissystems. Die in POCH-Kreisen allenthalben gehegte Erwartung, über die Zusammenarbeit mit den Sektionen des PCI und des PCE in der Schweiz zu einem raschen Zusammenschluß und Aufbau einer revolutionären Partei in der Schweiz zu gelangen und so die PdA in ein Bündnis zwingen zu können, hat sich allerdings bald als Überschätzung erwiesen.

Der entscheidende Schritt im Aufbau der POCH war 1971 die Initiative zur Einführung der 40-Stunden-Woche (Witschi 1977). Gleichzeitig mit diesem nationalen Vorstoß wurden bis 1975 verschiedene regionale Schwerpunkte in der deutschen Schweiz geschaffen, wobei es sich – von Zürich und Basel abgesehen – um Zentren handelte, in denen die PdA faktisch nicht vertreten war. Ähnlich wie auf nationaler

Ebene wurden auf Kantonsebene zuerst lokale Initiativen und Komitees zu Fragen der Infrastruktur, Sozialpolitik, Altersvorsorge, Quartierprobleme usw. initiiert, so daß sich die POCH 1975 als überregional verankerte Partei zu den Nationalratswahlen präsentieren konnte. Obwohl in diesen Wahlen für die POCH noch kein Sitz zu gewinnen war (was auch auf die von der PdA abgelehnte Listenverbindung in Basel und Zürich zurückzuführen ist – der PSA konnte im Tessin dank Listenverbindung mit der PdA ein Mandat erringen), entfielen in den neun Kantonen, in denen sie kandidierte, zwischen 0,5 und 6,1% der Stimmen auf sie.

Seit 1973 arbeitet die POCH auf nationaler Ebene mit dem PSA zusammen; die erwähnte 40-Stunden-Woche-Initiative und weitere Vorstöße der POCH wurden im Tessin vom PSA mitgetragen. Als Strömung der Neuen Linken hatte die Gruppe seit Anfang der sechziger Jahre innerhalb der SP gegen deren Bündnis mit der herrschenden bürgerlichen Partei im Kanton opponiert. 1969 kam es zum Ausschluß der SP-Linken und darauf zur Gründung des PSA. Schon 1971 eroberte diese linkssozialistische Partei 6 Sitze im kantonalen Parlament. Ideologisch gegen den reformistischen Kurs der SP gerichtet, entwickelte sie sich nach dem Austritt eines trotzkistischen Flügels von neolinken, kontestatorischen zu autonom-kommunistischen Positionen (Scherr 1978).

Es muß hier betont werden, daß der Aufbau der POCH und des PSA wohl gegen die SP, aber zu keinem Zeitpunkt gegen die PdA gerichtet war. Vielmehr hat das Auftreten dieser neuen Parteien im allgemeinen auch der PdA Zuwachs eingebracht. So stieg ihr Stimmenanteil in den nationalen Wahlen etwa im Tessin von 2,1% (1971) auf 2,7% (1975), während jener des PSA sich im gleichen Zeitraum von 6,2% auf 6,8% verbesserte. Einzig in der französischen Schweiz, wo keine ähnliche Gruppierung besteht, verlor die PdA jüngst zugunsten der SP. So scheint es, daß aus folgenden Gründen ein Tätigwerden *neben* der PdA (ohne Frontstellung gegen sie) eine Voraussetzung zur Stärkung der Linkskräfte in der Schweiz war: die Schwierigkeiten der Arbeit innerhalb der PdA in den sechziger Jahren, die Unmöglichkeit, eine organisierte Liniendiskussion über die Probleme der eigenen Partei bzw. der Schweizer Linken zu führen, die Einseitigkeit der Ausrichtung der PdA-Politik auf die SPS, die These der PdA, daß die Einheit der Linken vor allem als Fusion aller Linksströmungen zu verwirklichen sei – ungeachtet der Differenzen in den verschiedenen Fragen –, sowie schlußendlich die Unterschätzung der Potenzen neuaufbrechender Linksströmungen, die nicht in das traditionell-kommunistische Weltbild paßten.

Das Kräfteverhältnis der drei Linksparteien stellt sich heute etwa wie folgt dar: während der PSA eine kantonale Partei ist und der Schwerpunkt der PdA eher in der französischen Schweiz liegt (Schneider 1977) – sie ist in den Kantonsparlamenten von Genf, Waadt, Neuenburg, Tessin und Basel-Stadt vertreten –, liegt jener der POCH hauptsächlich in der Deutschschweiz – mit Sitzen in den Kantonsparlamenten von Basel-Stadt, Basel-Land, Zürich, Bern, Solothurn, Schaffhausen und Luzern. Die POCH pflegt auch enge Beziehungen zur autonom sozialistischen Partei im Süd-Jura. Neuerdings ist auf Anregung des PSA ein nationaler Dialog zwischen den drei Linksparteien zustandegekommen.

### Strategische Vorstellungen der nicht-sozialpartnerschaftlichen Linken

In dem Maße, wie sich auf politischer Ebene eine faktische Zusammenarbeit der

drei Linksparteien entwickelt, ist auch ihre Strategiebildung als Anstrengung zur Vereinheitlichung zu sehen. Alle drei Parteien sind sich einig, daß der Sozialismus in der Schweiz ein langfristiges Ziel darstellt, das nur mit dem Willen und durch die Beteiligung der Volksmassen zu erreichen ist.<sup>4</sup> Dazu bedarf es einer Ausweitung und qualitativen Entwicklung der bürgerlich-demokratischen Strukturen. Ebenso besteht Einmütigkeit darüber, daß die Arbeiterklasse geeint und ihre führende Rolle im Ensemble aller Volkskräfte erkämpft werden muß. Bei der politischen Ausgangslage in der Schweiz, wo der größere Teil der Schweizer Arbeiterklasse sich auf die sozialpartnerschaftlich orientierte Sozialdemokratie oder auf die großen bürgerlichen Volksparteien ausrichtet, ist eine Sammlung und Heranbildung revolutionärer Kräfte links der SPS unumgänglich, um – mit vermehrtem Gewicht – auf die Sozialdemokratie und die linken Flügel der bürgerlichen Volksparteien einwirken zu können.<sup>5</sup>

Hier allerdings sind die Konzeptionen von POCH/PSA einerseits und PdA andererseits verschieden, was aus der Entstehungsgeschichte der einzelnen Parteien abzuleiten ist: der PSA hat sich gegen die SP entwickelt, die POCH u. a. gegen die Orientierung der PdA auf die SP. Weil für die PdA die SP und der sozialdemokratisch dominierte Gewerkschaftsbund die repräsentativsten Organisationen der Arbeiterschaft in der Schweiz darstellen, sieht sie ihre bündnispolitische Hauptausrichtung in der angestrebten Aktionseinheit mit diesen Organisationen (vgl. Alles für das Volk, S. 36). Die kommunistischen und sozialistischen Parteien der Ausländer in der Schweiz werden in den Überlegungen der PdA zur Sammlung der Volkskräfte nicht als selbständige politische Kräfte anerkannt. Während diese Parteien unerwähnt bleiben, anerkennt die PdA POCH und PSA als reale politische Kräfte und stellt fest: »Ihre Politik, namentlich die Innenpolitik, hat sich derjenigen der PdA angenähert« (ebd., S. 36). In ihrem Selbstverständnis sieht sich die PdA nach wie vor als die revolutionäre Partei in der Schweiz mit festen Positionen, an die sich andere (sozialistische) Kräfte lediglich annähern können.

Die organisationsstrategische Konzeption von POCH/PSA dagegen unterstellt einen Prozeß der *wechselseitigen* Annäherung *aller* in der Schweiz tätigen kommunistischen und sozialistischen Kräfte, der – auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung und einer faktisch gemeinsam betriebenen Politik in nationalen und internationalen Fragen – in die Schaffung einer neuen, revolutionären Partei mit Massencharakter münden soll.<sup>6</sup>

Die Frage, ob nicht traditionell kommunistische Kräfte als gleichberechtigte politische Partner für die Kommunistische und Arbeiterbewegung akzeptiert werden können, bzw. welchen Beitrag sie in der antiimperialistischen Bewegung leisten, erklärt auch die Differenzen zwischen PdA und POCH/PSA in der internationalen Bündniswahl. Während die PdA Beziehungen vor allem zu den traditionellen KPs der Kommunistischen Weltbewegung pflegt, richtet sich die POCH bevorzugt auf die Parteien und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt sowie auf die Bewegung der Blockfreien aus.

Die aktive, selbständige und erneuernde Rolle antiimperialistischer Kräfte vor allem im Bereich des Trikontinents beim Zurückdrängen des imperialistischen Systems im Weltmaßstab ist nach Ansicht der POCH entscheidend für die Chancen einer antimonopolistischen Politik in der Schweiz. In der zur Zeit laufenden Diskussion um das Parteiprogramm der POCH wird festgehalten,

»daß sich dank dem Umschwung im internationalen Kräfteverhältnis – dank der Existenz starker sozialistischer Länder, den Siegen der Nationalen Befreiungsbewegungen und dem Auftreten von 106 neuen Staaten in der Weltarena, die das Joch des Kolonialismus abgeschüttelt haben und heute vor allem auch im Rahmen der Bewegung der Blockfreien ihre vollständige Unabhängigkeit vom Imperialismus erkämpfen, und dank auch dem Anwachsen der demokratischen Massenbewegung in den kapitalistischen Kernländern – heute die demokratische Erneuerung als reale Perspektive für den Klassenkampf in der Schweiz anbietet. (. . .) Man kann sagen, daß die antimonopolistische Bewegung ihrer Aufgabe nur gerecht werden kann, wenn sie sich als Teil der weltweiten antiimperialistischen Bewegung zu verstehen lernt.«<sup>7</sup>

Die Einheit der Arbeiterklasse, die alle drei Parteien über eine wechselseitige Annäherung und den Zuwachs weiterer politischer Kräfte anstreben, muß gemäß diesen Ausführungen gleichzeitig mit den antimonopolistischen Bündnissen hergestellt werden. Die Strategie setzt voraus, daß es unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems auch für die Monopolbourgeoisie in der Schweiz zunehmend schwieriger wird, ihre Politik gegenüber allen nicht-monopolistischen Klassen und Schichten unter Beibehaltung des direkt-demokratischen Instrumentariums durchzusetzen. Diese Situation eröffnet beim weiteren Erstarken der weltweiten antiimperialistischen Front der revolutionären Linken in der Schweiz die Möglichkeit, nicht-monopolistische Schichten aus dem Bündniszusammenhang mit der Monopolbourgeoisie zu lösen und in einen solchen mit der Arbeiterklasse zu bringen. Die Formen der direkten Demokratie – eingeschlossen der Parteienpluralismus – können dabei Mittel zur Herstellung neuer Klassenbündnisse werden. In dem Maß, wie das Bürgertum das Interesse an »seinen« demokratischen Institutionen verliert, weil sie zur Durchsetzung bürgerlicher Hegemonie nicht mehr tauglich sind, kann (und muß, zumindest nach den Vorstellungen der POCH) die Arbeiterklasse zum Erben und Erneuerer des erreichten Niveaus des Demokratismus werden.<sup>8</sup>

Heute besteht allerdings die Hauptaufgabe im Kampf gegen den Abbau der Demokratie, wie ihn das Bürgertum kürzlich z. B. in der Form einer (vom Volk mehrheitlich gebilligten) Verdoppelung der Unterschriftenzahlen und einer Einschränkung der Sammelfristen für Initiativen und Referenden vorangetrieben hat.

Es gibt indessen schon eine breite Volksbewegung gegen die Atomkraftwerke in der Schweiz, in der Vieles ansatzweise konkretisiert erscheint, worauf die Strategieentwürfe der revolutionären Linken aufbauen. Die Bewegung, die sich zunächst gegen alle etablierten Parteien und – auch zur Überraschung eines großen Teils der Linken – über direkte Aktionen entwickelte, ist objektiv gegen die Monopole gerichtet – die Energiewirtschaft ist auch hierzulande hochmonopolisiert. Die im Anschluß an die Geländebesetzungsaktionen gebildete Atomschutzinitiative verlangt eine Erweiterung der Volksrechte in Richtung der Mitbestimmung betroffener Bevölkerungsteile über Notwendigkeit und Standort weiterer Atomkraftwerke. Der Kampf um diese Frage ist noch nicht ausgefochten, die Abstimmung über die Initiative steht noch bevor. Die antimonopolistische Linke hat sich, obwohl sie mittlerweile geschlossen und mit der SP zusammen die Forderung nach einem Baustop für A-Werke vertritt, in diesem Kampf nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt.

### Anmerkungen

1 Von den Ausländern waren 1970 (letzte Volkszählung) 60,8% erwerbstätig, von der Gesamtbevölkerung nur 45,1%. 14,4% der berufstätigen Ausländer waren gelernte Arbeiter ge-

genüber 11,0% der Schweizer, bei den ungelernten lautet das Verhältnis Ausländer/Schweizer gar 49,4% : 20,7%. Heute ist allerdings mit gut einem Drittel weniger berufstätigen Ausländern zu rechnen; die Verteilung auf die sozio-ökonomischen Gruppen dürfte indes gleichgeblieben sein. Quelle: *Die Volkswirtschaft* 2/1975, Tabelle abgedruckt in: Wohlstand und Ordnung? 1978, S. 40.

2 Eine Tatsache, die das Bürgertum zu schätzen weiß, erleichtert es ihm doch wesentlich die Herrschaftsausübung. »Die desinteressierten Mitbürger«, schreibt der Meinungsforscher Dr. Wyss in der »Neuen Zürcher Zeitung« vom 21. 2. 76, »sind relativ oft unzufrieden oder pessimistisch. (. . .) Bei einem allgemeinen Wahl- und Abstimmungszwang würden (die »guten« Stimmbürger, S. Sch.) gegenüber den destruktiven Strömungen an Gewicht verlieren.« Eine hundertprozentige Stimmbeteiligung sei daher gar nicht wünschenswert.

3 Wir zitieren hier aus einer Sonderbeilage des PdA-Parteiorgans, nämlich der »Diskussionsgrundlage zur Vorbereitung des 11. Parteitags der Partei der Arbeit der Schweiz, 13.–15. Mai 1978«.

4 Was will die Partei der Arbeit der Schweiz? (PdA-Thesen), These Nr. 39.

5 Diese Einwirkung findet natürlich schon heute statt; nicht nur in der Form politisch-wahltaktischer Konkurrenzkämpfe, sondern teilweise, vor allem auf lokaler Ebene, in gemeinsamen Stellungnahmen zu Sachfragen, gemeinsamen Komitees bei Abstimmungskämpfen usw.

6 Vgl. PZ (POCH-Zeitung) 20. 4. 78, S. 10 und Scherr 1978, S. 7. Ebd., S. 8 auch die Hinweise auf die Dokumente des PSA.

7 Antimonopolistische Politik in der Schweiz 1978, S. 108. Dieses Diskussionspapier ist bis jetzt lediglich als Typoskript greifbar. Publikation ist geplant.

8 In der Schweiz, und hier insbesondere in den nicht-monopolistischen Mittelschichten, ist im Gegensatz zu einigen andern Ländern die Tradition der demokratischen Entscheidungsfindung sehr lebendig, der Boden für autoritäre Herrschaftsformen oder faschistische Massenbewegungen relativ steinig.

### Literaturverzeichnis

- Alles für das Volk, alles durch das Volk! 11. Parteitag der Partei der Arbeit der Schweiz, 13.–15. Mai 1978. Bericht von Armand Magnin, Entschlüssen. Genf 1978  
 Almanacco PCI '77. Rom 1977  
 Antimonopolistische Politik in der Schweiz. Theoretische Grundlagen zur Strategiebildung. Entwurf. Hsg. v. Zentralsekretariat der POCH, Olten 1978  
 Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1975. Bern 1975  
 Gruner, Erich: Die Parteien in der Schweiz. Bern<sup>2</sup> 1977  
 Holliger, Carl M.: Die Reichen und die Superreichen in der Schweiz. Hamburg 1974  
 PZ, Wochenzeitung der POCH. Postfach 1927, 4001 Basel  
 Scherr, Niklaus: Zur Entwicklung des PSA, in: *Positionen* 14/1978  
 Schneider, Beat: Die Linke in der französischen Schweiz, in: *Positionen* 12/1977  
 Vorwärts, Sozialistische Wochenzeitung. Organ der Partei der Arbeit der Schweiz. Postfach, 4000 Basel 1  
 Witschi, Fritz: Die 40-Stunden-Woche und die Linke, in: *Positionen* 10/1977  
 Was will die Partei der Arbeit der Schweiz? Thesen zur Politik der Partei der Arbeit, angenommen auf der Landeskonferenz der Partei vom 12./13. Juni 1971 in Lausanne. Zürich 1971  
 Wohlstand und Ordnung? Zur Soziologie der Schweiz heute. Basel 1978

## Umweltinitiativen als politischer Machtfaktor\*

Seit mit Beginn der 70er Jahre die vorerst noch weitgehend vereinzelt agierenden Bürgerinitiativen zunehmend die Form einer breitgefächerten und organisierten Bürgerbewegung angenommen haben, läßt sich ein vorwiegend durch die Anti-Kernenergieinitiativen verursachter Funktions- und Strukturwandel in Richtung auf Formen einer basisdemokratischen Gegenöffentlichkeit nicht übersehen. Als Ursachenkomplexe können vielschichtige Funktionsdefizite privatkapitalistischer Marktmechanismen und darüber bedingt der seit der Wirtschaftskrise von 1967/68 intensivierten staatlichen Planungsaktivitäten insbesondere im Bereich der Infrastruktur ausgemacht werden. Die von den Institutionen der sog. planenden Verwaltung – von der Ministerialbürokratie bis zum örtlichen Fachplanungsamt – im Sinne eines Krisenmanagements konzipierten und durchgeführten Programmplanungen (z. B. Verkehrswege-, Städtebau-, Energie- und Abfallwirtschaftsprogramme, Umweltprogramm) führten immer dort zu neuen Konflikten, wo in den ökologischen oder soziokulturellen Nahbereich der Bürger eingegriffen wurde. Die Legitimität staatlichen Handelns geriet damit zu einem zentralen »strukturellen Defizit« des parlamentarischen Systems. Im einzelnen sind hierunter Tendenzen zur oligopolischen Verselbständigung der innerparteilichen Führungsgruppen ebenso wie die insgesamt geringen inner- (»Antragsweg«) und außerparteilichen Möglichkeiten zur aktiven Teilhabe an der politischen Willensbildung, der Akklamationsritus von Wahlkämpfen und Wahlen und besonders die Nicht-Vertretung sozialer Allgemeininteressen im Rahmen der pluralistischen Verbandsrepräsentation zu verstehen. Am bedeutsamsten erwies sich in diesem Zusammenhang die zunehmende Verplanung und Verwaltung des Bürgers durch eine Bürokratie, die sich konfliktfähigen Einzelinteressen gegenüber nachgiebig, weniger gut organisierten und weniger konfliktfähigen Allgemeinwohlinteressen jedoch als unzugänglich erwiesen hat und sich in überkommener Art gegen das »Hineinregieren der Öffentlichkeit« zu verwehren sucht.

Parallel zu diesen Prozessen fand eine Verschiebung der Aktionsschwerpunkte der Bürgerinitiativen aus dem Bereich der Bildungsreform und Stadtplanung statt, wo im Gefolge der Studentenbewegung Basis- und Stadtteilgruppen häufig zu Kristallisationskernen einzelner Initiativen gegen Mietwucher, Abrißplanung und fehlende Gemeinschaftseinrichtungen geworden waren: Der Begriff des Umweltschutzes nahm seit 1970, dem Naturschutzjahr, in kürzester Zeit deutliche Konturen im Bewußtsein der Allgemeinheit an und führte zu einer hohen Bereitschaft, die hiermit in tendenziell allen gesellschaftlichen Bereichen neu zu definierende »Lebensqualität« durch Verzicht auf eine Steigerung des individuellen Konsumniveaus zu fördern. Von 1970 bis 1977 erhöhte sich der Anteil derjenigen Bürger, die bereit sind, für den Umweltschutz auch persönliche Opfer zu bringen, von 44 auf 73%.<sup>1</sup> Dieser Bedeutungszuwachs ökologischer Wertorientierungen führt über das häufig noch aus individueller »Betroffenheit« resultierende Engagement in einer Bürgerinitiative um so eher zu

\* Die dem Aufsatz zugrundeliegende empirische Untersuchung hat der Autor im Rahmen seiner Arbeit im Institut für Zukunftsforschung, Giesebrechtstr. 15, 1000 Berlin 12, durchgeführt.

gesellschaftskritischem Bewußtsein, als gerade in der Umweltschutzproblematik durch ihre Nähe zum Kapitalverwertungsprozeß (Großinvestitionen) die der kapitalistischen Produktionsweise immanente Irrationalität des Widerspruchs von Verwertungszwang und Lebensqualität (»Gebrauchswert«) unmittelbar einsichtig wird. Nicht zuletzt aufgrund des Mangels eingehender empirischer Kenntnisse über das politische Aktionsfeld und den sozio-kulturellen Stellenwert der Bürgerinitiativbewegung konnten in der Diskussion um die Realisierungschancen einer über das Ritual politischer Wahlen hinausgehenden sozialen Mitbestimmung zahlreiche Vorurteile entstehen, welche angesichts der äußerst komplexen Funktionsverflechtungen der ökologischen Wirkungsfaktoren das Bild einer dezentralisierten Basisdemokratie als eine der industriellen und administrativen Technostruktur gegenüber inadäquate Utopie erscheinen lassen. Elemente dieses »Vorurteilssyndroms« sind:

- Umweltinitiativen (wie andere Initiativen auch) wenden sich nur kurzfristigen und begrenzten Problemen zu (»Ein-Punkt-Bewegungen«).
- Sie verfügen nicht über genügend Sachkenntnisse, um eine qualifizierte Mitbestimmung verlangen zu können.
- Sie vertreten nur ein jeweils spezielles Interesse von jeweils betroffenen Bürgern (»Partialinteresse«) oder einer ohnehin privilegierten Schicht (»bürgerliche Initiativen«) und befinden sich auch damit im Widerspruch zum Repräsentationsprinzip.
- Sie sind in ihrem inneren Aufbau nicht demokratisch organisiert (»Funktionärsinitiativen«).

Um die Stichhaltigkeit dieses Syndroms zu überprüfen, das zumeist dann aktualisiert wird, wenn es um die Durchsetzung ökonomischer Interessenpositionen gegenüber ökologischen Allgemeininteressen geht, wurden im Verlauf einer Befragungsaktion, die mit dem »Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz« und den »Deutschen Lebensschutzverbänden und Bürgerinitiativen« organisiert wurde, über 2600 Umweltschutzgruppen angeschrieben. Ziel der Untersuchung waren Umweltschutzbürgerinitiativen, d. h. unter Aktivierung der Öffentlichkeit agierende und vorwiegend aus konkreten Anlässen entstandene Bürgergruppen, nicht jedoch nur theoretisch oder experimentell orientierte Umweltgruppen oder traditionelle Naturschutzvereine, sofern diese nicht selbst zu Keimzellen einzelner Initiativen geworden waren. An der Umfrage, die insbesondere auf objektive Strukturmerkmale der Initiativen und ihres gesellschaftlichen Umfeldes ausgerichtet war, die sich mit hinreichender Gültigkeit erheben lassen, beteiligten sich 331 Umweltschutzinitiativen, d. h. ca. 10% aller auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik existierenden Initiativen.<sup>2</sup> Daß die Zielgruppe »Bürgerinitiative« recht genau getroffen wurde, läßt sich aus verschiedenen Indikatoren der Fragebogenauswertung erschließen, z. B.: geringer Anteil von Gruppen mit vorwiegend allgemeiner Zielsetzung (7%), geringer Anteil von Gruppen, die aus einer Gruppierung eines Vereins, der Gewerkschaften und Parteien entstanden sind (11%), hoher Kooperationsgrad mit anderen Bürgerinitiativen (91%) sowie die hohe Zahl der Nennungen von Stellen der öffentlichen Verwaltung als Adressaten der jeweiligen Forderungen (79%). Eine durchgehende selektive Verzerrung des Samples im Vergleich zur Grundgesamtheit ist dabei nicht erkennbar, wenn gleich sich die hohe Zahl der über bundesweite Dachverbände erreichten Initiativen dahingehend auswirken kann, daß die untersuchten Gruppen einen überdurch-

schnittlichen Organisationsgrad aufweisen und Kleininitiativen eventuell unterrepräsentiert bleiben.

### Zum Forschungsstand und Erklärungswert empirischer Untersuchungen über Bürgerinitiativen

Bei den vorliegenden Untersuchungen lassen sich drei Gruppen unterscheiden, deren erstere zumeist aufgrund zu geringer Stichprobengröße kaum repräsentative Aussagen ermöglichen, zumal nicht über die unter spezifischen Bedingungen arbeitenden Umweltschutzinitiativgruppen, sofern diese jeweils als Untergruppe gesondert aufgeführt werden:

1. Umfragen, die sich direkt an Bürgerinitiativen wenden.
2. Umfragen, bei denen Informationen über Bürgerinitiativen durch Auskünfte von Stadt- und Kreisverwaltungen gesammelt werden. Angesichts des teilweise nur geringen Informationsstandes dieser Adressatengruppe sind hieraus kaum differenzierte Erkenntnisse zu gewinnen.
3. Darstellungen der Gründung und des Verlaufs einzelner Initiativen, wobei zumeist eine kritische Darstellung des Konfliktfeldes der Initiativen gegeben wird.

ad 1.: Eine Umfrage des Siedlungsverbandes Ruhrkohlebezirk (SVR) aus dem Jahre 1972 erreichte 285 Bürgerinitiativen, von denen 38% im Umweltbereich (Bauleitplanung, Verkehr, Industrieanlagen) angesiedelt waren.<sup>3</sup> Von den von einer Forschungsgruppe der Freien Universität Berlin im Jahre 1973 befragten 61 Initiativgruppen waren im Umweltschutz (Umweltschutz, Wohnen-Stadtentwicklung, Verkehrs-, Industrieplanung) sogar 67% (40% allerdings im Wohnbereich) engagiert.<sup>4</sup> Eine eingehende Studie über Bürgerinitiativen, die im Bereich der Kernkraftwerke tätig sind (insgesamt 17), erstellte das Batelle-Institut im Jahre 1974.<sup>5</sup> Insbesondere ging es dabei um einen Vergleich von Merkmalen des Interaktionsfeldes zwischen den Initiativen und der Bevölkerung in einem ländlichen und einem urbanisierten Gebiet. Befragungen von 41 Umweltschutzinitiativen in Groß-, Mittel- und Kleinstädten besonders unter Fragestellungen möglicher Kooperation mit den Umweltplanungsbehörden wurden 1974 im Auftrag des Umweltbundesamtes angestellt.<sup>6</sup> Die neun von den Initiativen dabei genannten Tätigkeitsfelder decken alle Umweltbereiche ab, von der Thematik her am häufigsten ist der Bereich Landschafts- und Grünschutz vertreten. Die Studie hebt auch die Zielveränderung der Initiativen hervor, die zwar wegen eines bestimmten Projekts entstanden sind, sich dann aber weitergesteckten Zielen der Aufklärung über die Notwendigkeit des Umweltschutzes zugewandt haben – ein Drittel begreift diese Aufgabe als ihren alleinigen Zweck. Umweltschutzinitiativen entsprechen hiernach im Vergleich zu anderen Initiativgruppen kaum der Charakterisierung als »single-purpose-movements«. Die Meinungen von insgesamt 192 Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen zu verschiedenen Aspekten der Umweltpolitik untersuchte das Bundesinnenministerium im Jahre 1974.<sup>7</sup> Hiernach hielten 20% der Organisationen einen weiteren Ausbau der Kernenergie für überflüssig, 28% für notwendig und 36% nur in Ausnahmefällen für notwendig. Dieselbe Zielgruppe (insgesamt 244 Initiativen und Umweltorganisationen) erreichte 1974 eine Umfrage der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU)<sup>8</sup>.

ad 2.: Eine an Kreisbehörden gerichtete Umfrage des Bayerischen Innenministeriums aus dem Jahre 1972<sup>9</sup> erfaßte damals 380 Bürgerinitiativen und stellte Sachanliegen, Organisationsformen und die von den Anliegen der Initiativen betroffenen Zuständigkeitsbereiche fest. Bei einem weitgefaßten Begriff des Umweltschutzes (Verkehrsplanung, Militäranlagen, umweltschädliche Anlagen, Landschaftsschutz) waren hiernach 48% der erfaßten Initiativen mit Umweltschutzthemen befaßt. Ebenfalls 1972 führte *Kodolitsch*<sup>10</sup> eine Befragung der Stadtverwaltungen durch, die Angaben über insgesamt 1403 Bürgerinitiativen machten, davon waren im Umweltschutzbereich (allgemeiner Umweltschutz, Verkehr, Stadtentwicklung, Sanierung, Denkmalschutz) 43% tätig. Die 1974 durchgeführte Gemeindebefragung von *K. Otto*<sup>11</sup> ergab, daß in 48% der Gemeinden Umweltschutzbürgerinitiativen existierten.

ad 3.: Als Beispiele für die Vielzahl von Einzelfallschilderungen von Umweltschutz-Bürgerinitiativen können einige Dokumentationen von Initiativen zur Stadterneuerung<sup>12</sup>, zum Kernkraftwerksbau<sup>13</sup>, zu Infrastrukturmängeln in Neubaugebieten<sup>14</sup>, dem Straßenbau und dem Naturschutz<sup>15</sup> stehen, welche insbesondere die im Einzelfall ganz verschiedenen Verlaufsformen und vielfältigen Interaktionsstrukturen mit gesellschaftlichen und politischen Interessengruppen anschaulicher offenlegen als dies anhand einer repräsentativen empirisch-sozialwissenschaftlichen Strukturanalyse möglich ist. Besonders deutlich wird hierbei der charakteristische Verlauf vieler Initiativgruppen, welche zunächst auf das Engagement der Mitglieder gestützt, über Presseveröffentlichungen und Aktionen einen größeren Widerhall in der Öffentlichkeit finden und schließlich Vertreter der Parteien und vereinzelt der Verwaltung für ihre Ziele gewinnen können.

Uns schien eine Untersuchung nötig, die auf einen strukturell begrenzten Teil der Initiativbewegung gerichtet ist, und in der Informationen und Zuordnung zu Kategorisierungen, wie sie in jeder größeren Erhebung nicht zu umgehen sind, von den antwortenden Initiativgruppen und nicht etwa von Verwaltungsstellen oder einem demoskopischen Bevölkerungsquerschnitt stammen. Die Nachteile einer standardisierten Fragebogenkonstruktion, die sich aus einem u. U. unzutreffenden Raster der Erhebungskategorien ergeben können, wurden auf diese Weise sowie durch eine Phase des Vortests und Intensivinterviews mit Initiativen weitmöglichst umgangen.

### **Aktionsbereiche, Zielsetzungen und Organisationsstand der Umweltinitiativen**

Um zu ermitteln, in welchen Bereichen und an welchen Projekten die Initiativen tätig sind, wurden 16 Umweltbereiche zur alternativen Beantwortung gestellt, wobei jeweils von den konkreten Aktivitäten der Gruppe ausgegangen werden sollte und ggf. Mehrfachnennungen möglich waren. Am häufigsten nannten die Initiativen mit 40% den Energiebereich<sup>16</sup> – wobei sich fast drei von vier Gruppen (28%) gegen den Bau eines Kernkraftwerkes wenden – gefolgt vom Verkehrsbereich (Autobahnen, Ortsdurchfahrten, Flug- und Schienenverkehr), in dem 33% der Umweltinitiativen engagiert sind, 32% der Initiativen nannten den Landschafts- und Naturschutz, 23% die Stadtplanung, 19% den Industriebereich und 8% die Entsorgung (z. B. Standorte von Klärwerken, Mülldeponien). Unabhängig von konkreten Anlässen bezeichneten je 6% der Initiativen Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung und je 7% den Gewässerschutz und die Auswirkungen von Umweltchemikalien als ihre Tätigkeitsbereiche. Im Durchschnitt nannten die Gruppen jeweils zwei Aktionsbereiche. Nur eine Minderheit von 16% der Umweltinitiativen befaßt sich ausschließlich mit »konkreten« Projekten auf kommunaler Ebene, wie dies als klassische Definition der Bürgerinitiativen lange Zeit angenommen wurde. Etwa ebensoviele Gruppen (17%) widmen sich zwar auch ganz konkreten Aufgaben, aber auf regionaler Ebene. Die überwiegende Mehrzahl der Initiativen (59%) bezeichnet jedoch heute sowohl konkrete als auch allgemeine Ziele, d. h. die Einflußnahme auf die Entwicklung umweltpolitischer Planungsprogramme oder die Durchführung eventuell umweltgefährdender Maßnahmen öffentlicher oder privater Art, als das eigentliche Anliegen. Immerhin 7% der Initiativgruppen haben sich ganz auf allgemeine umweltpolitische Probleme verlegt.

Auch im Selbstverständnis ihres Engagements bewerten die Initiativen den politischen Lernprozeß und die zunehmende Einsicht in gesellschaftliche und politische Strukturen außerordentlich hoch: 69% der Initiativen sehen das Erreichen der konkreten Aktionsziele und den damit verbundenen politischen Lernprozeß als durchaus gleichwertig an, 25% geben allein dem Erreichen ihres konkreten Zieles den Vorrang,

nur 4% sehen andererseits ausschließlich im Erkennen gesellschaftlicher Strukturen die eigentliche Bedeutung ihrer Arbeit. Neben etwa einem Drittel rein projektbezogen tätiger Initiativen vertreten die übrigen zwei Drittel somit gleichzeitig politische Forderungen.

Die über den kommunalen Raum weit hinausreichenden Zielsetzungen sind allerdings auch durch die flächendeckenden Auswirkungen der umweltgefährdenden Projekte selbst bestimmt: Eine über Dutzende von Kilometern sich hinziehende Autobahnstraße gefährdet das ökologische Gleichgewicht eines Biotops (Lebensraumes) von vielen Quadratkilometern und berührt in seinen direkten Auswirkungen auf den Menschen alle diejenigen Bewohner, die dort künftig unter Lärmbelästigungen und Luftverschmutzungen leben müssen, aber auch diejenigen, die das Gebiet z. B. als Naherholungsgebiet künftig nicht mehr nutzen können. Das Beispiel macht deutlich, daß das Engagement der Initiativgruppen – hier ebenso wie bei der Errichtung einer Industrieanlage, eines Flughafens oder eines Kernkraftwerks – nicht mehr von den Sonderinteressen einiger weniger »Betroffener« her erklärt werden kann, sondern zu vorderster Konflikte zwischen den Auswirkungen eines ungehemmten Wirtschaftswachstums und allgemeinen ökologischen Wertorientierungen signalisiert.

Die Unhaltbarkeit des Vorwurfs einer Vertretung von Partialinteressen läßt sich auch daraus ableiten, daß sich die Ziele der Umweltinitiativen in ihrem Verlauf teilweise unabhängig von jeder persönlichen Betroffenheit ändern können, die in vielen Fällen zur ersten Mitarbeit in einer Initiativgruppe geführt haben mag.<sup>17</sup> Die fruchtlose Diskussion um die Betroffenheitsdefinition im Zusammenhang mit sozialer Mitbestimmung könnte am einfachsten dadurch gelöst werden, daß auf diese Formel gänzlich verzichtet wird bzw. als Betroffener gilt, wer sich als solcher fühlt. Damit würde auch der Widerspruch aufgelöst, zwar bürgerschaftliches Engagement, das sich im sozialen und ökologischen Nahbereich naturgemäß am ehesten konkretisieren kann, im Sinne von »Demokratisierung, aktiver Teilhabe und Überwindung politischer Apathie« zu begrüßen, um es dann im konkreten Konfliktfall als Artikulation von Partialinteressen etc. der Betroffenen abzuqualifizieren. Entscheidender Faktor für politisches Engagement ist daher primär nicht Betroffenheit im Sinne der sinnlichen Wahrnehmung von Umweltauswirkungen, sondern ein breit gelagertes Motivationsspektrum, das auf einer Verinnerlichung bzw. Identifikation mit der Betroffensituation begründet ist.<sup>18</sup> Als weitere Bestätigung dieser Hypothese kann gewertet werden, daß jede dritte Bürgerinitiative angibt, den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit (z. B. vom Straßenprojekt zur AKW-Initiative) bereits einmal verschoben zu haben, jede vierte sogar mehrmals. Dies ist nicht zuletzt der Grund dafür, daß sich die Umweltinitiativen nicht sofort wieder auflösen, wenn das ursprüngliche Ziel erreicht ist oder umgekehrt z. B. mit Beginn eines Autobahnbaus die Hoffnung auf Erfolg ganz schwindet.

Über die Hälfte der Umweltinitiativen (52%) sind bereits im Jahr 1973 oder früher gegründet worden und nahezu jede dritte Gruppe besteht länger als sechs Jahre. Damit läßt sich freilich ein weiteres Argument widerlegen, das die Bürgerinitiativen als Prozeßbeteiligte einer qualifizierten Mitbestimmung diskreditieren soll: Bürgerinitiativen bestünden meist nur kurze Zeit und könnten für die Folgen ihres Wirkens nicht verantwortlich gemacht werden. Mitwirkungs- und Beteiligungsvorfahren, wie sie im politischen Bereich etwa in den routinemäßigen Anhörungen der jeweiligen »relevan-

ten Gruppen« bei Gesetzentwürfen etc. schon längst bestehen, und die Einrichtung von Bürgerforen (Nürnberg, München), Stadtteilbeiräten, Planungsräten, Planungszellen (Prof. Dienel, Wuppertal), Zukunftswerkstätten (Prof. Jungk, Berlin) sowie auch im Verwaltungsbereich zahlreiche Verfahrensmodelle (Planfeststellungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfung) bieten aber schon heute genügend Ansatzmöglichkeiten für eine »verantwortliche« Mitbestimmung von Bürgerinitiativen. Es ließe sich vermutlich leicht nachweisen, daß das Verantwortungsdefizit insgesamt eher auf der Seite der politisch-administrativen Institutionen zu suchen ist, wenn die Vernachlässigung des Umwelt- und Lebensschutzes anhand einzelner Fachplanungen und hinsichtlich der gesellschaftlichen Folgen der kaum abzuschätzenden Langzeitwirkungen und synergistischen Effekte<sup>19</sup> kerntechnischer und anderer Großtechnologien näher untersucht würden.

Auch im Hinblick auf die individuelle und raumbezogene Organisationsstruktur haben sich die Umweltbürgerinitiativen der »zweiten Generation« gegenüber den vorerst weitgehend vereinzelt tätigen Stadtteilgruppen und Bildungsinitiativen stark verändert. *Individuelle Organisation:* Die Mehrzahl der Initiativen (58%) sind heute eingetragene Vereine, jede fünfte Gruppe ist als gemeinnützig anerkannt und 35% aller Gruppen bilden einen losen Zusammenschluß von Bürgern. Der Konsolidierungsprozeß benötigt jeweils einen längeren Zeitraum: Die Prozentwerte sind bei den als e. V. organisierten Gruppen erst nach etwa zwei Jahren Bestandsdauer erreicht und die Anerkennung als gemeinnützig erfordert durchschnittlich sogar drei Jahre. Die Zahl der auf diese Weise »anerkannten« Initiativen steigt bis auf 50% bei den 1970 gegründeten Gruppen, umgekehrt nimmt die Zahl der losen Bürgerzusammenschlüsse von 66% der erst ein Jahr alten Initiativen auf 18% bei den vor 1970 gegründeten ab. *Raumbezogene Organisationsstruktur:* Neben diesen eher formalen Kriterien der Organisation ist in den letzten Jahren ein ausgeprägtes Geflecht an regionalen, landes- und bundesweiten Verbänden und anderen Zusammenschlüssen entstanden.

Entsprechend den flächendeckenden Gefahrenmomenten der Umweltplanungen wirken wesentlich mehr Gruppen in Landesverbänden (17%) oder regionalen Vereinigungen (21%) mit, während kommunale (3%) und auf den Stadtteil (2%) bezogene Organisationsformen offensichtlich noch kaum vorhanden sind – obgleich sich damit eine jeweils intensivere gegenseitige Unterstützung bei Aktionen, Unterschriftensammlungen etc. erreichen ließe: Die tatsächliche Kooperation der Umweltinitiativen untereinander ist entsprechend dem geringen »organisatorischen Korsett« im Stadtteilbereich (8%), in der Gemeinde (17%) und zwischen mehreren Orten (17%) wesentlich schwächer ausgeprägt als im regionalen (64%) und im bundesweiten Bereich (41%). Wengleich es in Dörfern und Kleinstädten in vielen Fällen nur eine Initiativgruppe geben wird, könnte eine verbesserte Kooperation dazu beitragen, die Durchsetzungschancen neuer Initiativen zu erhöhen und »Durststrecken« während des Initiativenverlaufs zu überwinden. Ebenso könnte hiermit das einmal geweckte gesellschaftliche Bewußtsein der Teilnehmer leichter für andere (Umwelt-)Bereiche geschärft werden.

### Umweltinitiativen – »bürgerliche« oder »Funktionärs-Initiativen«?

Daß in Bürgerinitiativen ebenso wie in Vereinen, Parteien und anderen Organisationen (z. B. Kirche) häufiger Angehörige der Mittelschicht sozial aktiv engagiert

sind, läßt sich auch unter dem Repräsentationsaspekt auf keinen Fall als Legitimationsdefizit für inhaltliche Forderungen auslegen, zumal sich hiermit jede Rathaus- und Bundestagspartei aufgrund ihrer Mitgliederzusammensetzung disqualifizieren würde, für alle Bürger sprechen zu können. *Zur demokratischen Binnenstruktur:* Gleichzeitig ist die Rückkoppelung an Mehrheitsbeschlüsse in Bürgerinitiativen enger als in jeder anderen Institution der repräsentativen Demokratie. Dies ergibt sich schon aus dem engen Interaktionszusammenhang und dem über das gemeinsame Ziel vermittelten hohen Konsensus-Niveau in Bürgerinitiativen. Nichtsdestoweniger bedienen sich z. B. bei der Wahl des Sprechers bzw. Leiters im Durchschnitt 61% der Gruppen eines Abstimmungsverfahrens, während 32% eine informelle Einigung angeben. Letzterer Wahlmodus ist bei Kleinstinitiativen mit weniger als zwanzig Mitgliedern die Regel (67%), während Umweltinitiativen mit 100–500 registrierten Mitgliedern zu 75% und Großinitiativen mit 500–2000 Mitgliedern (96%) sich naturgemäß häufiger des Abstimmungsverfahrens bedienen. Informelle Einigungsverfahren sind offensichtlich besonders in Kleingruppen möglich, in denen eine hohe allseitige Interaktionsdichte und damit verbunden ein hoher Informationsstand aller Gruppenmitglieder formalisierte Formen der Konsensfindung überflüssig machen. Ähnliche Strukturen weist der übrige initiativeninterne Meinungsbildungsprozeß auf. Hierbei erwies sich noch deutlicher, daß das gemeinsame Handlungsziel ein hohes Niveau an primärem Gruppenkonsens ermöglicht. Meinungsverschiedenheiten traten als möglicher Konfliktherd überhaupt nur bei jeder zweiten Initiativgruppe auf, wobei 32% in diesem Fall die Entscheidung durch Abstimmungen herbeiführen, während sich 15% anderweitig einigen. Hierbei ergab sich ein noch engerer linearer Zusammenhang zwischen dem Wachsen der Gruppengrößen und dem Auftreten formalisierter Entscheidungsprozesse als bei dem Wahlmodus eines Sprechers bzw. Leiters.

*Zur Mitgliederstruktur:* Die bislang durchgeführten Untersuchungen über Bürgerinitiativen haben vor allem aus den damit verbundenen Problemen (der Definition des Mitgliederkreises, des sozialwissenschaftlichen Schichtbegriffs) noch keine verlässlichen Angaben über die soziale Struktur der Bürgerinitiativen und ihres Umkreises ergeben. Dennoch können wir aufgrund aller vorliegenden Informationen davon ausgehen, daß zumindest in der Kerngruppe der Initiativen Mittelschichtsangehörige eine monopolähnliche Stellung innehaben. Als wichtigste Determinanten dieses Sachverhaltes können die von der Mittelschicht verschiedenen sozialen Bezugssysteme der Arbeiterschicht gelten, die eine restriktiv wirkende soziale Kontrolle ausüben. Neben der unmittelbaren Bedrohung durch Arbeitsplatzverlust ist hier vor allem die stärkere soziale Orientierung auf den Arbeitsplatz von Bedeutung.

Die einseitig mittelschichtgeprägte Mitgliederstruktur im weiteren Sinne (zeitweilig Aktive, Sympathisantenkreis) ist jedoch spätestens im Entstehungsprozeß der Kernkraft-Initiativen durch das starke Engagement der bäuerlichen Bevölkerungsgruppen aufgebrochen worden. Fungiert die ökonomische Bedrohung durch einen Arbeitsplatzverlust aufgrund der häufigen Identität von Arbeitgeber und Verursacher von Umweltgefahren bei Arbeitern als Partizipationsbarriere, so liefert der Angriff auf die ökonomisch-materiellen Existenzbedingungen in der ländlichen Bevölkerung den stärksten Anlaß zum Engagement. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften bildeten in der Auseinandersetzung um das KKW Wyhl z. B. die Winzergenossenschaf-

ten, denen alle Weindörfer im Breisgau angehören, einen organisatorischen Zusammenhang, der das Bewußtsein der kollektiven Bedrohung der Weinbauern förderte. Gerade Formen unkonventionellen politischen Engagements wie in einer Bürgerinitiative, die in der Mittelschicht einen höheren Rang in der sozialen Werteskala einnehmen, da sie häufig für die individuelle Karriere instrumentalisiert werden können und soziales Engagement allgemein einen höheren Prestigewert besitzt, sind diese in der Unterschicht eher Sanktionen der sozialen Bezugsgruppen (Familie, Nachbarschaft, Arbeitskollegen) ausgesetzt, da hier noch ausgeprägter Faktoren des Lebensstandards eine anerkannte Handlungsmotivation bilden. Hier könnte eine deutliche Stellungnahme der Gewerkschaften verbunden mit einer verstärkten innerbetrieblichen Informationsarbeit über die Anliegen von Umwelt- und anderen Bürgerinitiativen zu einer Veränderung des allgemeinen Meinungsklimas am Arbeitsplatz zur Organisation von Bürgerinitiativen beitragen und im konkreten Fall, z. B. bei Kündigungsgefahr, dem einzelnen Rückendeckung bieten.

Dies freilich setzt voraus, daß die Gewerkschaften nicht mehr »Arbeitsplätze gegen Umweltschutz« ausspielen und die Organisation von Arbeitern in den Bürgerinitiativen als Chance ihrer emanzipatorischen Funktion für die Arbeiterschaft als soziale Klasse begreifen müßten. Der Interessengegensatz von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen, wie er sich z. B. in der gewerkschaftlichen These der Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum und einem steigenden Energiebedarf einerseits und den Bürgerinitiativen als Gruppen, die über die Blockierung von Bauprojekten zu einem »Investitionsstau« führen andererseits, niederschlägt, erscheint nur bei oberflächlicher Betrachtungsweise einleuchtend: So führt auch Wirtschaftswachstum keineswegs notwendigerweise zur Vermehrung von Arbeitsplätzen (wie das Beispiel der kostspieligen Rationalisierungsinvestitionen zeigt), während andererseits das bestehende Arbeitspotential über Arbeitszeitverkürzungen in einer in jeder Hinsicht für die Interessen der Lohnabhängigen günstigen Weise gleichmäßiger verteilt werden könnte. Noch nicht berücksichtigt ist hier die grundlegendere Frage, welchen Preis an Lebensqualität und individuellen gesundheitlichen Risiken die gegenwärtige gewerkschaftliche Position des Verzichtes auf konsequenten Umwelt- und Lebensschutz für das Ziel einer Vollbeschäftigung für gerechtfertigt hält. Das Pendel der gewerkschaftlichen Umweltprogrammatik scheint z. Z. offensichtlich deutlich zugunsten – einer wie eben gezeigt – ungenügend begründeten Unterstützung von Kapitalinteressen auszuschlagen.<sup>20</sup>

Die im Vergleich zu anderen mit den Umweltinitiativen kooperierenden Institutionen ausgeprägte Distanz der Gewerkschaften wird in der Untersuchung eindrucksvoll bestätigt. Am häufigsten nennen die Initiativen die Parteien bzw. deren Jugendorganisationen sowie kirchliche Stellen als Kooperationspartner (31 bzw. 27%), gefolgt von anderen Organisationen gleicher oder ähnlicher Zielsetzung (20%) und den Landwirtschafts- und Verbraucherverbänden (18 bzw. 11%). Lediglich für 13% der Umweltinitiativen haben die Gewerkschaften heute eine stützende Funktion. Diese Struktur wird auch aus der Verteilung der Initiativgruppen über die Bundesländer signifikant deutlich. Während der Anteil der Umweltbürgerinitiativen dem der Wohnbevölkerung in den Ländern entspricht, waren jedoch in Baden-Württemberg die Zahl der Initiativgruppen mit 26% gegenüber 15% der Wohnbevölkerung überrepräsentiert (Beginn der AKW-Bewegung, historische Gründe), während Nord-

rhein-Westfalen als Land mit den vermutlich stärksten Umweltbelastungen mit nur 15% aller Initiativgruppen aber 28% der Wohnbevölkerung stark unterrepräsentiert ist.

Daß diese Verteilung nicht notwendig ist, zeigen die über 30 Arbeiterinitiativen, die zwischen 1973 und 1975 anlässlich des geplanten Abrisses traditioneller Werkssiedlungen im Ruhrgebiet entstanden sind. Den wichtigsten Arbeitszusammenhang der Arbeiterinitiativen bildet hierbei die ständige Einbettung partizipativen Engagements in soziale Bezüge (quasi als Ausgleich für das Fehlen gewerkschaftlicher Programmatik, die den Umweltschutz gegenüber Kapitalinteressen eindeutigen Vorgang einräumen müßte), welche mit der Herausbildung einer eigenen Identität als arbeiterschaftlicher Partizipation im Kontext einer sich gleichzeitig entwickelnden neuen Kultur des Alltagslebens parallel läuft. So haben die Initiativgruppen feste Beziehungen untereinander, besuchen wechselseitig ihre Versammlungen, geben als eigenes Mitteilungsblatt das »Ruhr-Volksblatt« heraus, führen Schulungen durch und haben sich ein eigenes Netz von Experten geschaffen, mit deren Hilfe zahlreiche Alternativpläne entwickelt wurden.<sup>21</sup> Nicht zuletzt läßt sich die in den vergangenen Jahren gestiegene latente Bereitschaft der Arbeiter, in den Initiativen mitzuwirken, auch an Umfrageergebnissen ablesen. Hiernach würden 1976 51% der Arbeiter, 60% der Angestellten und Beamten, 54% der Selbständigen, 47% der Landwirte und 33% der Rentner bei einer Bürgerinitiative mitmachen.<sup>22</sup> Eine andere Untersuchung ergab, daß Einstellungen gegenüber den politisch-administrativen Akteuren, gegenüber Bürgerinitiativen, zum administrativen Informationsgebot und die Verhaltenserwartungen der sozialen Bezugsgruppen nur 55% der Varianz tatsächlicher Partizipation erklären. Während jedoch positive Einstellungen zu »politischer Beteiligung allgemein« mit steigender sozialer Schichtskala zunehmen, zeigte sich bei den Einstellungen zur spezifischen Beteiligungsform »Bürgerinitiative« eine umgekehrte schichtspezifische Struktur: die drei unteren sozialen Schichten weisen hier eine deutlich positivere Einstellung auf als die mittlere und obere Mittelschicht.<sup>23</sup>

### **Aktionsformen und Arbeitsweisen: Durch soziales Lernen zur fachlichen Qualifikation**

Hatte der Soziologe Claus Offe soziale Allgemeininteressen – wozu auch eine interakte Biosphäre zu rechnen ist – noch als nicht organisierbar und konfliktfähig angesehen, so läßt sich diese These durch den Organisationsgrad und die insgesamt hohe Erfolgsbilanz der Umweltinitiativen als widerlegt ansehen: 35% der Initiativen geben an, einen Teilerfolg erzielt zu haben (z. B. Änderungen bei Planungsmaßnahmen), 12% sehen ihre ursprünglichen Ziele als erreicht an und 49% können noch keinen Erfolg verbuchen – wobei dieser Anteil von 85% der 1976 gegründeten Gruppen auf 21% bei den 1970 entstandenen zurückgeht. Können die in den Umweltinitiativen artikulierten »ökologischen Allgemeininteressen« nicht mangels Legitimität bzw. ausreichender Repräsentativität (als damit »illegitime«) in den Bereich des als pluralistisch apostrophierten Verbandsegoismus abgeschoben werden, so eignet sich die qualitatifsachliche Konfliktebene noch weniger zu derartiger Disqualifizierung.

Im wesentlichen lassen sich hierzu drei Erfahrungsbereiche definieren, deren Zusammenwirken im Initiativenverlauf die auf die Fähigkeit zu sozialem und politischem Handeln gerichteten Lernimpulse verbinden:

*Politischer Lernprozeß:* Die verschiedenen Adressaten der Initiativen wie Verwaltungen, Industriebetriebe, Parteien, Verbände und Vereine werden im Hinblick auf die Notwendigkeiten einer Kooperation und ihres Meinungsbildes zu den jeweiligen Anlässen bzw. ihrer objektiven Funktionen in der umweltpolitischen Debatte im Verlauf des Engagements der Initiative »überprüft«, Vorurteile diesbezüglich ausgeräumt bzw. neue Einstellungen geprägt.

*Gruppendynamischer Lernprozeß:* Entstehung und Verlauf einer Initiativgruppe bilden für ihre Mitglieder einen gruppenspezifischen Prozeß, dessen erfolgreiche Bewältigung die Voraussetzung für ein Gelingen der sachlichen Aktionsziele darstellt. Die mit der organisatorischen Verdichtung der Initiativgruppen in Dachverbänden und Zusammenschlüssen, aber auch mit der individuellen Strukturierung (Arbeitskreise, Eintragung in das Vereinsregister etc.) einhergehenden Probleme müssen dabei ebenfalls auf befriedigende Weise gelöst und auftretende Konflikte aus individuellen oder politischen Einstellungen der Teilnehmer bewältigt werden.

*Kognitiv-wissenschaftlicher Lernprozeß:* Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den äußerst vielschichtigen Wechselbeziehungen der Umweltfaktoren in fast allen Konfliktfeldern, mit denen die Umweltinitiativen befaßt sind, vermittelt den Initiativmitgliedern Einblick in wissenschaftliche Argumentationsweisen und im günstigen Fall selbst die Fähigkeit, diese zu erarbeiten.

Der intensive Lernprozeß in den Initiativen läßt sich u. a. daran ablesen, daß fast drei Viertel (73%) aller Gruppen regelmäßige Arbeitskreise oder Ausschusssitzungen durchführen und der wissenschaftliche Lernprozeß wird daraus deutlich, daß fast jede zweite Initiative (47%) zu ihrem Tätigkeitsfeld bereits eine Dokumentation angefertigt hat. Ebenso erfordert die Ausarbeitung von konkreten Alternativplänen und -lösungen zu den jeweils abgelehnten bzw. intendierten Vorhaben, die ebenfalls von drei Vierteln aller Umweltschutzinitiativen angegeben werden, einen ebenso intensiven Lernprozeß wie die wissenschaftliche Durchdringung des Problemfeldes.

Gerade die objektive Unfähigkeit der Verwaltungen, die komplexen Öko-Systemwirkungen zu erkennen und in entsprechende Kontrollverfahren intern umzusetzen, bietet den Ansatzpunkt für die mehrheitlich wissenschaftlich begründeten Einwände der Initiativgruppen. Tatsächlich haben die Umweltschutzgruppen in zahllosen Fällen jeweils zu erwartende Umweltgefahren überhaupt erst bewußt gemacht und mindestens ebenso oft zu einer qualitativ besseren Lösung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen beigetragen. Die Unhaltbarkeit des Vorwurfs mangelnder Sachkompetenz bestätigen die Konfliktpartner der Fachverwaltungen auch selbst. So geben drei Viertel (74%) aller Umweltschutzgruppen, die in der Befragung äußerten, einen vollen Erfolg bzw. einen Teilerfolg erzielt zu haben, an, daß ihre Argumente von den Adressaten der Forderungen auch tatsächlich übernommen worden sind und der Erfolg mithin nicht auf andere Gründe zurückgeführt werden kann. Neben den jeweils naturwissenschaftlich abgesicherten Begründungszusammenhängen, wie sie bei jeder zweiten Umweltinitiativgruppe im Rahmen einer Dokumentation ihrer Tätigkeit nachweisbar sind, läßt die ebenfalls von jeder zweiten Initiativgruppe angegebene Beteiligung an Planfeststellungsverfahren (z. B. nach Atomgesetz, Bundesimmissionschutzgesetz), die Ausarbeitung von Gegengutachten bei 17% der Initiativen und die Aneignung des Problemfeldes in themenzentrierten Arbeitskreisen auf einen hohen fachwissenschaftlichen Kenntnisstand schließen. Zudem verfügt beinahe jede zweite

Initiativgruppe (45%) selbst über Mitglieder, die ohnehin beruflich mit dem Tätigkeitsbereich befaßt sind.

Wenn die Umweltschutzgruppen neben ihrem Ziel der Aufklärung der Bevölkerung über Umweltgefahren etc. somit bereits im Sinne einer Art öffentlicher Gegenverwaltung tätig sind und eine über die jeweils konkreten Anlässe hinausweisende politische Kraft darstellen, die sich aufgrund ihrer Reflexion tendenziell aller gesellschaftlichen Teilbereiche hinsichtlich ihrer Umweltrelevanz zunehmend als politisch parteifähig erweist, so steckt die konsequente Ausformulierung einer auf den Umwelt- und Lebensschutz als Primat der Politik gerichteten Argumentation noch in den Anfängen.

### **Partei Gründung oder dezentralisierte ökologische Gemeinwesen**

Sieht man von den Problemen einer Partei Gründung ab, wie sie die notwendige organisatorische Verdichtung, die damit zumeist verbundene Hierarchisierung und nicht zuletzt die Kalkulierbarkeit der Reaktionen im politischen Prozeß darstellen, so ergibt sich für die Umweltschutzbewegung zunehmend die Notwendigkeit, außerhalb ihres gegenwärtigen institutionsbezogenen Engagements (Verwaltung, Parteien, Verbände), wo es hauptsächlich um die kooperative Abwehr von drohenden Zerstörungen des ökologischen Gleichgewichts von naturräumlichen Biotopen und von konkreten Gesundheitsgefährdungen (Lärm, Luft-, Wasserverschmutzungen etc.) gehen kann, Formen einer ökologisch definierten sozialen Kultur zu entwickeln. Dies sollte freilich nicht allein im Sinne einer Renaissance der Land-Kommune-Bewegung begriffen werden, sondern als Versuch einer mehr oder minder »geplanten« Reduktion der Parzellierungen industriegesellschaftlicher Lebensweise insbesondere in den urbanisierten Gebieten. Dies hieße jedoch, alle diejenigen Forderungen, die aus einem noch zu entwickelnden Konzept einer ökologischen Kultur abzuleiten wären, soweit als möglich unmittelbar erfahrbar zu machen und damit als kreativen und innovativen Impuls in das institutionelle Engagement der Initiativbewegung einfließen zu lassen. Was könnte hierunter zu verstehen sein? Zunächst wäre vor allem von der Entwicklung menschlicher Bedürfnisse als dem zentralen Konzept zur Veränderung konsumorientierter Verhaltensweisen auszugehen. Die damit notwendigerweise verbundenen Bewußtseins- und vor allem Verhaltensänderungen könnten mit der Realisierung einer von gruppenspezifischen Prozessen geprägten Gruppenkultur angegangen werden. Dies aber nicht nur in der relativ isolierten Situation entsprechender Trainingsprogramme oder Selbsterfahrungsgruppen, sondern integriert in die reale Entwicklung neuer Formen der menschlichen Vergemeinschaftung. Im Gegensatz zu ausschließlich technologischen Lösungen (z. B. energiesparende Maßnahmen, Alternativenenergiequellen, Minderung des Individualverkehrs durch Kabinentaxis etc.), die sich nur auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (auch im Sinne anderer sog. mittlerer oder weicher Technologien) umsetzen lassen, ließen sich z. B. mit der experimentellen Entwicklung alternativer Gemeinwesenstrukturen – etwa als Großkommunen – in Verbindung mit dezentralisierten Infrastrukturfunktionen Teilmodelle einer ökologischen Alternativkultur schaffen. Ohne hiermit einer Illusion über die Möglichkeiten eines (auf ökologische Ziele gerichteten) systemimmanenten Strukturwandels einer kapitalistischen Industriegesellschaft zu verfallen, scheint es ein notwendiger Schritt, den latent vorhandenen ökologisch bestimmten Wertorientierungen und der politi-

schen Handlungsbereitschaft im Sinne von »konkreten Utopien« (Marcuse) einen weiteren Kristallisationskern zu geben.

### Anmerkungen

- 1 Vgl.: INFAS-Repräsentationserhebungen 1977, in: UMWELT 58/1977, 3–8.
- 2 Hauptergebnisse: W. Andritzky: Bürgerinitiativen im Umweltschutz, Bild der Wissenschaft, Heft 2/1978; ders.: Umweltbürgerinitiativen und Verwaltung I u. II, Demokratische Gemeinde 3, 4/1978; ders.: Zum Strukturwandel der Umweltbürgerinitiativen, Neue Politik 1/1978; ders. u. U. Wahl-Terlinden: Bürgerinitiativen im Umweltschutz, Institut für Zukunftsforschung, Berlin 77 (unveröffentlicht).
- 3 B. Borsdorf-Ruhl: Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet, Hrsg.: Siedlungsverband Ruhrkohlebezirk (SVR), Schriftenreihe Bd. 35; Essen 1973.
- 4 R.-P. Lange: Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik und Berlin, Hrsg.: Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Reihe »Zum Nachdenken«, Nr. 51, S. 16.
- 5 S. v. Buiren u. a.: Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken, i. A. des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, Frankfurt/M. 1975.
- 6 U. I. Küpper, L. Reiberg: Umweltschutz in der Gemeinde, Bd. 2, Hrsg.: Umweltbundesamt, Berlin 1977.
- 7 2. Umfrage zum Umweltprogramm der Bundesregierung; Bundesministerium des Innern, Bonn 1975.
- 8 Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU) und L. Cramer, H. J. Karpe, G. Peter, W. Metz: Bürgerinitiativen im Umweltschutz, Analyse einer Fragebogenaktion, Universität Dortmund 1974 (unveröffentlicht).
- 9 Bürgerinitiativen in Bayern (Bestandsaufnahme), Hrsg. Bayrisches Innenministerium, 1972. Einer neuen Erhebung des Bayrischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen zufolge (Verbände im Umweltschutz, 1977) sind in Bayern z. Z. nur 53 »projektbezogen oder zeitlich begrenzt tätige« Umweltschutzbürgerinitiativen bekannt.
- 10 P. v. Kodolitsch: Gemeindeverwaltungen und Bürgerinitiativen, Archiv für Kommunalwissenschaften 1975, 14. Jg., 2. Halbj.-Bd.
- 11 K. Otto: Umweltpolitik der Städte, Karlsruhe 1976.
- 12 R. Dantscher: Bürgerinitiativen – Modell Maxvorstadt München, Nürnberg/München 1975; H. Großmann: Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung, Frankfurt/M. 1971, S. 121, S. 138; R. Gronemeyer: Integration durch Partizipation? Frankfurt/M. 1973, S. 193 ff.
- 13 K.-H. Wüstenhagen: Bürger gegen Kernkraftwerke, Wyhl – der Anfang, Reinbek bei Hamburg 1976; N. Gladitz (Hrsg.): Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv, Wagenbach-Verlag, Berlin 1976; B. Nössler, M. de Witt: Wyhl – Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends, inform-Verlag, Freiburg 1976.
- 14 B. Höbel, U. Seibert: Bürgerinitiativen und Gemeinwesenarbeit, München 1973; »Am Beispiel Neue Vahr«. Dokumentation des Bürgerausschusses zur Umgestaltung der Neuen Vahr, Hamburg 1972.
- 15 H. Knirsch, F. Nickolmann: Die Chance der Bürgerinitiativen, Hammer-Verlag Stuttgart 1976, S. 74 ff.; W. Beer: Bürgerinitiativen – Möglichkeiten und Grenzen, Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Berlin 1976; Bürgerinitiative Westtangente (Hrsg.): Stadtautobahnen – Ein Schwarzbuch zur Verkehrsplanung, Berlin 1976.
- 16 Nach einer Aufstellung des Collegiums Humanum in Vlotho/Weser (Adreßbuch gegen Atomenergie 1977) gibt es in der BRD gegenwärtig ca. 700 Arbeitsgruppen auf diesem Gebiet, die allerdings nur zum Teil auch Bürgerinitiativen im herkömmlichen Sinn sind.
- 17 Die Gründer der Initiativen sind mehrheitlich von einzelnen Planungsmaßnahmen o. ä. indirekt betroffene (45%) oder nicht betroffene Bürger (14%), nur 40% der Initiativen wurden von »direkt betroffenen« gegründet.
- 18 Dies wird auch daraus deutlich, daß insgesamt drei von vier Umweltinitiativen die im Bereich kerntechnischer Anlagen arbeitenden Gruppen ideell oder materiell unterstützen. Dane-

ben geben nahezu alle Umweltinitiativen (91%) an, kooperative Beziehungen zu anderen Initiativen zu unterhalten.

19 Hierunter werden unvorhergesehene Effekte verstanden, die aus dem Zusammenwirken verschiedener Umweltbelastungen entstehen.

20 Vgl. hierzu die Stellungnahmen und Programme der DGB-Gewerkschaften insbesondere zur Energiepolitik, zusammengestellt in: L. Mez, M. Wilke (Hrsg.): Der Atomfilz – Gewerkschaften und Atomkraft, Berlin/West 1977.

21 Vgl. I. Boström, R. Günter: Arbeiterinitiativen im Ruhrgebiet, Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung Westberlin 1976.

22 EMNID-Informationen 3/1976.

23 M. Buse/R. Oppermann: Sozialpsychologische und sozio-strukturelle Determinanten politischer Partizipation, Referat zum 18. Dt. Soziologentag, Bonn 1976.



**AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf.  
Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in  
Westeuropa**

Inhalt:

W. Goldschmidt: Ökonomische und politische Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem zweiten Weltkrieg

P. Oehlke: Grundzüge der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung

D. Albers: Von der Einheit zum Kampf um die Einheit. Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972

J. Rohbeck: Rationalisierung und Arbeitskampf bei FIAT

E. Piehl: Multinationale Konzerne und die Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Buchbesprechungen. Schwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung, antigewerkschaftliche Strategien von links und rechts, Mitbestimmung, Arbeiterliteratur.

AS 2: 319 S., 18,50 DM, Stud.  
15,- DM  
(2. verb. Aufl. 1976)

Ulla Terlinden

## Technokratie, weibliche Sozialisation und Ökologiebewegung

Die Absicht der Arbeit besteht zum einen darin, Gleichheiten und Ungleichheiten zwischen dem technokratischen Naturverständnis, dem Naturverständnis der Ökologiebewegung und jenem, welches sich durch die weibliche Sozialisation herausbildet, aufzuzeigen und zum anderen die organisatorischen Bedingungen für politische Betätigung von Frauen zu untersuchen. Übergreifendes Element der Ausführungen ist das Verhältnis der Menschen zur Umwelt. Hierbei wird unter Technokratie sowohl eine spezifische organisatorische Form als auch eine spezifische inhaltliche Ausrichtung der Verfügung über die materielle Umwelt verstanden. Das gleiche gilt für die Ökologie. Die weibliche Sozialisation schafft Dispositionen für bestimmte inhaltliche Vorstellungen von Natur und für bestimmte organisatorische Strukturen.

### Kapitalismus – Patriarchat – Technokratie

Ich gehe davon aus, daß erst die Verwertungsbedingungen des Kapitals und die patriarchalen Herrschaftsbedingungen sowie die Dominanz technokratischer Formen gesellschaftlicher Rationalität und Organisation in wechselseitiger Abhängigkeit den Rahmen bilden für die gegenwärtigen Lebensbedingungen von Frauen. Dabei vertrete ich die These, daß die Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Form ohne die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Familie, d. h. ohne Frauen, die sich dem ihnen zugeschriebenen Lebenszusammenhang fügen, nicht existieren könnte. Die Notwendigkeit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und des dazu erforderlichen tradierten Frauenbildes zeigt sich insbesondere im familiären Bereich. Die Familie ist unter den skizzierten Bedingungen die billigste Produktions- und Reproduktionsstätte der Ware Arbeitskraft. Gefordert ist eine spezifische Qualifikation, die bei Frauen durch die geschlechtsspezifische Erziehung in der Familie und im öffentlichen Ausbildungssektor erzwungen wird. Die Familie ist für den Mann Reproduktionsstätte seiner Arbeitskraft und für die Frau vor allem Stätte der Verausgabung ihrer Arbeitskraft. »Wenn also die Familie als ein reproduktiver Sektor bezeichnet wird, betrifft dies nur ein Geschlecht, denn nur für Männer hat die Familie wirklich reproduktiven Charakter« (Stefan 1975, S. 61). Die Hege-, Pflege-, Erziehungs-, Haushaltstätigkeiten u. a. werden unentgeltlich von der Ehefrau und Mutter verrichtet.

Im Gegensatz zur außerhäuslichen Produktionsweise im Kapitalismus, wo der Tauschaspekt eines Produktes im Vordergrund steht, ist für die Frau der konkret nützliche Charakter ihrer Arbeit wichtig. »Das patriarchalische Interesse eines Ehemannes unserer Gesellschaft, eine Frau um sich zu haben, die ihn untätig bedient, sein Heim in Ordnung hält und ihn aufheitert, die ihn als Mittelpunkt ihres Lebens begreift, ihn verwöhnt und sich ihm unterwirft, findet also seine Entsprechung im Interesse der herrschenden kapitalistischen Gesellschaft« (Stefan 1975, S. 67). Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung findet gegenwärtig hier ihren materiellen Ursprung, bildet aber nicht die Erklärung für patriarchalische Strukturen. Dafür wäre weiter in die Geschichte zurückzugehen und die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen der Zuweisung der geschlechtsspezifischen Arbeitsbereiche zu untersu-

chen. Patriarchale Herrschaft in ihrer heutigen Form jedoch ist wesentlich von den kapitalistischen Verwertungsbedingungen bestimmt.

Technokratie soll hier begriffen werden als formale und inhaltliche Manifestation kapitalisch-patriarchaler Interessen. Ohne näher auf die Diskussion von Inhalt und Form der Entwicklung von Produktionsverfahren und ihrer Abhängigkeit von Produktionsverhältnissen einzugehen, wird hier von technokratischen Strukturen ausgegangen, die als bestimmendes Element gesellschaftlicher Organisation angesehen werden. Der technische Fortschritt, die Entwicklung der Wissenschaft als Produktivkraft, brachte veränderte Produktionsverfahren hervor. Der Zwang zum Wachstum bedeutet heute vornehmlich Zwang zum technischen Fortschritt. Mit der Verwissenschaftlichung der Produktion geht gleichzeitig eine Ökonomisierung der Wissenschaft einher. Kriterien ökonomischer Effizienz und technisch richtigem Funktionieren sind bestimmend für alle komplexen gesellschaftlichen Systeme. Nach Maximen technokratischer Rationalität wird im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft und im politisch-administrativen Bereich gehandelt. Diese Handlungsstrategien stimmen alle in einer instrumentellen Bedeutung von Handeln überein.

### Weibliche Sozialisation

Die technokratischen Strukturen stehen im Widerspruch zu den konkreten Lebenszusammenhängen von Frauen. Untersuchungen zur weiblichen Sozialisation zeigen, daß die Eigenschaften, Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die eine solche technokratische Effizienz erfordert, vom weiblichen Geschlecht weder gefordert, noch ihnen zum Aneignen angeboten werden. So zeigen Untersuchungen zum Kleinkindalter, daß die Eltern von Mädchen ein vorwiegendes Interesse am Menschen erwarten, wohingegen bei Jungen das Interesse an Objekten erwartet wird (Pitcher in: Stacey/Béreaud/Daniels, 1974). Wissen und Technik wird beim Spielangebot immer mit dem Männlichen assoziiert. Mädchen werden sich unter diesen Bedingungen kaum für Technik interessieren. »Der sogenannte Kern der ›Weiblichkeit‹, größere Emotionalität, Personeninteresse und soziales Verhalten, ist . . . schon im Alter zwischen zwei und drei Jahren verankert . . . Diese ›weiblichen‹ Fertigkeiten werden so früh eingeübt, daß sie zu ›natürlich‹ anmutenden Reflexen werden« (Scheu 1977, S. 115). So haben Frauen die Fähigkeit zum expressiven, nicht-instrumentellen Verhalten, zu einem Verhalten, das sich nicht vorrangig an der Erreichung langfristiger Ziele orientiert, sondern sie ziehen die unmittelbare affektive Belohnung vor. Typisch weiblich ist, daß Frauen wenig Fähigkeiten erwerben, »vernünftig« zu denken, daß sie »subjektiv« sind und »emotional«. Der Mann dagegen orientiert sich in seinem Verhalten mehr an objektiven Tatsachen, er denkt analytisch, genau und abstrakt.

Bezogen auf das, was gegenwärtig etwas gilt und wo sich gesellschaftliche Macht konzentriert, wird der Widerspruch einer immer postulierten Chancengleichheit offensichtlich. Alle empirischen Untersuchungen zum Geschlechtsrollenmodell und zur Geschlechtsidentifikation zeigen, daß die weibliche Konditionierung die Frauen von vornherein aus den gesellschaftlichen Bereichen ausschließt, die nach technokratischen Formen funktionieren und dies sind auch die Bereiche, in denen sich die gesellschaftliche Macht konzentriert.<sup>1</sup> Dieser Widerspruch zwischen technokratischen Strukturen und weiblicher Sozialisation kennzeichnet die Technokratie als ein patriarchalisches Prinzip.

Aufgrund der ihnen zugeschriebenen Eigenschaften, Fähigkeiten und Verhaltensweisen werden die Frauen in den ihnen zugewiesenen Lebensraum zurückgewiesen. Familie ist überschaubar und bedarf keiner »Reduktion von Komplexität«. Die Aktivitäten zwischen der Familie und der komplexen Umwelt übernimmt der Mann. Das Verständnis der Frauen von der materiellen Umwelt bezieht sich hauptsächlich auf konkrete Nützlichkeiten. Das Wohlergehen des jeweiligen Mannes und der Kinder bildet den Kristallisationspunkt in ihren Leben und bestimmt auch ihr Verhältnis zur Umwelt. Ernährung und Gesundheit sind die traditionellen Bereiche, die den Frauen zugestanden werden.

### Ökologiebewegung

Die Umweltbürgerinitiativen verweisen auf die technokratische Verselbständigung der politisch-administrativen Handlungsstrategien, die sich loslösen von der politischen Legitimation solchen Handelns. Als »legitimierte« Vertreter der Bevölkerung werden allein die etablierten und nach technokratischer Rationalität operierenden Organisationen, wie die drei großen Parteien und die Interessenverbände anerkannt. Im Gegensatz zu den technokratischen Organisationen steht bei der Ökologiebewegung das Bewahren der natürlichen Umwelt im Vordergrund; sie ist in diesem Sinne also konservativ. Spätestens aber, wenn die Ergebnisse technokratischer Zivilisation eine Bedrohung für die menschliche Existenz bedeuten, erweist sich eine solche konservative Forderung wie die nach der Erhaltung der Natur als fortschrittlich. So ist bei der Beurteilung der Ökologiebewegung zu unterscheiden zwischen fortschrittlichen Gruppen, die die gegenwärtige Form des »technischen Fortschritts« kritisieren, ihn aber nicht grundsätzlich ablehnen und rückschrittlichen Gruppen, die die »Früchte« mit den Übeln zusammen ablehnen und zu früheren Lebensformen zurück wollen.

Die Umweltbürgerinitiativen sind auch organisatorisch eine Alternative zu den etablierten politischen Verbänden (Andritzky/Terlinden 1977). Organisatorische Variabilität gehört zu ihren wesentlichen Anforderungen. Der Institutionalisierung von Meinungsbildung und Aktivitäten wird entgegengewirkt. Merkmale wie Spontaneität und direkte und konkrete politische Aktionsstrategien kennzeichnen die Organisationsrealität. Das Potential an aktiven Mitgliedern ist außergewöhnlich hoch. Die Führungs- und Leitungsfunktionen sind hauptsächlich aus dem Umfang des persönlichen und zeitlichen Arbeitseinsatzes und des damit verbundenen Informationsvorsprungs herzuleiten. Ferner registrieren empirische Untersuchungen bei den Umweltbürgerinitiativen ein hohes Konsensusniveau bei den Gruppenmitgliedern. Große Informationsdichte und der damit zusammenhängende hohe Informationsstand bei allen Gruppenmitgliedern machen formalisierte Arten der Meinungsbildung unnötig. Direkte und spontane Kommunikations- und Aktionsformen sind vorherrschend.<sup>2</sup>

In der Sprache der Organisationssoziologie sind Bürgerinitiativen durch eine assoziative Organisationsstruktur gekennzeichnet (Rachlmann, in: Knorr u. a. 1976). Wesentliche Merkmale sind: Nicht präzise festgelegte Zwecke, ein im Vordergrund stehender innovativer Problemlösungsansatz, relative Unbeständigkeit der Werte und Normen, ein geringes Maß an sogenanntem Dienstwissen und ein hohes Maß an Beschäftigung mit Ideen, schwache Formalisierung und starke Verflechtung mit der Außenwelt (Bošetky 1970). Diese skizzenhaften Erläuterungen des organisatori-

schen Charakters von Umweltbürgerinitiativen deuten eine Prägung an, die den technokratischen Strukturen der etablierten Systeme entgegensteht.

### Frauen in der Ökologiebewegung

In der Gegenüberstellung von Technokratie, Ökologie und weiblicher Sozialisation ergeben sich starke Überschneidungen zwischen dem von Frauen erworbenen Umweltverständnis und der Umweltsicht, wie sie die Ökologiebewegung vertritt. Dies betrifft insbesondere die Richtung innerhalb der Bewegung, die die Entfremdung zwischen Menschen und Natur – als Resultat technokratischer Strukturen – ablehnen und zu früheren Arbeits- und Lebensformen zurück wollen. Die Vergesellschaftung von Produktion bzw. der Erwerb von Lebensgütern soll nur einen sehr begrenzten Grad erreichen. Beispiele für diese Richtung innerhalb der Ökologiebewegung sind die Landkommunen und die in letzter Zeit immer mehr zunehmenden kleinen Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe. Genau diese reduzierte Vergesellschaftung kennzeichnet auch die Hausarbeit von Frauen.

Neben dieser inhaltlichen Kongruenz zwischen dem Umweltverständnis, wie es den Frauen im weiblichen Sozialisationsprozeß vermittelt wird, und der Ökologiebewegung ist auch die organisatorische Komponente verblüffend ähnlich. Wie weiter oben ausgeführt, schließen die nach Prinzipien technokratischer Rationalität arbeitenden politischen Organisationen die Frauen aufgrund ihrer weiblichen Konditionierung weitgehend aus. Die Organisationsformen der Ökologiebewegung – die Bürgerinitiativen – entsprechen nicht diesem technokratischen Rationalitätsmodell. Sie sind im Grunde für die Frauen wie geschaffen, um ihr politisches Interesse zu realisieren. Spontaneität, konkrete Arbeit, persönliche Kontakte zwischen den Gruppenmitgliedern, hohes Konsensusniveau sowie hohe Flexibilität sind Organisationsmerkmale, die den Frauen vertraut sind. Festzustellen ist, daß sowohl das politische Programm, wie auch die Organisationsform der Ökologiebewegung an den Voraussetzungen von Frauen anknüpfen.

Sind also in den alternativ organisierten Umweltbürgerinitiativen mehr Frauen organisiert als üblich und können sie dort die »frauenspezifische« Umweltsicht überwinden, indem sie »ihre« traditionellen Bereiche Ernährung und Gesundheit ausweiten, z. B. auf die Energieplanung? In empirischen Untersuchungen über Bürgerinitiativen werden Frauen als Aktive oder/und Sympathisantinnen fast nicht thematisiert, so daß ein genauer Überblick über Anteil und Funktion der weiblichen Initiativmitglieder nicht möglich ist. Dennoch lassen sich einige Zahlen und ein Fallbeispiel angeben, die quantitative Beteiligung und Funktion verdeutlichen. Daten über geschlechtsspezifische Signifikanzen der Beteiligung an Bürgerinitiativen sind nur bei der Untersuchung von Borsdorf-Ruhl und der Umfrage von INFAS zu finden (Borsdorf-Ruhl 1973; INFAS 1972/73). Danach sind überwiegend Männer in Bürgerinitiativen engagiert: laut INFAS im Bundesdurchschnitt viermal mehr als Frauen. Nach Borsdorf-Ruhl haben die Mehrzahl der Initiativen überwiegend, z. T. ausschließlich Männer als Mitarbeiter. Eine Ausnahme bildet die Initiative gegen den Kernkraftwerksbau in Wyhl. Dort hat sich im Kampf gegen das KKW Wyhl eine Badische Fraueninitiative gebildet. Gegründet wurde sie von Studentinnen aus dem Freiburger Frauenkollektiv und der Freiburger KKW-Nein-Gruppe im Oktober 1974. Die Resonanz war groß, es gab nach der ersten Woche »in allen beteiligten Dörfern ein bis

drei Frauen als Verantwortliche« (Frauenkollektiv 1975). 1974 wurden von der Fraueninitiative zwei Veranstaltungen organisiert, die etwa 500 Personen, meist Frauen, besuchten. Auch erschienen eigene Flugblätter von der Fraueninitiative, die sich an Frauen wandten. Mit der Zeit wurde es selbstverständlich, daß auf jeder Veranstaltung auch eine einheimische Frau sprach. Diese Tatsache ist meines Wissens bislang im Kampf gegen Kernkraftwerke einmalig. Die Badische Fraueninitiative war Teil der ökologischen Bürgerinitiativbewegung im südbadisch-elsässischen Raum (Frauenkollektiv 1975; Gladitz 1976; Nössler/de Witt 1976). Da die Aktionen der Frauen dem Kampf gegen Kernkraftwerk und Bleifabrik gewidmet waren und nicht gegen die Unterdrückung der Frauen, war eine gemeinsame Strategie mit den Männern, die ebenfalls gegen die geplanten Einrichtungen kämpften, selbstverständlich. Vor der Gründung der Fraueninitiative entsprach die Situation der Frauen in den Umweltbürgerinitiativen den schon oben dargestellten üblichen Verhältnissen.

Ihre Anzahl war gering und ihre Tätigkeiten beschränkten sich auf Zulieferungsarbeiten. Sie tippten Protokolle, sammelten Zeitungsausschnitte und erotisierten die Atmosphäre. Inhaltlich hatten sie nicht mitzureden. Wenn Frauen inhaltliche Vorschläge und Kritik äußerten, stießen sie auf wenig Resonanz. Eine der Initiatorinnen schrieb dazu: »Wir merkten, daß solche Institutionen (die Bürgerinitiativen; U. T.) überhaupt nichts mit dem zu tun haben, was diese Frauen beschäftigte. Im nachhinein wurde uns klar, wie männlich bestimmt diese Organisationen waren. Dort lange pathetische Reden, hier lockere, emotionale Gespräche. Dort Demonstration von Stärke oder Resignation, hier Äußerungen von persönlicher Betroffenheit, Angst, Hoffnung. Dort Interesse an Sachen und Sachzusammenhängen, hier Interesse an Personen (Wie verhalten sich die Gemeinderäte? Was hat der X nach der Veranstaltung zu seiner Frau gesagt?). Dort Sorge um die landwirtschaftliche Existenz, hier die viel elementarere Sorge um das Überleben und die Gesundheit der Familienangehörigen« (Frauenkollektiv, S. 24). An diesen Beispielen zeigt sich deutlich, daß selbst in der nicht nach technokratischem Vorbild organisierten Gruppen immer noch Kommunikations- und Aktionsstrukturen dominieren, die den Frauen keine Möglichkeiten lassen, sich gemäß den von ihnen erworbenen Eigenschaften und Verhaltensmustern für ein im Interesse aller Bevölkerungsgruppen liegendes Ziel zu engagieren. Dazu war erst die Existenz einer autonomen Frauengruppe erforderlich, die dann allerdings gemeinsam mit den anderen Bürgerinitiativen für eine bessere Umwelt kämpfte. Der Erfolg der Fraueninitiative – auf Anhieb kamen 230 Frauen und bei Aktionen waren es zeitweilig acht- bis neunhundert – war sehr groß und kann nur als Reaktion auf die wohl doch vorhandenen technokratisch-patriarchalischen Strukturen auch in den Bürgerinitiativen interpretiert werden. Anscheinend setzten sich trotz der oberflächlich sichtbaren »frauenfreundlichen« Kommunikations- und Aktionsstruktur in den Initiativen die alten gelernten und täglich weiter von den Männern praktizierten technokratisch-patriarchalischen Formen durch. So kann man zwar von einer reduzierten »Frauenfeindlichkeit« in den Initiativen im Verhältnis zu den streng nach technokratisch-patriarchalischem Prinzip organisierten Gruppen und Bereichen sprechen, »frauenadäquat« können sie aber nicht sein, da die Männer aufgrund ihrer nach technokratischen Effizienzkriterien ausgerichteten Eigenschaften und Verhaltensweisen in jeder Organisation gleichsam natürlich Entscheidungs- und Leitungspositionen einnehmen.

Der autonome Kampf von Frauen bildet erst die Voraussetzung für die Realisierung »frauengemäßer« Kommunikations- und Aktionsformen, wie sie sich auch in der Badischen Fraueninitiative etablierten. Dort gab es weder eine Sprecherin noch andere hierarchisch strukturierte Formen. Die Versammlungen, die Kommunikation und die Aktionen funktionierten ohne formal festgelegte Regeln. Auch der Informationsfluß lief ohne vorher fixierte Kanäle. – Von den Bürgerinitiativen wurde die Bürgerinneninitiative nach anfänglichem Befremden akzeptiert.

Wie sahen die konkreten Aktivitäten und das Selbstverständnis dieser Frauen aus? Blieben sie in dem ihnen zugewiesenen traditionellen Rollenbild? Das Hauptbetätigungsfeld der Fraueninitiative war die Einrichtung und Führung der Kantine auf den besetzten Bauplätzen. Auch in ihren Appellen an die Regierung und an die anderen Frauen des Gebietes beschränkten sie sich auf die traditionellen Verantwortungs- und Funktionsbereiche. Kinder und die Gesundheit der Familie wurden in den Vordergrund gestellt. Die Zuständigkeit der Männer für Expertenwissen wurde nicht in Frage gestellt. In Flugblättern wurde immer wieder von Müttern geredet und auch mit religiösen Parolen argumentiert. Hierzu Beispiele: »Herr Ministerpräsident, wir kämpfen um die Gesundheit unserer Kinder . . . wenden sich heute wieder Frauen und Mütter des betroffenen Gebietes an Sie . . . Muß es für Sie nicht ein beschämendes Gefühl sein . . . 360 Unterschriften der Frauen und Mütter aus Weisweil . . . Frauen, laßt Euch nicht länger belügen! Kämpft für die Gesundheit Eurer Familien . . . Was wir brauchen, sind gesunde Arbeitsplätze und eine Umwelt, in der unsere Kinder gesund aufwachsen können . . .« (Frauenkollektiv 1975). Die Selbstlosigkeit, die daraus spricht, hat Tradition. Die Frauen appellierten nicht für sich, sondern für die Familie und die Kinder; sie kämpften für ein Ziel, das alle angeht und das ein Resultat technokratischer Rationalität ist und damit ein den Frauen wenig faßbarer Vorgang, zur Vermittlung von Betroffenheit und zur Mobilisierung der Frauen also wenig geeignet. Deshalb war der Appell der Wyhler Frauen in Richtung auf Gesundheit und Familie notwendiger direkter Ansatzpunkt für eine Mobilisierung.

Die prinzipielle Reduktion aber des politischen Engagements der Frauen auf den ihnen zugeschriebenen weiblichen Lebensraum setzt politischen Lernprozessen Grenzen, und es erscheint fraglich, ob durch eine längerfristige Perspektive derartiger Fraueninitiativen diese Barriere übersprungen werden kann. Denn dies würde eine im Kern andere Zielsetzung des Kampfes erfordern, indem die Zerstörung der Umwelt auch als ein Resultat patriarchalisch-technokratischer Rationalität gesehen werden müßte und die Grenzen des weiblichen Lebenszusammenhanges überschritten werden müßten. Dies würde einen Kampf gegen Patriarchat und Kapital bedeuten, die die Frauen in ihre limitierten Lebensbereiche zwingen. Zwar haben die Frauen in Wyhl erkannt, daß sie eine autonome Fraueninitiative brauchten, ihr Umweltverständnis beschränkte sich aber auch dort auf den traditionellen weiblichen Bereich.

### Ökologie in der Frauenbewegung

Seit geraumer Zeit existieren in der autonomen Frauenbewegung Gruppen, die sich für eine gesunde Umwelt einsetzen. Dort sind die organisatorischen Voraussetzungen einer politischen Aktivität für Frauen zum Problem der Ökologie erfüllt. Hat sich in dieser Organisationsform ihr Umweltverständnis verändert und ist über die »frauen-spezifischen« Grenzen hinausgegangen?

Die bisherige Entwicklung der Ökologiegruppen innerhalb der Frauenbewegung zeigt keine grundlegende Veränderung im traditionellen Umweltverständnis. Nicht die Energieplanung der Bundesregierung steht zur Debatte, sondern z. B. Ernährungsgewohnheiten und alternative Heilmethoden. Im Unterschied zur Badischen Fraueninitiative steht bei diesen Gruppen allerdings die eigene Gesundheit im Mittelpunkt und nicht die ihrer Familien. Die »weibliche Selbstlosigkeit« ist bei diesen Gruppen in der autonomen Frauenbewegung überwunden. Ebenfalls im Unterschied zur Badischen Fraueninitiative, die ihre Aktivitäten als Unterstützung der Männer ansah, wird in den Ökologiegruppen der Frauenbewegung oft die »frauenspezifisch« reduzierte Umweltsicht zum alternativen Programm erhoben. So wird dem weiblichen Geschlecht von seiner biologischen Konstitution her ein elementareres Verhältnis zur natürlichen Umwelt nachgesagt (G. Kuby, 1975). Als allerdings extremes Beispiel für diese Ideologie sei hier der Ankündigungstext für Veranstaltungen zum Thema: Frauen und Mütter gegen Natur- und Umweltzerstörung aufgeführt, die im Rahmen der 3. Sommeruniversität für Frauen in Berlin stattfand. »Aufgrund unserer Geschichte, der natürlichen Zyklen unseres Körpers und weil uns das Leben wichtiger ist als der Profit, können wir den Ökologischen Krieg, der über die ganze Welt zieht, eher erkennen. Unsere Wetterföhligkeit können wir in Kritik verwandeln, im Kampf um unsere Befreiung uns mit der unterdrückten Natur verbünden, aus unserem Wunsch nach Kindern die Kraft schöpfen, uns mit Phantasie und List gegen den Atomstaat und die ökologische Katastrophe zu wehren« (Programmheft 3. Sommeruniversität für Frauen 1978, S. 67).

### Schlußbemerkung

In einer Zusammenfassung sollen die Ergebnisse der vorangegangenen Analyse verdeutlicht werden. – Das Patriarchat läßt sich in der gegenwärtigen Gesellschaft an den für Frauen reduzierten Lebensmöglichkeiten festmachen, deren Ausprägungen in der kapitalistisch-technokratischen Gesellschaftsstruktur zu suchen sind. Die Benachteiligung aufgrund des Geschlechts kann damit jedoch nicht erklärt werden. Ausgehend vom technokratisch bestimmten gesellschaftlichen Organisationsprinzip, welches in Form und Inhalt eine spezifische Verfügung über die Umwelt impliziert, wurden in der Gegenüberstellung mit der Umweltsicht der Ökologiebewegung und dem Umweltverständnis, wie es die Frauen erwerben, Überschneidungen festgestellt. Die Ökologiebewegung setzt dem technokratischen Umweltverständnis ein qualitativ anderes entgegen. Ihr Prinzip hat eher einen bewahrenden und schützenden Charakter. Ihr Kampf dient der Erhaltung und nicht der Zerstörung der Umwelt. Die gleiche Umweltsicht erwerben die Frauen aufgrund der erfahrenen weiblichen Sozialisation.

Auch im Hinblick auf die Organisationsform entsprechen die Bürgerinitiativen dem Resultat weiblicher Konditionierung. Beide – die Ökologie- und die Frauenbewegung – sind Ergebnisse des herrschenden technokratischen Rationalitätsprinzips, das alle komplexen vergesellschafteten Bereiche bestimmt und nur wenige ausspart. Eine Koalition der Interessen ist offensichtlich und würde eine breitere Basis des Kampfes ergeben. Anhand der realen Situation von Frauen in den Bürgerinitiativen wird dieser Schluß fragwürdig. Wenn Frauen dort überhaupt sichtbar vorhanden waren, konnten sie nur in einer autonomen Frauengruppe bestehen. Denn auch dort in

den alternativ organisierten Bürgerinitiativen setzt sich das patriarchalisch-technokratische Prinzip durch. Dort gibt es zwar für die Frauen mehr Anknüpfungspunkte für ein politisches Engagement als in den etablierten politischen Organisationen – insbesondere betrifft dies das Umweltverständnis – die ihnen adäquate politische Möglichkeit kann nur der autonome Kampf der Frauen sein. Es genügt diese organisatorische Anforderung jedoch nicht, um den ihnen gesetzten »frauenspezifischen« Rahmen auch inhaltlich zu sprengen. Diese These ließ sich belegen sowohl bei den autonomen Frauengruppen innerhalb der Bürgerinitiativen wie auch bei den Ökologiegruppen in der Frauenbewegung. Deutlich ließ sich aber ablesen, daß die autonome Organisationsform, wie sie die Frauenbewegung fordert, die einzig mögliche Ausgangsbasis für eine Überwindung der »frauenspezifischen« Grenzen ist.

### Anmerkungen

1 Die Ausgeschlossenheit von Frauen aus den nach technokratischen Regeln funktionierenden politischen Organisationen verdeutlichen die folgenden Zahlen:

In den Parteien besteht grob etwa ein Verhältnis von 80–90% Männern zu 20–10% Frauen (Armbruster/Leisner, 1975, S. 10). Krasser wird das Bild, wenn die regionalen Unterschiede hinzukommen. Auf dem Lande ist der Anteil der Frauen noch geringer. Gegenwärtig beträgt der Frauenanteil im Bundestag 8% und in den Landtagen durchschnittlich 6%. Das kommunalpolitische Engagement der Frauen nimmt mit der Größe der Stadt zu. In den Kleinstädten zwischen 30 000 und 50 000 Einwohnern werden nur 9% der Ratssitze von Frauen eingenommen, in den Mittelstädten mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern sind es bereits 11%, während die Großstädte (100 000 und mehr Einwohner) aber nur einen Anteil von 1% aufweisen (Demokratische Gemeinde 1977, S. 1005). Die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind zu 16% (1973) Frauen.

2 Umweltbürgerinitiativen sind in ihrer überwiegenden Mehrheit als eingetragener Verein organisiert (58%) und jede fünfte Initiative ist als gemeinnützig anerkannt (21%). 35% aller Umweltinitiativen bilden einen losen Zusammenschluß von Bürgern. Lediglich 3% der Umweltbürgerinitiativen haben einen hauptamtlich Beschäftigten. Demgegenüber besitzen aber fast alle einen Sprecher bzw. Leiter, der Aufgaben zur Außenrepräsentation übernimmt. Die Wahl des Sprechers erfolgt in 61% der Fälle mittels einer Abstimmung und in 33% der Initiativen anhand einer informellen Einigung. Die allgemeine Meinungsbildung geschieht zu 51% informell und ohne Kontroversen.

### Literaturverzeichnis

- Andritzky, Walter/Terlinden, Ulla: Bürgerinitiativen im Bereich des Umweltschutzes und Entwicklung von Modellen zu deren effektiver Mitwirkung im Rahmen der Umweltpolitik der Bundesregierung. (Hrsg.) Institut für Zukunftsforschung Berlin 1977
- Armbruster, B./Leisner, R.: Bürgerbeteiligung – Zur Freizeitaktivität verschiedener Bevölkerungsgruppen in ausgewählten Beteiligungsfeldern. Göttingen 1975
- Borsdorf-Ruhl, B.: Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet. Schriftenreihe des Siedlungsverbandes Ruhrkohlebezirk, Heft 35, Essen 1973
- Bosetzky, H.: Grundzüge einer Soziologie der Industrieverwaltung, Stuttgart 1970
- Frauenkollektiv Freiburg: Frauen erklären Atom und Blei den Krieg, München 1975
- Gladitz, Nina (Hrsg.): Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv, Berlin 1976
- INFAS: Repräsentativerhebungen, Bonn-Bad Godesberg 1972/73
- Kuby, Gaby: Ende der Patriarchalen Herrschaft, in: Frauenoffensive Journal Nr. 2, München 1975
- Nössler, B./de Witt, M. (Hrsg.): Wyhl – Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten, Freiburg 1976
- Programmheft zur 3. Sommeruniversität für Frauen Berlin 1978

- Raehlmann, Irene: Strukturelle Voraussetzung von Planungspartizipation und ihre organisatorische Ausgestaltung, in: Knorr, T., u. a.: Sozialplanung und Aktivierung von Betroffenen, Meisenheim am Glan 1976
- Scheu, Ursula: Wir werden nicht als Mädchen geboren – wir werden dazu gemacht, Frankfurt/M. 1977
- Stacey, J., Béreaud, S., u. Daniels, J.: Sexism in American Education, in: And Gill come Tumbling after, New York 1974
- Stefan, Renate: Hausfrauen und Mütter, die vergessenen Sklavinnen, Berlin 1975

## ARGUMENT-Studienhefte SH

### SH 15 Frigga Haug

#### Für eine sozialistische Frauenbewegung

Die mißverständene Emanzipation. Kritik zu Schrader-Klebert  
(aus: *Das Argument* 67/1971)

Verteidigung der Frauenbewegung gegen den Feminismus  
(aus: *Das Argument* 83/1973)

Sind die Rollen vertauschbar? (aus: *Radius* 1/1973)

Was ist eine Hausfrau? (Aus *Pelagea* 4/1977)

Nutze das Leben nicht, denn es vergeht (Theaterszene, 1978)

47 S.: 3,50 DM. Erhältlich in jedem guten Buchladen. Bestellungen ab 2 Ex. auch beim ARGUMENT-Vertrieb

## DAS ARGUMENT

### 93 Umwelt

#### Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur

*Editorial:* Umweltkrise im Schatten der Wirtschaftskrise

*D. Hassenpflug:* Umwelt zu Marktpreisen? (I)

*U. Hampicke:* Kapitalistische Expansion und Umwelterstörung

*H. Immler:* Die Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen

Diskussion: Sexualität und Herrschaft

*S. Tömmel:* »Männlicher« Kapitalismus und »weiblicher« Sozialismus

*R. Camerer:* Alice Schwarzers sexuelle Utopie und die Entpolitisierung der Frauenbewegung

*J. Hempel:* Feminismus und Psychotherapie b. Phyllis Chessler

*Th. Graf u. M. Herzer:* Zur neueren Diskussion über die Homosexualität

*Besprechungsschwerpunkte:* Kommunikationsforschung; Faschismus; CDU/CSU  
1.–12. Tausend.

alle Hefte 176 S.; 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,– DM (ab 1979: 8,50 DM) im Abo 7,50 DM, Schüler und Studenten 6,– DM (ab 1979: 8,50/7,– DM) Jahresabo (6 Hefte): 45,– DM, Studenten 36,– DM (zzgl. Versandkosten) (ab 1979: 51,–/42,– DM zzgl. Versandkosten)

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

## Kernenergie und ihre Alternativen

### Ein Literaturbericht

Die energiepolitische Diskussion hat sich in den letzten Jahren in der BRD wie in den meisten entwickelten kapitalistischen Staaten auf eine Frage zugespitzt: Brauchen wir die Kernenergie oder bedeuten nicht die ungeheuren potentiellen Gefahren der Kernenergieerzeugung eine zu große Hypothek für die zukünftige Entwicklung der Menschheit, als daß die Energieproduktion leichtfertig wegen des Vorteils niedriger Energiekosten und größerer Importunabhängigkeit darauf umgestellt werden könnte? Als Kritikpunkte werden von den Gegnern der Kernenergie vor allem die Erhöhung der Krebs- und Mutationsrate infolge erhöhter radioaktiver Strahlung, der ungeheure Schadensumfang nuklearer Unfälle sowie die Erhöhung der atomaren Kriegsgefahr angeführt. Die Diskussion um diese Probleme ist bis heute nicht abgeschlossen, wenngleich sie in der jüngsten Zeit partiell durch die von der Bundesregierung und interessierten Industriegruppen inszenierte Debatte um die angebliche Dependenz von Vollbeschäftigung und Kernkraftwerksbau überlagert wurde. Der unabweisliche Tatbestand der Endlichkeit der traditionellen fossilen Energievorräte hat die Gegner der Kernenergie vor die Aufgabe gestellt, Fragen der langfristigen Energiesicherung (alternative Energiequellen und energiesparende Technologien) größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Im folgenden soll auf einige Neuerscheinungen eingegangen werden, die entweder aus befürwortender oder aus kritischer Sicht die wesentlichen ökologischen, ökonomischen und politischen Probleme der Kernenergieerzeugung aufgreifen (Michaelis, Haenschke, Arbeitsgruppe »Wiederaufarbeitung«). Die Arbeit von Horn stellt eine der wenigen Veröffentlichungen dar, welche die energiepolitische Entwicklung der BRD in ihrer Gesamtheit betrachtet und die kernenergiepolitischen Bestrebungen des westdeutschen Kapitalismus vor dem Hintergrund seiner allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu erklären versucht. Der von Matthöfer herausgegebene Band stellt den bislang einzigen Versuch dar, das Potential aller alternativer Energiequellen exakt zu bestimmen; die Arbeit von S. Sterner ist eine der immer noch geringen Zahl nicht-offizieller Veröffentlichungen, die sich umfassend mit dem Problem der Energie-Einsparung auseinandersetzt.

Mit *Hans Michaelis'* »Kernenergie« liegt der wohl umfassendste Versuch eines prominenten Vertreters der »Atomlobby« vor, den geplanten zügigen Ausbau der Kernenergiekapazitäten in der EG und besonders in der BRD zu erklären und zu begründen. Michaelis, Generaldirektor für Wirtschaft der Europäischen Atomgemeinschaft und Generaldirektor für Forschung und Technologie der fusionierten Europäischen Gemeinschaften, tritt dafür ein, daß die Kernenergie nicht nur eine Restgröße im Rahmen der energiepolitischen Programme bleibt (172). Im Anschluß an eine ausführliche Erläuterung der physikalisch-technischen Grundlagen der Kernenergieerzeugung und eine Analyse der bisherigen energiewirtschaftlichen und politischen Entwicklung begründet er diese Auffassung im wesentlichen mit drei Argumenten.

*Erstens:* Infolge des Wachstums von Bevölkerung und Produktion wird der Weltjahresenergieverbrauch von 8 Mrd. t Steinkohleneinheiten (SKE) 1973 auf 20–30 Mrd. t SKE im Jahre 2000 anwachsen (116). Die Reserven an nutzungsfähigen

fossilen Energieträgern, die ca. 4000 Mrd. t SKE betragen, werden demnach rasch abnehmen, besonders was Erdöl und Erdgas betrifft. Bis zur Jahrhundertwende ist das nur ein Problem steigender Kosten für die Erschließung immer ungünstiger gelegener Vorräte, langfristig aber auch ein Mengenproblem, das die Erschließung neuer Energiequellen notwendig macht (489 f.). Da das Potential der nicht-fossilen, nicht-nuklearen Energiequellen wie Sonne, Wind und Gezeiten nur sehr begrenzt nutzbar ist (320 ff.), kann die zu erwartende Energielücke nur von der Kernenergie ausgefüllt werden. Voraussetzungen hierfür sind jedoch, daß mit Hilfe der Schnellen Brüter sowie der Kernfusion die nuklearen Brennstoffvorräte ausgedehnt bzw. effektiver genutzt werden und daß die Kernenergie über den Bereich der Stromerzeugung hinaus auch für andere Bereiche (bes. Wärmeerzeugung) nutzbar gemacht wird (292 ff.).

*Zweitens:* Die Stromerzeugungskosten großer Kernkraftwerke liegen bei mittleren und hohen Auslastungsgraden deutlich unter denen herkömmlicher Kraftwerke, besonders von Steinkohlekraftwerken (225). Obgleich seit Beginn der 70er Jahre die Baukosten sowie die Preise für Natururan, Anreicherung und Wiederaufarbeitung stark gestiegen sind (227 ff.), hat die Kernenergie ihren Kostenvorsprung gegenüber den fossilen Energieträgern teilweise sogar noch ausdehnen können, da sich hier vor allem die gewaltig gestiegenen Brennstoffpreise auswirkten. Dieser Kostenvorsprung der Kernenergie bleibt nach Auffassung Michaelis' auch bestehen, wenn man die Kosten der privatwirtschaftlich nicht rentablen Bereiche Wiederaufbereitung, Endlagerung und Stilllegung mitberücksichtigt (378, 492).

*Drittens:* Gesichtspunkte des Umweltschutzes sprechen nach Auffassung Michaelis' eindeutig für die Kernenergie. Eine verstärkte Substitution herkömmlicher Kraftwerke durch Kernkraftwerke könnte dazu beitragen, die Schadstoffbelastung der Luft, die in den Ballungsgebieten die zulässige Maximalkonzentration bereits häufig überschritten hat, deutlich zu senken (454 ff.). Die spezifische Umweltbelastung der Kernenergieerzeugung erscheint demgegenüber gering. Die von den Kernkraftwerken im Normalbetrieb ausgehende zusätzliche Strahlenbelastung kann gemessen an der durchschnittlichen Gesamtbestrahlung der Bevölkerung (kosmische, terrestrische Strahlung sowie Strahlenbelastung durch ärztliche Maßnahmen usw.) als *quantité négligeable* betrachtet werden (394 ff.). Auch die Gefahr der Freisetzung größerer Mengen radioaktiver Strahlen infolge von Störfällen ist gering, da durch ein mehrstufiges Sicherheitssystem die Eintrittswahrscheinlichkeit insbesondere größerer Störfälle sehr gering ist (403 ff.). »Kein Schutz ist dagegen denkbar gegen die Gefahr einer Zerstörung durch konventionelle oder nukleare Waffen im Rahmen einer kriegerischen Auseinandersetzung . . . Kritisch bleibt schließlich das Problem einer Sicherung von Kernenergieanlagen gegen Sabotage, zumal alle Formen der Gewalttätigkeit unter Einschluß von Erpressung zugenommen haben« (411 f.). – Die Stärke der Arbeit von Michaelis liegt in der Fülle des aufgearbeiteten Materials, die es dem Leser erlaubt, einen detaillierten Überblick über die kerntechnischen Entwicklungen und die weltweiten kernenergiepolitischen Bestrebungen zu gewinnen. Die Schwächen hingegen liegen eindeutig in der unkritischen Rezeption staatlicher und industrieller Verbrauchs- und Kostenprognosen sowie in der Ignoranz und Diskreditierung wichtiger umweltpolitischer Einwände gegenüber der Kernenergie. Die skizzierten Argumente für die Kernenergie, die der offiziellen staatlichen Argumentation weitgehend entsprechen, müssen somit als fragwürdig erscheinen.

Ein wichtiges Motiv für den Ausbau der Kernenergie, das jedoch in den offiziellen Begründungsketten unerwähnt bleibt, spricht *M. Horn* in seiner Untersuchung über die westdeutsche Energiepolitik im Zeitraum 1958–1972 an. Horn analysiert den Einfluß der ausländischen Mineralölkonzerne im Energiesektor der BRD und kommt zu dem Resultat, daß mit der Öl- und Gaswirtschaft zwei der umfangmäßig wichtigsten und expansivsten Energiebranchen von ausländischen Konzernen weitgehend beherrscht werden, ein Tatbestand, der die marktwirtschaftliche Regulierung der Energiemärkte untergräbt und die Möglichkeiten staatlicher Einflußnahme limitiert.

Die Bedeutung der Kernenergie sieht Horn darin, daß sie zu einer Stärkung der Position der Elektrizitätswirtschaft beitragen kann, der einzigen expansiven Energiebranche der BRD, die bislang von ausländischen Kapitaleinflüssen vollständig freigeblichen ist. Die Nutzung der Kernenergie ermöglicht es den Elektrizitätsgesellschaften nicht nur, sich von Öl- und Gaslieferungen der multinationalen Mineralölkonzerne freizumachen. Auf längere Sicht besteht mit der Einführung neuer Reaktortypen (Hochtemperaturreaktor), die neben Strom auch Dampf auf hohem Temperaturniveau erzeugen, zusätzlich die Möglichkeit, den Ölkonzernen mit der Fernwärme auch auf dem Wärmemarkt entgegenzutreten, den diese bislang mit dem leichten und schweren Heizöl sowie dem Erdgas fast vollständig beherrschen. »Vor allem die Elektrizitätswirtschaft könnte sich anstelle und in Kombination mit dem Steinkohlenbergbau zunehmend zu einem zweiten Machtzentrum in der Energiewirtschaft der BRD entwickeln, weil sie diejenige Energieform produziert, nach der ein überproportional wachsender Bedarf besteht und weil sie – dank intensiver staatlicher Förderung der Kernenergie – seit einigen Jahren auf eine neue Stromerzeugungstechnologie zurückgreifen kann, die ihre Unabhängigkeit gegenüber den ausländischen Ölkonzernen abzusichern und zu verstärken geeignet ist und ihr darüber hinaus langfristig eine dominierende Rolle auf dem Energiemarkt der BRD verschaffen könnte« (101 f.). Eine mit Hilfe der Kernenergie und kartellrechtlicher Privilegien gestärkte Position der Elektrizitätswirtschaft ist nach Horn eine wichtige Bedingung dafür, daß der in der Vergangenheit, im Zuge fortschreitender Penetration ausländischer Ölkonzerne eingebüßte Spielraum nationaler Regulierung wiedergewonnen werden kann (vgl. 240).

Ökologische Probleme der Kernenergieerzeugung bestehen nach Horn vor allem bei der Wiederaufbereitung und der Endablagerung radioaktiver Abfälle sowie in der starken Konzentration des Gefährdungspotentials, auch bei geringer Eintrittswahrscheinlichkeit großer Unfälle. »Auch wenn es richtig sein sollte, daß Unfallrisiken bei der Kernenergie äußerst minimal sind, so stellt das konzentrierte Gefährdungspotential der Kernenergie bei der hohen Bevölkerungsdichte der BRD eine Frage der nationalen Sicherheit dar. Bei einer rigorosen Anwendung dieses Kriteriums müßte wohl die Bundesrepublik auf den Einsatz der Kernenergie verzichten« (171). Die Energiepolitik der Bundesregierung war seit den 50er Jahren darauf ausgerichtet, den Energiebedarf mit möglichst niedrigen Kosten zu decken, um auf diese Weise das wirtschaftliche Wachstum zu forcieren und ökonomische Niveauunterschiede gegenüber anderen Staaten auszugleichen. Eine derart wachstumspolitischen Zielen untergeordnete energiepolitische Strategie involvierte eine weitgehende Ignoranz nicht nur gegenüber dem Aspekt langfristiger Ressourcensicherung, sondern auch hinsichtlich grundlegender ökologischer Erfordernisse (vgl. 198 ff.). Erst als sich seit Beginn der

70er Jahre infolge wachsender Bürgerproteste geeignete Standorte für Kraftwerke und Raffinerien zunehmend schwerer finden ließen, wurde der Umweltschutz in den Katalog energiepolitischer Desiderate aufgenommen. »Dieses späte Bekenntnis zum Umweltschutz in der Energiepolitik kam nach jahrelangen Versäumnissen zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt, denn die Ölkrise von Ende 1973 und die sich hieran anschließende Erhöhung des Energiepreisniveaus haben schüchterne Ansätze zu einer gewissen Priorisierung des Ziels des Umwelt- und Gesundheitsschutzes gegenüber dem Ziel der Preisgünstigkeit Anfang 1973 relativiert, indem das Sicherheitsproblem jetzt absoluten Vorrang bekam . . .« (286).

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt *F. Haenschke*, der das Verhältnis von technologischer Entwicklung, Umweltveränderung und Umweltschutz unter besonderer Berücksichtigung der Kernenergie untersucht. Haenschke, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der SPD, geht in seiner Analyse davon aus, daß der Mensch bei dem heute erreichten Niveau der Produktivkraftentwicklung in der Lage ist, in die vorhandenen ökologischen Systeme einzugreifen und sie nachhaltig zu verändern. Obgleich die ungeplant erfolgenden Eingriffe in die natürliche Umwelt in vielen Fällen zu einem Verlust an Freiheitsgraden führen (Baden in freien Gewässern, Störungen von Gesundheit und Wohlbefinden durch zivilisationsbedingte Umwelteinflüsse wie Lärm, Staub, Abgase), und der Schutz der Umwelt von den meisten Bürgern als wichtige Aufgabe betrachtet wird, spielt er im Zielsystem staatlicher Wirtschaftspolitik eine untergeordnete Rolle (vgl. 15 f.).

Nach nur punktuellen Maßnahmen seit Mitte der 60er Jahre (Altöl, Fluglärm, DDT) wurde mit dem Umweltprogramm der Bundesregierung 1971 erstmals ein umfassender Maßnahmenkatalog vorgelegt, der dann im Abfallbeseitigungsgesetz und im Bundesimmissionsschutzgesetz seine ersten Konkretisierungen gefunden hat (vgl. 27 ff.). Nach wie vor sind die Auswirkungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes sehr begrenzt, da es an rechtswirksamen Höchstgrenzen für die Konzentration chemischer Schadstoffe in Luft und Wasser fehlt. Die Festlegung von Normen stößt auf erbitterte Widerstände; gerade während der Krise wächst der Druck der Industrie auf den Staat, geplante Maßnahmen des Umweltschutzes zurückzustellen, abzuschwächen oder gar fallen zu lassen, um das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigungslage nicht weiter zu beeinträchtigen (vgl. 39).

Die Eingriffe in die natürliche Umwelt und damit die Notwendigkeit umweltpolitischer Regulierung sind bei der Energieerzeugung besonders ausgeprägt. »Die technologische Krise, der Zwiespalt zwischen der Zwangsläufigkeit bestimmter technischer Entwicklungen bei Fortschreibung des bisher Gewohnten in die Zukunft und der Notwendigkeit der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und einer humanen Gesellschaft, ist beim Energieproblem am frühesten und am deutlichsten sichtbar geworden« (46).

Die Gewöhnung an einen kontinuierlich wachsenden Energieverbrauch hat die Menschheit mit der Kernenergie auch auf Technologien zurückgreifen lassen, deren destruktives Potential das aller zuvor entwickelten Technologien bei weitem übertrifft. »Der Hunger nach Energie verführt uns dazu, zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit Technologie einzusetzen, an deren unmittelbaren Folgen Hunderte von Generationen nach uns zu tragen haben werden. Der ständig zunehmende Verbrauch von Energie wird als ehernes Gesetz angesehen, so daß man sich achselzuck-

kend in das Risiko einläßt, mit der Radioaktivität etwas in die Welt zu setzen, das von der Erde erst nahezu verschwinden mußte, ehe sich Leben entwickeln konnte« (47).

Die wesentlichen Probleme der Kernspaltung, die Haenschke als einen der »lebensgefährlichsten Vorgänge« charakterisiert (63), liegen in der Erzeugung von Radioaktivität und Plutonium. Im Gegensatz zu Michaelis sind nach Haenschke die Auswirkungen der geringen, von den KKW im Normalbetrieb freigesetzten Dosen nach wie vor unerforscht, womit eine wichtige Voraussetzung für den Bau von KKW nicht erfüllt ist. Einerseits handelt es sich bei den von den KKW freigesetzten Strahlen – anders als bei der natürlichen Strahlung – nicht um materielle Strahlung, sondern um Materieteilchen, die in den Körper eingebaut werden und dort die Organe bestrahlen. Andererseits kann jede zusätzlich zur natürlichen Strahlung hinzukommende Strahlendosis »dazu führen, daß die Latenzzeit für Krebs und Leukämie verkürzt wird und diese Erkrankungen näher in den Bereich der allgemeinen Lebenserwartung verschoben werden« (110). Mit dem Plutonium wird darüberhinaus laufend ein künstliches Element erzeugt, das nicht nur zum Bau von Atombomben verwandt werden kann, sondern das, wenn es einmal erzeugt ist, die Menschheit wegen seiner Giftigkeit über tausende von Jahren zu strengster Kontrolle zwingen wird (68 ff.). In Anbetracht dieser Gefahren schlägt Haenschke eine Neuorientierung der Energiepolitik mit dem Ziel vor, mit Hilfe zahlreicher Maßnahmen der Energieeinsparung wirtschaftliches Wachstum und Energieverbrauch »auseinanderzukoppeln« (119 ff.).

Während Haenschke die ökologischen Probleme der Kernenergiegewinnung global betrachtet, setzt sich die *Arbeitsgruppe Wiederaufbereitung* an der Universität Bremen kritisch mit den Stufen des Brennstoffkreislaufes auseinander, die der Kernstromerzeugung nachgelagert sind: der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennstäbe sowie der Endablagerung radioaktiven Materials. Nach einleitenden Ausführungen über grundsätzliche Fragen der Radioaktivität, ihrer Meßweise sowie ihren Auswirkungen auf den menschlichen Organismus (25–46) wird auf die Bedeutung der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im Rahmen des Brennstoffkreislaufes eingegangen. Die WAA hat vor allem zwei wichtige Funktionen: Zum einen die Rückgewinnung des in den abgebrannten Brennstäben noch enthaltenen Urans und Plutoniums für den erneuten Einsatz in den Reaktoren. Zum anderen die Präparierung unbrauchbar gewordenen radioaktiven Materials für die Endablagerung (47–56). Der Tatbestand der Endlagerung verweist auf die Fragwürdigkeit des Begriffes »Brennstoffkreislauf« (47).

Nach Auffassung der Bremer Arbeitsgruppe wirft die Wiederaufbereitungsanlage, von denen in der Welt nur wenige in Betrieb sind, aus mehreren Gründen bedeutend größere ökologische Probleme auf als die Kernkraftwerke selber. Zum einen ist der Anfall an radioaktiv verseuchten Stoffen noch höher als in einem KKW (64). Zweitens läßt sich die radioaktive Strahlung nicht derart hermetisch abschirmen wie in einem KKW, da radioaktives Material hier in ständiger Bewegung ist (Transport, Empfang, Lagerung, Auflösen der Brennelemente usw.; 57 ff.). Drittens ist die Wiederaufbereitungstechnologie sehr kompliziert und damit besonders störanfällig (88 ff.). Schließlich emittiert die WAA die radioaktiven Stoffe Tritium, Krypton, Jod und Kohlenstoff in einem Umfang, daß jährlich mit mehreren Hunderten zusätzlicher Fälle von Krebs, Schilddrüsenkrebs und Erberkrankungen zu rechnen ist (81 ff.).

Kaum erforscht sind bislang mögliche Erkrankungen, die aus dem Zusammenwirken von radioaktiver Strahlung und anderen Krankheitserregern hervorgerufen wer-

den können. »Es gibt aber Hinweise, daß chemische krebserzeugende Stoffe in Zusammenhang mit radioaktiver Strahlung sehr viel stärker auf den Menschen wirken« (84).

Die Autoren weisen darauf hin, daß sich die skizzierten Risiken durch den Einbau verschiedener Sicherheitssysteme beträchtlich reduzieren lassen, daß jedoch bei den bestehenden Planungen hierauf aus Kostengründen verzichtet wird (60, 62, 76, 89, 93, 98, 101). In Anbetracht der nachgewiesenermaßen beträchtlichen negativen Auswirkungen der WAA und des großen bislang noch unerforschten Gefahrenpotentials plädiert die Arbeitsgruppe für einen Stopp jeglicher Kernenergieproduktion und für eine grundsätzliche Wende in der Energie- und Technologiepolitik (Kein Zweifel wird jedoch daran gelassen, daß aufgrund der bislang angefallenen Mengen an abgebrannten Brennstäben auf den Bau einer kleinen WAA nicht verzichtet werden kann, da der Atommüll auf längere Sicht nicht unaufbereitet gelagert werden kann).

Die Alternative zu der bislang vorherrschenden zentralisierten und umweltfeindlichen Großproduktion sehen die Autoren in dezentralisierter Kleinproduktion bei demokratischer Kontrolle. Nur auf diese Weise ist zu gewährleisten, daß Schadstoffe vermieden werden und nur rückführbare Materialien Verwendung finden (138 ff.). Da auch Kohle aufgrund der Begrenztheit der Vorräte nur eine Übergangslösung darstellt, wird sich die zukünftige Energieproduktion auf dezentralisierte Anlagen zur Nutzung der Energie von Sonne, Wind und biologischen Stoffwechselprozessen zu stützen haben. Mit dieser Umorientierung der Energieproduktion werden nicht nur die bisherigen Energie-Transportsysteme (Pipelines, Leitung) überflüssig, sondern zugleich auch die Umweltprobleme der Energiegewinnung behoben und strukturelle Voraussetzungen für eine demokratische Kontrolle geschaffen (157 f.).

So informativ die ersten Abschnitte der Untersuchung sind, so wenig überzeugt das Kapitel über die Alternativen zur Kernenergie. Unbestreitbar ist, daß die Dezentralisierung der Produktion günstige Voraussetzungen schafft für die Anwendung alternativer Energiegewinnungssysteme. Die von den Autoren vorgenommene Verabsolutierung dieses Prinzips läßt jedoch außer Acht, daß im Produktionsbereich die Einsparung gesellschaftlicher Arbeit, die Vermehrung der disponiblen Zeit der Gesellschaft, in der Mehrzahl der Fälle mit einer Konzentration der Produktion verbunden ist und auch der Einsatz energiesparender Technologie häufig bestimmte Betriebsgrößen voraussetzt.

Die Ausklammerung dieser ökonomischen Problematik muß als ein entscheidender Mangel der Arbeit angesehen werden. Unbefriedigend sind zudem die Ausführungen, die über die Nutzungsmöglichkeiten von Wind- und Sonnenenergie sowie Biogas gemacht werden, da nicht einmal versucht wird, das technische und ökonomisch nutzbare Potential dieser Energiequellen abzuschätzen.

Einen Ansatz zur Überwindung der weitverbreiteten Unkenntnis über den Umfang des nutzbaren Potentials der nichtnuklearen-nichtfossilen Energieträger bietet die vom ehemaligen Forschungsminister *H. Matthöfer* herausgegebene Arbeit – eine Kurzfassung von 6 umfangreichen Studien, die in den vergangenen Jahren im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie von der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen erstellt wurden.

Untersucht wurden darin die theoretischen, technischen und ökonomischen Potentiale der regenerativen Primärenergiequellen Sonnenenergie, Wind, Meeresenergien, Erdwärme und Laufwasser (Wasserkraft von Flüssen usw.) sowohl weltweit als

auch für die BRD. Als Resultat wird festgestellt, daß das theoretisch bestimmbare Potential dieser Energiequellen, z. B. die gesamte auf die Erdoberfläche auftreffende solare Strahlungsenergie, sowohl weltweit als auch in der BRD riesig ist.

Bedeutend geringer ist jedoch das technische Potential, das ermittelt wird, indem ein bestimmter (hier allerdings sehr eng gefaßter) Nutzungsfaktor zugrunde gelegt wird. In der BRD betragen z. B. die als Träger für Sonnenkollektoren zur Verfügung stehenden Dachflächen 0,2% der Gesamtfläche der Bundesrepublik (144). Inwieweit das ermittelte technische Potential genutzt werden kann, hängt vor allem von der Entwicklung effektiver Gewinnungssysteme ab. In diesem Kontext sind noch enorme Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen nötig, die jedoch in Hinblick auf die Erschließung neuer Exportmöglichkeiten sinnvoll sind.

Die Nutzung der regenerativen Energiequellen wirft für ein dichtbesiedeltes Land wie die BRD erhebliche Umweltprobleme auf. Im Gegensatz zu den konzentrierten traditionellen Energiesystemen sind die Technologien zur Nutzung der regenerativen Energiequellen durch einen beträchtlichen Flächenbedarf gekennzeichnet. Ein im Vergleich um KKW vom Typ Biblis (1200 MW) kleines Windkraftwerk (300 MW) würde sich z. B. aus 100 Einzelanlagen zusammensetzen, so daß neben dem Flächenbedarf auch eine erhebliche »optische Belästigung« entstünde (65 f.).

Vergleichsweise größere Nutzungsmöglichkeiten regenerativer Energiequellen bestehen in den südlichen sonnenreicheren Regionen. Eine baldige Einführung von Technologien zur Nutzung besonders der Sonnenenergie und der Meereswärme hätte positive Auswirkungen auf den weltweiten Verbrauch an fossilen Brennstoffen.

Da das in der BRD sehr große Potential an regenerativen Energiequellen aus ökologischen und ökonomischen Erwägungen nur beschränkt genutzt werden kann, gewinnen Überlegungen zur Energieeinsparung einen bedeutenden Stellenwert. Dem Problem einer rationellen Energieverwendung ist der von S. Sterner herausgegebene Sammelband gewidmet. Ziel des Buches, dessen Aufsätze fast ausschließlich von Unternehmensvertretern und FAZ-Redakteuren verfaßt wurden, ist nicht die systematische Ermittlung des Einsparpotentials, sondern vor allem Unternehmern Denkanstöße zu vermitteln, wie sie Energie besser nutzen und sparen können (10). Die einzelnen Aufsätze thematisieren Probleme der statistischen Erfassung des innerbetrieblichen Energieverbrauchs, energiesparender Gebäudekonstruktionen, der optimalen Steuerung und Regelung von Heizanlagen, energiesparender Maschinenkonstruktionen sowie Einsparungsmöglichkeiten in ausgewählten Industriezweigen. Die Aufsätze sind von sehr unterschiedlicher Qualität; als positiv hervorzuheben sind die Beiträge von C. Henniger zu Fragen der Arbeitsvorbereitung und der Werkstoffwahl, von P. Odrich zum Maschinenbau, von K. Rieger und W. Vogel zu Problemen der optimalen Bemessung, Regelung und Steuerung von Heizungsanlagen sowie von Hoppe, Ayoub und Spira zu Fragen der Baustoffwahl, der Klimatisierung und der Wärmedämmung von Gebäuden.

Die Zielsetzung des Buches, ein praktisches Handbuch für Unternehmer zu sein, impliziert, daß die enormen, aus den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen resultierenden Hemmnisse der Energieeinsparung fast vollkommen ignoriert werden (Ausnahme 170, 243). Hinzu kommt, daß die Einsparungsmöglichkeiten von den einzelnen Branchenvertretern zumeist sehr konservativ eingeschätzt werden und moderne energiesparende Technologien, die heute vielleicht noch nicht oder nur begrenzt rentabel sind (z. B. Wärmepumpen) kaum Beachtung finden.

## Literaturverzeichnis

- H. Michaelis: Kernenergie. Deutscher Taschenbuch Verlag (dtv) München 1977 (532 S., br., 16,80 DM)
- M. Horn: Die Energiepolitik der Bundesregierung von 1958 bis 1972. Zur Bedeutung der Penetration ausländischer Ölkonzerne in die Energiewirtschaft der BRD für die Abhängigkeit interner Strukturen und Entwicklungen. Duncker & Humblot, Berlin 1977 (320 S., br., 78,- DM)
- E. Haenschke: Modell Deutschland? Die Bundesrepublik in der technologischen Krise. Rowohlt-Verlag, Reinbek 1977 (157 S., br., 16,80 DM)
- Arbeitsgruppe »Wiederaufarbeitung« an der Universität Bremen: Atommüll oder der Abschied von einem teuren Traum. Rowohlt-Verlag, Reinbek 1977 (219 S., br., 5,80 DM)
- H. Matthöfer (Hrsg.): Energiequellen für morgen? Nichtnukleare – nichtfossile Primärenergiequellen. Umschau Verlag, Frankfurt/M. 1976 (165 S., br., 9,80 DM)
- S. Sterner (Hrsg.): Energie sichern – Energie sparen. Ein praktisches Handbuch für alle Energieverbraucher und -erzeuger. Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1975 (320 S., Ln., 38,- DM)

**ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS****Automation und Entwicklung der Arbeitsbedingungen****Projektgruppe Automation und Qualifikation****AS 7 Band I:****Automation in der BRD**

2. verbesserte, um Register, Literaturverzeichnis und Nachwort erweiterte Auflage 1976

**AS 19 Band II:****Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung****AS 31 Band III:****Theorien über Automationsarbeit****Kategorien**

Automationsarbeit in der Industriosozilogie: »Qualifikation«, »Kooperation«, »Autonomie«

Automationsarbeit in den Arbeitswissenschaften: Analytische Arbeitsbewertung, »Belastung«, »Beanspruchung«, Kognitive Prozesse

**Positionen**

Kern/Schumann, Mickler, Fricke und Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen

**Tabellarische Übersicht**

Untersuchungen zur Automationsarbeit bis 1977

Einzelpreis AS 7: 18,50 DM, für Studenten 15,- DM (326 S.). Einzelpreis AS 19 und 31: 15,50 DM, im Abo 13,- DM (ab 1979: 12,80). Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM (ab 1979: 12,80/11,-)

In jedem Jahr erscheinen ca. 10 Argument-Sonderbände. Auswahl-Abo (3 Bände nach Wahl): 39,- DM (Stud. 30,- DM (ab 1979: 38,40/33,-) zzgl. Versandkosten. Gesamt-Abo: alle Bände zum Abo-Preis, ohne Versandkosten.

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

## Informationstechnologie als Herrschaftsinstrument

Die traditionelle Technikfeindlichkeit der geisteswissenschaftlichen Intelligenz in Deutschland einerseits und die – teilweise als Reaktion darauf zu verstehende – unpolitische Haltung der naturwissenschaftlichen Intelligenz andererseits haben hinsichtlich der politischen Einschätzung technologischer Innovationen zu einem Vakuum zwischen der technokratischen Naivität der Ingenieure und der maschinenstürmerischen Attitüde der Literaten geführt. Dieses Vakuum zu füllen, d. h. eine reale Bewertung der Produktivkraftentwicklung vorzunehmen, blieb weitgehend den bürgerlichen Ökonomen als Sachwaltern einer optimalen Kapitalverwertung überlassen. Auch die sozialistische Bewegung in der Bundesrepublik hat sich bisher – mit Ausnahme der Diskussion um die Kernenergie – nur wenig mit den politischen Fragen der Technologieentwicklung befaßt.

Eine der folgenreichsten Technologien der Gegenwart ist die der *automatisierten Informationsverarbeitung*. Diese Technologie bewirkt bereits heute eine Vielzahl einschneidender Veränderungen im Produktions- und Reproduktionsbereich der spät-kapitalistischen Gesellschaftssysteme.<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit der Anwendung der Informationstechnologie in einem gesellschaftlichen Teilbereich, der landläufig eher als Domäne von Ideologen (und Polizisten) angesehen wird als von Technikern: dem Bereich der *Herrschaftssicherung* des ökonomischen und politischen Systems. Der Einsatz der Informationstechnologie als Herrschaftsinstrument – so lautet eine der zentralen Thesen der folgenden Seiten – tritt neben die Herrschaftssicherung durch unmittelbare physische oder ökonomische Gewalt, ja ersetzt diese Herrschaftsformen sogar zum Teil und trägt dazu bei, daß Herrschaft in vielen gesellschaftlichen Bereichen zunehmend unsichtbar, anonym und scheinbar objektiviert ausgeübt wird.

### 1. Entwicklung und Einsatz der Informationstechnologie im ökonomischen und politischen Bereich

Die Arbeit des Menschen ist in ihrer Entwicklung durch eine fortlaufende Reihe von Substitutionsprozessen gekennzeichnet: Im Prozeß der Aneignung der Natur durch den Menschen werden immer mehr menschliche Organe durch Artefakte (Geräte, Werkzeuge, Antriebsmaschinen, Werkzeugmaschinen, automatische Maschinensysteme) ergänzt und schließlich ersetzt. Die vorläufig letzte Stufe der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit besteht in der zunehmenden Substitution (bisher im wesentlichen einfacher) geistiger Arbeit durch elektronische Informationssysteme.

Als vorantreibendes Moment der Informationstechnologieentwicklung ist zunächst die durch das Streben der Einzelkapitale nach Extraprofit induzierte industrielle *Massenproduktion* zu nennen, die im gesellschaftlichen Maßstab selbst wieder die Voraussetzung für die Verbilligung der Ware Arbeitskraft und damit für die Produktion von relativem Mehrwert bildet. Die durch zunehmende Prozeßgeschwindigkeit gekennzeichnete Massenproduktion erfordert zu ihrer Realisierung den Einsatz technischer Informationssysteme, weil die menschlichen Organe hinsichtlich der informationellen Kontrolle der – bereits an die Maschine abgegebenen – physischen

Komponenten des Arbeitsprozesses (Kraft und Geschicklichkeit) zu langsam und ungenau sind. Erfordert Massenproduktion Informationstechnologie als Produktionsmittel (im Prozeß der produktiven Konsumtion), so wird andererseits bereits entwickelte Informationstechnologie selbst wiederum Gegenstand massenhafter Herstellung zum Zwecke individueller Konsumtion. Nachdem bei Radio und Fernsehen annähernd der Sättigungspunkt erreicht ist, wird der Markt bereits jetzt für den massenhaften Absatz von Technologien der »Zweiweg-Kommunikation« vorbereitet (Fernsehtelefon; Datenbankkommunikation; Breitbanddienste, wie etwa »computerunterstützter Unterricht« usw.).

Als zweiter Ausgangspunkt für die Entwicklung automatisierter Informationssysteme hat sich gerade in jüngster Zeit die *Kriegstechnologie* erwiesen. Den Beginn markiert hier die im zweiten Weltkrieg von alliierter Seite angesichts der Raketenproduktion im faschistischen Deutschland forcierte Entwicklung schneller, selbsttätiger Feuerleitgeräte für die Flugabwehr. Die Ergebnisse dieser wie auch vieler der folgenden militärischen (also staatlich finanzierten) Forschungsprojekte im Technologie-sektor wurden später voll durch die private Produktion angeeignet.<sup>2</sup> Der Staat tritt aber – als Verwalter des allgemeinen Kapitalinteresses – nicht nur als Geldgeber zur Förderung gesamtgesellschaftlich wichtiger informationstechnologischer Entwicklungsprojekte auf<sup>3</sup>, sondern bedient sich auch selbst zur Planung und Steuerung der zunehmend krisenhaft verlaufenden sozialen und ökonomischen Prozesse fortgeschrittener Informationssysteme, deren Spektrum von ressortspezifischen Datenbanken für Politikberatung bis hin zu polizeilichen und nachrichtendienstlichen Informationssystemen zur unmittelbaren Herrschaftssicherung reicht. So befördert die Anwendung der Informationstechnologie durch den bürgerlichen Staat die in der sozio-ökonomischen Entwicklung spätkapitalistischer Systeme bereits angelegte Tendenz zur gesellschaftlichen Formierung und verstärkt vorhandene autoritäre Momente.

Aus der geschilderten Situation erwachsen für die Wissenschaft außer den technologischen auch neue ideologische Aufgaben. Neben die Rechtfertigung der Produktionsverhältnisse im allgemeinen treten Versuche zur Begründung der spezifischen – zunehmend informationstechnologisch vermittelten – Form des ökonomischen und politischen Systems: Die Perspektive einer durch technische Kommunikationsmittel zu realisierenden »Informierten Gesellschaft« (Steinbuch) spiegelt, ebenso wie die Vision einer mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung zu entwickelnden direkten »Computer-Demokratie« (Krauch) oder die für die baldige Zukunft prognostizierte, hauptsächlich auf Kommunikationsprozessen basierende »postindustrielle Gesellschaft« (Touraine/Bell) ein entpolitisertes und durch technische Rationalität harmonisiertes Sozialgebilde vor und reproduziert damit ein weiteres Mal die Ideologie technokratischer Gesellschaftstheorien.<sup>4</sup> Diese Versuche zur Konstituierung einer »Theorie der Informationsgesellschaft« sind aber zugleich – notwendig verkehrter – Ausdruck objektiver Bewegungen der gesellschaftlichen Basis. *Informationsprozesse* gewinnen sowohl in der Produktion als vor allem auch in der Zirkulation außerordentlich an Bedeutung, eine Entwicklung, die bereits von Marx und Engels in ihrer These von der Herausbildung des Weltmarktes auf der Grundlage einer Ausweitung des Transport- und Kommunikationswesens angegeben wurde.<sup>5</sup> Der Warencharakter der Information wird zwar umfassend, aber umgekehrt substituiert Information nicht generell die Warenproduktion, wie dies mit dem Begriff »Informationsgesellschaft«

unterstellt wird. Vielmehr bleibt die materielle Reproduktion oberste Notwendigkeit jeder Gesellschaft. (Angesichts einer Abhandlung, die ausschließlich von Information und Informationstechnologie handelt, erscheint mir dieser Hinweis wichtig, um idealistischen Interpretationen der zunehmenden Bedeutung informationeller Prozesse entgegenzutreten.)

## 2. Komponenten technischer Informationssysteme

Entsprechend den Elementen des Informationsprozesses (Datenerfassung, -strukturierung, -speicherung, -veränderung, -übermittlung, -verknüpfung und -ausgabe) lassen sich auch die technischen Medien, mit denen dieser Informationsprozeß als automatisches System realisiert wird, ordnen. Die *Datenerfassung* kontinuierlicher (z. B. akustischer und optischer) Signale geschieht über Mikrofone, Videokameras usw., während diskrete Signale (z. B. Buchstaben, Ziffern) durch Eingabetastaturen, optische Lesegeräte usw. erfaßt werden. Zur anschließend notwendigen *Strukturierung der Daten* stehen heute bereits Systeme zur Zeichen- und Mustererkennung zur Verfügung, an Geräten zur vollständigen Bildererkennung (z. B. von Fotografien oder Videobildern) wird zur Zeit noch gearbeitet.<sup>6</sup> Im wesentlichen beruht die Mustererkennung auf der punktwisen Abtastung der Vorlage und deren Vergleich mit eingegebenen oder vom System durch Invariantenbildung »erlernten« Strukturen mit dem Ziel, das unbekannte Muster einer bestimmten Bedeutungsklasse zuzuweisen zu können. Zur *Datenspeicherung* stehen heute außerordentlich leistungsfähige Geräte mit sehr hoher Speicherkapazität bei gleichzeitig schnellem Zugriff auf Einzelinformationen zur Verfügung, vor allem als Magnetplattenspeicher (Kapazität eines Plattenstapels: einige hundert Millionen Zeichen). Auch bei der *Datenveränderung* (Komprimierung, Aggregation, Selektion usw.) hat die Technik durch die Miniaturisierung der Bauelemente einen Stand erreicht, bei dem außerordentlich große Datenmengen in kürzester Zeit verarbeitet werden können (100 Millionen und mehr Operationen pro Sekunde). Gleichzeitig sind die modernen Datenverarbeitungsanlagen als sogenannte time-sharing-Systeme aufgebaut, bei denen eine Vielzahl von Benutzern über Bildschirme von den verschiedensten Orten aus gleichzeitig mit dem Computer arbeiten können. (Die Polizei plant z. B. den Anschluß von 10 000 Bildschirmgeräten an ihr Computersystem.) Die auf physikalischen Eigenschaften (hardware) beruhende Leistungsfähigkeit des Rechners wird durch eine ausgeklügelte Organisation und Programmierung (software) noch um ein Vielfaches gesteigert. Eine qualitativ neue Stufe der Informationstechnologie wurde durch die Entwicklung leistungsstarker Systeme zur *Datenübermittlung* (Datenfernübertragung) erreicht. Zum einen können dadurch zentrale Computer von beliebigen Stellen aus abgefragt oder eingespeist werden; zum anderen lassen sich verschiedene Computer zu einem komplexen Rechnernetz zusammenschalten mit der Konsequenz, daß auch die entsprechenden Datenbestände kombiniert und gruppiert werden können (horizontaler Datenverbund). Gerade im Bereich personenbezogener Daten kann die durch *Datenverknüpfung* möglich gewordene Erstellung von Persönlichkeitsprofilen und Dossiers zu einem umfassenden Kontrollinstrument ausgebaut werden. Darüber hinaus wird verstärkt an der Lösung des Problems gearbeitet, die den Stufen des Informationsprozesses entsprechenden technischen Einzelaggregate zu kombinieren, also z. B. durch eine Fernsehkamera erfaßte Informationen in einer automatischen Klassifikationselektro-

nik zu »erkennen«; die Ergebnisse selbsttätig an eine Referenzelektronik zur Selektion anhand bestimmter Merkmale weiterzugeben; die hinsichtlich ihrer Komplexität reduzierte Information in Computern zu speichern und unter Verwendung von Simulationsprogrammen Steuerimpulse zu erzeugen, die auf den zugrunde liegenden Prozeß zurückwirken (vertikaler Datenverbund). Eine wesentliche Voraussetzung zur Verbreitung des horizontalen und vertikalen Datenverbunds wurde gerade in letzter Zeit durch eine außerordentliche Verbesserung der Datenübertragungstechnik geschaffen. Einerseits wurde die Datenübertragung mit Hilfe von Satelliten verbessert, zum anderen wurden neue Übertragungskabel entwickelt, über die zur gleichen Zeit eine Vielzahl unabhängiger Informationsströme geleitet werden kann, so z. B. über ein einziges Hohlkabel eine Million Ferngespräche. Schließlich existieren auch für die letzte Stufe des Informationsprozesses, die *Informationsausgabe*, leistungsfähige Endgeräte: Neben den bekannten Computer-Displays (Bildschirmen) – in Erprobung befinden sich extrem flache Großbildschirme, die wie Bilder an die Wand gehängt werden können – wurden sogenannte Laserdrucker mit einer maximalen Ausgabeleistung von über 4 Millionen Zeichen pro Minute (das entspricht einem *Argument*-Jahrgang) entwickelt.

### 3. Informationstechnologie und Repression

Die These vom »zunehmenden Einsatz der Informationstechnologie als soziales Kontrollinstrument in spätkapitalistischen Gesellschaftssystemen«, wie sie im folgenden begründet werden soll, erfordert eine Einordnung in die umfassendere Fragestellung nach der gesellschaftlichen Bedeutung der Informationstechnologie insgesamt. Die folgenden Ausführungen befassen sich jedoch nur mit einem Teilaspekt dieser Frage, nämlich mit dem Problem ihrer negativen, für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung unerwünschten Auswirkungen. Es muß aber betont werden – ohne dies hier begründen zu können –, daß die Informationstechnologie unter bestimmten Bedingungen (selbst unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen) auch eine Reihe positiver Effekte aufweisen kann. *Es wäre daher völlig verfehlt, die folgenden Ausführungen als Beleg für die Berechtigung der eingangs erwähnten geisteswissenschaftlichen Technikkritik heranziehen zu wollen.* Andererseits aber soll durch die Darlegung des gesellschaftlichen Gefährdungspotentials einer unter Kapitalverwertungsgeichtspunkten eingesetzten Informationstechnologie auch jener simplifizierenden Position entgegengewirkt werden, die die Produktivkraftentwicklung – etwa in einseitiger Fixierung auf ihre Rolle als Triebkraft gesellschaftlicher Veränderungen – fast uneingeschränkt positiv beurteilt. Eine Analyse der komplexen Wirkungsbedingungen von Technologie muß deren allgemeine Bedeutung für den menschlichen Emanzipationsprozeß insgesamt ebenso berücksichtigen wie ihre aus dem genetischen Zusammenhang mit der jeweiligen Gesellschaftsformation möglicherweise resultierende Insuffizienz in Hinblick auf sozialen Fortschritt.

#### 3.1. Methoden der Datenerfassung

Die einfachste Methode, an ökonomische, soziale und politische Daten zur Kontrolle von Individuen und Gruppen zu gelangen, besteht in der Durchforstung vorhandener Informationsquellen unter Verwendung spezifischer Suchkriterien, die als Indikatoren für ein bestimmtes gesellschaftlich relevantes Verhalten angesehen wer-

den (*mittelbare informationelle Überwachung*). Dieses im Prinzip auch ohne elektronische Hilfsmittel anwendbare und in geringem Umfang auch angewandte Verfahren wird jedoch erst aufgrund der geschilderten hohen Verarbeitungsgeschwindigkeit und großen Speicherkapazität moderner Computersysteme massenhaft realisierbar und damit als Kontrollinstrument systematisch einsetzbar. Unterstützt wird diese Möglichkeit dadurch, daß vor allem im staatlichen Bereich im Zusammenhang mit ökonomischen und sozialen Regulierungsfunktionen (»Leistungs- und Planungsverwaltung«) eine außerordentliche Zunahme personenbezogener Datensammlungen festzustellen ist.<sup>7</sup>

Am Beispiel der Universitätsbibliotheken soll angedeutet werden, wie man sich die Funktionalisierung von Planungs- und allgemeinen Verwaltungsdaten für die staatlichen Überwachungsbehörden vorzustellen hat. Sehr viele Universitätsbibliotheken verwenden heute bereits computerunterstützte »Bibliotheks-Informationssysteme« zur Vereinfachung des Leihverkehrs, des Mahnwesens, des Bestellwesens usw. Nehmen wir den einfachsten Fall: Das System besteht aus einer Benutzerdatei (mit Personenidentifikation, Fachrichtung usw. für jeden Benutzer), einer Buchbestandsdatei (mit Titelaufnahme, Signatur, verschiedenen Schlagworten für jedes Buch) sowie einer Referenzliste, die angibt, welcher Benutzer welche Bücher ausgeliehen hat. Aufgrund der abgespeicherten Dateimerkmale kann nun z. B. anhand der inhaltlichen Schlagworte ein genaues Leseprofil für jeden beliebigen Benutzer hergestellt werden (z. B.: 80% der von Herrn A entliehenen Bücher sind marxistischen Inhalts, 15% »Frankfurter Schule«, 5% Sonstige). Umgekehrt kann auch das »Benutzungsprofil« eines bestimmten Buches ermittelt werden (z. B. »Wer hat im letzten halben Jahr Bakunins »Staatlichkeit und Anarchie« gelesen?«). Derartige Profile können auch als Zeitreihen aggregiert und damit zur Dokumentation individueller Entwicklungsprozesse verwendet werden. Bei diesen Beispielen handelt es sich nicht um schwarzmalerische Zukunftsvisionen: Erst kürzlich wurde ein Fall bekannt, in dem städtische Bibliotheksangestellte den Computerausdruck über die von einer jungen Frau entliehenen Bücher auf Anfrage des Verfassungsschutzes an diesen weitergegeben hat.<sup>8</sup>

Weitere Beispiele für die Möglichkeit, vorhandene elektronische Speicher zur politischen Überwachung auszunutzen, seien nur benannt: die neuerdings in zunehmendem Maße durchgeführte automatische Registrierung sämtlicher (auch privater) Telefonnummern, die von einem Dienstapparat aus angewählt werden; die Umstellung des Postzeitungsdienstes auf EDV; oder, falls es zur Einführung des pay-TV nach amerikanischem Muster kommt (Miete einzelner Programmkanäle oder Sendereihen), die Möglichkeit zur Analyse der persönlichen Fernsehgewohnheiten anhand der elektronischen Gebührenabrechnung.

Die bisher erläuterten Verfahren der mittelbaren informationellen Überwachung versuchen, aus metasprachlichen Informationen (z. B. Organisationsdaten wie »Buch X an Student Y ausgeliehen«) auf Informationen der Objektebene zurückzuschließen (z. B. »Student X ist Marxist«). Die immanente Fragwürdigkeit dieser Methode besteht vor allem in der Verabsolutierung von Datenelementen durch die Vernachlässigung der Kontextbindung der Primärinformationen. Daraus ergibt sich eine zunehmende Tendenz staatlicher und privater Stellen, eigenständige Kontrollinformationssysteme aufzubauen (*unmittelbare informationelle Überwachung*), auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann.<sup>9</sup>

### 3.2. Der Computer als soziales Kontrollinstrument im Bereich des Einzelkapitals

Die Doppelgesichtigkeit der computerunterstützten Automation im Kapitalismus zeigt sich vor allem in der unmittelbaren Produktion: Der begrüßenswerten aber vergleichsweise seltenen Substitution monotoner und – noch wichtiger – gefährlicher und gesundheitsschädigender Arbeitsplätze durch sogenannte Handhabungsmaschinen (computergesteuerte Automaten) steht die massenhafte Vernichtung auch qualifizierter, mit einem relativ hohen Maß an Arbeitszufriedenheit verbundener Arbeitsplätze gegenüber. Ermöglicht die Automation einerseits eine Höherqualifikation eines Teils der Arbeitskräfte, so führt sie andererseits unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen in vielen Bereichen zu einer fortschreitenden Intensivierung der Arbeit.<sup>10</sup> Von dieser Entwicklung soll jedoch im weiteren nicht die Rede sein, sondern vielmehr von einer bisher weit weniger bekannten und zugleich entschieden subtileren Anwendungsform des Computers, nämlich als elektronisches Informationssystem im Bereich kapitalistischer Personalplanung und -disposition: Das computerunterstützte integrierte *Personal-Informationssystem*<sup>11</sup> verbindet die traditionellen Aufgaben des Personalwesens (Arbeitszeit- und Leistungskontrolle, Lohnabrechnung, Einstellungen und Entlassungen usw.) mit zunehmend repressiven Methoden der Arbeitspsychologie und -soziologie zu einem interaktiven und hochkomplexen computergesteuerten Personalplanungsinstrument.

*Psychoprofile:* Vor allem sind es Verfahren der psychologischen Eignungsdiagnostik, die nicht nur bei der Einstellung eines Arbeiters oder Angestellten, sondern auch in den periodisch wiederkehrenden Leistungsbeurteilungen und Lohneinstufungen zur Bestimmung von Persönlichkeitsmerkmalen eingesetzt werden. Die Ergebnisse dieser Tests, etwa bestimmte Skalenwerte von Merkmalen wie Zuverlässigkeit, Kooperationsfähigkeit, Flexibilität, Verantwortungsbewußtsein, Loyalität usw. werden im Computer gespeichert und zu Persönlichkeitsprofilen verarbeitet.<sup>12</sup> Die individuellen Persönlichkeitsprofile können dann automatisch mit »Standardprofilen« verglichen werden, und aus den Abweichungen gegenüber der »Norm« können Schlüsse für eine im Sinne der Kapitalverwertung möglichst effektive Zuordnung von Arbeitskräften zu Produktionsabläufen gezogen werden. Solche auf Intensifikation der Arbeit und Einschränkung der Arbeitsautonomie, also letztlich auf Steigerung der Mehrwertrate gerichteten Optimierungsprozesse lassen sich in nennenswertem Umfang erst durchführen, nachdem schnelle und mit großen Speichern ausgerüstete Computer relativ kostengünstig zur Verfügung stehen.

*Sozialprofile:* Die computerunterstützte Manipulation der »psychischen Manöviermasse« des variablen Kapitals eines Unternehmens wird ergänzt durch Maßnahmen zur politischen Disziplinierung, die ebenfalls im elektronischen Personal-Informationssystem integriert sind. Eine Reihe bekannt gewordener Fälle deutet darauf hin, daß neben den genannten Psychoprofilen auch – obwohl rechtlich unzulässig – individuelle Sozialprofile mit Merkmalen wie politische und gewerkschaftliche Aktivität, Streikbereitschaft, Verankerung in der Kollegenschaft usw. abgespeichert werden. Aus diesem Computer-Pool können nach beliebigen Kriterien »schwarze Listen« zusammengestellt und mit Hilfe von Datenfernübertragungseinrichtungen an andere Unternehmen der Branche übermittelt werden, um künftig jegliches »Risiko hinsichtlich des Betriebsfriedens« durch eine entsprechende Einstellungspraxis von vornherein ausschließen zu können. Die große Kapazität der computerunterstützten

Personal-Informationssysteme führt die – immer schon vorhandene – politische Repression im Betrieb auf eine qualitativ neue Stufe, nämlich die der tendenziell totalen Kontrolle und Überwachung ganzer Belegschaften. Allein schon das Wissen um den potentiellen Einsatz dieses Systems wird im Betrieb Einschüchterung und möglicherweise Entpolitisierung bewirken, wenn es nicht gelingt, die ökonomische und politische Vereinzlungsstrategie des Kapitals zu durchbrechen.

### 3.3 Integrierte Informationssysteme und staatliche Repression

Mit Zunahme der ökonomischen Schwierigkeiten steigt für den bürgerlichen Staat die Notwendigkeit, die sich verstärkenden Klassenseinsetzungen möglichst frühzeitig zu erkennen und entstehende Klassenbewegungen in ihren bewußtesten Teilen zu isolieren. Zur Erreichung dieses Ziels – so wurde bereits zu Beginn als These formuliert – setzt der Staat neben den traditionellen Formen physischer Gewalt, und teilweise an deren Stelle, zunehmend Formen »informationeller Gewalt« ein. Zwar scheint eine Reihe staatlicher Maßnahmen der letzten Jahre dieser These zu widersprechen – z. B. die Formierung des Bundesgrenzschutzes gegen den potentiellen »inneren Feind« (Notstandsgesetzgebung) oder die quasi-militärische Bewaffnung der Polizei (Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz) –, aber, wie noch zu zeigen sein wird, entsteht dieser Eindruck vor allem durch die »geringe Sichtbarkeit« informationeller Gewalt, ein Tatbestand, der in analoger Weise andernorts in der Diskussion um den Begriff der »strukturellen Gewalt« betont wurde. Dabei reicht das Spektrum informationeller Gewalt vom Aufbau computerunterstützter »gesellschaftlicher Frühwarnsysteme« mit Hilfe »sozialer Indikatoren« z. B. in Form der geplanten Sozialdatenbank<sup>13</sup> bis hin zur individuellen Verhaltensüberwachung durch vertikal und horizontal verbundene Informationsverarbeitung, wie sie z. B. von der Polizei betrieben wird.

*Polizeiliche Informationssysteme:* Die spektakuläre Absicht der Innenminister, die Polizei mit Handgranaten, Maschinengewehren u. ä. aufzurüsten, wird m. E. bei weitem in den Schatten gestellt durch die bereits vor Jahren begonnene und heute fast voll realisierte elektronische »Bewaffnung« der Polizei mit Großcomputern. Das computergesteuerte »Informationssystem der Polizei (INPOL)« im Bundeskriminalamt in Wiesbaden enthält die Fahndungsdaten von ca. 200 000 Personen, die aktuell gesucht werden; insgesamt hat der zentrale Polizeicomputer INPOL über 10 Millionen Einzelvorgänge gespeichert. Die Computerdaten können von zur Zeit 1200 Abfragestationen, sogenannten Terminals, im ganzen Bundesgebiet abgerufen werden. Im Endausbau werden es rund 10 000 Terminals sein, so daß von allen Polizeirevieren, Grenzkontrollstellen, Flugsteigen, Seehäfen usw. in Sekundenschnelle auf das gesamte polizeiliche Datenmaterial zugegriffen werden kann.<sup>14</sup> Die Fachzeitschrift »Kriminalistik« berichtet über die Perfektion des Polizeicomputers: Das System erzeugt »wegen seiner unauffälligen schleierhaften Verbreitung im ganzen Land und an den Grenzen die Wirkung eines maschendichten Schleppnetzes«.<sup>15</sup>

Die gesellschaftliche Folgewirkung eines derart perfektionierten Kontrollmechanismus besteht nicht so sehr in der erfolgreichen Verbrechensbekämpfung – dagegen hätte sicher niemand etwas einzuwenden –, sondern vielmehr in der Schaffung eines *allgemeinen (wenn auch diffusen) Bewußtseins der totalen Kontrolle* und in der Erzeugung entsprechender gesellschaftlicher Anpassungsmechanismen in der Bevölkerung.

Die Polizei arbeitet zur Zeit an der Realisierung des oben erwähnten *horizontalen Datenverbundsystems*. Zum einen wird gegenwärtig das INPOL-System mit anderen Informationssystemen aus dem juristischen Bereich (nämlich dem Bundeszentralregister, dem geplanten Informationssystem JURIS und der Haftdatei) gekoppelt. Damit ist die Polizei in der Lage, Datenprofile zusammenzustellen von jedem, der irgendwann und irgendwie einmal mit der Polizei oder Justiz in Berührung gekommen ist, sei es als Unfallzeuge, sei es als friedlicher Demonstrant, sei es als Angeklagter, der wegen erwiesener Unschuld freigesprochen wurde. Vorschriften über Lösungsfristen für die elektronischen Speicher der Polizei gibt es nicht.<sup>16</sup> Zum anderen gibt es neben diesem strukturellen Datenverbund sporadische Kopplungen zwischen Polizeicomputern und anderen staatlichen, halbstaatlichen und privaten Datenbanken (Einwohnermeldeämtern, Krankenkassen, Auskunfteien usw.).<sup>17</sup>

Einer vollständigen Realisierung auch des oben erläuterten *vertikalen Datenverbundsystems* bei der Polizei stehen derzeit noch technische Probleme entgegen. Immerhin werden aber bereits die Einzelkomponenten eines derartigen Verbundsystems aufgebaut. In Hannover z. B. wurde Ende 1976 zur Überwachung der Innenstadt ein System von zur Zeit 50 Fernsehkameras installiert (mögliche Erweiterung: bis zu 300 Kameras), mit deren Hilfe alle Bewegungen in den Straßen per Kabel auf eine Bildschirmwand im Polizeipräsidium übertragen werden. Die Kameras sind fernsteuerbar und besitzen einen Rundum-Schwenkbereich von 330°. »Außerdem ist der Aufnahmewinkel (von der Einsatzzentrale aus, J. F.) verstellbar, so daß z. B. einzelne Personen in Großaufnahme auf dem Bildschirm *verfolgt* werden können. (. . .) Hauptzweck sei (laut Polizeipräsident Boge, J. F.) die bestmögliche Verkehrslenkung beispielsweise bei Demonstrationen.«<sup>18</sup> Die Bildüberwachung könne, so verlautete weiter, ohne zusätzlichen Aufwand durch Tonüberwachung ergänzt werden. Schon diese wenigen Äußerungen auf der Pressekonferenz zur Einführung des Systems machen deutlich, daß die Behauptung der Polizeiführung, das System diene der Lenkung des Straßenverkehrs, dessen wesentliche Funktion verschleiert, um in der Bevölkerung keine Unruhe aufkommen zu lassen. Tatsächlich zeigen bereits der Aufbau des Systems (variable Weitwinkel- und Teleobjektive, Tonüberwachung) wie auch seine US-amerikanischen Vorbilder, daß seine Funktion vor allem in der Überwachung von Menschen zu sehen ist.<sup>19</sup>

*Nachrichtendienstliche Informationssysteme:* Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst unterhalten ein gemeinsames »Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)«. Die Aktivitäten von NADIS liegen völlig im Dunkeln; sie entziehen sich jeglicher parlamentarischen Kontrolle und keine Opposition, keine Massenmedien nehmen Anstoß daran. U. Dammann, ehemaliger Berater des Hessischen Datenschutzbeauftragten, schreibt dazu: »Völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit haben sie (die Nachrichtendienste, J. F.) es verstanden, das vermutlich größte und elaborierteste Informationssystem innerhalb der öffentlichen Verwaltung aufzubauen.«<sup>20</sup> Schon 1970 besaß der NADIS-Computer eine für die damalige Zeit außerordentlich große Kernspeicherkapazität von 128 kByte (ca. 1 Million Speicherstellen) sowie mehrere Großraumplattenspeicher und die Möglichkeit zur Dateneingabe und -ausgabe über Bildschirm. Weitere Anlagen waren geplant.<sup>21</sup> 1973 hatte das System bereits mehr als 2 Millionen Grunddaten gespeichert.<sup>22</sup> Inzwischen werden außer den Sicherheitsüberprüfungen im militärischen Bereich auch alle

politischen Überprüfungen von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst (bisher über 1 Million) mit Hilfe des NADIS-Computers durchgeführt. Der undemokratischen Berufsverbotspraxis soll dadurch der Anschein einer objektivierten Beurteilungsgrundlage gegeben werden.

Die Grauzone vom Verfassungsschutz betriebener Datenbanken reicht weit über den staatlichen Bereich hinaus. Längst haben »private Verfassungsschützer« die günstige Konjunktur erkannt: Informationen über die politischen Anschauungen von Zehntausenden von Bürgern werden zu einer Ware, die nicht nur beim staatlichen Verfassungsschutz, sondern auch bei den Werkschutzabteilungen großer Industrieunternehmen wohlwollende Abnehmer findet. »Akten über 20000 vermeintlich verdächtige Bundesdeutsche führt beispielsweise die nach eigenen Angaben »größte Abwehrorganisation Europas«, die Kasseler G. & F. Mihm OHG (. . .) Firmenchef Mihm, der noch 1969 im Auftrage der NPD arbeitete, einen Lügendetektor betreibt und seine Erkenntnisse auch dem Verfassungsschutz anbietet, hat sich auf »Industrieschutz« spezialisiert: »Wir schauen scharfen Auges nach links.«<sup>23</sup>

Daß auch die »privaten Verfassungsschutz-Unternehmen« mit Computer-Unterstützung arbeiten, wurde im Fall Cincera bekannt. Bei E. Cincera, der in der Schweiz gewerbsmäßig Dossiers über links stehende Personen erstellt, wurden Teile der Datei sowie diverse Geschäftsunterlagen entwendet. Aus diesen Unterlagen, die im vollen Wortlaut veröffentlicht wurden<sup>24</sup>, ging hervor, daß die Dossiers seit 1974 in Computersystemen abgespeichert wurden.

#### 4. Problembewußtsein und Gegenstrategien

##### 4.1. Mangelndes Problembewußtsein

Das repressive Potential moderner Informationstechnologie ist bisher nur wenigen Experten bewußt geworden. Die Organisationen der Arbeiterklasse haben die geschilderten Probleme bisher praktisch nicht zur Kenntnis genommen; erst recht gibt es in der Bevölkerung insgesamt kaum einen Ansatz von Problembewußtsein zu diesem Thema, sieht man einmal von dem diffusen »unguten Gefühl« ab, das dem Fernsehpublikum in Roboter-geschwängerten Science-Fiction-Serien ausführlich vermittelt wird. Die Frage nach den Ursachen dafür, daß das geschilderte Problem des auf soziale und politische Überwachung ausgerichteten Informationstechnologeeinsatzes nur äußerst mangelhaft ins gesellschaftliche Bewußtsein gedrungen ist, erfordert eine eingehende empirisch gestützte Untersuchung, zu der hier nur einige Vorüberlegungen angestellt werden können. Zu diesem Zweck soll die oben bereits formulierte These von der »geringen Sichtbarkeit« informationeller Gewalt weiter ausgeführt werden: Da der geschilderte Einsatz der Informationstechnologie als Herrschaftsinstrument vorwiegend in Bereichen des gesellschaftlichen Überbaus stattfindet (Planung, Verwaltung, Bildung, Organisation usw.), ist die Betroffenheit des einzelnen sehr viel vermittelter als bei Auseinandersetzungen im unmittelbaren Produktionsprozeß; der Überwachungscharakter bestimmter personenbezogener Datenbanken im Betrieb erscheint weit weniger existentiell bedrohlich (weil in der Regel materiell schwerer erfahrbar) als etwa eine Lohnkürzung bei der Umstellung eines Arbeitsplatzes auf automatisierte Produktion. Die allenthalben von interessierter Seite ins öffentliche Bewußtsein gerückte »Modernität« des Computers erschwert zusammen mit der völligen Unwissenheit über seine Funktionsweise und Anwendungsbedingungen bei

den Betroffenen die Aufdeckung und politische Umsetzung des bei der Informationsverarbeitung entstehenden gesellschaftlichen Konfliktpotentials.

Dieser allgemeine Sachverhalt, der hier zunächst abstrakt und ohne Berücksichtigung der jeweiligen gesellschaftlichen Situation formuliert wurde, wird unter Einbeziehung des historischen Kontextes möglicherweise noch in der angegebenen Richtung verstärkt: Je krisenhafter die ökonomische Entwicklung des kapitalistischen Systems in einer bestimmten Epoche verläuft, um so extensiver ist der Einsatz repressiver Mittel – heute zunehmend technologischer Art – im informationellen (in Sonderheit ideologischen) Bereich zur Verschleierung der sich durch Arbeitslosigkeit, Reallohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verschärfenden Klassen gegensätze. Obwohl in der Krise die Bedingungen zur Wahrnehmung informationeller, auf politische und ökonomische Disziplinierung zielender Repression besonders günstig sind, konzentrieren sich die Abwehrkämpfe der Arbeiter verständlicherweise auf die unmittelbare ökonomische Bedrohung. Am Beispiel: Die gewerkschaftliche Aktivität richtet sich in der gegenwärtigen ökonomischen Krise in der Bundesrepublik gegen den Abbau übertariflicher Leistungen, gegen Kurzarbeit, gegen Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen usw., aber sie zielt nicht auf eine umfassende Kontrolle der gleichzeitig massenhaft eingeführten integrierten Personal-Informationssysteme, wie sie zur einzelwirtschaftlichen Krisensteuerung durch »Optimierung« des Personaleinsatzes angewendet werden; die mit dem Einsatz solcher Personal-Informationssysteme bewirkte Intensivierung der Arbeit (etwa durch die allmähliche Verringerung ablaufbedingter Ruhezeiten) wird wegen ihres subtilen Charakters bisher weithin gar nicht wahrgenommen.

#### 4.2 Staatliche Regulierungsversuche: Datenschutzgesetze als Alibi?

Stellt man abschließend die Frage nach möglichen Gegenstrategien zur Bekämpfung informationstechnologisch vermittelter Repression, so konzentriert sich die Diskussion bisher im wesentlichen auf den bürgerlich-liberalen Ansatz des »Datenschutzes«. Ausgangspunkt dieses Ansatzes ist der Begriff der »Privatsphäre«<sup>25</sup>, d. h. die Vorstellung von einem eigenständigen Lebensraum, der dem Individuum einen zeitweiligen »Rückzug aus der Gesellschaft« gestatten soll. Datenschutz bedeutet in diesem Verständnis den Schutz des Privaten vor der Einsichtnahme durch Dritte. So sehr ein wirksamer Schutz des Einzelnen vor staatlicher und privatwirtschaftlicher Datensammlung und -verarbeitung – allerdings auch unabhängig von jeglicher Privatsphärenargumentation – notwendig ist, so sehr deutet die in der gegenwärtigen Datenschutzdiskussion festzustellende weitgehende Beschränkung des Ansatzes auf den Schutz *personenbezogener* Daten auf ein Politikverständnis hin, das die Bürger lediglich als passive Objekte des Verwaltungsvollzugs und des Datenmanagements betrachtet und auf durch Datenmißbrauch verursachte Gefährdungen der Person allenfalls zu reagieren versucht.

Die weitergehende Forderung nach *gesellschaftsbezogenem* Datenschutz, d. h. nach Schutz vor einseitiger Aneignung und Verwertung gesellschaftlich relevanter Daten vom Bildungsbereich bis zur Kernenergie durch Staat und Wirtschaft stößt sehr schnell an die Grenzen eines Gesellschaftssystems, dessen Grundprinzip in der privaten Aneignung von Produktionsmitteln – nicht nur materieller, sondern eben auch informationeller Art – besteht. Die Forderung nach gesellschaftsbezogenem Daten-

schutz ist identisch mit der Forderung nach einem umfassenden *Informationsrecht*, d. h. nach Öffnung staatlicher Datenbanken für die Bevölkerung.<sup>26</sup> Damit sind zunächst nur formale Zugangsrechte postuliert und es schließt sich unmittelbar die Frage an, welchen Nutzen solche »amtlichen« Daten angesichts ihrer spezifischen Kontextgebundenheit und Interessenorientierung z. B. für eine Bürgerinitiative überhaupt haben können. Angesichts dieser inhaltlichen Probleme könnte die weitere Frage diskutiert werden, ob benutzerfreundliche alternative Computer-Informationssysteme, sozusagen *Gegendatenbanken*, sinnvoll und unter kapitalistischen Verhältnissen möglich sind.<sup>27</sup>

Ein zweiter Ansatz, um die Beschränktheit des personenbezogenen Datenschutzkonzepts aufzuheben, ergibt sich aus der von W. Steinmüller bereits vor einigen Jahren aufgestellten Forderung nach *gruppenbezogenem* Datenschutz.<sup>28</sup> Informationen über eine Gruppe (Familie, Verein, Organisation, Initiative) sind nicht identisch mit der Summe der Informationen über ihre Mitglieder. Es gibt eine Vielzahl von Informationen, die einer Gruppe als Ganzes zukommen und die als qualitativ eigenständige Daten eines spezifischen Schutzes bedürfen.

Bleibt man aber einmal bei dem reduzierten Anspruch, den sich die bürgerliche Datenschutzdiskussion mit der Beschränkung auf den personenbezogenen Datenschutz selbst gestellt hat, und untersucht etwa das Ergebnis jahrelanger Bemühungen zu diesem Problem in der Bundesrepublik, nämlich das (in seinen hauptsächlichen Teilen) am 1. 1. 1978 in Kraft getretene Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)<sup>29</sup>, so zeigt sich, daß selbst dieser reduzierte Anspruch unter dem massiven Druck ökonomischer Interessen weitgehend auf der Strecke geblieben ist.<sup>30</sup> Aus Platzgründen seien nur einige, für die hier behandelte Problematik zentrale Kritikpunkte an diesem Gesetz angeben<sup>31</sup>:

1. Die Datenverarbeitung im Bereich des Einzelkapitals unterliegt praktisch keiner Kontrolle. So ist etwa der betriebliche Datenschutzbeauftragte, der laut BDSG eine Art (Selbst-)Kontrollfunktion im Unternehmen wahrnehmen soll, eher ein trojanisches Pferd: Er untersteht unmittelbar der Unternehmensleitung, d. h. er wird von demjenigen ein- und abgesetzt, den er eigentlich kontrollieren soll; die Belegschaft kann sich nicht an ihn wenden, um z. B. Fälle von Personaldatenmißbrauch aufzuklären; er besitzt kein erweitertes Kündigungsrecht, um in Konfliktfällen eine vom Arbeitgeber unabhängige Stellung beziehen zu können.

2. Die Rechte der Betroffenen sind insbesondere gegenüber den Datenverarbeitungsaktivitäten des »Geheimbereichs« (Verfassungsschutz, Nachrichtendienste, Polizei, Staatsanwaltschaft usw.) so stark eingeschränkt, daß praktisch kein Datenschutz mehr besteht, obwohl gerade in diesem Bereich äußerst sensitive Daten verarbeitet werden. Um ein Beispiel für die Schutzlosigkeit in diesem Bereich zu nennen: Selbst wenn bestimmte Daten über X im Verfassungsschutzcomputer NADIS erwiesenermaßen falsch sind, hat X faktisch keine Möglichkeit, diese Daten berichtigen oder löschen zu lassen, da er aufgrund der Auskunftssperre (§ 13 Abs. 2 BDSG) von der Existenz der falschen Daten gar nichts erfährt. Auch der oben erläuterte Datenaustausch z. B. von Dedekteilen zum Verfassungsschutz oder auch umgekehrt vom Verfassungsschutz zu Wirtschaftsunternehmen (etwa über die politische Auffassung von einzustellenden Arbeitnehmern) wird erst – welche Perversion – durch das Bundesdatenschutzgesetz legalisiert.<sup>32</sup>

3. Schließlich ist im Bundesdatenschutzgesetz auf die neuartigen und hinsichtlich ihrer Mißbrauchsmöglichkeiten besonders potenten Entwicklungen der Datenverarbeitung, wie sie mit dem horizontalen und vertikalen Datenverbund, der Datenfernverarbeitung, der Zweiweg-Kommunikation usw. gegeben sind, trotz deren qualitativ über die bisherige Computertechnologie hinausgehenden Wirkungen in keiner Weise Bezug genommen. Daraus ergibt sich z. B. die groteske Konsequenz, daß das BDSG durch Datenfernverarbeitung mit einem Computer im Ausland völlig umgangen werden kann.<sup>33</sup>

Unter dem Gesichtspunkt möglicher Gegenstrategien gegen eine repressiv eingesetzte Informationstechnologie bietet das Bundesdatenschutzgesetz (ebenso wie die bisher vorliegenden Landesdatenschutzgesetze) keinen wirksamen Ansatzpunkt. Dieses Gesetz besitzt weitgehend Alibi-Charakter. Während einerseits das Datenschutzbedürfnis der Bevölkerung scheinbar befriedigt wird, werden andererseits immer extensiver informationstechnologische Mittel zur Steuerung des kapitalistischen Krisensystems gegen die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung eingesetzt. Die Aufforderung zur Entwicklung von Gegenstrategien gegen den repressiven Einsatz der Informationstechnologie kann daher nur an die Betroffenen selbst gerichtet werden, an die Organisationen der Arbeiterklasse, an die gewerkschaftliche Basis, an Bürgerinitiativen usw. Es gilt, diese bisher weitgehend verdeckte Form gesellschaftlicher Repression zu erkennen, Fälle von Datenmißbrauch aufzuklären und zu publizieren, Strategien zur Erkämpfung eines umfassenden Informationsrechts und eines wirksamen Datenschutzes zu entwickeln und organisiert durchzusetzen. Solche Strategien können von der Forderung zur umgehenden Novellierung des Datenschutzgesetzes bis hin zum organisierten Datenstreik reichen. Bei jeder Diskussion alternativer Strategien aber muß beachtet werden, daß die geschilderten Probleme in den politischen Verhältnissen und nicht in der Technologie selbst wurzeln: Allgemeine Technikfeindlichkeit und spontaneistische Maschinenstürmerei helfen hier nicht weiter. Vielmehr muß *Informationstechnologie als Herrschaftsinstrument* abgelöst werden durch die Herrschaft der Betroffenen über die Informationstechnologie.

#### Anmerkungen

1 Vgl. auch: Steinmüller, W.: Automationsunterstützte Informationssysteme in privaten und öffentlichen Verwaltungen, in: *Leviathan* 3 (1975) 4, 508–543.

2 Exemplarisch sei die Entwicklung computer-unterstützter Informationssysteme genannt. »Die (Datenbank-)Systeme FFS – das auch unter der Bezeichnung NIPS/FFS in der Literatur zu finden ist –, RESI, TDMS, TOS und 473L wurden hauptsächlich für militärische Belange entwickelt. Die dort gewonnenen Erfahrungen sind von den Herstellerfirmen bei nachfolgenden zivilen Versionen berücksichtigt worden.« (Ahrens, F.; Walter, H.: *Datenbanksysteme*. Berlin/New York 1971, 55 f.).

3 Vgl. Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): *Drittes Datenverarbeitungsprogramm der Bundesregierung 1976–1979*. Bonn 1976.

4 Vgl. Steinbuch, K.: *Die informierte Gesellschaft*. Stuttgart 1966; Krauch, H.: *Computer-Demokratie*. Düsseldorf 1972; Touraine, A.: *Die postindustrielle Gesellschaft*. Frankfurt (Main) 1972; Bell, D.: *Die nachindustrielle Gesellschaft* (engl. Orig.: *The coming of postindustrial society*). Frankfurt (Main)/New York 1975.

Die ideologische Vereinnahmung des Computers findet ihre Ergänzung in der Funktionalisierung seines theoretischen Pendantes, der Kybernetik, für eine stabilitätsorientierte Soziologie (vgl. zur Kritik: Degen, U.; Friedrich, J.; Sens, E.; Wagner, W.: *Zur Anwendung der kyberne-*

tischen Systemtheorie in den Sozialwissenschaften, in: Fehl, G.; Fester, M.; Kuhnert, N. [Hrsg.]: Planung und Information. Gütersloh 1972, 10–33).

5 Vgl. z. B. Marx, K.: Das Kapital (Marx/Engels Werke, Bd. 24, 254; Bd. 25, 506); zur Definition des Begriffs Kommunikationswesen bei Marx vgl. a. a. O., Bd. 24, 60.

6 So existiert z. B. im Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY) in Hamburg eine »Forschungsgruppe Automatische Filmauswertung«, die sich vorläufig vor allem mit der Vermessung von Filmobjekten beschäftigt; Forschungsschwerpunkte sind u. a. »Mustererkennung« und »Struktur graphischer Information« (vgl. Brauer, W.; Haacke, W.; Hoffmann, J.; Münch, S.: Studien- und Forschungsführer Informatik [Ausgabe 1976, hrsg. v. GMD/DAAD] Bonn 1976, 46).

7 »Vorsichtig geschätzt sind die Angaben über den deutschen Durchschnittsbürger in mehr als 200 verschiedenen Datenbanken der Kommunen, Länder und des Bundes (. . .) erfaßt.« (Brunnstein, K.: Der Bürger und sein Datenschatten, in: Die Zeit v. 24. 9. 76, 51).

8 Guha, A. A.: Lesen kann manchmal teuer zu stehen kommen, in: Frankfurter Rundschau v. 30. 3. 78.

9 Diese Tendenz zeigt sich etwa an der extensiven Datensammlung, wie sie mit dem kürzlich vorgelegten Bundesmeldegesetz-Entwurf beabsichtigt ist.

10 Das Ausmaß der mit dem Automationsprozeß immer auch verbundenen Höherqualifikation im Verhältnis zum Ausmaß der Dequalifikation ist in der Literatur umstritten. Die pauschalierende Formel »Automation führt zur Höherqualifikation«, wie sie von der »Projektgruppe Automation und Qualifikation« aufgestellt wird (z. B. in: Demokratische Erziehung 1 (1975) 4, 90–96) kann hier nicht befriedigen. Sie geht von einem abstrakten Automationsbegriff aus (»Automation schlechthin«, »Technik selbst«; a. a. O., 93), bei dem sich die konkret-historischen Auswirkungen von Automation in den spätkapitalistischen Systemen verflüchtigen gegenüber der gattungsgeschichtlichen Perspektive einer (per se?) auf Emanzipation gerichteten Produktivkraftentwicklung.

Zur Automationsdiskussion insgesamt vgl. die materialreiche Abhandlung der o. g. Projektgruppe: Automation in der BRD (Argument-Sonderband 7). Berlin 1975.

11 Von den verschiedenen Computerherstellern werden Systeme mit unterschiedlichem Leistungsspektrum angeboten. Beispiele sind: PERSIS (Personal-Informationssystem) der IBM; PDI (Personaldaten-Informationssystem) von der Telefunken Computergesellschaft; IVIP (Integriertes Verarbeitungs- und Informationssystem für Personaldaten) von Siemens.

12 Das Personal-Informationssystem der IBM umfaßt alleine für den Sektor *Personalbewertung* »rund 1000 mögliche Informationen über eine Person und antizipiert sämtliche relevanten Einschätzungen, Änderungen und Erweiterungen des Persönlichkeitsbildes.« (Kilian, W.: Integrierte Personalinformationssysteme und Mitbestimmung, in: Lenk, K. [Hrsg.]: Informationsrechte und Kommunikationspolitik Darmstadt 1976, 165–179, hier: 166). Zur Zeit werden bereits Personal-Informationssysteme implementiert, in denen zu jeder Person Informationen mit insgesamt bis zu 11 000 Zeichen (d. h. im Extremfall 11 000 Einzelinformationen) gespeichert werden können.

13 Vgl. z. B. Werner, R.: Soziale Indikatoren und politische Planung. Reinbek 1975; Schmidt, H.: Das Sozialinformationssystem der BRD. Kiel 1976.

14 Zusätzlich kann das INPOL-System auch von allen Telexgeräten des internationalen Fernschreibnetzes aus abgefragt werden. In einer weiteren Ausbaustufe soll das System u. a. folgende Zusatzleistungen erbringen: Automatische Speicherung und maschineller Vergleich von Fingerabdrücken (»In einigen USA-Staaten werden allen Kindern bei der Einschulung legal die Fingerabdrücke abgenommen und gespeichert. Ich bin für eine solche Volksdaktyloskopie.« Magnusson, LKA-Chef Schleswig-Holstein, laut: Der Spiegel 27 [1973] 48, 82); computerunterstützte Spuren- und Beweissicherung; Vergleich unaufgeklärter Straftaten mit bekannten Straftäterprofilen. Vgl. Herold, H.: Rationalisierung und Automation in der Verbrechensbekämpfung, in: Universitas 31 (1976), 63–74. Ergänzt wird das zentrale System INPOL durch eine Vielzahl regionaler Computersysteme bei den Landeskriminalämtern (z. B. PASS, PAD, POLAS, HEPOLIS).

15 Zit. nach: Der Spiegel 27 (1973) 48, 72.

16 Vgl. »Gewaltige Datenmengen – aber kaum sichere Erkenntnisse. Warum BKA-Präsident Herold ein gemeinsames Informationssystem von Polizei und Justiz anstrebt«, in: Frankfurter Rundschau v. 18. 10. 76.

Wie extensiv die Polizei versucht, an weiteren staatlichen Datenbanken zu partizipieren, illustriert V. Hummel: »So hat das Bundeskriminalamt das Ansinnen gestellt, daß in einer Verordnung des Sozialministeriums festgelegt werden soll, daß zusätzliche Daten über Arbeitnehmer erhoben werden, die zwar für den Sozialbereich unerheblich, für die Arbeit des Bundeskriminalamtes aber von großer Bedeutung sind« (Hummel, V.: Datenschutz und Menschenwürde. Hessischer Rundfunk, 1. Programm, 2. 6. 77, 21 Uhr).

17 Hilfsmittel für die weitere Realisierung des horizontalen Datenverbunds ist das geplante bundeseinheitliche Personenkennezeichen. Die Einführung des Personenkennezeichens wird die computerisierte Erstellung personenbezogener Dossiers im staatlichen wie im privatwirtschaftlichen Bereich zur alltäglichen Praxis werden lassen. Ohne gesetzliche Grundlage wurde das Personenkennezeichen bereits in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Berlin eingeführt (Aufwand: 18 Mio. DM).

18 Frankfurter Rundschau v. 17. 12. 76 (Hervorheb. J. F.).

19 O. Mallmann berichtet von einem 24-Stunden-Fernsehüberwachungssystem in den Straßen von Mt. Vernon im US-Bundesstaat New York: Die Kameras »haben eine Reichweite von mehr als 1,6 km und können so eingestellt werden, daß ein menschliches Gesicht noch aus einer Entfernung von 800 m (. . .) erkennbar ist.« Die Kontrolle beschränkt sich dabei nicht auf öffentliches Terrain, sondern bezieht ebenso die Privatsphäre mit ein: »Auch kann (mit Hilfe der schwenkbaren Kameras, J. F.) durch Wohnungs- und Schaufenster Einblick in Wohnungen und Geschäfte genommen werden.«

(Mallmann, O.: Soziale Kontrolle durch Breitbandtechnologien, in: Lenk, K. [Hrsg.]: Informationsrechte und Kommunikationspolitik, a. a. O., 125–136, hier: 127). Neben die längerfristige politische Wirkung dieser Systeme, nämlich die beschriebene Verunsicherung der Bevölkerung, tritt eine unmittelbar ökonomische Funktion, die der Staat als ideeller Gesamtkapitalist zu übernehmen hat: die durch soziale Verödung der Innenstädte vor allem während der Nachtstunden zunehmend notwendig gewordene materielle Sicherung des Handelskapitals.

20 Dammann, U.: Der Bürger in der Datenbank, in: Dammann, U.; Karhausen, M.; Müller, P.; Steinmüller, W.: Datenbanken und Datenschutz. Frankfurt (Main)/New York 1974, 1–49, hier 44.

21 Zweiter EDV-Bericht der Bundesregierung. Bundestags-Drucksache 6/646.

22 Der Spiegel 27 (1973) 48, 70.

23 Ebenda, 77.

24 Vgl. Demokratisches Manifest (Hrsg.): Dossier Cincera. Dokumente und Materialien. Zürich 1977 (5. Aufl.).

25 Das amerikanische Datenschutzgesetz heißt bezeichnenderweise »Privacy Act of 1974«.

26 In den USA wurde bereits ein Schritt in diese Richtung getan. Der »Freedom-of-Information-Act« ermöglicht den Bürgern einen gewissen Zugang zu Struktur- und Planungsdaten der Regierung.

27 Diese Diskussion könnte anschließen an Erfahrungen, wie sie etwa mit dem Konzept der »Gegenöffentlichkeit« im publizistischen Bereich gemacht wurden.

28 W. Steinmüller im Hearing des Bundestags-Innenausschusses zum Entwurf eines Bundesdatenschutzgesetzes am 6. 5. 1974 (Zur Sache 5/74, 88).

29 »Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz – BDSG) vom 27. 1. 1977, Bundesgesetzblatt Teil I, 1977, 201–214.

30 Die ökonomischen Interessen zeigten sich sehr eindrucksvoll in den öffentlichen Anhörungen des Bundestags-Innenausschusses zu Fragen der Datenschutzgesetzgebung (Datenschutz-Hearings) vom 6. 5. 74 (in: Zur Sache 5/74, hrsg. v. Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages) und vom 31. 3. 76 (Bundestags-Innenausschuß Drucksache – 724-2450 –).

31 Zur ausführlichen Kritik vgl. z. B. Humanistische Union: Memorandum zum Bundesdatenschutzgesetz, in: vorgänge 15 (1976) 6, 114–117.

32 Daß solch ein Datenaustausch zwischen Verfassungsschutz und Wirtschaft – auch bei nicht sicherheitsgefährdeten Betrieben – stattfindet, wurde erst kürzlich wieder im Falle eines gewerkschaftlich aktiven Hamburger Metallarbeiters bekannt (Vgl. Heine, W.: »Mit Ihrer Akte stimmt was nicht«, in: Stern v. 16. 3. 78, 203–205.).

33 »Bereits haben einige deutsche Unternehmen – wohl im Vorgriff auf die Reglementierungen des Datenschutzgesetzes – ihre Personaldatenbanken ins Ausland verlagert.« (Brunnstein, K.: Der Bürger und sein Datenschatten, in: Die Zeit v. 24. 9. 76, 51).

## Aus der Zeitschrift DAS ARGUMENT

### Gewerkschaftsdiskussion

#### Heft 107

E. Schmidt: Gerät die Sozialpartnerschaft in die Krise?  
 W. Müller-Jentsch: Die neue Linke und die Gewerkschaften  
 K.-H. Tjaden: Territorialstruktur und antikapitalistische Reformpolitik  
 weitere Beiträge von W. Abendroth zu Bahro;  
 G. Meyer zur Stalinismusforschung; R. Kawa zum Terrorismus; Kongreßberichte und Besprechungen

#### Heft 109

W. Fabian: Tendenzen in den Streiks 1978  
 W. Petschik: Zur Überarbeitung des DGB-Grundsatz-Programms  
 H. Schäfer: Probleme der Lohn- und Tarifpolitik  
 T. Hagelstange: Gewerkschaftsentwicklung und Krisen  
 weitere Beiträge von B. Güther zur Akademikerarbeitslosigkeit; H. Geil zu den Berufsverboten; Marvin, Theißen, Voigt zur Arbeitsweise der Rechtskräfte an der Universität; F. Hase und K.-H. Ladeur zum Politischen Mandat der Studentenschaft; Besprechungen

### Staat

#### Heft 104

W. Abendroth: Die Entwicklung der BRD und die Perspektive der Linken  
 M. Krätke: Krise der Krisentheorie  
 W. Pfaffenberger: Monopolisierung in der Energiewirtschaft der BRD  
 J. Breddemann, P. Higer, D. Löber: Sozialliberale Gesundheitspolitik in der Krise  
 K. Priester: Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci  
 H. Schütte: Resultate und Kritik der neueren staatstheoretischen Diskussion  
 weiter: Diskussionsbeitrag, Kongreßbericht und Besprechungen

#### Heft 106

W. F. Haug: Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus  
 E. Balibar: Klassen, Staat und »Diktatur des Proletariats«  
 S. Holland: Sozialstaat als Bedingung des gesellschaftlichen Konsens  
 weitere Beiträge von Woetzel zur Ideologietheorie;  
 M. Masuch und G. Meyer zur Stalinismusforschung;  
 Heer, Hemje-Oltmanns, Ullrich zur Arbeitergeschichtsschreibung;  
 Kongreßbericht und Besprechungen

alle Hefte 176 S.; 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,- DM (ab 1979: 8,50 DM),  
 im Abo 7,50 DM, Schüler und Studenten 6,- DM (ab 1979: 8,50/7,-), Jahresabo (6  
 Hefte): 45,- DM, Stud. 36,- DM (ab 1979: 51,-/42,-) (zzgl. Versandkosten)

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

## Kongreßankündigungen und -berichte

### Demokratische Studienreform

#### 7., a. o. Delegiertenkonferenz des BdWi, 2./3. Dezember 1978 in Tübingen

Die von der 6. o. Delegiertenkonferenz beschlossene Konferenz findet im Neuphilologikum, Wilhelmstr. 50, statt. Die Tagesordnung sieht vor:

- der gegenwärtige Stand der Studienreformpolitik
- Diskussion der »Vorschläge und Forderungen des BdWi für eine demokratische Studienreform«
- Aufgaben des BdWi im Bereich der Studienreform (Fachgruppen, Studienreformpolitik an den Hochschulen, Konzeption der Hochschultage 1979, Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Studenten).

### Russell Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland

#### 3.-6. Januar 1979 in Köln/Mülheim

Die zweite und abschließende Sitzungsperiode des III. Internationalen Russell Tribunals findet 3.-6. 1. 1979 in der Stadthalle Köln-Mülheim statt. Es soll untersucht werden,

- ob es in der Bundesrepublik eine Zensur gibt;
- Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes;
- ob die Rechte von Angeklagten und ihren Verteidigern entscheidend eingeschränkt werden.

Kontakt: Sekretariat des Russell Tribunals, Ahornstr. 5, 1000 Berlin 30, Tel. 030/211 91 38.

### Gesundheitspolitische Fachtagung des BdWi

#### 16.-18. Februar 1979 in München

Die von der 6. o. Delegiertenkonferenz des BdWi beschlossene Fachtagung wird von der BdWi – Sektion München in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand durchgeführt.

Die Themen der *Arbeitsgruppen*:

1. Sozialpolitik, Ökonomie, Gesundheitswesen
2. Zu Problemen der Ausbildung und Professionalisierung im medizinischen und psychosozialen Bereich
3. Struktur der gesundheitlichen Versorgung und ihre Alternativen
4. Gesundheitsrisiken: Arbeitsplatz, Reproduktion, Umwelt
5. Forschungspolitik und Gesundheitsaufklärung im Dienste der Betroffenen

Kontakte: Geschäftsstelle des BdWi, Postfach 1162. 3550 Marburg/L. Sektion München des BdWi p. A. Ernst von Kardorff, Hohenzollernstr. 110/II, 8000 München 40, Tel.: 089/308 32 39.

## Die Philosophie und die Weltauffassungen der modernen Wissenschaften

### 16. Weltkongreß für Philosophie, Düsseldorf, 27. 8.-2. 9. 1978

Der Eindruck eines computergerecht programmierten, technokratisch verwalteten Denkapparates prägte das Bild des Kongresses, der über 1300 Philosophen und Wissenschaftler zusammenführte. Verstärkt wurde dieser Eindruck noch durch die Tendenz der Vorträge und Diskussionsbeiträge, sich im Wesentlichen mit der Darstellung schon literarischer Positionen zu begnügen. Ungeplante, lebendige Arbeit am Begriff

wäre wohl auch zum Störfaktor geworden, hätte sie doch schon am Generalthema ansetzen müssen. Die Überschrift »Die Philosophie und die Weltauffassungen der modernen Wissenschaften« verriet nämlich in ihrer allumfassenden Ungenauigkeit eher geschwätziges Begriffslosigkeit als bedachte Klugheit: Gewiß steht die Philosophie in der Nähe der Weltdeutung. Das in dem aus romantischer Tradition stammenden Begriff »Weltauffassung« präjudizierte Wissenschaftsverständnis kann dagegen kaum Zustimmung finden. Im Gegenteil: Die Gefahren unangemessener, philosophischer Verabsolutierung einzelwissenschaftlicher Ergebnisse zur umfassenden Weltanschauung lassen sich, wie Erich Geissler (Berlin/DDR) in seiner Auseinandersetzung mit Monods Behauptung der DNS-Invarianz zurecht warnte, am Beispiel soziobiologischer Auffassungen belegen. Das Leitthema implizierte schließlich noch die grundsätzliche Differenz zwischen Philosophie und Wissenschaft, der die im Schlußwort des Kongresses (»Die Philosophie und die aktuelle Situation der Welt«) vorgetragene Auffassung Alwin Diemers (Düsseldorf) korrespondierte. Danach reduziere sich Philosophie auf die »transzendierende Einheitlichkeit und Universalität des Diskurses«. Ihr Substrat finde sie als Bedingung der Möglichkeit des Austausches verschiedener Konzepte, ihre Rationalität dagegen in der Vorgabe eines universalen Regelschemas. In diesem das Düsseldorfer Ereignis tragenden und in seiner Qualität bestimmenden Verständnis beschränkt sich Philosophie auf die Funktion eines Mediums – man erinnerte dabei an das »Mittel« des Aristoteles –, das dem Insistieren auf Wahrheit und Gültigkeit philosophischer Erkenntnis mit einer auf den Pluralismus beliebiger Meinungen eingeschränkten Rationalität entgegentritt. Die Teilhabe an der »Philosophic Community« substituiert das methodisch kontrollierte, ausgewiesene Argumentieren.

Diemers Auffassung stand hinsichtlich der Betonung der Relativität philosophischer Erkenntnis in einer Linie mit dem Festvortrag Hermann Lübbes, der auf die Rechtfertigungsfunktion der Philosophie mittels der beiden konkurrierenden »Wissenschaftslegitimatoren ›curiositas‹ und ›Relevanz‹« abhob. Die durch die Aufklärung freigesetzte theoretische Neugierde zersetze, so Lübbe in seinen programmatischen Ausführungen, jegliches weltanschauliches Dogma und verhindere die Etablierung schlechthin gültiger Wahrheiten. Alle Erkenntnis werde hinterfrag- und relativierbar, letzte Einsichten ließen sich nur als gesetzt und somit nicht wissenschaftlich akzeptieren. Hinsichtlich des Legitimationskriteriums »Relevanz« beschränkte sich Lübbe auf die Beobachtung eines zunehmenden Relevanzdrucks der Öffentlichkeit auf die Wissenschaften, der sich zur Gefahr für die theoretische Neugierde auswachse. Schuldig blieb er in diesem Plädoyer für eine gesellschaftlich unkontrollierte Forschungspraxis nicht nur die Antwort auf die Frage, von wem dieser Relevanzdruck in den Institutionen wissenschaftlicher Tätigkeit ausgehe, sondern auch den Hinweis darauf, daß die theoretische Neugierde unter den Bedingungen politischer Kontrolle der Subjekte des Wissenschaftsprozesses wohl ihre Gleichgültigkeit verwirkt habe. Es mochte für die Implikationen des Lübbeschen Wissenschaftsmodells bezeichnend sein, daß er (in einem Gespräch mit dem Autor) die »curisitas« gegenwärtig in höchstem Maße verwirklicht und nur von der »Politisierung der Universitäten« bedroht sah. In der Tat deutete sich dann hier die Grenze der Rationalität des Diskurses an, die jene emphatischen Verfechter der theoretischen Neugier administrativ gezogen sehen wollen.

Diemer wie Lübbe erteilten in ihren Vorträgen, die durchaus repräsentativ für die Mehrzahl der nichtmarxistischen Überlegungen zu wissenschaftstheoretischen Fragen und für das Klima des Kongresses insgesamt waren, eine deutliche Absage an jede vom dem Anspruch auf Vernunft geleitete philosophische Bemühung. Dort, wo sie – und andere – von »Rationalität« sprachen, betrieben sie eher die Zerstörung der Ver-

nunft, freilich nicht in dem Sinne einer Untersuchung des geschichtlich gegebenen Gehalts der ratio – wie sie unter Aufnahme intuitionistischer und ethnologischer Konzepte in Auseinandersetzung mit den eigenen lebensweltlichen Bedingungen von den erstmals in größerer Zahl auf einem Weltkongreß für Philosophie vertretenen Denkern der 3. Welt angestellt wurde –, sondern in dem einer Reduzierung auf eine formale Rahmenbedingung. Eine Rahmenbedingung, die ihre aus dem kritischen Rationalismus gewonnene inhaltliche Konzeption als argumentatorisch nicht mehr einholbare »Universale« fixierte. Diese doktrinäre Festlegung der Inhaltslosigkeit richtete sich gleichermaßen gegen die Vertreter der 3. Welt – zu dem groß angekündigten »Afrika Symposium« hatte sich keiner der Kongreßorganisatoren eingefunden – wie gegen den Marxismus, der am Vernunftbegriff festhält, Rationalität sogar, wie Oiserman in seinem Vortrag »Das Rationale und das Irrationale«, hinter dem »Schein der Irrationalität« als »spontane Folge rationaler Tätigkeit« vermutet.

Ob freilich in Düsseldorf die marxistische Philosophie ihrem eigenen Anspruch gerecht wurde, läßt sich bezweifeln. Als »problemoffenes und problemorientiertes Denken« mit Intention auf Wahrheit, so Adam Schaff, bewährten sich die Argumente sozialistischer Philosophen in den offiziellen Veranstaltungen höchstens, wenn sie sich der allgemein geübten Praxis des Referierens bekannter Erkenntnisse unterwarfen. Mit Ausnahme der Naturwissenschaftler bzw. der auf metatheoretische Fragen der Naturwissenschaften reflektierenden Philosophen blieben die Vorträge entweder positionell orientiert oder beschränkten sich – insbesondere in den ethischen Fragen der Normen- und Wertproblematik – auf begriffliche Erläuterungen. Zuweilen konnte man sie auch in ihrer argumentatorischen Kohärenz nicht akzeptieren: Der Vortrag Manfred Buhrs, dessen philosophiehistorische Untersuchungen Bewertungsmaßstäbe vorgeben, an denen der renommierte DDR-Philosoph nun gemessen wird, zerbrach an dem Versuch, die Rationalität des Zusammenhangs zwischen Geschichte und Erkenntnis mittels eines ausschließlich relativ definierten Vernunftbegriffs zu erklären. Die Gründe für dieses wenig überzeugende Auftreten marxistischer Philosophen auf dem Düsseldorfer Weltkongreß lagen nicht nur in der aus der gesamtpolitischen Situation heraus verständlichen Scheu, sich mit offenen Problemen eine Blöße gegenüber einer westdeutschen Öffentlichkeit zu geben, die jede vermeintliche Unsicherheit gleich als Krisen- und Schwächezeichen des Sozialismus interpretiert; auch das von Buhr konzedierte »Liebäugeln mit dem kritischen Rationalismus« mag dafür verantwortlich sein, zumal diese Affinität den Nachholbedarf in der kritischen Aneignung analytischer Philosophie ausdrückt. Die hier entstandene Rezeptionslücke birgt nämlich die Gefahr, daß Entwicklungen in der analytischen Philosophie, wie sie etwa in den Beiträgen Günther Patzigs und Rüdiger Bubners zutage traten, gar nicht mehr wahrgenommen und aufgegriffen werden können. Patzig hatte sich nicht nur dem Problem der Objektivität gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern auch dem der Begründung politischer Sätze auf philosophischer Ebene zugewandt, während Bubner energisch auf den historischen Gehalt aller das soziale Leben regelnden Normen insistierte, diese Normen allerdings – widersprüchlich – auf dezisionistische Akte zurückführte. Nur die informellen Gespräche mit Vertretern der sozialistischen Länder am Rande des Kongresses konnten den negativen Eindruck ein wenig abschwächen. Sie gaben dann auch Einblick in die unterschiedlichsten Projekte sowjetischer Wissenschaftler: Berichtet wurde von einer Überprüfung zentraler Widerspiegelungstheoreme, von Untersuchungen der vorkapitalistischen Produktionsweisen, die nicht nur Einsichten in die Möglichkeit nichtkapitalistischer Wege der Entwicklungsländer, sondern auch in Fragen der Anthropogenese und Bewußtseinsgenese verschafft haben, sowie von durch den Eurokommunismus inspirierten Diskussionen um die »Pluralität des Marxismus«.

Die eigentliche Kongreßarbeit wurde in acht Sektionen geleistet: In der Sektion (1): »Die Idee des Universums« bewegte sich die durch die »Urknallthese« ausgelöste Auseinandersetzung um die physikalischen Grundlagen einer Kosmologie, die sowohl das Prinzip der Evolution wie das der konstanten Struktur zu integrieren vermag. Auf die spätestens seit Monods Buch bestehende »Herausforderung der Philosophie durch die Biologie« konzentrierte sich die Debatte der zweiten Sektion. Manfred Eigen (Göttingen) stellte hier seine (allerdings schon bekannte) Theorie des Evolutionsprozesses der Materie vor, innerhalb derer nur die Begriffe »Zufall« und »Notwendigkeit« philosophische Implikationen aufweisen sollen. Zu den vielleicht interessantesten Auseinandersetzungen des Kongresses kam es zum Thema (3) »Bewußtsein, Hirn und Außenwelt« zwischen John C. Eccles, Mario Bunge (Montreal) und I. S. Narski (Moskau). Der britische Nobelpreisträger skizzierte in seinem Vortrag »Neural Machinery of the Brain and the Mind-Brain Problem« ausgehend von der Popperschen Drei-Weltentheorie auf neurologischer Ebene eine dualistische »Interaktionstheorie«, die ihm den Vorwurf des Mystizismus und der mangelnden Berücksichtigung der subjektiven Praxis einbrachte. Als tragender Problemhintergrund der Sektion (4) »wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Rationalität« ließ sich die Differenz zwischen der Logik alltäglichen Handelns und der der wissenschaftlichen Erkenntnis ausmachen. Unübersehbar war die Tendenz zur Auflösung des traditionellen wissenschaftlichen Rationalitätsverständnisses, das nur mehr durch die Institution Wissenschaft, nicht dagegen durch die Bedürfnisse der Subjekte abgesichert sei. Die Frage nach den »Erfolgen und Grenzen der Mathematisierbarkeit« (6) schloß sich hier insofern an, als die wissenschaftsspezifischen Methoden einer Prüfung hinsichtlich ihres Realitätsgehaltes unterzogen wurden. Politisch aktuelle Bezüge wies die Sektion (5) »die Beherrschung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts« auf: Hier stand die Forderung nach wissenschaftlicher Kontrolle der Wissenschaft – die von denjenigen erhoben wurde, die eine rationale Gestaltbarkeit der Gesellschaft unterstellten – gegen die Annahme, daß Wissenschaft unabdingbar auf Freiheit angewiesen sei (W. Becker), sowie gegen Versuche der Begründung einer lebensweltlichen fundierten Kontrolle des Wissenschafts- und Technikprozesses. Angesprochen war damit zugleich die im Grunde zentrale Fragestellung nach der rationalen Gestaltung gesellschaftlicher Praxis, wie sie in der Sektion (7) »die wissenschaftliche Begründbarkeit von Normen« in Abkehr von der klassischen philosophischen Frage nach der Willensfreiheit diskutiert wurde. Auf relativ geringes Interesse stieß die vornehmlich auf linguistischer Ebene geführte Diskussion zum »Universalienstreit heute« (8).

Tatsächlich konzentrierten sich Sektionsreferate und Plenarvorträge auf drei Schwerpunktbereiche. Nämlich metatheoretisch auf die philosophische Analyse der internen Organisations- und Denkstrukturen von Wissenschaft und dem dazu von der Philosophie – etwa in der Klärung der Terminologie oder in der Legitimation von Wahrheitsdiskursen – zu leistenden Beitrag. Daneben stand das Verhältnis exogener Entwicklungsdeterminanten zur inneren Logik des Wissenschaftsprozesses. Diese beiden, eigentlich wissenschaftsphilosophischen Bereiche bestimmte stark die Auseinandersetzung mit den Kuhnschen Thesen, worin sich höchst negativ auswirkte, daß die Kongreßbeiträge schon vor rund zwei Jahren konzipiert werden mußten, neuere Diskussionen also unberücksichtigt blieben. Am ehesten im traditionellen Bereich der praktischen Philosophie waren, drittens, die Debatten zur Problematik der Bedingungen menschlichen Handelns – auch in der politischen Dimension – angesiedelt, wobei hier immer wieder – als Reaktion auf aktuelle Krisenerscheinungen – die Funktion der Philosophie als sinngebend und weltanschaulich leitend hervorgehoben wurde.

Als ertragreich mag man den Düsseldorfer Kongreß gewiß nicht bezeichnen, will

man sich nicht mit dem Resultat begnügen, daß er bewies, Philosophie könnte in der Gegenwart etwas sagen. Auf die Frage nach dem »was«, nach dem Inhalt philosophischer Diskurse, folgte in Düsseldorf hinter dem Fragezeichen nichts. Dazu hätte es wohl auch des Streits, des Ringens um die besseren Argumente, schließlich um die Wahrheit bedurft.

Michael Winkler (Nürnberg)

## 9. Weltkongreß für Soziologie

### Bereich Medizinsoziologie, Uppsala (Schweden), 14.–19. 8. 1978.

Unter dem Motto »Pfade sozialer Entwicklung« trafen sich, arrangiert vom Internationalen Soziologen-Verband (ISA), rund 3500 Soziologen aus über 100 Ländern, um sich über den Stand der Disziplin zu informieren bzw. ihren Stand zu referieren. In insgesamt 10 Sessions wurden mehr als 50 10–12minütige Kurzvorträge gehalten, denen eine anschließende, etwa gleichlange Diskussion folgte. Die ganz überwiegende Mehrzahl aller Beiträge war empirisch orientiert. Dabei waren die Fallstudien und sekundärstatistischen Auswertungen überwiegend. Theoretische und/oder systematisierende Beiträge waren kraß in der Minderzahl. Größer angelegte, empirische Studien mit dem Anspruch verallgemeinerbarer Aussagen wurden kaum vorgestellt.

Alle Sitzungen des Forschungskomitees durchzog dabei der Faden des »Internationalen Vergleichs«. Dabei konnte man den Verdacht nicht abstreifen, daß der Vergleich die Analyse ersetzen sollte. Es ging im wesentlichen um einen Vergleich »traditionaler« und »moderner« Gesundheitssysteme, schwerpunktmäßig am Beispiel asiatischer Medizin, des Vergleichs von Teilsystemen der medizinischen Versorgung wie »Primärversorgung und Rehabilitation« und deren Steuerung sowie Themen der Ausbildung in medizinischen Berufen. Forschungsarbeiten zur Sozialätiologie von Krankheiten oder zu einer nachfrageorientierten Gesundheitsforschung, zu medizinsoziologischen Themen also, wie sie in der Bundesrepublik insbesondere unter dem Eindruck der Einbindung in die Mediziner Ausbildung mehr und mehr wesentlich sind, fehlten auf diesem Kongreß völlig.

Herausstechendes Merkmal sowohl der vorgelegten Papiere als auch der Diskussion war die allgemeine Theorielosigkeit der Beiträge. Systematisierende Theorien oder komplexere Erklärungsansätze sind unterentwickelt. Eine der möglichen Ursachen dürfte in der weltweit zu beobachtenden zu geringen institutionellen Professionalisierung der Medizinsoziologie zu suchen sein, ihre zu starke Beeinflussung durch Geldgeber mit eng definierten Projektaufgaben. Eine weitere Erklärung dürfte in der begrenzten »Reichweite« bürgerlicher, ahistorisch betriebener Soziologie liegen. Es drängte sich oft der Eindruck auf, als sollte mit der Methode des internationalen Vergleichs dieses Defizit ausgeglichen werden, der enge Forschungsansatz so »additiv« erweitert werden.

Das fast völlige Fehlen von Soziologen aus Asien, Afrika und Lateinamerika überraschte auf der einen Seite, waren doch Probleme medizinischer Versorgung in den Ländern der 3. Welt, Probleme des Verhältnisses traditionaler zu moderner Medizin Diskussionsschwerpunkte des Forschungskomitees. Andererseits drückt dieses Fehlen die unterschiedliche Reihenfolge der Prioritäten aus. In diesen Ländern ist das Hauptproblem, medizinische Versorgungssysteme überhaupt aufzubauen. »Feinheiten« westlicher Medizin verblissen demgegenüber. Insofern wird die Medizin-Soziologie, zumindest als »Sociology of medicine«, auf absehbare Zeit wohl noch mehr oder weniger ausschließliches Thema der entwickelten Industriestaaten sein.

Die Forschungsgruppe wurde dominiert von den Nordamerikanern. Rund drei-viertel aller Kurzvorträge wurden von ihnen gehalten. Demgegenüber fehlten völlig Vertreter aus den sozialistischen Staaten, ebenso Vertreter aus Afrika oder Lateinamerika, die ansonsten recht zahlreich auf dem Kongress vertreten waren.

Faßt man die Eindrücke dieser Kongresswoche zusammen, so läßt sich feststellen: Der Kongress erbrachte einen Überblick über das, »was geforscht wird«, wie er andernorts in dieser komprimierten Weise kaum möglich ist. Wissenschaftlich im engeren Sinne hat dieser Kongress sicherlich keine sensationellen Fortschritte erbracht. Dies kann aber auch nicht seine Funktion sein. Wilhelm Thiele (Berlin/West)

## »Datenschutz ist Bürgerrecht«

### 1. Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Datenschutz (DVD)\*, Bonn, 30. 9.–1. 10. 1978.

Die DVD wurde im November 1977 mit dem Ziel gegründet, verstärkt die Interessen der Betroffenen – der Bürger – in Datenschutzfragen zu Wort kommen zu lassen. Ein »Datenschutztest«, dessen Ergebnisse P. Gola vorstellte, sollte die Praxis der Auskunftserteilung im Jahre 1978 untersuchen. Schon hier wurde die Kritik an der gesetzlichen Regelung des Datenschutzes laut, die in den Beratungen der ersten Schwerpunktthemen massiv erhärtet und aus denen im 3. Teil die Forderungen an die Weiterentwicklung abgeleitet wurden. Das bei der Untersuchung festgestellte geringe Datenbewußtsein der Betroffenen galt es in einer Podiumsdiskussion zum 4. Schwerpunktthema zu analysieren.

1. *Datenschutz im Verhältnis des Bürgers zum Staat:* Ausgehend von den Gefahren, die der Staat für die Freiheit des Individuums darstellt, begründete E. Schwan die immense Bedeutung des Datenschutzes im öffentlichen Bereich und leitete daraus eine massive Kritik am »Bundesdatenschutzgesetz« (BDSG) ab. Ziel des Gesetzes sei es eigentlich, »den herkömmlichen, höchst zweifelhaften Umgang mit Informationen zu legalisieren und dem Staat Freiräume vor dem Datenschutz zu verschaffen, statt den Bürger vor den Gefahren einer ungezügelter Informationssammlung und Informationsweitergabe zu bewahren«. Das Gesetz solle daher »nicht Datenschutzgesetz, sondern Datenerhebungs- und Weitergabeermächtigungs- sowie Auskunftsverweigerungsgesetz« genannt werden. Möglichkeiten, dem Bürger doch noch das notwendige Maß an Rechtsschutz zu gewähren, bestünden für die Gerichte durch eine strenge Auslegung der Verfassung im Interesse der Betroffenen. Gerade diese verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Gesetz stießen in der Diskussion auf energischen Widerspruch, da eine solche Interpretation den Datenschützern die Handlungsgrundlage für Anwendung und Ausbau des Datenschutzrechts entziehen würde. W. Steinmüller beschrieb in seinem Beitrag die Gefahren der neuen Informationstechnologien des Sicherheitsbereiches. Er stellte insbesondere den Ausbau des polizeilichen Informationssystems Inpol vor; er beklagte die mit der ständigen Ausweitung und rechtlichen Absicherung des Geheimbereichs einhergehende Beseitigung essentieller Bürgerrechte und die wachsende Unmöglichkeit öffentlicher Datenkontrolle. »Damit sind unsere Sicherheitssysteme zum Risikofaktor geworden – nicht nur für Gewaltverbrecher, nicht nur für den unbeteiligten Bürger, sondern auch für die freiheitlich-demokratische und soziale Grundordnung.«

\* Die DVD gibt seit August 1978 die vierteljährlich erscheinende Informationsschrift *Datenschutz-Nachrichten* (DANA) heraus. Zu beziehen über: DVD – Rochusstr. 180, 5300 Bonn-Duisdorf.

## 2. Datenschutz im Arbeitsverhältnis:

Die Erfahrungen mit und die Kritik an den gesetzlichen Regelungen des Datenschutzes im Arbeitsverhältnis formulierte A. Drinkuth für die Gewerkschaften. Generalklauselartige Bestimmungen und die damit verbundene Rechtsunsicherheit seien von den Unternehmen ausgenutzt worden, um das BDSG in der Praxis als »Abwehr-gesetz gegen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebsräte« zu mißbrauchen. Die Forderungen der Gewerkschaften an die rechtspolitische Interpretation sollen daher insbesondere den *kollektiven* Interessenschutz durch den Betriebsrat sicherstellen. W. Schimmel, der sich in seinem Beitrag mit der Bedeutung des Datenschutzrechts für die *individuelle* Rechtsposition des Arbeitnehmers beschäftigte, bestätigte den subsidiären Charakter des BDSG im Arbeitsrecht: es führe in keinem Punkt zu einer Verschlechterung der Rechtsposition der betroffenen Arbeitnehmer; das Gesetz trete hinter speziellen Rechtsvorschriften – z. B. Betriebsverfassungsgesetz – zurück und ergänze diese lediglich. »Datenschutz in der Arbeitswelt bedeutet nicht primär – wohl aber auch! – den Schutz eines privaten Lebensbereiches für den Arbeitnehmer, sondern vor allem dem Arbeitnehmer die Entfaltung seiner Persönlichkeit auch am Arbeitsplatz im größtmöglichen Umfang zu sichern.« So seien Sicherheit des Arbeitsplatzes, humane Arbeitsbedingungen und ungehinderte Interessenvertretung als »schutzwürdige Belange« im Sinne des BDSG anzusehen. Zur Beseitigung der bestehenden Rechtsunsicherheiten forderte er die Ausfüllung und Abstimmung des BDSG auf die Besonderheiten des Arbeitsrechts durch die Arbeitsgerichtsbarkeit und die Schaffung eines speziellen Arbeitnehmerdatenschutzgesetzes.

## 3. Weiterentwicklung des Datenschutzrechts:

F. Haenschke leitete aus seiner Analyse der gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Fortschritts der automatisierten Datenverarbeitung Folgerungen für die weitere Datenschutz-Gesetzgebung ab. Das BDSG erfülle trotz aller Unzulänglichkeiten als Grundsatzregelung auf Gesetzesebene eine bedeutende politische Funktion, es müsse aber zu einem wirksamen Datenschutzrecht weiterentwickelt werden. Er stellte die Lücken und erkannten Mängel im Gesetz dar und präsentierte einen Katalog von Änderungsvorschlägen (wie z. B. die Einführung eines Schadensersatzanspruchs, Kostenlosigkeit der Auskünfte u. a. m.). Neben der Forderung nach solchen einzelnen Änderungen am umfassenden Gesetz verdeutlichte er die Notwendigkeit von bereichsspezifischen Datenschutzgesetzen am Beispiel des Entwurfs zum Bundesmeldegesetz. R. Kamlah ging es in seinem Beitrag insbesondere um die Weiterentwicklung des materiellen Informationsrechts, das schon vor Inkrafttreten des BDSG existierte und auch danach weiter gelte. »Die Befugnisregeln des BDSG sind Leerformeln, welche nur durch das schon vorhandene materielle Informationsrecht mit Bedeutung erfüllt werden können.« Weiterhin sei bei der Entwicklung des BDSG auf eine Einheit des Datenschutzes innerhalb und außerhalb seines Geltungsbereiches zu achten. »Vom BDSG ausgeklammerte Bereiche werden durch die Fortentwicklung des allgemeinen materiellen Informationsrechts wieder in den Datenschutz einzubeziehen oder durch bereichsspezifische Gesetze zu regeln sein.«

## 4. Wie schafft man Datenbewußtsein?

Der einem Podium zur Diskussion gestellten Frage wurde durch eine Analyse der Gründe für das fehlende Bewußtsein und die daraus abzuleitenden Maßnahmen nachgegangen. Historisch und gesellschaftlich bedingte Ursachen, – wie Mentalität der Deutschen, Staats- und Obrigkeitsvertrauen, blinde Fortschritts- und Wachstums-gläubigkeit, aber auch subjektiv empfundene Ohnmacht – und mangelnde Kenntnis

und Betroffenheit, bedingt durch weitgehende Geheimhaltung der technischen Vorgänge und Gefahren bei gleichzeitiger Mythologisierung des Computers, standen im Vordergrund und wurden teilweise kontrovers diskutiert. Das BDSG selbst wurde einerseits ebenfalls als Ursache für das geringe Interesse der Betroffenen angesehen, denn es sei zu kompliziert und zu perfektionistisch, um es verstehen zu können, gleichzeitig aber zu profillos, um es wirksam anwenden zu können; es böte aber andererseits Ansätze, durch extensive Auslegung der Regelungen und verantwortungsbewußte Aufgabenerfüllung der Datenschutzbeauftragten das fehlende Bewußtsein zu entwickeln. Den mit Datenverarbeitung befaßten Wissenschaftlern und Institutionen kommt eine besondere Verantwortung zu, wenn es darum geht, die Gefahren öffentlich darzustellen, da sich die verschiedenen Medien bei einer sachgerechten Behandlung der Probleme sehr schwer tun.

Die Tagungsteilnehmer gingen jedoch ohne wesentlich neue Ideen, in »Unsicherheit und Ratlosigkeit« über die aufgeworfene Fragestellung und »in tiefer Sorge« um die rasende Entwicklung des Problems, wie es der Leiter der Diskussion, W. Steinmüller, zum Abschluß formulierte, auseinander. Walter Wicke (Dortmund)

Martin Blankenburg

## Zum 150. Geburtstag von Joseph Dietzgen (9. 12. 1828–15. 4. 1888)

»Die Erkenntnistheorie also ist eine eminent sozialistische Angelegenheit.«

Der 150. Geburtstag Joseph Dietzgens bietet nicht den schlechtesten Anlaß, dem »unbekannten Philosophen« der Arbeiterbewegung hier ein kleines Denkmal zu errichten: als Aufforderung (denk mal!), den aktuellen Gehalt der »philosophischen Praxis« eines von der gängigen Philosophiegeschichtsschreibung so gut wie totgeschwiegenen Arbeiterphilosophen zu vergegenwärtigen. Denn trotz der bisher umfassendsten Werkausgabe (Schriften in drei Bänden. Berlin/DDR 1961–1965) und trotz einer neuen Monographie von Otto Finger (J. Dietzgen. Beitrag zu den philosophischen Leistungen des deutschen Arbeiterphilosophen. Berlin/DDR 1977) hat sich hierzulande an der profunden Unbekanntheit Dietzgens nicht viel geändert. Leider hat auch die doch immerhin recht ausführliche Diskussion erkenntnistheoretischer Fragen im »Argument« und in anderen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften Dietzgen trotz der unübersehbaren Hinweise bei Engels und Lenin auf kaum entschuldbare Weise vernachlässigt, obwohl es gerade Dietzgen war, der bereits vor hundert Jahren die Parole vom »Klassenkampf in der Theorie« (Althusser) in eine exemplarische Praxis überführt hat.

Vielleicht gelingt es jedoch dem von der Dietzgen-Gesellschaft in Bonn am 8. November veranstalteten Kongreß zum theoretischen Erbe Dietzgens (vgl. die Ankündigung in Argument 108) die längst überfällige Wende herbeizuführen, zumal er Dietzgen nicht bloß zum rührigen Propagandisten der Anschauungen von Marx und Engels in der Presse der Arbeiterbewegung deklariert, sondern in verschiedenen Arbeitskreisen Gewicht auf die originellen Positionen Dietzgens zu Problemen der Erkenntnistheorie, des wissenschaftlichen Sozialismus und ihrer Stellung im Zusammenhang der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gelegt hat.

Die Lebensdaten von Joseph Dietzgen lassen eine gewisse Rastlosigkeit erkennen wie sie uns aus dem Lebensgang vieler 48er vertraut ist: geboren 1828 bei Köln, Loh-

gerberlehre im Betrieb seines Vaters, nach dem Scheitern der 48er Revolution Auswanderung in die Vereinigten Staaten (1849–1851) und Rückkehr, nach der mißlungenen Begründung einer selbständigen Existenz 1859 wieder nach Amerika und 1861 zurück nach Uckerath/Rhld., Übernahme der väterlichen Werkstatt, 1864–1869 Leitung einer staatlichen Gerberei in Petersburg: dort Studium des »Kapital« und Rezension sowie Arbeit am »Wesen der menschlichen Kopfarbeit«, Veröffentlichung 1869 und Übernahme des Gerbereibetriebes seines Onkels in Siegburg, mehrfache Begegnung mit Marx, Mitgründer der SDAP in Eisenach 1869, zunehmende Existenzsorgen in der Gründerzeit und 1884 dritte Auswanderung in die Staaten, gestorben in Chicago am 15. April 1888, noch keine sechzig Jahre alt. Weitere Erhellungen des inneren Zusammenhangs von Leben und Werk müssen einer biographischen Ermittlung der noch unzureichend erschlossenen Lebensumstände, woran Dr. Horst-Dieter Strüning, Vorsitzender der Dietzgen-Gesellschaft, derzeit arbeitet, vorbehalten bleiben. Jedoch spricht Dietzgens Werk auch ohne lebensgeschichtliche Interpolationen für sich selbst.

Seit seinem – wenn auch mehr dem Titel nach – bekanntesten Werk und philosophischen Erstling, dem von Marx geschätzten »Wesen der menschlichen Kopfarbeit« hat sich der gelehrte Lohgerber Joseph Dietzgen auf eine immer wieder zentrale Problemstellungen umkreisende Denkweise auch *theoretisch* Klarheit über Fragen zu verschaffen gesucht, die ihm seit dem Erlebnis der 1848er Revolution längst zur *praktischen* Gewißheit geworden waren: die *positive* Determination der sozialen Erkenntnisfähigkeit durch den proletarischen Klassenstandpunkt, das Verhältnis von praktischer, »subjektiver« Vermittlung der Erkenntnisobjekte und ihres objektiven Zusammenhangs materieller Realität, die Dialektik von relativer und absoluter Wahrheit, die unausschöpfliche, gleichwohl prinzipiell erkennbare Totalität des Realen – das sind nur einige der Problemkomplexe, die Dietzgen zu heute noch beachtlichen Lösungen vorangetrieben und entwickelt hat.

Seine autodidaktische theoretische Schulung bestand jedoch nicht »nur« aus einer genauen Kenntnis des kommunistischen Manifests, des »Kapital« und schon der »Kritik der politischen Ökonomie« von 1859, sondern auch einer *materialistischen Aneignung Kants* vor dem Hintergrund der weltanschaulichen Verallgemeinerung der fortgeschrittensten Ergebnisse der modernen Naturwissenschaft (A. v. Humboldt, Liebig, Schleiden). Die fortschrittliche Seite Kants, die noch vorsichtig-zweideutige Fassung einer Haltung, welche Dietzgen als entwickelten »logischen Atheismus« (Schriften II, 393) in Anspruch nahm, hat Dietzgen gegen die in Reaktion auf den geschichtsphilosophischen Optimismus des vormärzlichen Linkshegelianismus seit den sechziger Jahren immer stärker anschwellende Sammlungsbewegung des Neukantianismus unter der von Otto Liebmann (Kant und die Epigonen, 1865) ausgegebenen Parole »zurück zu Kant!« energisch verteidigt. Beachtung verdienen besonders die Polemiken Dietzgens gegen den Materialismustöter F. A. Lange und seine »wahrhaftig Klassisches im Konfusen« (III, 112 f.) leistende »Geschichte des Materialismus« (1866), von der A. Schmidt unlängst eine Neuauflage veranstaltet hat, gegen die elitäre Auffassung der Philosophiegeschichte bei Kuno Fischer, gegen Eugen Dühring und schließlich gegen das hinsichtlich der Erkennbarkeit des »Wesens der Dinge« resignative »Ignorabimus« (wir werden es nicht [= nie] wissen) des Physiologen du Bois-Reymond (Über die Grenzen des Naturerkennens, 1872). Dietzgen hat in den epistemologischen Feinheiten eines eklektischen Neukantianismus unbeirrbar die Angst der Bourgeoisie vor der eigenen historischen Courage nachgewiesen und im Verzicht auf die *Erkenntnis* den Verzicht auf die historische *Praxis* aufgedeckt. Ein Verzicht, der – wie kritizistisch er auch immer begründet sein mag – stets den Mächten des politischen Traditionalismus, den »Hinterweltlern«, in die Hände arbeitet: »Hin-

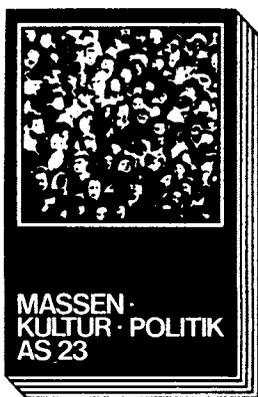
ter den Erscheinungen der Welt soll etwas Höheres oder Mysteriöses sitzen, das zu kاپieren für unseren Verstand zu hoch, für dessen Höhe unser Intellekt zu klein ist, das wir nicht formal erkennen können, das wir deshalb, wenn nicht gläubig religiös, denn doch philosophisch transzendental erschmachten sollen« (III, 122). An Dietzgens bissiger Charakterisierung der »Überschwenglichkeiten« (Kant/Dietzgen) eines »positivistischen Idealismus« (Vaihinger) mit seinem »Standpunkt des Ideals« (Lange) geschult (vgl. die genaue Lektüre Dietzgens durch Lenin, Werke Bd. 38, 389–488), hat Lenin eine ähnliche objektive Konstellation zwischen dem Empirio-kritizismus eines Mach und Avenarius und der damals modischen fideistischen »Immanenzphilosophie« nachgewiesen.

Es ist vielleicht nicht verwunderlich, daß Dietzgen die überzeugendsten Leistungen materialistischer Dialektik in seinen polemischen Beiträgen geliefert hat, während in den mehr systematischen, wenn auch keineswegs systemförmigen, Arbeiten wie z. B. den »Briefen über Logik« (1880–1884) der bereits von Marx an Dietzgen festgestellte Nachteil des philosophischen Autodidaktismus hervortritt, unfreiwillig überholte Entwicklungsstufen der Philosophiegeschichte (z. B. den Anthropologismus Feuerbachs) zu reproduzieren. Lassen sich, um ein anderes Beispiel zu wählen, bereits in der Erstlingsschrift auftretende Vagheiten in der Widerspiegelungstheorie noch als Formulierungsunschärfen erklären, treten doch gewisse, die Differenz zwischen Denken und Sein »hylozoistisch« einebnende Neigungen Dietzgens hier und da im ganzen Werk hervor. Es scheint, als ob die von Dietzgen eigentümlich ausgeprägte *Logik des Kontinuums* noch einiger ideologiegeschichtlicher Analyse bedürfte, die sich gerade in diesem Fall gegenüber der wissenschaftsgeschichtlichen Forschung nicht spröde erweisen sollte.

In seinem letzten, wiederum erkenntnistheoretischen Fragen gewidmeten Werk »Das Aquisit der Philosophie« (1887) ist Dietzgen bei seinem Plädoyer für ein Prinzip synchroner Koordination als taxonomisches Ordnungsschema fast einer positivistischen Eliminierung der (diachronen) Kausalität erlegen, wäre nicht die spontane Dialektik seines Materialismus. »Nicht dem Verhältnis von Ursache und Wirkung wird der Untergang prophezeit, sondern nur seiner herrschaftlichen dominierenden Stellung« (III, 259). Bezeichnenderweise hat Eugen Dietzgen, der »mißratene Sohn« (Lenin) des Arbeiterphilosophen, gerade diese kritizistisch und positivistisch mißzuverstehenden Aspekte im Werke seines Vaters zu einem angeblich über Kant wie über Marx hinausweisenden »Dietzgenismus« aufgespreizt (vgl. bes. das 83seitige Vorwort Eugen Dietzgens in dem in einem »Verlag der Dietzgenschen Philosophie«, München 1915, von ihm herausgegebenen »Dietzgen – Brevier für Naturmonisten«), und wohl nicht zufällig ist es eine Neuauflage dieser Lesart gewesen, welche Dietzgen in der Bundesrepublik als den Vorläufer einer eigenartigen Mischung von Sohn-Rethel und Rätekommunismus hat beanspruchen wollen (vgl. das Nachwort von H. G. Haasis zu seiner Ausgabe: Joseph Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit u. a. Schriften. Darmstadt/Neuwied 1973).

Ohne jedoch Dietzgens theoretische Motive schon im Ansatz preiszugeben, läßt sich weder ein separater Dietzgenismus, noch die Stilisierung Dietzgens zu einem Anti-Leninisten *avant la lettre* begründen. Sein philosophisches Werk ist gewiß nicht »aus einem Guß«, nicht widerspruchsfrei, und gerade eine Aktualisierung wird auf einige Elemente seiner »monistischen Weltanschauung« (II, 118) schmerzlos verzichten können. Beispielhaft ist aber immer noch die Intensität, mit der Joseph Dietzgen, der Lohgerber, die Maxime der Aufklärung, *selbst* zu denken, verwirklicht hat, ohne – wie so mancher »Selbstdenker« aus Handwerkerkreisen – zum religiösen Sektierer oder politischen Phantasten zu werden. Vielmehr hat Dietzgen die philosophische Reflexion in fruchtbarer Weise in Zusammenhang mit der »allgemeinen Arbeit«

(Marx) der Wissenschaften gebracht und den common sense mit dem sensus communis vermittelt. Der »Kommunismus aller Dinge« (II, 440) setzt das »Recht in communibus« (II, 82) und fundiert keine politischen Verbalinspirationen des ganz Anderen: »Die sozialdemokratische Wahrheit offenbart sich auf allgemeinen Wegen.« (II, 81). Im Schlußsatz von »Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie« (1886), in dem Engels »die deutsche Arbeiterbewegung« als Erbin der Verblichenen einsetzte, hat er wohl auch an Dietzgen gedacht. Im aktuellsten Sinne und ohne Pathos »unser Philosoph«, wie Marx ihn auf dem Haager Kongreß der I. Internationale 1872 nannte, bleibt Dietzgen dort, wo er Hegels »Forderung der Vermittlung« an die Kategorie Wechselwirkung materialistisch in eine Kritik am linearen Kausalitätsmodell mechanistischer Prägung übersetzt: »Der moderne Materialismus verlangt, daß wir von der Materie nicht zu plump und vom Geiste, von der Denkkraft, nicht zu spiritistisch denken; er verlangt die Vermittlung« (II, 440).



MASSEN ·  
KULTUR · POLITIK  
AS 23

AS 23, 1978, 216 S., 15,50 DM.  
Stud. 12,- DM (ab 1979: 12,80 DM);  
im Abo 13,- DM, Stud. 10,- DM  
(ab 1979: 12,80/11,- DM).  
(Erscheint Mitte Dezember).

### Gewerkschaften und Kultur

- K. Maase: Gewerkschaftliche Kulturarbeit  
L. Winckler: Soziale Stellung der Intelligenz in der Kulturindustrie und die Perspektive gewerkschaftlicher Orientierung  
U. Klitzke: Ästhetische Arbeitsplatzgestaltung als Element gewerkschaftlicher Kulturarbeit  
H. Hoffmann: Zum Verhältnis von öffentlicher und gewerkschaftlicher Kulturarbeit  
D. Kramer: Neue Akzente in Freizeittheorie und -politik

### Organisation und Spontaneität.

#### Zwischenbilanzen fortschrittlicher Kulturarbeit

- K. Pallowski: Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt als Modell alternativer Kulturarbeit  
H.-W. Heister/D. Stern: Aspekte fortschrittlicher Musikproduktion  
G. Wiese: Kulturelle Spontaneität im politischen Kampf. Das Beispiel Wyhl  
D. Kramer: Kultur der Arbeiterklasse und kulturelle Aktivitäten in der Geschichte der Arbeiterbewegung – Forschungsbericht  
R. Hillgärtner: Thesen zum Kulturbegriff

#### Dokumentation

- K. Schwab/F. Eckhard/O. Todtenberg: Gespräch über gewerkschaftliche Kulturarbeit

#### Besprechungen

## Besprechungen

### Philosophie

**Beier, Christel:** Zum Verhältnis von Gesellschaftstheorie und Erkenntnistheorie. Untersuchungen zum Totalitätsbegriff in der kritischen Theorie Adornos. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1977 (198 S., br., 20,- DM).

In dieser Untersuchung wird die Frage behandelt, inwiefern ein zentraler Bestandteil der »Kritischen Theorie«, nämlich Adornos Begriff von »Totalität« im Programm einer kritischen Sozialforschung nutzbar gemacht und weiterentwickelt werden kann. Die von Adorno nur »kritisch« gemeinte »Totalitätskategorie« (über deren »Herkunft« der Band allerdings schweigt) soll im Rahmen einer »Verwissenschaftlichung« empirische Bedeutung gewinnen. Nach Ansicht der Autorin liegt ein Versuch methodisch-empirischer Verwendung von »Totalität« in Jürgen Ritserts »Inhaltsanalyse als empirisch-praktischer Ideologiekritik«, sowie in einer »totalitätsbezogenen Aktionsforschung« vor, wie sie z. Zt. in den Sozialwissenschaften (Pädagogik!) lebhaft diskutiert wird. Die »sozialwissenschaftliche Rekonstruktion der Totalitätskategorie« könne also als ideologiekritisches und als interaktionssoziologisches Programm geplant werden. Im Ansatz einer »Aktionsforschung« ist vor allem eine grundsätzlich andere Auffassung der sozialwissenschaftlichen Datenkonstitution zu berücksichtigen: Die »Intentionalität« der Handlungen trübt nicht mehr, wie bislang in einem »objektivistischen« Mißverständnis angenommen, den Verlauf der Untersuchung, sondern *begründet* überhaupt erst den Forschungsprozeß. Der Analyse des »kommunikativen Beitrags des ›Objekts‹ zur Datengewinnung« (188) kommt so entscheidende Bedeutung zu; zugleich wird ein »Handlungsaspekt von Wissenschaft« zurückgewonnen, der im bloßen »Verweis auf Totalität« (einer bewußtlosen Determination von Handlungen) verschüttet war. Die Durchführung dieses Forschungsprogramms muß allerdings auf eine Theorie der »Intentionalitätsstruktur der Alltagssprache« (190) zurückgreifen können, die die Autorin noch vermißt, die aber in verschiedenen Pragmatikkonzepten (Wittgenstein, Apel, Habermas) durchaus entwickelt ist. Darüberhinaus stellt sich die Frage, inwiefern eine an die Analyse der »Intentionalitätsstruktur der Alltagssprache« geknüpfte Sozialforschung einen Bereich »*interner* Gesellschaftlichkeit« festschreibt, bei dem unklar bleibt, in welchem Verhältnis er zur »objektiv-materiellen Gesellschaftsstruktur« (die von Beier und Ritsert vorausgesetzt ist) steht: Wie also sind die sprachlichen, Geltung beanspruchenden, auf Dauer gestellten und hermeneutisch rekonstruierbaren Interaktionen im Rahmen einer historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie zu begreifen?

Der Titel dieses Buches weckt zu große und wohl auch etwas andere Erwartungen; der Text dürfte den Unkundigen sprachlich einschüchtern: durch eine Vielzahl gestellter Adornismen sowie durch die dürren Formulierungen einer eher systemtheoretischen Sprache: »Der als strukturelle Komplexität charakterisierte Gliederungsmodus der differenten gesellschaftlichen Strukturebenen . . .« (105) etwa streift schon die Parodie; umwerfend ist dann die Erkenntnis: »Da es sich bei dem anvisierten Gegenstandsbereich realiter (?) um einen sozialhistorischen Prozeß handelt, liegt die Thematisierung des zeitlichen Entwicklungsaspekts zunächst (?) auf der Hand.« (82) Auf der Hand liegt ein etwas quälender Versuch zur »Kritischen Theorie«, der das Pathos der Philosophie Adornos vor lauter »Strukturuntersuchungen« aus dem Blick verliert und im Programm einer »totalitätsbezogenen Aktionsforschung« eine offenbar unproblematische Transformation der »Kritischen Theorie« betreibt.

Dieter Hirschfeld (Berlin/West)

**Schmucker, Joseph F.:** Adorno – Logik des Verfalls. frommann-holzboog-Verlag, Stuttgart-Bad Cannstatt 1977 (154 S., br. 28,- DM; Ln. 38,- DM).

Schmucker rekonstruiert zunächst jene Dialektik von Selbstbehauptung und Selbstpreisgabe, die Adorno bei der Konstitution des bürgerlichen Individuums ausgemacht hat. Diese Dialektik gilt sowohl für die Auseinandersetzung des einzelnen mit der mythischen Natur als auch für sein Verhältnis zur modernen Gesellschaft, die, vermittelt durch die Herrschaft des Tauschprinzips, einen totalen Funktionszusammenhang darstellt. In der genauen Bestimmung dieses Sachverhalts liegt für Schmucker die entscheidende Differenz zwischen Adorno und Marx: Während nach diesem – so Schmuckers arg mechanistische Marx-Interpretation – durch die Dynamik des Tauschprinzips die Revolution »ökonomisch zwangsläufig« erfolgen sollte (52), stellt jener eine Dominanz der – metaökonomischen – Herrschaft über das Tauschprinzip fest, wodurch die revolutionäre Dialektik stillgestellt würde. Selbsterhaltung des einzelnen erscheint jetzt nur noch möglich als vollständige Unterwerfung unters Ganze, wobei der diesem inhärente Antagonismus unsichtbar wird. Die subjektkonstituierende Dialektik kommt so zum Stillstand, weil das »autonome Moment am Selbst«, sein Geistiges, preisgegeben wird (108). – Das Ganze der Gesellschaft, in dem die Subjektivität ausgelöscht wird, erscheint der Theorie als Unwahres; damit stellt sich – Schmucker wie Adorno – die Frage nach dem Wahrheitsgehalt einer Theorie, die Kritik des Ganzen sein will und ihm doch angehört. Adorno konzipierte, dieses Dilemmas eingedenk, eine »negative Dialektik«, die Ausdruck und Kritik zumal des allgemeinen Verblendungszusammenhangs sein will und deren kritische Bewegung sich zuletzt noch gegen sich selbst richten muß. Gegen Adornos Verabsolutierung der Negativität der eigenen Theorie und der Kritik am Bestehenden als dem radikal Falschen wendet Schmucker nun die Reste von Positivität ein, die sich im Bestehenden noch feststellen lassen und fordert, das Andere zu diesem nicht nur negativ zu denken (147).

Insgesamt liefern weder diese Kritik an der absoluten, zuletzt praxislosen Negativität von Adornos Denken noch ihre – kaum stringent argumentierende – Begründung neue Perspektiven für die Auseinandersetzung mit der Kritischen Theorie – sieht man von einigen, leider nicht ausgeführten Erörterungen ab, so vor allem der des Verhältnisses von technischer und Tauschrationalität bei Adorno (63–76) –, was sicherlich auch in der starken – sich durch ständiges Referieren und kaum auswertendes Zitieren bekundenden – Abhängigkeit der Arbeit von ihrem Gegenstand und ihrer schulmäßig-pedantischen Zergliederung des Stoffs begründet liegt.

Peter J. Brenner (Bonn)

**Maurer, Reinhart Klemenz:** Jürgen Habermas' Aufhebung der Philosophie. Philosophische Rundschau, 24. Jg., Beiheft 8. J. C. B. Mohr, Tübingen 1977 (70 S., br., 16,- DM).

Die vorliegende Schrift ist erwähnenswert, weil sie auf besonders eindringliche Weise das Programm der »Tendenzwende« erfüllt: Die Suche nach sozialistischen Offerten unter der »liberalen Oberfläche« von Theorien. Gut zehn Jahre nach den Angriffen von links auf die »Kritische Theorie« (oder was man dafür hielt), liefert eine philosophische Rechte dazu das Gegenstück: Nicht die problematische Stellung der »Kritischen Theorie« zum Sozialismus, gar ihr späterer Antikommunismus stehen hier zur Diskussion, sondern der Umstand, daß Modelle und Argumentationen für einen Sozialismus durchlässig werden, ihn vielleicht auf eine perfide Art lancieren. Die für diese Auffassung symptomatische Arbeit Maurers über Habermas kommt zu folgenden Erkenntnissen: Habermas sei der prototypische Vertreter einer »Nachkriegsphilosophie«, die kompromißlerisch die »Doppelherrschaft« in Ost und West, dort die »Fremdherrschaft«, hier die »reeducation« in einem »deutschen« Kompro-

miß, dem philosophischen vermittele. Dieser Kompromiß, Resultat der Unmöglichkeit und der Unfähigkeit, sich zum Kapitalismus oder zum Sozialismus zu bekennen, münde zwangsläufig in einer Lehre des abstrakten Diskurs, dem Kernstück der Theorie Habermas'. In Diskursen sollen die Individuen (als Inhaber abstrakter Kompetenzen) unbeeinträchtigt von nicht rational ausgewiesenen Einflüssen Geltungsansprüche prüfen und zu Handlungsniveaus (Konsensus) gelangen, die für die gesellschaftliche Entwicklung konstitutiv sind. Die Pointe dieser Konstruktion ist nach Maurer die, daß eine Theorie des Diskurs zugleich die Legitimation eines in Pseudo-Diskussionen larvierten irrational-linken »Machtwillen« betreibt. De facto ermuntert Habermas mit dem Diskursmodell einen »bestimmten ›linken‹ (oder auch nur halb-linken) Machtwillen geschichtsphilosophisch . . .« und damit sei die (rote) Katze aus dem (liberalen) Sack. Jede kommunikative Selbstverständigung werde durch die selbstzerstörerische Praxis, »naturbelassene« Interessen (der Linken) mit formaler Rationalität (der Liberalen) zu paaren, verstümmelt. Je nach Geschmack können solche Verfahren unschuldig oder perfid genannt werden. Der unheiligen Allianz von »losgelassenen Interessen und formalen Diskursregeln« (studentische Vollversammlung?) könne nur begegnet werden, wenn nicht hintergehbare »Werte« traditionsgeleiteter Diskursteilnehmer stabilisiert würden: In allen Diskursen muß etwas anerkannt sein, was nicht mehr ihr Gegenstand sein darf. Was dieses »etwas« ist, wird freilich nicht expliziert und es bleibt dem Leser überlassen, ob er hier einen numinosen Rückraum nicht mehr »diskutabler« Voraussetzungen oder ein konkretes ideologisches Programm vermuten möchte.

Dieter Hirschfeld (Berlin/West)

**Kunstmann, Wilfried:** Gesellschaft – Emanzipation – Diskurs. Darstellung und Kritik der Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas. Wilhelm Fink Verlag, München 1977 (128 S., br., 24,- DM).

Die Arbeit gibt einen bislang ersten Überblick über das Gesamtwerk von Habermas von einem marxistischen Theorieansatz aus. Kunstmann versucht, die hinter der äußerlichen Vielfalt liegenden »Grundstrukturen« (8) des theoretischen Denkens von Habermas »in einem chronologisch-systematischen Durchgang durch die gesellschafts- und erkenntnistheoretischen Schriften« (8) herauszuarbeiten. Angefangen bei den fast unbekannteren frühen Arbeiten, in denen sich Habermas als ein konservativ-ästhetischer Kritiker von Oberflächenerscheinungen des Kapitals entpuppt, bis hin zu den neueren evolutionstheoretischen Ansätzen wird Habermas als Theoretiker analysiert, der sich verbissen um die Rekonstitution des mündigen Individuums bemüht in einer Gesellschaftsform, die jene erst durch sie möglich gewordene Idee der Mündigkeit, entfaltet in den Schriften frühbürgerlicher Ideologen, materiell verunmöglicht. Nun ist dieses Faktum Habermas durchaus nicht unbekannt; seine Versuche aber, dessen Gründe zu bestimmen, und die Strategien, die er zu ihrer Überwindung anbietet, offenbaren – wenn man der Argumentation Kunstmanns folgt – einen Theoretiker, der als verschwiegener Kantianer in den Aporien des Kapitals befangen bleibt und Fortschritt letztendlich in einer »Entwicklungslogik der Vernunft« anthropologisch begründen will. Dies weist Kunstmann im dualistischen Grundansatz von Habermas nach, der die überhistorische Trennung einer »Kausalität der Natur« und einer »Kausalität durch Freiheit« variationenreich reproduziert. Der durch die Erscheinungsweise des Kapitals produzierte Dualismus, philosophische Erscheinungsform der Widersprüche des Kapitals auf seiner Oberfläche, des von Habermas mühevoll und erfolglos gesuchten Grundes einer systematisch verzerrten Kommunikation, hat Folgen für die theoretische Entfaltung des Habermasschen Denkens: er verhindert eine adäquate Rezeption Hegels, hintertreibt eine auch nur annähernd

klare Aneignung des Marxschen Werkes und läßt Habermas in einem idealistischen Voluntarismus stranden, dessen überhistorisch-anthropologische Grundlagen er etwa in der Theorie der kommunikativen Kompetenz oder in einer theoretischen Begründung der Hermeneutik (Tiefenhermeneutik) nach dem Modell tiefenpsychologischer Theoreme zu erarbeiten sich bemüht. Hier schrumpft Freiheit gut bürgerlich zur Reflexion, zum Geist, zusammen, der sich voluntaristisch zu verwirklichen sucht, wobei Kunstmann nachweisen kann, daß das Habermasche Vertrauen in die Kraft der Reflexion in dem verschwiegenen Vertrauen auf die entwicklungslogische »List der Vernunft« wurzelt.

Kunstmann kritisiert Habermas nicht von außen, sondern spürt den verschwiegenen Voraussetzungen nach, zeigt im immanenten Durchgang Widersprüche in der theoretischen Argumentation auf und weist, gestützt auf die Unmenge von Spezialuntersuchungen der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, einen mehr als nur sorglosen Umgang Habermas' mit den von ihm rezipierten Schriften nach: paradigmatisch dafür sind nicht nur die sprachwissenschaftlichen Theoreme, sondern gerade auch das trübe Kuddelmuddel Marxscher Begriffe, mit denen Habermas unbekümmert um den theoretischen Zusammenhang bei Marx operiert. Emil Sander (Göttingen)

**Pohrt, Wolfgang:** Theorie des Gebrauchswerts. Syndikat, Frankfurt/M. 1976 (223 S., br., 12,- DM).

Zentrale Aussage dieses Buches, das sich als »Anstrengung in spekulativer Marx-Philologie« (Klappentext) versteht, ist, daß das Wertgesetz im Kapitalismus durch die Entwicklung zur Aktiengesellschaft, zur »praktische(n) Bruderschaft der Kapitalistenklasse« (Marx) liquidiert sei; daß »die Substitution der Zirkulation durch die Diktatur der Monopole« (130) die *unmittelbare*, von keiner Schranke mehr begrenzte Herrschaft des Kapitals als dem reellen Gemeinwesen (191) bedeute. Da – so Pohrts Argument – das Kapital zu seiner Selbstverwertung nicht länger der Vermittlung des Markts bedürfe und den Staat unmittelbar unter sich subsumiert habe, regrediere es »auf eine merkwürdige Form des einfachen Tauschverhältnisses, indem es sich gegen einen von ihm selbst in Regie genommenen Fond austauscht« (137): solche Verhältnisse seien dann auch nicht mehr ökonomisch, sondern nur noch politisch zu begreifen (ebd.). Der unmittelbare Zusammenschluß von Kapital und Staat produziere die »blanke Cliquesherrschaft« (198), die, durch keinen antagonistischen Willen gehemmt, am Ende in direkte politische Despotie münde. M. a. W.: Seit das Kapital nicht mehr dazu gezwungen ist, Gebrauchswerte hervorzubringen, nach denen ein gesellschaftliches Bedürfnis besteht; seit die krisenhafte Reibung von Produktions- und Zirkulationssphäre verschwunden ist – und in der Virtualität der Krise, im Auseinanderfallen von Produktion und zahlungsfähiger Nachfrage *liegt* für Pohrt eben noch ein Stück sozialer Vernünftigkeit (131) –, seit diesem Zeitpunkt gibt es nur noch »die widerspruchsfreie Produktion von einfachem Schund« (16) nach Maßgabe der Selbsterhaltungsinteressen des Kapitals.

Pohrts These, polemisch und mit grimmigem Witz vorgetragen, hat ebenso viel für wie gegen sich. Für sie spricht fraglos die Evidenz spätkapitalistischer Herrschaftsverhältnisse mit ihrer unübersehbaren Tendenz zum »totalen Staat«, wie sie der rechtskonservative Carl Schmitt bereits in den dreißiger Jahren beschrieben hatte (Aufhebung der Differenz von Staat und Gesellschaft, von Politik und Ökonomie). Angesichts jüngster Vorkommnisse (Abhöraffaires, staatliche »Energiesicherungs politik«, Terroristenfahndung) erscheint Pohrts Diagnose beklemmend plausibel. Auch seine herbe Kritik am notorischen Fortschrittsoptimismus, den nicht nur die Herrschenden, sondern merkwürdigerweise auch Teile der Linken verbreiten, ist am Plat-

ze, ja dringend notwendig: die brutale Regression auf einen technologisch verbrämten Naturzustand, in dem die Bedürfnisse der Menschen auf primitiv materielle, insofern tatsächlich archaische zusammenschrumpfen, kann nur noch im schlechten Sinne dialektisch als Moment des Fortschritts gedeutet werden.

Gegen Pohrts These – der moderne Kapitalismus sei ein »Verhältnis, worin es Herrschaft, aber keine Herren mehr gibt« (175) – spricht, daß allenthalben Widerspruch und Ausbruch, wenn auch häufig in un- und vorpolitischen Formen, sichtbar wird. Die stumme »Komplizenschaft« der Lohnabhängigen mit dem Kapital (16), die Pohrts These von der herrenlosen Herrschaft fundieren soll, ist eben doch nicht so total, daß Herrschaft vollkommen anonym und gesichtslos geworden wäre. In den sozialen Auseinandersetzungen um elementare, das bloß Materielle transzendierende menschliche Bedürfnisse artikuliert sich der ununterdrückbare Wunsch nach jenem emphatischen Gebrauchswert, dessen kollektive Herstellung Marx im Sinn hatte: der Wunsch nach einem solidarischen Gemeinwesen, nach dem Verein freier Menschen, in dem die »Punktualität« (Marx) der Individuen aufgehoben ist. Es gibt heute auch in der Bundesrepublik Ansätze einer Bewegung – vom Kampf gegen Atomkraftwerke über die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit bis hin zur Frauenbewegung –, die den Zwangszusammenschluß von Staat/Kapital und Gesellschaft infrage stellt.

Es ist relativ leicht, gegen ein Buch wie das von Pohrt reihenweise Einwände geltend zu machen. Man sollte dabei aber berücksichtigen, daß ein solches Buch – ich würde es ohne Zögern neben Günther Anders' »Die Antiquiertheit des Menschen« oder Ulrich Sonnemanns »Negative Anthropologie« stellen – vor allem die Funktion hat, festgefahrenes (linkes) Denken wieder geschmeidig zu machen.

Hans-Martin Lohmann (Frankfurt/M.)

### Sprach- und Literaturwissenschaft

**Hager, Frithjof (Hrsg.):** Die Sache der Sprache. Beiträge zu einem sozialwissenschaftlichen Verständnis von Sprache. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1977 (246 S., br., 25,- DM).

Der sieben Einzelbeiträge umfassende Reader überzeugt als eine Auswahl von Aufsätzen, die eindringlich den Sozialitätscharakter der Sprache belegen, indem sie auf die Bedeutung sprachlicher Symbole im Rahmen historischer, psychischer und sozialer Prozesse verweisen. Wenn Hager im Vorwort die legendäre Klage über den Reduktionismus der Linguistik führt, so erwartet der mit Wissenschaftskritik vertraute Leser gewiß nicht grundlos, im folgenden mit einem pragmatischen Ansatz als Alternative getröstet zu werden. Die im vorliegenden Reader zusammengestellten Texte beschränken sich jedoch keineswegs auf bloße Versuche der Umwertung, sondern ersetzen statt dessen eine sich allmählich erschöpfende Auseinandersetzung zwischen System- und Pragmalinguistik schlicht durch eine bessere Praxis. Da sie nicht aus der Defensive heraus konzipiert sind, schaffen sie sich die Möglichkeit, verfestigte Konventionen zu unterlaufen und gleichzeitig neue zu schaffen.

Eine Ausnahmestellung nimmt in einer Hinsicht der Aufsatz von G. H. Mead (von 1922) ein, weil die Grundzüge seiner Theorie nicht wie in den übrigen Fällen fremdvermittelt, sondern von ihm selbst in stark verdichteten Thesen dargestellt werden. Mit diesem Theoriekonzentrat des symbolischen Interaktionismus einzuleiten, hat den Vorteil, (in Verbindung mit einer leitthematischen Orientierung) zugleich die konstitutiven Faktoren des Symbolischen einzuführen, in der Sprache Meads also die auf ihre Umwelt reagierenden Subjekte (Organismen), die sich selbst und dem jeweils anderen konkrete Objekte bedeutsam machen, woraus letztlich Gesellschaftlichkeit resultiert. – Nicht minder klassisch und deshalb als kanonisiertes System gegen eine

lapidare kritische Attitüde resistent ist J. Piagets genetische Erkenntnistheorie. Die sehr konzentrierte, um eine adäquate Wiedergabe bemühte Darstellung des Verhältnisses von Sprache und Kognition in P.s Theorie von B. Neuendorf-Bub bezahlt ihren Anspruch auf Vollständigkeit auf kleinem Raum allerdings mit einem Verlust an Zugänglichkeit und Transparenz. Die Aufgabenstellung jedoch, die Entwicklungsstadien der kindlichen Intelligenz mit allen theoretischen Implikationen zu umreißen, ist so umfassend, daß selbst der Meister nicht immer vermochte, die Anstrengung des Gedankens und das Ringen um Systematik vergessen zu machen. – Um die »Ontogenese der Kommunikationsfähigkeit« am Beispiel der Herausbildung der frühkindlichen Verneinungsgeste als symbolvermittelter Handlung geht es in J. Rosenows Arbeit über ein zentrales Thema bei R. A. Spitz. Auf der Grundlage des psychoanalytischen Ansatzes bei Spitz belegt Rosenow in kritischer Abwendung von Theorien der Sprachstrukturierung die Notwendigkeit der Annahme, daß Sprachaneignung »als ein Rekonstruktionsprozeß von Handlungsstrukturen verstanden werden [muß], der durch die Handlungsaktivitäten im Verlauf der Kindheit vollzogen wird . . .« (98), wobei es sich gleicherweise um kognitive wie affektive Erwerbungen handelt. – Aus Hilflosigkeit gegenüber abstrakt-esoterischer Spekulation versage ich mir ein Eingehen auf die von T. Lipowatz entwickelte Argumentation J. Lacans zur These, daß das Unbewußte wie Sprache strukturiert sei und gehe gleich auf G. Klanns zwar der Freudschen Theorie verpflichteten, aber sehr eigenständigen Aufsatz über »Psychoanalyse und Sprachwissenschaft« ein. Darin schildert sie die Struktur und Funktion des psychoanalytischen settings und Prozesses und macht dessen Aussagekraft für eine kritisch revidierte pragmlinguistische Theorie fruchtbar. Ihr gelingt dies, indem sie der implizierten Voraussetzungslosigkeit von Interaktionsbeziehungen in den Ansätzen Wittgensteins und Searles die aus der psychoanalytischen Praxis gewonnene Erkenntnis entgegensetzt, daß »Sprach- und Handlungsregeln ihre systematische, erklärbare Vorgeschichte haben, die nicht einfach nur eine Geschichte im Sinne einer Kette von Sprachspielen und darin erworbenen Regelanwendungen ist . . .« (142). – Im vorletzten Beitrag des Bandes wird mit S. Zisterers Beitrag über die »Phylognese von Sprache und Handeln« in der Anthropologie A. Gehlens die in diesem Rahmen erwartbare Thematik des Sprachursprungs berücksichtigt. Der Erläuterung von Gehlens Sprachwurzelttheorie folgt eine grundlegende Kritik an der fehlenden Unterscheidung zwischen »elementarer Anthropologie« und »gegenwartsrelevanter, historisch-soziologischer Theorie der Institutionen« (156) sowie an der mangelnden Differenzierung zwischen kooperativem und kommunikativem Handeln. – Beschlossen wird der Reader durch eine Arbeit B. Brüggemanns zum »Konzept von Ich-Identität bei Jürgen Habermas«, deren Ziel es ist, Habermas' rollentheoretischen Ansatz im Zusammenhang seiner Sozialisationstheorie und der Idee von Mündigkeit und Rationalität zu erläutern.

Für nicht einschlägig vorgebildete Interessenten sei hinzugefügt, daß die soeben charakterisierten Aufsätze in ihrer interdisziplinären Ausrichtung dem Band zwar einen einführenden Charakter verleihen, daß allerdings für eine herkömmliche Einführung die Texte doch nicht voraussetzungslos genug sind.

André Lundt (Berlin/West)

**Maas, Utz:** Kann man Sprache lehren? Für einen anderen Sprachunterricht. Syndikat, Frankfurt 1976 (423 S., br., 20,- DM).

Natürlich kann man Sprache lehren. Maas bringt selbst genügend Beispiele dafür, wie verschieden (und freilich oft: wie verfehlt) das getan wurde und wird. Aber was lehrt man, wenn man Sprache lehrt; genauer: was alles kann dabei herauskommen?

Was Sprachunterricht ist, was er will und was er tatsächlich erreicht, ist zu einem guten Stück vom Sprachverständnis dessen abhängig, der den Unterricht konzipiert. Und Sprachverständnis heißt keineswegs Sprachtheorie! Das muß nicht reflektiert und erst recht nicht expliziert sein. Da schieben sich historisch und kulturell spezifische, aber auch von sozialen Interessen bedingte Sichtweisen ein und formen die Auffassungen darüber, was denn Sprache eigentlich sei, was es an ihr zu lehren (bzw. zu lernen) gebe – ohne daß man dem Sprachunterricht diese ihn bestimmenden Momente auf den ersten Blick ansehen kann.

Damit ist für jedes theoretisch bewußte Nachdenken über Sprachunterricht, das sich nicht mit einer vorgängig-selbstverständlichen Beschränkung aufs Vorfindliche begnügt, ein unabdingbar wichtiger Fragenkomplex angesprochen; zugleich aber der Bogen auch gefährlich weit gespannt: Im Rahmen dieser Problemstellung kann nahezu jede Beschäftigung mit Sprachauffassungen legitimiert werden, die zeigt, wie sich in Äußerungen über Sprache historisch-gesellschaftliche Bedingungen und soziale Interessen durchsetzen. Maas erliegt der Versuchung, dies extensiv auszunutzen, indem er zahlreiche solcher Betrachtungen aneinanderreicht. Zwar kann man von solchen Auseinandersetzungen gewiß nicht Absatz für Absatz direkte Folgerungen »für einen anderen Sprachunterricht« erwarten. Aber bei manchen der Texte wird man den Eindruck nicht los, sie seien für einen ganz anderen Zusammenhang geschrieben, so daß der Band stellenweise den Charakter eines zu Publikationszwecken strukturierten Exzerpthefts erhält. Das Kokettieren mit dem Mut zum Fragmentarischen (10 f.) kann da nur noch als Flucht nach vorn aufgefaßt werden. Wünschenswert wäre zumindest das erkennbare Bestreben des Autors gewesen, zur besseren Orientierung des Lesers den jeweiligen Stellenwert der Ergebnisse dieser exkursartigen Einzelbetrachtungen klarzumachen.

Paradoxerweise ist aber diese Schwäche des Buchs zugleich Ort seiner stärksten Passagen. In einigen dieser Analysen gelingt es Maas ganz ausgezeichnet, die verwickelten Beziehungen zwischen konkreten historischen Bedingungen und bestimmten Auffassungen bis in Details des Sprachbegriffs hinein zu verfolgen. Diese Teile sind nicht nur spannend zu lesen, sie laden geradezu zur Weiterarbeit ein; denn es finden sich darunter fast kleine Lehrstücke, wie man Geschichte der Sprachbetrachtung ohne immanente Bornierung schreiben kann (v. a. in den Kapiteln 4 und 6).

Maas' Kritik am herrschenden Sprachunterricht ist als Kritik an dem ihm zugrunde liegenden Sprachbegriff angelegt. »Die schlechte Abstraktheit des formalen bürgerlichen Sprachbegriffs liegt in der Verdrängung aller Erfahrungszusammenhänge unter der Form der sprachlichen Äußerungen.« (79) Maas zeigt, daß dies nicht nur für Grammatikunterricht gelten kann (aber auch dort nicht muß!), sondern auch für modisch an die Pragmatik angelehnte Varianten, in denen fremde Kommunikationssituationen formal trainiert werden. Überlegungen in bezug auf eine Alternative zu dem auf diesem Sprachbegriff basierenden Unterricht entwickelt Maas entlang dem Begriff der *Erfahrung*. Schon die Titelfrage »Kann man Sprache lehren?« spielt auf das Problem an, daß – im Unterschied zum Sachunterricht – dem Schüler der »Stoff« des Sprachunterrichts ja schon bekannt ist: Niemand würde einem Rechnen beibringen wollen, der schon rechnen kann. Doch diese Überlegung trifft nur, solange man den Erwerb der Sprache mit der Fähigkeit zur Produktion grammatischer Sätze identifiziert. Maas insistiert dagegen darauf, daß »Spracherwerb . . . nicht der Sprache wegen (geschichte), sondern . . . Ergebnis wie Voraussetzung des Machens von Erfahrungen« (273) sei. Daraus folgt: »Insofern der Spracherwerb Erwerb von Erfahrungsmöglichkeiten ist, wird der Sprachunterricht auch nur Erfolg haben, wenn er Erfahrungsmöglichkeiten eröffnet bzw. über die Entfaltung der Erfahrungen der Schüler läuft« (274). Aber wie soll das geschehen? Das Dilemma jedes Erfahrungen

thematisierenden Unterrichts, nämlich anscheinend nur die Wahl zu haben zwischen entweder der Reflexion konkreter Erfahrungssituationen, deren Ergebnisse auf Einzelnes beschränkt bleiben, oder der übertragbaren Verallgemeinerung solcher Reflexionen, die begrifflich dann leicht wieder der konkreten Erfahrung gegenüber selbstständig sind (vgl. 342), löst Maas mit dem Argument auf, daß gerade in der Sprache der Ort gegeben sei, an dem die konkreten Einzelerfahrungen mit einem Allgemeinen vermittelt würden, nämlich mit der »sprachliche(n) Form des Erfahrenen« (342). Als solchen sprachlichen Formen mißt Maas grammatischen Kategorien besondere Bedeutung bei; formuliert er doch keß: ». . . grammatische Kategorien sind Bedeutungskategorien« (377)! Folglich könnten »grammatische Analysen . . . den Aufbau der Bedeutung (rekonstruieren)« (377), grammatische Reflexion soll *als* thematische angelegt werden. Daß die gegebenen Beispiele für solchen Unterricht diesen Gedanken (vorausgesetzt er ist hier richtig herausdestilliert) nicht gerade erhellen, kann man der Vorläufigkeit der Überlegungen zugute halten. Gravierender scheint mir, daß nichts zwingend dafür geltend gemacht werden kann, wieso gerade auf der Ebene grammatischer Kategorien begonnen werden soll, wenn es um die sprachliche Vermitteltheit von Erfahrungen geht. Mir scheinen überzogene Hoffnungen in bezug auf die Möglichkeit bedeutungsrelevanter Ergebnisse grammatischer Reflexion in dieses Konzept einzugehen. Warum nicht mit der erfahrungsvermittelnden Wirkung unterschiedlicher *Begriffsaneignung* beginnen, um von dort zu abstrakteren und komplexeren Einheiten fortzuschreiten?

Maas entwirft ein gewiß ehrgeiziges Projekt, liefert aber beim gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten kaum mehr als in dieser Allgemeinheit akzeptable Zielvorstellungen »für einen anderen Sprachunterricht«. Immerhin. Walter Kühnert (Duisburg)

**Heinrich, Gerda:** Geschichtsphilosophische Positionen der deutschen Frühromantik (Friedrich Schlegel und Novalis). Scriptor-Verlag, Kronberg/Ts. 1977 (264 S., br., 19,80 DM).

Die 1976 im Akademie-Verlag Berlin/DDR erschienene Lizenzausgabe der Studie von Heinrich setzt sich zum Ziel, »das Denken der deutschen Frühromantik« am Beispiel von Friedrich Schlegel und Novalis »historisch zu erklären« (11). Der Verfasser geht hierbei von der Voraussetzung aus, daß eine historisch-materialistisch fundierte ideologiegeschichtliche »Rekonstruktion« (11) des frühromantischen Denkens weitgehend noch aussteht; dieser Mangel bringt seines Erachtens die Gefahr mit sich, daß in der zu erwartenden Romantik-Renaissance eine »Aktualisierung der Romantik von konservativer Seite« (35) ungeachtet der in ihr enthaltenen »wertvollen Elemente der Kapitalismuskritik« (32) zu erwarten ist. Zu Recht wird diese Gefahr gesehen, da die politisch relevanten Studien Schlegels zur griechischen und römischen Antike und dem damit verbundenen Republikanismus-Problem noch immer nicht in der historisch-kritischen Gesamtausgabe erschienen sind. Gerade diese wichtigen Studien Friedrich Schlegels, des führenden Kopfes der romantischen Bewegung, stehen im Mittelpunkt der Analyse Heinrichs. Eine durchgängige materialistische Leseweise der Texte von 1794–1800 stand für die Germanistik der DDR noch aus, offensichtlich, wie der Verfasser bekennt, durch den Einfluß der »Verketzerung der Romantik durch Lukács« (34), die doch nichts anderes darstellt als die Übernahme und Verlängerung der Romantik-Kritik Hegels, deren Implikate jedoch von Heinrich zur Beurteilung der nach 1800 erstellten Schlegel-Texte in modifizierter Form reproduziert werden.

Die in den sechziger Jahren in der BRD erschienenen Arbeiten der »kritischen Germanistik« (vgl. 30–32) sind zwar Anknüpfungspunkt, lassen jedoch den Verfasser in der Einordnung der Frühromantik »als Phänomen der Differenzierung in der bürgerlichen Ideologie am Ende des 18. Jahrhunderts« (37) unbefriedigt; die mit

»heroischer Illusion« (Marx) von den Frühromantikern begrüßte Französische Revolution steht im Gegensatz zur späteren Konversion zum Katholizismus und zur restaurativen Metternichschen Politik und läßt sich nur durch ihre kleinbürgerliche Haltung als Variante bürgerlicher Ideologie erklären: die in der Konzeption des »utopischen Gegenentwurfs« (49) formulierte Feudalismuskritik schlägt aufgrund der Uneinsichtigkeit in den antagonistischen Charakter der frühkapitalistischen Entwicklung der in Frankreich begonnenen Emanzipationsbewegung des Bürgertums um in eine »Flucht in die Innerlichkeit« (57). Die von Schlegel im 216ten Athenäum-Fragment als wichtigste Tendenz des Zeitalters neben Fichtes Wissenschaftslehre und Goethes Wilhelm Meister eingeschätzte Französische Revolution wird so notwendig zur »tragische(n) Arabeske« (Schlegel). Die Folge ist die vom Standpunkt des Subjektivismus vollzogene totale Negation der Konsequenzen der Revolution, während die deutsche Klassik ihre Enttäuschung über den jähen Abbruch der liberalen Entwicklung in der Phase der Jakobinerdiktatur »letztlich produktiv . . . zur Schaffung einer Nationalliteratur oder großer philosophischer Systeme« (78) zu nutzen versteht. Mit diesem Urteil fällt Heinrich in den traditionellen Tenor, Klassik und Romantik als qualitativen Unterschied zu begreifen, obwohl gerade wichtige Entsprechungen feststellbar sind (vgl. Metscher, Faust und die Ökonomie, AS 3, 36–41).

In der Analyse unrichtig erscheint die Einordnung der »Gräcomanie« Schlegels, die Heinrich als Refugium des politisch Enttäuschten darstellt, obwohl sie gerade im direkten Zusammenhang mit der Begrüßung der französischen Revolution gesehen werden muß; die republikanische Idee speist sich aus der Antike-Rezeption und wird in der französischen Entwicklung wiedererkannt. Antike-Ideal und Republikanismus-Idee sind daher Buchstaben eines Wortes, der progressiven Universalpoesie des »gesellschaftlichen Schriftstellers« (Schlegel), wobei die Überschätzung der Rolle der Kunst zur politischen Enttäuschung führt und die Hinwendung zum Mittelalter einleitet. Diese Phase ist schließlich der vollkommene Bruch mit der Antike-Rezeption. Daher ist es nicht korrekt, wenn Heinrich feststellt, daß im Denken der Frühromantiker »Ein solch idealisiertes Bild vom Mittelalter . . . nun die Stelle und Funktion des Antikemodells in ihrem Weltbild« (104) einnimmt. Denn durch das Mittelalter-Ideal wird »die Rolle des Adels aufgewertet« (127), hingegen fungiert das Antike-Ideal als Instrument der Legitimierung der Stellung des Bürgers. Jeweils beiden Phasen gemeinsam ist die fatale Überschätzung der Kunst; die Folge dieses »subjektive(n) Idealismus« in der Form der »ästhetische(n) Umsetzung des revolutionären Naturrechts« (133) Fichtes ist die romantische Ironie als das Instrument des Dichters, »kein Gesetz anzuerkennen, als dasjenige, welches man sich selbst gegeben hat« (Schlegel). Mit diesem Anspruch sagt die Frühromantik sich freilich von der objektiven Realität los und etabliert in der Gestalt des »Fragments« die »weltanschauliche Hilflosigkeit eines kritischen Anspruchs« (159). Ihr letzter Versuch, das »Wunschbild eines erstrebenswerten gesellschaftlichen Zustandes auf die Tagesordnung« (179) zu setzen, geschieht in der Anknüpfung an die Naturauffassung Schellings. Doch durch die Analogisierung der in der Natur vermeintlich erkannten »Harmonie und Einheit« (198) mit der Gesellschaft schlechthin wird die »Liebe« (203) zum obersten Prinzip erhoben. Mit diesem »zur Religion zurückkehrenden Spinozismus« (212) büßt die Frühromantik endgültig ihre gesellschaftskritische Grundhaltung ein; die Etappen und Quellen dieser Entwicklung arbeitet Heinrich deutlich heraus, ohne wie in vergleichbaren Untersuchungen zu Überkomplizierungen zu neigen. Das Resultat ist die Einschätzung der Frühromantik als notwendiges Bindeglied zwischen Aufklärung und Marxscher Gesellschaftskritik (vgl. 27); ihre adäquate Form ist die Kritik deutscher Zustände im ästhetischen Gewand. – Das Personenregister erleichtert die Arbeit mit diesem wichtigen Buch.

Erhard Kölsch (Berlin/West)

**Bodi, Leslie:** *Tauwetter in Wien. Zur Prosa der österreichischen Aufklärung 1781–1795.* S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1977 (512 S., Ln., 52,- DM).

Den eigentlichen Kern dieser Studie machen die Kapitel über die »Anfänge des österreichischen Aufklärungsromans« (179–226) und die »Belletristik der Krisenzeit des Josephinismus« (280–394) aus. Sie charakterisieren eine Vielzahl der Wiener Prosatexte dieser Epoche hinsichtlich gesellschaftskritischem Gehalt, Traditionsbeziehungen und stilistischer Eigenart. Der Schwerpunkt liegt auf den Jahren 1783 bis 1788, weshalb man auch über die österreichischen Jakobiner, mit denen auf dem Umschlag geworben wird, wenig und kaum Neues erfährt. Von den behandelten Autoren sind bekannter: Pezzl, Blumauer, Richter und von Meyern.

Der Vf. bezeichnet seine Studie als »Literaturgeschichte in positivistischer Form« (11). Dies mag bei einem Lukács-Schüler verwundern. (Bodi ist 1957 nach Australien emigriert.) Immerhin stimmt daran, daß der eingehenden und anschaulichen Präsentation des entlegenen Materials viel Platz eingeräumt wird. Doch geht der Vf. in zweifacher Hinsicht darüber hinaus. Einmal begreift er seinen Gegenstand als »Modellfall« für eine von »Tauwettergefühl« geprägte Ausnahmesituation in der Entwicklung einer »gelenkten Literatur« (17). (Diesem Einfall gewinnt Bodi einige gewaltsame Aktualisierungen ab, verzichtet aber darauf, diese »polemische Überspitzung« (11) dem Material allzu oft anzutun.) Zum anderen geht es ihm um die Herausarbeitung der »Sonderzüge der österreichischen Aufklärungsliteratur« (11) gegenüber der protestantisch-norddeutschen Literatur. In dieser Absicht erweitert der Vf. den Horizont des Buches um allgemein-historische und literatursoziologische Fragestellungen.

Bodi stellt die Entwicklung der Wiener Aufklärungsliteratur als komplexe Reaktion auf die Reformpolitik des Josephinismus dar; diese habe mit der Liberalisierung der Zensur und mit der merkantilistischen Förderung des Verlagswesens die Entstehung einer politisch-theologisch rasonnierenden Öffentlichkeit ermöglicht. Entscheidende Stimuli seien davon ausgegangen, daß die Kräftekonstellation wie die monarchische Modernisierungsstrategie die Stellungnahme der aufgeklärten Schriftsteller – ja vorab die Herausbildung eines bedeutenden Kreises von Autoren – geradezu verlangt hätten. Publikum, Schreiber und literarische Strukturen der Broschürenflut zu theologischen (»Predigtkritiken«) und sozialen Fragen stellen sich nun als die bestimmenden literaturgesellschaftlichen Voraussetzungen für die Entstehung einer literarisch verallgemeinerten Prosa Kultur dar, die stets wieder in ihrer Bedingtheit durch die übergreifenden sozialen und politischen Konstellationen (Vielvölkerstaat, Großstadt, Staatsdenken des Josephinismus) und durch die einzelnen Etappen josephinischer Machtausübung gefaßt wird. Die Eigentümlichkeit der literarischen Situation wird näher veranschaulicht durch die Beleuchtung solcher Aspekte wie: Zusammensetzung des Lesepublikums und der Autorschaft, Fragen des literarischen Eigentums, Selbstverständnis der österreichischen im Rahmen der übrigen deutschen Literatur etc.

Als literaturhistorisches Resultat der Studie zeichnen sich die Umriss einer Aufklärung ab, die hinsichtlich ihres ästhetischen Gewichts zwar nicht mit der norddeutschen Aufklärung und Klassik gleichzusetzen ist, aber doch gegenüber deren wortkünstlerischer »Innerlichkeit« z. B. mit ihrer Praxisnähe und Sinnlichkeit bislang verkannte Qualitäten aufweist.

Bodis Fragestellungen wie die Fülle der mitgeteilten Materialien geben Anlaß zu dem Wunsch nach ähnlich übergreifenden, materialistischen Untersuchungen zur deutschen Literatur der Zeit, nach einer Herangehensweise, die nicht die Analyse der großen Kunstwerke im Lichte der allgemeinsten sozialen und ideologischen Tendenzen der Zeit abtrennt von der Untersuchung der literaturgesellschaftlichen Umstände,

die die hohe Literatur im Zusammenhang der gebrauchts- oder trivialliterarischen und publizistischen Grundströme und als Produkt eines konkreten Beziehungsgeflechts von Publikum und Autorschaft faßt.

Dabei wären allerdings einige Schwächen Bodis zu vermeiden. Diese sehe ich insbesondere in der unzureichenden begrifflichen Zuspitzung; z. B. fehlt weitgehend die klassenanalytische Bestimmung der Kräfte, die sich auf dem Forum der Literatur reiben. Weiter in einer recht additiven, pointilistischen Charakterisierung der literarischen Produkte, die nur wenig über deren ästhetischen Charakter als Werke aussagt. Etwa im Leser aufkeimende Fragen werden oft mit Titelhäufungen überwältigt. Auf den Mangel an theoretischer Verallgemeinerung macht der Vf. um so schmerzlicher aufmerksam, wenn er unmotiviert und roh auf Adorno-, Horkheimer- und Bloch-Zitate verfällt (20, 38, 163 u. ö.) oder Entfremdung und Warenfetisch beschwört (200).

Trotz dieser Tendenzen ist Bodis Buch eine nicht zuletzt vergnügliche Lektüre, auch für den bloß literarisch interessierten Leser, da es den Zugang zu einer durch ihre sinnlich-satirischen, auch komischen Seiten anziehenden Literatur auf tut. Hierzu tragen die zahlreichen mitgeteilten Textbeispiele nicht wenig bei. Im übrigen ist der Band vorbildlich mit Illustrationen ausgestattet. Dem wissenschaftlichen Interesse wird durch ein ausführliches Register (482–512) sowie eine umfangreiche, gegliederte und kommentierte Bibliographie Genüge getan. Rainer Kawa (Dortmund)

## Soziologie

**Moser, Heinz:** Praxis der Aktionsforschung. Ein Arbeitsbuch. Kösel-Verlag, München 1977 (119 S., br., 12,80 DM).

Der Verfasser wendet sich mit seinem »Arbeitsbuch« an »Praktiker wie Lehrer, Sozialarbeiter und Therapeuten, die selbst Aktionsforschung initiieren wollen oder in einem Projekt mitarbeiten«, sowie an Studenten und Wissenschaftler die sich »praxisnah in das Gebiet der Aktionsforschung einarbeiten« (8) möchten. Diesem Anspruch genügt das Buch, vor allem durch die gelungene didaktische Konzeption: Es werden zu den thematischen Schwerpunkten Probleme formuliert und Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen, Hinweise auf alternative und weiterführende Bearbeitungsweisen gegeben, auf entsprechende Literatur verwiesen. Der Text ist übersichtlich strukturiert durch Hervorhebungen, die das Wesentliche des jeweiligen Abschnittes zusammenfassen. Die aktive Auseinandersetzung mit dem Text wird hierdurch wesentlich erleichtert. Inhaltlich wird im Vergleich mit einschlägiger Literatur allerdings nichts Neues geboten. Die kritischen Anmerkungen zur traditionellen empirischen Sozialforschung wiederholen hinlänglich Bekanntes.

In drei umfangmäßig etwa gleichen Hauptteilen werden »Probleme der Projektpraxis«, »Das zyklische Modell der Aktionsforschung« und »Gesellschaftliche Bedingungen der Aktionsforschung« nacheinander behandelt. Im ersten Teil geht es hauptsächlich um das Aufzeigen von Kommunikations- und Interaktionsschwierigkeiten zwischen Projektteilnehmern, sowie um Möglichkeiten zu deren Beseitigung. Es folgt die Beschreibung der schrittweisen Hypothesenbildung und Theorieverdichtung in Diskussionen aller Beteiligten, das Umsetzen in Handlungsanweisungen (Aktionen), neuerlicher theoretischer Reflexion u.s.f. Dieses geschieht in Auseinandersetzung mit der herkömmlichen Sozialforschung, wobei der wesentliche Unterschied herausgearbeitet wird: Hier der Versuch, Hypothesen aus der tatsächlichen Praxis zusammen mit den Betroffenen zu gewinnen, dort vorab gesetzte Hypothesen letztlich nur in der Realität wiederfinden zu wollen. Warum der Autor jedoch den Projektverlauf an einem »fiktiven Beispiel« (57), Problemen mit arbeitslosen Jugendlichen, illu-

striert, wird nicht begründet. Erst im dritten Teil wird deutlich gemacht, welche Gründe für das Verhalten von Forschern und Praktikern ausschlaggebend sind. Gerade Praktiker sind abhängig von den Institutionen, in denen sie tätig sind und somit Macht- und Interessenkonstellationen unterworfen, während Forscher zuweilen einen gewissen Freiraum für sich reklamieren können. Im ersten Teil erweckte der Autor noch den Eindruck, als ob es hauptsächlich auf den guten Willen der Beteiligten ankomme, und es mit einem »Angleichen des Sprachniveaus« und »Schaffung von symmetrischen Mitwirkungschancen« durch entsprechende Aufgabenverteilungen getan wäre (20 f.). Moser macht sich im übrigen keinerlei Illusionen darüber, daß gerade auch Aktionsforschung von staatlichen Institutionen zum Vorgaukeln von Partizipation genutzt werden kann, so daß im Sinne von Krisenmanagement (82 f.) Konfliktpotential absorbiert wird. Hier unterscheidet er sich von solchen Aktionsforschern, die durch subversive Praxis vermeinen, Gesellschaftsstrukturen verändern zu können (vgl. hierzu die Sammelrezension von Fred Karl in *Argument* 101).

Als Einstiegslektüre, auch wegen der leichtverständlichen Schreibweise des Autors, zu empfehlen. Moser weist selbst darauf hin, daß die Lektüre dieses Buches das Hinzuziehen anderer Literatur zum Thema, die teilweise genannt wird, nicht überflüssig macht.

Peter Kost (Hamburg)

**Braun, Hans, und Ute Leitner (Hg.):** Problem Familie – Familienproblem. Campus-Verlag, Frankfurt/New York 1976 (222 S., br., 24,- DM).

Diese Sammlung von Aufsätzen gliedert sich über allgemeine Ausführungen hinaus in 3 Themenkomplexe: »Biographie der Familie«, »Familie im gesellschaftlichen Zusammenhang« und »Institutionelle Hilfe für die Familie«. Das Buch soll nicht Lehrbuch der Familiensoziologie sein, aber es soll versuchen »typische Problemsituationen herauszuarbeiten, nach ihrer gesellschaftlichen Determination zu fragen sowie die institutionellen Hilfen aufzuzeigen, die zur Bewältigung dieser Probleme bestehen, bzw. in Zukunft notwendig werden« (7). Die Zusammenstellung von Problemsituationen erfolgt entlang einer »Familienbiographie«, dabei werden deskriptiv entscheidende Abschnitte im Leben einer Familie beleuchtet: Eheschließung und Aufbau familialer Wirklichkeit, Geburt des ersten Kindes und Übernahme der Elternrolle, Auswirkungen der Schule auf das Familienleben, Rückzug der Kinder aus dem Familienzusammenhang und schließlich Großelternschaft und Alter. Die Betonung des Prozeßcharakters, seine Herausarbeitung, ist das Kennzeichnende an diesem Buch.

Bereits bei der Entfaltung der Familienbiographie wird deutlich, daß weder die Tatsache, daß die Familie in die Gesellschaft eingebettet ist noch die, daß sie von konkreten Persönlichkeiten mit bestimmter Klassenherkunft gebildet werden, adäquate Berücksichtigung erfahren. Beeinflußt von einer »Industriegesellschaftstheorie«, in der es keine Klassen, sondern nur Schichten gibt, werden bestimmte Probleme nicht genannt, andere nur auf der Erscheinungsebene abgehandelt. Gesellschaftliche Verhältnisse reduzieren sich auf gesellschaftliche Arbeitsbedingungen: »Es sind . . . Probleme, die sich als familiäre Konflikte und Spannungen darstellen, deren Ursachen aber in den unterschiedlichen Lebenszusammenhängen der sozialen Schichten, letztlich in den gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeit zu suchen ist« (91). Als Indikatoren werden dafür Arbeitslohn, Arbeitszeit, Arbeitsplatzsituation und Arbeitsinhalt angegeben (94). Über die Familie im Kapitalismus schreiben zu wollen, setzt eine begriffliche Unterscheidung voraus; die Familie des Produktionsmittelbesitzers und die des Lohnarbeiters unterscheiden sich nicht nur in der Höhe der zur Konsumtion zur Verfügung stehenden Mittel, sondern auch qualitativ: Während die Familie des Kapitalisten eine Erborgorganisation darstellt, wird in der Familie des Arbeiters die Ware Ar-

beitskraft reproduziert, als Individuum wie als Klasse. Dabei sind innerhalb dieser Organisationsform die Beziehungen der Individuen je nach Klassenlage und Bewußtsein zu unterscheiden. Diese Beziehung Individuum – Familie – Gesellschaft wird in den Aufsätzen nicht begrifflich erfaßt. Voraussetzung dafür wäre eine wissenschaftliche Gesellschafts- und Persönlichkeitstheorie. Die im Rahmen bürgerlicher Sozialforschung erfaßten Erscheinungsformen sind widersprüchlich. Auf diesem Hintergrund ist die allgemeine Einschätzung verständlich: »Daß zwischen Familienstruktur und Gesellschaftsstruktur, zwischen Kultur und familialer Sozialisation Zusammenhänge bestehen, ist ebenso richtig wie nichtssagend . . . Wo ein festes Fundament für eine gesetzmäßige, Zusammenhänge zwischen Kleingruppen sowie wirtschaftlichen und politischen Großstrukturen erfassende, Theorie des sozialen Wandels zu entstehen schien, befinden wir uns heute vor einem Trümmerfeld empirisch nicht bestätigter Hypothesen« (141).

Hans Schindler (Fernwald)

**Irigaray, Luce:** Waren, Körper, Sprache. Der verrückte Diskurs der Frauen, Merve-Verlag, Berlin 1976 (80 S., br., 7,- DM)

**Irigaray, Luce:** Unbewußtes, Frauen, Psychoanalyse. Merve-Verlag, Berlin 1977 (112 S., br., 9,- DM)

**Le Grif:** Essen vom Baum der Erkenntnis. Weibliche Praxis gegen Kultur. Merve Verlag, Berlin 1977 (75 S., br., 6,- DM)

**Lowien, Merve:** Weibliche Produktivkraft – Gibt es eine andere Ökonomie? Erfahrungen in einem linken Projekt. Merve-Verlag, Berlin 1978 (214 S., br., 10,- DM)

Obwohl sie in der Reihe: Internationale marxistische Diskussion erschienen sind, schließen diese Bücher nur in sehr lockerer Weise an die linke Szenen-Diskussion an, vielmehr repräsentieren sie den Versuch einer formal und inhaltlich alternativen Darstellungs- und Kommunikationsweise (von Frauen): sie enthalten wenig systematische und präzise Definitionen und Ableitungen, dagegen viele Bilder, Erfahrungen, Wort-neu-Schöpfungen und Thesen, bezogen auf den gesellschaftlichen und sprachlichen Untergrund von Frauen. – Von diesen Texten geht eine besondere Anziehungskraft aus: Sie versuchen in einen Dialog *mit* anderen (Frauen) einzutreten, nichts Endgültiges *über* die Frauen zu sagen. Ich kenne viele Frauen, die von diesen Büchern fasziniert sind. Sie werden in den Gruppen und auf Tagungen der neuen Frauenbewegung diskutiert.

Die Gruppe Le Grif spricht für das Brüsseler Frauenzentrum. Dort wurden die verschiedenen Arbeiten zum »Baum der Erkenntnis« gemeinsam erarbeitet. Es sind kollektive Texte zur Kreativität und Identität der Frau. Merve Lowien gibt *ihren persönlichen* Bericht über die Geschichte des Merve-Kollektivs, dessen weibliche Produktivkraft sie selber darstellte.

Luce Irigaray ist eine französische Psychoanalytikerin, die in ihrer Analyse das zensierte weibliche Unbewußte eigenartig zur Sprache bringt.

Die vier Bücher kreisen um bisher unterdrückte Frauenerfahrungen und Provokationen:

- Die weibliche Sprache: die *Unter-Kultur* der Frauen ermöglicht einen anderen Diskurs: gelebte Kunst und menschliche Kommunikation.
- Die weibliche Lust und *Sexualität*: Die sexuelle Vielheit der Frau einschließlich ihrer Selbstliebe (Selbstaffektion) übersteigt männliche Sexualität, die sich bisher nur homosexuell erlebt hat.
- Das weibliche Unbewußte: Die Frau ist das gesellschaftlich Unbewußte und Repräsentant des Anderen. Frauenbeziehungen und weibliche Ökonomie werden verdrängt und ausgebeutet.

– Die *weibliche Ökonomie* und Produktivkraft: Die Hausökonomie der Frauen versinnbildlicht in beschränkter Form eine universelle und gebrauchtswertorientierte Produktionsweise, von deren Auszehrung die Warengesellschaft lebt.

Zu viel des Weiblichen, zuviel Euphorie, befand ich bei meinen ersten Leseindrücken, zuwenig Anhalt bei bestimmten und allgemeinen Aussagen. Bei der Wiederholung begann ich assoziativ zu lesen, die Texte für mich zu entdecken und die Zensur wegzulassen. Es geschieht viel bei den Frauen, wenn der männliche Bezugspunkt im Denken und Fühlen wegfällt. Trotzdem hatte ich Mühe, mich in die Texte einzufinden.

*Frauen-Unter-Kultur*: In dem Band von Le Grif ist Kulturkritik Ausdruck weiblicher Existenzweise, weibliche Identität ist Kulturkritik: »Eine Gesellschaft von Frauen wäre nicht mehr an schöpferischer Tätigkeit im Sinne von Produktion orientiert, nicht einmal an Kreativität, sondern am Zusammensein mit anderen, am Wohlsein« (9), Merve Lowien nennt dies weibliche Produktivkraft.

Von den Brüsseler Frauen wird die kulturelle Lage der Frauen mit der des Proletariats verglichen: Frauen halten sich in einer Unter-Kultur auf (Grif 13). Diese ist keine Randgruppenkultur, sondern Unterbau der herrschenden Kultur und Sprache, an die sie verpönte Anpassungsarbeit leisten – vermittelt durch die Sozialisations- und Reproduktionsleistungen der Frauen. Sie handeln sich dafür keine anderen Entschädigungen ein als das Akzeptieren der Ausbeutung, des Ausschlusses und des Zur-Verfügung-Stellens der Kräfte. In dieser von der herrschenden Kultur ignorierten bzw. verachteten Unter-Kultur ist die Hausarbeit mit ihren ästhetischen Produktionen der ökonomische und kulturelle Garant für die Reproduktionsverhältnisse. Sie verkörpert das gesellschaftlich Unbewusste und Exkommunizierte in einem besonderen Verhältnis zur Macht: nämlich als stumme Unterstützung hinter den Kulissen. Auf der sprachlichen Ebene wird diese Wirklichkeit als das Semiotische benannt. Es liegt den Autorinnen Irigaray und Kristeva zufolge noch vor der Produktion von Zeichen, vor der Aneignung der Sprache. Entwicklungsgeschichtlich und ontogenetisch ist dieser vorsprachliche Bereich an die präödpale Mutter gebunden (an die anale und orale Phase) und wird in der genitalen bzw. ödipalen Phase durch das Auftreten des Vaters gelöscht bzw. verdrängt. Damit verschwindet weibliche Symbolik, z. B. des Flüssigen, des Qualitativen und Kommunikativen aus der Sprache, Kristeva nennt dies den Effekt der Frau. Er verweist auf die Dialektik von Herr und Sklave. In der Sklavenrolle der Frau ist aber ein implizites Wissen von der gesellschaftlichen Macht bewahrt, die dem Herrn insofern überlegen ist, als sie in ihren Lustmöglichkeiten darin nicht aufgeht.

Die Krise der Reproduktionsverhältnisse und hier besonders der Autoritätsverlust des Vaters und seine ökonomische Schwäche deuten auf die Funktion Mutter als dem zweiten Identitätspol der Frau: die präödpale Mutter ist eine mächtige Mutter. Daher muß sie aus den Kulturrepräsentationen verdrängt werden. In ihnen ist kein Platz für Frauenbeziehungen, weder zwischen Frauen noch zwischen Mutter und Tochter.

*Weibliche Sexualität und Frauenbeziehungen*: Luce Irigaray ist sicherlich die provozierendste zeitgenössische Theoretikerin der Psychoanalyse. Sie stellt das autoerotische weibliche Lustvermögen heraus, das auch die inzestösen Tabus entlarvt. Der weibliche Körper eröffnet den Frauen unmittelbare und polymorphe Lustmöglichkeiten, unabhängig von der Stimulation durch andere oder durch Männer. Diese Selbstaffektion der Frauen gehört zur progressiven, befreienden Erkenntnispraxis der neuen Frauenbewegung. Sie hat das weibliche Lustempfinden vom männlichen Zugriff und seiner Fremddefinition befreit. Der männliche Diskurs des Ausschlusses und der Vereinnahmung hat daher die Frauen bisher zwar unterdrückt, aber gleichzeitig auch nicht – »erreicht«. Unsere Kultur erkennt nur ein Geschlecht an, das männ-

liche und die Psychoanalyse hat die Theorie dazu geliefert. Der Band: Unbewußtes – Frauen-Psychoanalyse enthält mehrere kleinere Arbeiten, darunter fragen des Fachbereichs Philosophie und Politik der Universität Toulouse nach dem Symbolischen, der Symmetrie und Differenz der Frau, über Frauen-Sprechen, doppelte Syntax, die sexuelle Vielheit der Frau, Fragen nach dem Verhältnis von Psychoanalyse als Institution, zur Einschätzung des Marxismus, der Frauenbewegung, zur weiblichen Neurose u. a. m.

In ihren Antworten versucht Irigaray das Problem einer möglichen Andersheit von Frauen zur Sprache zu bringen, ohne den Strukturen des wissenschaftlichen Diskurses zu folgen. So stellt sie die Syntax des Bewußten und des Unbewußten nicht als Hierarchie dar, sondern nebeneinander. Merkmale des Unbewußten (z. B. Nicht-Widersprechen, Nicht-Identität, Kontinuität, Verdichtung, Verhältnis zur Zeit) repräsentieren die Frau. »Das Unbewußte ist heute zum großen Teil das verdrängte Weibliche der Geschichte« (13).

In dem Kapitel: Psychoanalyse und weibliche Sexualität interpretiert Irigaray die psychosexuelle Entwicklung des Mädchens entgegen dem Passivitätsdogma von Freud. Sie gibt einen vorzüglichen Überblick über die biologisch männliche Fixiertheit von Freud und die Annäherung späterer Psychoanalytiker an die realen Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen. Diese konnte Freud nur als spezifisch weibliche Pathologien wahrnehmen, als Hysterie, Frigidität und Homosexualität. Seine Schüler, z. B. Karen Horney haben bereits eine Umkehr der Abfolge: Kastrationskomplex – Ödipuskomplex analysiert. Die frühen vaginalen und klitorellen Lustempfindungen des Mädchens richten sich nach der mütterlichen Objektwahl auf den Vater. Um von ihm geliebt zu werden, wendet es sich von der Mutter ab. Das Mädchen muß daher nicht nur das Sexualobjekt wechseln, sondern auch seine erogenen Zonen. Die präödiopale Mutter-Tochter-Bindung wird abgedrängt. Die Arbeit an diesen Beziehungen hat in der Frauenliteratur und Frauenbewegung begonnen.

*Weibliche Ökonomie und Produktivkraft:* Die Sexualökonomie spiegelt den gesellschaftlichen Status der Frauen wieder. Frauen sind keine Klasse, sondern ein Zustand. Für ihren Zustand der Unter-Entwicklung rächen sich die Frauen durch Verweigerungen, Vorenthalten von Lust und Nicht-Erreichbarkeit (15). Merve Lowien zeigt an einem praktischen Beispiel, daß der Kampf gegen Arbeitsteilung und Geschlechterrollenpolarisierungen nur dort stattfinden kann, wo auch die Arbeit als Einheit von Arbeiten-Erkennen-Leben sich realisiert. Am Prozeß und der Geschichte des Merve-Verlags entwickelt die Probleme und Kategorien eines Kollektivs als Lernprozeß und macht damit konkret, was die französischen Feministinnen abstrakt darstellen.

In der Verlagsarbeit, die sie beschreibt, werden die theoretischen Zusammenhänge der Einheit von Kopf- und Handarbeit (II Manifesto-Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik der italienischen linken Bewegung) subkulturell und in einem selbstbestimmten Arbeitszusammenhang zu realisieren versucht. Was aber als Selbstbestimmung beabsichtigt ist, wird zur Selbstausbeutung und selbstbehauptenden Kommunikation und von Rückschritten, Stagnation und Widersprüchen mehr gehemmt als vorangetrieben. »Arbeit an der Selbstbestimmung als kollektive Vermittlungsqualität kann nicht aufhören, historisch nicht und auch nicht bereichsspezifisch. Die These von Manifesto: halb Studium, halb Arbeit, wäre zu erweitern um die Hausökonomie, die jeder Mensch sollte betreiben können« (33). Damit ist ein direkter Anknüpfungspunkt zur Theorie des Reproduktionsbereichs in der Frauenbewegung geliefert. Die besondere weibliche Produktivkraft »liegt in der Alltags- oder Hausökonomie, die in unserer Gesellschaft vorwiegend die Frauen machen müssen . . . Sie ist auf die Herstellung der besonderen Ware Arbeitskraft gerichtet« (41). Merve Lowien bezieht in die Hausökonomie die Herstellung von Kommunikation

ein. »Obwohl sie als diese die Kommunikation von Autonomie, vom Unmittelbaren und insofern Selbstbestimmung, Gesellschaftlichkeit ist, muß sie, dem Verwertungsinteresse des die Gesellschaft beherrschenden Kapitals unterworfen, auf Anpassung, Status, Privilegien abheben, ist sie vorrangig fremdbestimmt.« (42) Ihre eigene Rolle beschreibt Merve Lowien (in dem Buch Paula genannt) als eine Art human-relations-Rolle, deren Kehrseite die Verhinderung notwendiger Erfahrungen von Niederlagen und Auseinandersetzungen war, aber gleichzeitig überhaupt eine Integration von persönlicher und allgemeiner politischer Erfahrung, von theoretischem Anspruch und realer Verwirklichung ermöglichte. »Die Ökonomie des Verlags entspricht der Wirtschaft der Hausfrau, die nicht für Geld arbeitet, sondern für den Menschen. Was für die Hausfrau der Mann und für diesen der Familienzusammenhang ist, sind für den Merve-Verlag die Broschüren der IMD (Internationalen marxistischen Diskussion) und der Kollektivzusammenhang, auch diese Ökonomie ist wie jede Ökonomie politisch« (108). Die Widersprüche dieser Verlagsarbeit als Hausökonomie liegen in der Privatheit der Produktionsweise, die eine Vergesellschaftung qualitativer, bedürfnisorientierter Art einerseits hervorbringt, aber auch blockiert und die selbstbestimmte Kommunikationsweise in die »konkurrenzhaftere Kommunikation des Marktes, in eine selbstbehauptende, einbindet. Die inselhafte Verwirklichung einer nur phasenweise möglichen sozialistischen Kollektivität, in dem selbstbestimmten Arbeit, Einheit von Kopf- und Handarbeit, Kommunikation und Selbstverwirklichung im Widerspruch zur Umgebung vorschein konnten, produzierte ihre eigenen Widersprüche: Die freigesetzten Wünsche nach Sinnlichkeit, Entspannung, real aufgehobener Arbeitsteilung wurden zu einer permanenten Produktion von Wünschen nach zusammenhängender Sinnlichkeit, nach Aufhebung der Trennung von Arbeit, Liebe und Spiel« (112). Aufhebung der Arbeitsteilung müßte auch Aufhebung der Trennung von Kultur und Subkultur bedeuten. Damit schließt sich der Kreis: Frauenbewegung und alternative Verlagsarbeit, beide vorangetrieben durch die bei den Frauen aufgehobenen praktischen Vergesellschaftungswünsche, setzen ihre Kritik an der sozialen Arbeitsteilung, den hierarchischen Kulturen, den Geschlechtsrollen, Polarisierungen fort.

Der Entwurf einer selbstbestimmten, hierarchielosen »Frauengesellschaft« mit einem Lebenskonzept ohne rigide Arbeitsteilung und Geschlechtsrollen erfüllt für viele Frauen Harmonie und Identitätsbedürfnisse, findet aber innerhalb der Frauenbewegung, auch bei M. Lowien, Widerspruch und analytische Widerstände. »Eine von den gesellschaftlichen Widersprüchen freie, imaginäre Gesellschaft stellt die Gemeinschaft mit der archaischen Mutter wieder her« (J. Kristeva, in *Le Grif* . . . 40). Sie bedeutet Identifikation mit der (Gegen)-Macht, die damit nicht aufgehoben wird. Dieser Traum einer anderen Gesellschaft, in der Frauen sich ausdrücken und ganz erleben können, ist selbst widersprüchliches Moment der Nicht-Repräsentation der Frauen in der phalokratischen Kultur und ihrer Warenökonomie. Einen Weg, um aus dieser Situation herauszukommen, zeigen diese Bücher nicht auf, aber wenn damit nicht ein Rückfall in neue Irrationalismen verbunden ist, verweisen sie auf neue Horizonte.

Sigrid Metz-Göckel (Dortmund)

### Erziehungswissenschaften

**Bauch, Wilhelm, Uwe Schmidt und Herbert Steink:** Emanzipatorische Arbeiterbildung. Überlegungen und Materialien zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Verlag Die Arbeitswelt, Berlin 1975 (262 S., br., 16,- DM).

Die Autoren wollen mit ihrem Buch keine »Theorie einer emanzipatorischen Bil-

dungsarbeit« vorlegen, »die in der Lage wäre, die Möglichkeiten und Grenzen der Arbeiterbildung zu verdeutlichen, um darauf aufbauend eine materialistisch begründete Konzeption der Arbeiterbildung in den Gewerkschaften zu entwickeln« (9); sie wollen nur einige ausgewählte Aspekte dieses Problembereiches diskutieren. Seltsamerweise beginnen die Autoren dann aber nicht mit der Diskussion, sondern berichten vorweg auf fast 50 Seiten einiges über »Lohnabhängige und Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft«, denen sich auf ebenfalls fast 50 Seiten eine Diskussion über »Elemente und Faktoren des Lohnabhängigenbewußtseins«, besonders das der Arbeiterjugend, anschließt. Wenn nun die – im Einzelnen teilweise problematischen – Ergebnisse dieser Fleißarbeit systematisch auf die Frage der Arbeiterbildung bezogen würden, könnte dagegen nichts gesagt werden. Dies geschieht allerdings nicht, denn nach einigen historischen Ausführungen über die Arbeiterbildung in der Weimarer Republik bleibt für die zentrale Partie des Buches (gemessen an der Intention) wenig übrig: der Untersuchung der »integrativen Bildungsarbeit« – speziell der IG Metall zwischen 1971 und 1974 – werden ganze 5 Seiten gewidmet (132–136).

Auch wenn die Autoren dieses eklatante Mißverhältnis zwischen Titel und Einlösung selbst sehen (21), wird nicht klar, warum sie dennoch, statt »Voraussetzungen für gewerkschaftliche Bildungsarbeit« (21) zu benennen und auf diese selbst zu beziehen, gleichsam ein Buch über »Gewerkschaften im Kapitalismus« schreiben. Immerhin sind für den, der sich mit gewerkschaftlicher Bildungsarbeit beschäftigt, einige im Anhang (137–256) abgedruckte Papiere – eine Kurzanalyse der Hefte »Themenkreis Betrieb«, der Seminarplan für Angestellte der IG Metall, die Diskussion und Beschlüsse der 10. Jugendkonferenz der IG Metall (1974) etwa – von Interesse.

Wilfried Kunstmann (Marl/Göttingen)

**Hagener, Dirk:** Radikale Schulreform zwischen Programmatik und Realität. Die schulpolitischen Kämpfe in Bremen vor dem Ersten Weltkrieg und in der Entstehungsphase der Weimarer Republik. Carl Schünemann Verlag, Bremen 1973 (255 S., br., 40,- DM).

Der Gegenstand der fundierten, gut geschriebenen Darstellung verdient allgemeines Interesse. Die Bremer Volksschullehrer bildeten im wilhelminischen Reich diejenige Lehrergruppe, die am geschlossensten und in dieser Geschlossenheit am entschiedensten für Forderungen der Lehrerschaft eintrat: Einheitsschule, Arbeitsschule und weltliche Schule. Auch die Form der Bearbeitung des Themas ist beispielhaft. Statt einer ideengeschichtlichen Betrachtung verschiedener Strömungen der Reformpädagogik bietet Hagener eine sozialhistorische Analyse der Bewegungen in der Lehrerschaft. Methodisch geschickt geht er dabei von der Frage aus, warum sich gerade die Bremer Lehrer mit der Forderung nach Abschaffung des Religionsunterrichts exponierten. Auf den ersten Blick »schien Bremen um die Jahrhundertwende am allerwenigsten geeignet zu sein, der Schauplatz öffentlicher schulpolitischer Kämpfe zwischen Lehrerschaft und politischer Leitung des Staates zu werden. Geistliche Ortschaftschulaufsicht und dogmatischen Religionsunterricht, bedeutendstes Konfliktpotential im Schulwesen des kaiserlichen Deutschland, kannte die Bremer Lehrerschaft nicht.« (25) Wie man sieht, sind auch Lehrerkämpfe nicht primär Resultat der besonders elenden Lage der Betroffenen; notwendige Bedingung ist vielmehr auch, daß sich die Widersprüche aktuell verschärfen, wie damals in den großen und schnell wachsenden Städten die zwischen der Schulverwaltung und der Lehrerschaft: »Die Schulverwaltung, infolge der Bevölkerungszunahme gezwungen, das ihr anvertraute System ständig zu erweitern, war zugleich bemüht, die Effizienz dieses Systems zu verbessern, und verstärkte deswegen die Reglementierung und Kontrolle des Unter-

richts. In der Lehrerschaft dagegen verstärkte sich zur gleichen Zeit unter dem Einfluß der frühen Reformpädagogik, deren Realisierung die unterrichtliche Freiheit des Lehrers voraussetzte, der Wunsch nach einem individuellen beruflichen Freiheitsraum.« (67) Während diese Voraussetzung aber in vielen Städten des Kaiserreiches gegeben war, kamen in Bremen spezifische Bedingungen hinzu: die traditionelle Liberalität vor allem im kirchlichen und religiösen Bereich; die erst kurz zuvor erfolgte Einrichtung der fachmännischen Schulaufsicht, die einem – damals für bremische Verhältnisse unerträglich preußischen – Schulinspektor übertragen worden war, und schließlich die gezielte Entwicklung der Kämpfe durch die Reformgruppe im Lehrerverein. Hagener kann zeigen, daß es sich hierbei um das Bündnis zweier ursprünglich selbständiger Zusammenschlüsse handelt, die später auch verschiedene Wege gingen: der sozialdemokratisch ausgerichtete Kreis um Wilhelm Holzmeier und der reformpädagogische um Fritz Gansberg. Dabei scheint die Herausbildung der sozialdemokratischen Lehrerguppe nicht unmittelbar auf die (öffentliche) schulpolitische Tätigkeit der Sozialdemokratie zurückzugehen – Hagener konstatiert vor dem Ausbruch des Lehrerkampfes 1905 eher eine »distanzierte Haltung« (88) – sondern allgemein eine Folge des Anwachsens der sozialdemokratischen Bewegung in Bremen zu sein, die ihre Mitgliedschaft zwischen 1903 und 1907 mehr als verdoppeln konnte. Die sich damit zugleich vollziehende Radikalisierung der Bremer Sozialdemokratie – von Hagener allerdings erheblich unterbewertet – blieb nicht ohne Einfluß auf die Gruppenbildung im Bremischen Lehrerverein. Eine neue Lehrergeneration, zu der Heinrich Eildermann und Johann Knief gehörten, kam zu wesentlich radikalren Schlußfolgerungen bezüglich des Verhältnisses von Schulreform und Gesellschaftsveränderung. Hagener spricht von »reformpädagogischem Radikalismus« (79), dem er allerdings ausgesprochen skeptisch gegenübersteht. Nach dem 1910 gefällten Berufsverbot für Holzmeier und dem von Hagener als »ohnmächtige Provokation« (113) eingeschätzten Grußtelegramm zu Babels 70. Geburtstag zog sich diese Gruppe mehr und mehr aus der Lehrervereinsarbeit – nicht aus der Politik! – zurück und spielte auch nach 1918 keine wesentliche Rolle mehr in der Lehrerschaft, die zu diesem Zeitpunkt »in ihrer Mehrheit keineswegs einem wie auch immer gearteten Radikalismus zuneigte(n) und eine Revolution im Schulwesen ablehnte(n)«. (143) So stehen wir vor dem Faktum, »daß in Bremen (. . .) die revolutionäre Regierung der Arbeiter- und Soldatenvertreter eine liberal-demokratische Schulreform eingeleitet hat« (152); das war nur so lange »ein durchaus realitätsnahes und praktikables Konzept« (153), bis die (sozialdemokratische) Regierung durch den Weimarer Schulkompromiß in die paradoxe Lage geriet, beim Reichsgerichtshof die Wiedereinführung des zeitweilig abgeschafften Religionsunterrichts erstreiten zu müssen, um die Errichtung evangelischer Bekenntnisschulen zu verhindern, in denen sich das ständische Vorschulwesen des Kaiserreiches zu reproduzieren drohte: »Die Regierung bemühte sich um die Wiedereinführung des Religionsunterrichts, während die konservative Rechte das um jeden Preis zu verhindern suchte.« (210) Solche Zusammenhänge lassen allerdings den Bewertungsmaßstab »Realitätsnähe«, wie Hagener ihn immer wieder anlegt, in einem anderem Licht erscheinen. Man wird nachvollziehen können, daß Hagener die sozialdemokratische Lehrerguppe insofern favorisiert, als ihre Forderungen z. B. nach einer demokratischen Schulorganisation (Wahl der Vorsteher) den Rahmen der autoritären Gesellschafts- und Staatsverfassung des Kaiserreiches sprengten und die »reinen« Reformpädagogen unter den Lehrern den Widerspruch nicht lösen konnten, wie man sich im wilhelminischen Reich eine Schulreform ohne Gesellschaftsreform vorzustellen habe. Aber trafen nicht auch – anders als Hagener meint – die Bremer Kommunisten die Problematik einer Schulreform in der fortbestehenden Klassengesellschaft, als sie 1919 empfahlen, »den Begriff ›Einheitsschule‹ für das sozialistische

Schulideal nicht mehr zu gebrauchen, da er nicht nur in der augenblicklichen Situation vom Bürgertum verfälscht werde, sondern im Grunde immer nur liberalbürgerliche Schulvorstellungen enthalten habe« (196 f.)? Wenn Hagener sich mit dieser Problematik noch differenzierter auseinandergesetzt hätte, wäre er vielleicht auch nicht auf den verhältnismäßig nichtssagenden Titel verfallen, der kaum deutlich macht, welche differenzierte Analyse welches wichtigen Gegenstandes sich dahinter verbirgt.

Frank Neumann (Bremen)

**Olbrich, Josef:** *Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit. Konzeption und Praxis.* Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1977 (359 S., br., 30,- DM).

In der Bundesrepublik ist die Arbeiterbildung eine Domäne der Gewerkschaften, sei es in der Form von Gewerkschaftsschulungen, sei es in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen über die Arbeitsgemeinschaft »Arbeit und Leben«. Daß dem nicht immer so war, zeigt die von Olbrich edierte Sammlung von Texten aus der Weimarer Republik, in denen Arbeiterbildung im Unterschied zu heute fast ausschließlich als sozialistische, weltanschaulich begründete Bildung begriffen wird – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Intentionen. In seiner Einleitung (15–33) weist Olbrich auf die differenzierte Entwicklung der Arbeiterbildungskonzeptionen als Folge der je verschiedenen organisatorischen Anbindung (Gewerkschaft/SPD/KPD) hin. Während etwa der ADGB aus einer Einschätzung der »Berufung der Arbeiterschaft zur verantwortlichen Trägerin einer neuen werdenden Volks- und Staatsordnung« (Michel 1925) (82) seinen Schwerpunkt auf die zweckgerichtete Funktionärsschulung legte, stand in SPD und mehr noch in der KPD die weltanschaulich-politische Schulung im Mittelpunkt, die in der SPD mehr und mehr an den Rand gedrängt wurde und zum Ressort linker Theoretiker wurde. Leider werden diese Entwicklungen von Olbrich nicht detaillierter auf die Texte bezogen und in ihrem sozial- und organisationsgeschichtlichen Kontext analysiert, sondern nur kurz skizziert – wobei etwa bezweifelt werden darf, daß in Weimar die marxistische Deutung der gesellschaftlichen Realität »nicht öffentlichen Sanktionsbedingungen« (30) unterlag.

Ein eigener Teil ist den Texten zum Verhältnis von Arbeiterbildung und den aus dem Boden schießenden Volkshochschulen gewidmet, wobei die Kernefrage die auch heute aktuelle nach der Funktion der »Neutralität« war: neben positiven (»sie soll Bürger – im besten Sinne des Wortes – erziehen« [207]) und partiell skeptischen, an weiteren Erfahrungen interessierten, Einschätzungen stand die von der KPD getragene Kritik an den Volkshochschulen als »Mittel zur psychologischen Verankerung des Kapitalismus« (193), wobei zu beachten ist, daß es sich in der Weimarer Republik erst um die Anfänge eines systematischen Volkshochschulsystems handelte. Interessant ist dabei – auch unter dem Gesichtspunkt der »Neutralität« – der Bericht über die »Freie proletarische Volkshochschule Remscheid« (279–292) als Beispiel einer im strengen Sinne parteilichen VHS-Konzeption. Überhaupt: was in den Konzeptionen angesprochen wird, erscheint deutlich in den Praxisberichten des letzten Teils. Von der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) –inklusive einer Kritik von Friedjung – bis zur halbuniversitären »Akademie der Arbeit« in Frankfurt reicht der Bogen der dargestellten Möglichkeiten von Arbeiterbildung, wobei bei der Akademie die Problematik staatlicher Trägerschaft für Arbeiterbildung deutlich wird: Antimarxisten als Vermittler von Marxistischer Theorie sind nicht dazu angetan, zur Klassenperspektive gewerkschaftlicher Bildung beizutragen (Zammert 1926) (134).

Die Quellensammlung ist – auch wenn Tietgens im Vorwort das Fehlen des »anthropologischen Aspekts« (12) bemängelt – in zwei Hinsichten nützlich: einmal ermöglicht sie eine genauere Aufarbeitung und Diskussion historischer Alternativkon-

zepte von Arbeiterbildung, zum anderen kann die gegenwärtige Diskussion um politische Arbeiterbildung hierdurch diesseits anthropologischer Begründungen Dimensionen erhalten, die im Fortgang der ökonomischen Krise an Aktualität gewinnen werden.

Wilfried Kunstmann (Marl/Göttingen)

**Wolsing, Theo:** Untersuchungen zur Berufsausbildung im Dritten Reich. Schriftenreihe zur Geschichte und Politischen Bildung, Bd. 24, Aloys Henn Verlag, Kastellaun/Düsseldorf 1977 (803 S., br., 48,- DM).

Wolsing untersucht Konzepte, Bedingungsfaktoren und praktische Maßnahmen zur Gestaltung der Berufsausbildung im Dritten Reich, um drei Fragenkomplexe zu klären: 1. Wie wurden erziehungstheoretische und politische Vorstellungen der NS-Machthaber in der Berufsausbildung umgesetzt? 2. Welchen Stellenwert hatte die ideologische Schulung gegenüber der fachlichen Ausbildung? 3. Wie reagierten die bisherigen Träger der Berufsausbildung auf die nationalsozialistische Einflußnahme? Zur Beantwortung dieser Fragen wertet Wolsing zahlreiche Zeitungen und Mitteilungsblätter, (Fach-)Zeitschriften und Amtsblätter aus und zieht eine Fülle von Archivalien aus dem Bundesarchiv, dem Institut für Zeitgeschichte, einigen Hauptstaatsarchiven, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern sowie einer Reihe von Werksarchiven heran. Die Studie ist übersichtlich in 6 Kapitel und eine Schlußbetrachtung gegliedert, flüssig und verständlich geschrieben: Auf die Darstellung der ideologischen Grundlagen und ökonomischen Determinanten (1. Kap.) folgt die Beschreibung staatlicher Maßnahmen (Berufsberatung und Nachwuchslenkung) zur Berufsausbildung im Dritten Reich (2. Kap.). Breiten Raum beansprucht das 3. Kap. über die Berufsausbildung in Industrie, Handwerk und Handel. Im 4. Kap. wird der Reichsberufswettkampf als spezifischer Beitrag der NS-Bewegung (Hitler-Jugend und Deutsche Arbeitsfront) zur Berufsausbildung vorgestellt. Das 5. Kap. ist dem Berufsschulwesen gewidmet. Im 6. Kap. werden die vorangegangenen deskriptiven Beiträge systematisch aufeinander bezogen: das Spannungsfeld der Beziehungen von Industrie und Handwerk zu Partei und Staat, in dem Planung, Durchführung und Kontrolle der Berufsausbildung stattfanden, wird dargestellt und ausgeleuchtet. Die Schlußbetrachtung (7. Kap.) faßt die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung zusammen und bemüht sich um eine Erklärung der wachsenden Leistungsfähigkeit des Berufsausbildungssystems in der NS-Zeit, die trotz vielfältiger machtpolitisch motivierter Rivalitäten und Kompetenzstreitigkeiten der daran beteiligten Instanzen zu konstatieren ist.

Die wichtigsten Ergebnisse: Der Totalitätsanspruch der Nazis auf die Gestaltung der Berufsausbildungsverhältnisse konnte in der Praxis nur ansatzweise realisiert werden. Ein neues, typisch nationalsozialistisches Berufsausbildungssystem wurde nicht geschaffen. Vor allem in solchen Bereichen, in denen angestammte Interessen der Wirtschaft nicht unmittelbar beschnitten wurden (Berufsberatung und Nachwuchslenkung, Organisation des Reichsberufswettkampfes), konnte sich der NS-Einfluß geltend machen. Dagegen entzog sich die mehr fachlich-inhaltliche Gestaltung der betrieblichen Berufsausbildung dem Einfluß machtbesessener DAF- und Parteifunktionäre, denen zumeist die erforderliche Fachkompetenz fehlte. Zwar bemühten sich die Nazis um eine »Emotionalisierung bzw. Ideologisierung der beruflichen Sachwelt« (747), aber letztlich blieb es bei der Dominanz fachlicher Gesichtspunkte gegenüber politisch-weltanschaulicher Indoktrination. Wolsing interpretiert dies jedoch nicht als Distanz der Wirtschaft zur faschistischen Politik. »Die Mehrheit der Unternehmen und insbesondere die Interessenverbände und Standesorganisationen kooperierten mit den Machthabern im Dritten Reich« (751), zumal sie durchaus von deren Existenz und Herrschaftspraxis zu profitieren wußten.

Wolsing leistet einen beachtlichen Beitrag zur Erhellung des notorisch vernachlässigten dunklen Kapitels der deutschen Berufserziehungsgeschichte von 1933 bis 1945: seine Untersuchungen stützen sich auf ein solides Quellenfundament und geben einen guten Überblick über die realen Berufserziehungsverhältnisse in der NS-Zeit.

Martin Kipp (Hamburg)

**Siebert, Horst (Hrsg.):** Begründungen gegenwärtiger Erwachsenenbildung. Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1977 (249 S., br., 9,80 DM).

In diesem Band der Reihe »Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung« werden, durch einen Aufsatz des Herausgebers eingeleitet, 14 Aufsätze (davon 12 nach 1970 erschienen) abgedruckt, die einen Einblick in die unterschiedlichen Begründungsversuche der Erwachsenenbildung in der BRD geben sollen. Die Bandbreite des Readers reicht von der kirchlichen Erwachsenenbildung (Böhme, Lange) und einem anthropologischen bzw. »geisteswissenschaftlichen« Ansatz (Pöggeler, Ballauff) über die Diskussion um Aufgaben und Selbstverständnis der Volkshochschulen (Tietgens, Strzelewicz, Pflüger, Degen) und um die sozialwissenschaftliche Analyse von Erwachsenenqualifikationen (Knoll, Mertens, Schmitz, Buttgerit et al.) bis zur Arbeiterbildung und zur »kritischen Theorie« der Erwachsenenbildung (von Oertzen, von Werder). Auffallend ist, daß nicht nur bei Ballauff, sondern auch bei Strzelewicz und Tietgens als gleichsam »offiziellen« Vertretern des Volkshochschulverbandes die Argumentation teilweise scharf gegen die »Doktrinäre« (137) gerichtet ist, die – so muß es scheinen – die VHS in einen Kampfplatz fürs Proletariat verwandeln wollen. Inwieweit dies einer Tendenz entgegenkommt, dem Druck auf die Volkshochschulen durch weitere Entpolitisierung auszuweichen, muß noch untersucht werden. Von diesen Problemen, die mit realen gesellschaftlichen Entwicklungen zusammenhängen, ist im Einleitungsbeitrag von Siebert kaum etwas zu spüren. Dort wird versucht, eine vorläufige Typologie der Begründungsansätze in der Erwachsenenbildung aufzustellen, wobei die einzelnen Typen – zusätzlich zu den von Siebert selbst gesehenen Problemen einer solchen Schematik – ebenso nebeneinanderstehen wie die Aufsätze des Bandes: ihre Einbettung in die gesellschaftliche Wirklichkeit (oder ihr Mangel daran) bleibt ebenso ausgeblendet wie ihre unterschiedliche Funktion innerhalb der einzelnen Institutionen. Für einen Überblick über die Variationsbreite von Theorien und Ideologien der Erwachsenenbildung ist der Band brauchbar; eine Analyse der Konzepte und ihrer Tragfähigkeit bietet er kaum.

Wilfried Kunstmann (Marl/Göttingen)

## Geschichte

**Mommsen, Wolfgang J.:** Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen. Vandenhoeck und Ruprecht Verlag, Göttingen 1977 (132 S., br., 11,80 DM).

Mommsen beschließt seinen »Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen« mit der Erkenntnis, daß sich die kapitalistische Expansion in die »Dritte Welt« mit ihren Folgen: Wachstum in den Metropolen, Unterentwicklung der Peripherie, »bis heute einer schlüssigen Deutung mit Hilfe einer einheitlichen Imperialismustheorie« (115) entziehe.

Er verwirft sie alle als untauglich zum Verständnis der historischen und sozialökonomischen Realitäten. Aber aus einer gewissen theoretischen Ratlosigkeit heraus verfährt er andererseits derart eklektizistisch, daß es, nachdem er jeder Theorievariante

einen eigenen Erkenntniswert zugestanden hat, den Anschein haben könnte, als würden die mit der Wirklichkeit laut Mommsen in Einklang stehenden Theorie-Komponenten insgesamt den Imperialismus doch erklären können. Jedoch belehrt das eher klägliche Fazit des Verfassers den Leser endgültig eines anderen. Meint Mommsen doch (114): »Der Imperialismus war primär die Folge überschäumender Energien im Schoße der europäischen Gesellschaften, sowohl im wirtschaftlichen wie im militärischen und politischen Bereich, nicht aber eine systemimmanente Notwendigkeit«. Da sich der Autor abgesehen von seinen knappen Urteilen über die einzelnen Theorien darauf beschränkt, deren Inhalt zu referieren und sie gelegentlich zueinander in Beziehung zu setzen, ist zu fragen, ob denn dieses Buch eine wichtige fachwissenschaftliche oder didaktische Funktion haben kann. Immerhin liegt mit: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Imperialismus*, Köln 1970, ein Reader vor, der nicht nur die bedeutsamen Theorien vorstellt, sondern sie zugleich mit dem entsprechenden realgeschichtlichen Zusammenhang illustriert. Und in der »Kleinen Vandenhoeck-Reihe«, in der das vorliegende Buch erschien, liegt schon das Bändchen von Hans-Christoph Schröder über die »Sozialistische Imperialismusdeutung« von 1973 vor. Diese Frage nach der Relevanz von Mommsens Arbeit ist so zu beantworten: zwar informiert sie ganz passabel über die neueren westlichen Imperialismustheorien (wie z. B. die kombiniert ökonomische und psychologische Sozialimperialismustheorie Wehlers oder die Theorie der strukturellen Gewalt von Galtung u. a.), aber zum Verständnis der klassischen Theorien trägt sie nichts wesentlich Neues bei.

Wohl finden sich in diesem Teil einige präzise Charakteristiken. So beschreibt der Autor zurecht die frühen Verdikte Rosa Luxemburgs über die kapitalistische Expansion in das nicht-kapitalistische Milieu als »eine Art von Phänomenologie des Imperialismus« (31), was für die dann folgende Theorie der »Akkumulation des Kapitals« nicht ohne Folgen blieb. Und es ist ihm beizupflichten, wenn er Lenins Schrift »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« eine »polemische Kampfschrift« (40) nennt. Denn tatsächlich bezweckten Lenin und auch Luxemburg zuallererst nichts anderes, als mit der opportunistischen Politik der »Sozialchauvinisten« der II. Internationale abzurechnen. Sie wollten nicht Imperialismustheorie um der Theorie willen treiben, sondern ihre Leser dadurch, daß sie ihnen die Reife der Produktionsverhältnisse für den Übergang zum Sozialismus vor Augen führten, zur revolutionären Aktion anfeuern. Obwohl Nikolai Bucharin systematisch und stringent wie kein anderer die Imperialismustheorie Luxemburgs von marxistischem Standpunkt kritisierte und obwohl er Lenins Ansichten über den Imperialismus nachhaltig beeinflusste, merkt Mommsen dessen Beitrag zur Imperialismustheorie nur in Form von Literaturangaben im Anhang an. Daß er es wie manche Autoren vor ihm unterläßt, sich inhaltlich mit Bucharin zu befassen, ist um so fataler, als dessen Werk Auswege aus dem vom Autor hauptsächlich beklagten Insuffizienzen der marxistischen Imperialismustheorie zeigt. Denn mit seinem Theorem des Extraprofits, der den Drang der Kapitalisten über die Grenzen der kapitalistischen Länder hinaus erklärt, entgeht Bucharin einem mechanistischen sozialökonomischen Denken, das die Existenz des Kapitalismus vom Imperialismus abhängig macht. Und er denkt auch nicht deterministisch in dem historischen Sinne, daß auf den Imperialismus unweigerlich der Sozialismus folgen müsse. Noch andere Mängel fallen an Mommsens Arbeit auf: so z. B., daß er überhaupt nicht auf die neueren Versuche eingeht, die Imperialismustheorie empirisch aufzufüllen. Sicherlich hängen die Schwächen dieser in manchem sehr informativen Schrift mit dem Postulat der »Wertfreiheit« zusammen, dem der Autor wohl folgt und schließlich in folgender Handlungsmaxime zum Ausdruck bringt: »... und demgemäß sollte man nach konkreteren Strategien zur Lösung des Dilemmas der Unterentwicklung Ausschau halten als jenem des Übergangs zu einer soziali-

stischen Gesellschaftsordnung, zeigen doch die bestehenden sozialistischen Gesellschaften, daß sie die Techniken formeller wie informeller Herrschaft zumindest ebenso gut beherrschen wie ihre westlichen Konkurrenten« (108).

Frank Niess (Heidelberg)

**Gebhardt, Bruno:** Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4: K. D. Erdmann: Die Zeit der Weltkriege. 9. neu bearbeitete Auflage. Klett-Verlag, Stuttgart 1976 (908 S., Ln., 118,- DM).

Der Band umfaßt die deutsche Geschichte sei dem 1. Weltkrieg und endet mit den Anfängen der BRD und der DDR und enthält einen kurzen Abriss über die Geschichte Österreichs von 1945–1950. Die jedem Kapitel beigefügten Literaturangaben sind im ersten Teil (1. Weltkrieg und Weimarer Republik) auf den Stand von 1972, im zweiten Teil auf den Stand von 1975 gebracht. Der Bearbeiter Erdmann hat auf weite Strecken seinen Text aus der 8. Aufl. übernommen und ihn um 400 Seiten erweitert. Hinzugekommen ist vor allem ein Referat der zeitgeschichtlichen Forschung der letzten 10 Jahre, wie auch thematische Erweiterungen, besonders im Bereich der Kulturpolitik. Wirtschaftliche und sozialgeschichtliche Aspekte werden genannt, sie sind aber nur ungenügend in die stark politikgeschichtlichen Darstellungen integriert. Das Festhalten an der politikgeschichtlichen Methode und der konservativ-liberalen Grundauffassung macht die Neuauflage des Handbuches zu einem Dokument einer Geschichtsschreibung, die Generationen von Lehrerstudenten geprägt hat. Moderne sozialgeschichtliche Ansätze, wie sie etwa in Wehler's Darstellung des deutschen Kaiserreichs ihren Niederschlag gefunden haben, fehlen im Gebhardt. Stattdessen wird im Gewande einer pluralistischen Neutralität politische Faktengeschichte geboten, die verschiedene Interpretationen diskutiert, aber die eigene Grundauffassung an keiner Stelle offen ausweist. Einzelne Beobachtungen machen die grundsätzliche Option des Verfassers deutlich, wie z. B.: in der Revolution von 1918 »ging es (. . .) bei der Frage Nationalversammlung oder Räteherrschaft um die Alternative Demokratie oder Diktatur« (156). Die liebevolle Beschreibung der deutschen Kriegstechnik im 2. Weltkrieg geht bis ins Detail, »die deutsche Infanterie erhielt im Jahre 1942 ein hervorragendes Maschinengewehr . . .« (557), die Neuentwicklung eines deutschen Sturmgewehrs geschah leider zu spät, »um noch in genügenden Mengen zur Truppe zu kommen«. Mit dem Urteil im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß wird beckmesserisch umgesprungen, »im positiv völkerrechtlichen Sinne hat aber nicht Deutschland an England und Frankreich, sondern haben diese beiden Staaten Deutschland den Krieg erklärt. Nun ist ohne Zweifel Deutschland im geschichtlichen Sinn der Angreifer gewesen. . . . Wenn aber die Argumentation auf der geschichtlichen Ebene erfolgt, können die Umstände und Bedingungen nicht übersehen werden, unter denen Hitler handelte und die ihm seine Aktionen möglich machten.« (646) Während hierin eine unübersehbare Tendenz der konservativen Darstellung deutlich wird, eröffnet erst der Blick auf die Sprache und die dann sichtbaren Verknüpfungen und Interpretationen den politischen Standort von Erdmann. Nach der Darstellung des Marshall-Planes, der als Angelpunkt der deutschen Teilung zutreffend gesehen wird, und der Schilderung der westdeutschen Währungsreform mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft schreibt Erdmann zusammenfassend: »Während die westliche Welt unter amerikanischer Führung ihre Lebenskraft und die Fähigkeit zu koordinierten Anstrengungen bewies, um die wirtschaftlichen Kriegsfolgen zu überwinden, unternahm die sowjetische Führung es gleichzeitig, ihren Herrschaftsbereich zu konsolidieren« (754). Die Gegenüberstellung von »Lebenskraft« und »Konsolidierung des Herrschaftsbereiches« zeigt die Methode, die durchgängig angewandt wird. Die Par-

teillichkeit und Ideologie wird aber nicht offen ausgewiesen. Deswegen ist der Text für Studienanfänger und für unkritische Leser kaum aufbrechbar. Die begrüßenswerte Tatsache, daß der Verfasser vor die Darstellung des Dritten Reiches ein Kapitel über »Nationalsozialismus – Faschismus – Totalitarismus« schaltet, in der die verschiedenen Faschismustheorien diskutiert werden, wird dadurch wieder entwertet, daß die Beschreibung der Ansätze nicht klar zu erkennen gibt, auf welche Theorie Erdmann selbst seine Darstellung des Dritten Reiches gründen will. Die Frage nach den Erklärungsleistungen der vorgestellten Theorien wird nicht gestellt. Von daher ist es auch zu erklären, daß die Neuauflage, die die Zusammenarbeit der deutschen Großindustrie mit dem Faschismus stärker berücksichtigt, zugleich für die Wirtschaft und die Reichswehr zumindest für die Anfangszeit des Dritten Reiches, einen parteifreien Raum postuliert bei prinzipiell gleichem Interesse an der Aufrüstung. Die enge Verflechtung der IG-Farben mit dem Hitlerregime, wird durch die Bemerkung wieder abgemindert, daß der Vorstandsvorsitzende aber eine ablehnende Distanz gegenüber dem Faschismus gehabt habe.

Was leistet das Handbuch, wenn seiner Interpretation der deutschen Geschichte nur mit größtem Vorbehalt zu folgen ist: Regt es an, eröffnet es Perspektiven, zeigt es Forschungsdesiderate auf? All dies leistet es nicht. Was bleibt, ist die Möglichkeit zur schnellen Information über den Stand der bürgerlichen Geschichtsschreibung und den dazu gehörenden Literaturapparat. Dies ist zu wenig und macht das Fehlen eines an einer emanzipatorischen Theorie von Geschichte orientierten Handbuchs deutlich, das sich aber ganz anderen Prinzipien verpflichtet wissen müßte.

Thomas Berger (Göttingen)

**Zumpe, Lotte (Hrsg.): Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland.** Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1976 (312 S., Ln., 29,- DM).

Seit einigen Jahren ist die Diskussion marxistischer Wissenschaftler um den staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) neu entfacht, in erster Linie unter Ökonomen. Als »Diskussionsbeitrag« dazu seitens der Geschichtswissenschaftler versteht sich der vorliegende Sammelband. Obwohl die Herausgeberin selbst auf Lücken aufmerksam macht, darf man diese zentrale Zusammenfassung als den aktuellsten Stand der historischen SMK-Forschung in der DDR ansehen, da von nahezu allen einschlägigen Historikern Beiträge vorliegen. Die einzelnen Aufsätze sind teils vorwiegend theoretischen Charakters (Th. Kuczynski, Meißner/Bönisch, Zumpe), teils konkret-historisch orientiert. Zeitlich umfassen sie das Deutsche Kaiserreich (Nußbaum, Lehmann, Handke), die Weimarer Republik (Baudis, Puchert) und – schwerpunktmäßig – den deutschen Faschismus (J. Kuczynski, Lärmer). Die breite Streuung der Beiträge unter dem Oberbegriff des SMK greift implizit das Problem des Beginns und der Periodisierung dieses qualitativ neuen Abschnitts in der Entwicklung des Kapitalismus auf. Obwohl diese wichtige Frage besonders zwischen Ökonomen und Historikern sehr kontrovers diskutiert wird, berücksichtigen die Aufsätze sie leider nicht in hinreichender Weise. Damit blieb eine Chance zur weiteren Systematisierung der SMK-Konzeption ungenutzt. Andererseits ist der Vorschlag von Zumpe, die einander dialektisch bedingenden Kategorien des ökonomischen und außerökonomischen Zwangs – letzterer verstanden als »staatliche Einwirkungen auf den Reproduktionsprozeß« (26) – stärker zu beachten (39 ff.), geeignet, die Diskussion um die Herausbildung des SMK wesentlich voranzutreiben. Mit diesen Kategorien spielt sie an auf die in der Bundesrepublik verbreitete Auffassung von dem Primat der Politik über die Ökonomie im Faschismus. Auch andere Beiträge, wie der von Handke zur Heraus-

bildung der Arbeiterklasse vor dem Ersten Weltkrieg und der von Th. Kuczynski, der die verschiedenen Konzeptionen zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 griffig auf einen Nenner bringt (215), erfüllen Forschungsdesiderate. Nußbaum zeigt, wie der kaiserliche Staat im Bereich des Kali-Bergbaus seiner Funktion als »ideeller Gesamtkapitalist« nicht nachkam, weil er durch Beteiligungen als »realer Kapitalist« blockiert war (72). Lärmer weist für den Autobahnbau der dreißiger Jahre als Beispiel der Verflechtung von Wirtschaft und Staat nach, daß jener ». . . seiner ganzen Natur nach nur mit staatsmonopolistischen Mitteln zu bewältigen (war)« (269). Während Lehmann trotz einer fundierten statistischen Analyse zu der banalen Aussage kommt, daß sich im Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus schon »Elemente« des SMK herausbildeten (101), ist der Puchertsche Aufsatz über die staatliche Regulierung des Außenhandels nach 1918 inhaltlich eingängig. Er weist diesem für 1923 einen niedrigeren, für 1924 einen höheren Stellenwert zu und modifiziert damit überkommene Thesen. Seine Ausführung zur Opposition aus den Reihen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie (208) muß aber, da diese ohne einen einzigen einschlägigen Beleg dargestellt wurde, vorläufig als Behauptung angesehen werden. Die Beiträge von J. Kuczynski über die SMK-Diskussion innerhalb der KPD und »Die Entwicklung der bürgerlichen politischen Ökonomie in der Periode des Kapitalismus« können in dem vorliegenden Zusammenhang eher am Rande interessieren. Die besonders enge Zusammenarbeit der Monopolfraktionen untereinander (154) und mit dem Staat 1918/19, die Baudis herausarbeitet, ist – neben einzelnen Bemerkungen anderer Autoren – leider der einzige Beitrag zur weiteren Differenzierung der Monopolgruppentheorie. Diese Lücke bleibt in der theoretischen Diskussion und in der empirischen Forschung weiterhin ungeschlossen. Auch hätte man sich für den Diskussionszusammenhang in der Bundesrepublik ein stärkeres Eingehen auf hiesige theoretische Konstrukte, wie zum Beispiel den »Organisierten Kapitalismus«, gewünscht. Hier darf man vielleicht auf den Hinweis der Herausgeberin auf »weitere, hoffentlich bald nachfolgende, Veröffentlichungen« hoffen. Gleichwohl wird insgesamt schon die historische Spannweite des SMK-Konzepts angedeutet, wie sie die marxistische Geschichtsforschung in den letzten Jahren zunehmend präzisiert hat. Besonders die relative Eigenständigkeit des Staatsapparates wird theoretisch wie empirisch hervorgehoben. Damit werden bisher vernachlässigte Forschungsbereiche, wie Bürokratieuntersuchungen, für die DDR-Forschung als Desiderate auf die Tagesordnung gesetzt. So sehr jedoch die »Wechselwirkung zwischen Ökonomie und Politik, zwischen Basis und Überbau, zwischen ökonomischem und außerökonomischem Zwang« (35) betont wird, bleiben die Autoren selbstverständlich bei ihrem marxistischen Standpunkt, von dem aus sie den keineswegs mechanistisch verstandenen Primat der Ökonomie differenziert herauszuarbeiten vermögen.

Harm Schröter (Hamburg)

**Kühnl, Reinhard, und Gerd Hardach (Hrsg.):** Die Zerstörung der Weimarer Republik. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977 (292 S., br., 12,80 DM).

Anliegen des Aufsatzbandes ist vor allem die Untersuchung jener sozialen Kräfte, denen der »Hauptanteil an der Faschisierung« (8) der Weimarer Republik zukommt: Industrie- und Bankkapital, Kräfte des Staatsapparates und die kleinbürgerlich-mittelständischen Schichten. In der einleitenden Skizze »Zur politischen Ökonomie der Weimarer Republik« wendet sich Hardach gegen die scharfe Kontrastierung von Inflation/Prosperitätsphase/Krise und nennt als wesentliche Rahmenbedingung der Weimarer Republik insgesamt die wirtschaftszerrüttenden Folgen des Krieges sowie die ungenügende Anpassung an die veränderten Weltmarktbedingungen. Die daraus

resultierende »ökonomische Stagnation« (24) – das eigentliche Wirtschaftsproblem der Weimarer Republik – weise allerdings sehr unterschiedliche sektorale Prozesse auf. Diese »noch nicht hinreichend« (26) geklärte Ökonomie der ungleichen Entwicklung sei dafür verantwortlich, daß die aus den politischen Implikationen dieser ungleichen Entwicklung gespeiste Monopolgruppentheorie »bislang weitgehend auf einer personalisierenden Ebene« (26) bleibe. Dem umfangreichsten Beitrag »Großkapital, Weimarer Republik und Faschismus« von Hörster-Philipps liegt eben diese Monopolgruppentheorie zu Grunde, genauer gesagt der Ansatz Gossweilers, der gegen Kuczynski die Rolle der Banken, die Rolle außenpolitisch-globalstrategischer Orientierung als wichtige Differenzierungsfaktoren neben der Konkurrenz zwischen »neuen Industrien« und Schwerindustrie und diese partiell überlagernd hervorhob. Hörster-Philipps gelingt es mit diesem (in der Bundesrepublik bisher nur unqualifiziert kritisierten Ansatz) die Tendenz zur Deformation der parlamentarischen Demokratie als »im Wesen des monopolistischen Kapitalismus selbst begründet« (39) materialreich und überzeugend darzustellen, insbesondere die Hinwendung zum Faschismus und die Unterstützung der NSDAP. Allerdings unterliegt sie zum Teil der Gefahr einer mechanistischen Sichtweise des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, so wenn »linker« und »rechter Flügel« der NSDAP auf »spezifische wirtschaftspolitische Vorstellungen« reduziert werden, »die sich an die Forderungen der neuen Industrien bzw. an diejenigen der Schwerindustrie anlehnten.« (91) Damit werden Schwächen Gossweilers übernommen, ungelöste Probleme im Verhältnis von Monopolkapital und deutschem Faschismus durch gewagte Konstruktionen als gelöst auszugeben, auch wenn eben dies in Einzelfragen (etwa der Rolle des Keppler-Kreises in der NSDAP) von Hörster-Philipps an Gossweiler scharf kritisiert wird. (134, Anm. 244) Die einzelnen Modifikationen des in sich stringenten Ansatzes Gossweilers, die Hörster-Philipps vornimmt, sind oft ungenügend begründet, so wenn im Gegensatz zu Gossweiler, der die AEG zur Fraktion des US-orientierten Kapitals zählt, dieser Konzern jeweils unter die politische Linie der IG-Farben subsumiert wird (75, 85), oder wenn von einem »rüstungswirtschaftlichen Flügel« (117) der IG-Farben die Rede ist. Vom gleichen theoretischen Ansatz geht Müller in seiner Untersuchung »Zum Anteil der Reichswehr an der Vorbereitung des Faschismus« aus, bezogen auf die Reichswehrführung um General Schleicher, die »spezifische Interessen – die der IG-Farben im engeren, der neuen Industrien und der Deutschen Bank im weiteren Sinne« (151) vertreten habe. Die Bemühungen Schleichers um die Unterstützung von Gewerkschaften und Teilen der NSDAP für eine Militärdiktatur, deren technische Seite durch ein interessant dokumentiertes Planspiel der Reichswehr im November 1932 (169 ff.) erkundet wurde, werden entsprechend direkt als Interesse der neuen Industrie gewertet, die »unmittelbar vor dem Ziel der Errichtung der Regierung der ›Querfront‹« (168) gestanden hätten. Die Reichswehr wird von Müller zwar als »Triebkraft des Übergangs zum Faschismus« (174) überzeugend herausgearbeitet, unzureichend geklärt bleibt allerdings das komplizierte Verhältnis von Reichswehr und Monopolkapital als spezifischem Problem des Verhältnisses von Staat und Monopolkapital.

Heimel gibt in ihrem Beitrag »Mittelschichten – Brutstätten des Faschismus?« eine differenzierte Analyse dieser in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung über den Faschismus häufig als monolithisch hingestellten Schichten. Daß diese Schichten nicht Subjekt und Konstituens der faschistischen Bewegung – Kernthese aller »Mittelstands«theoretiker – sondern Objekt antisozialistischer Integrationsbestrebungen des Monopolkapitals waren, zeigt Heimel detailliert anhand der Entwicklung im Kaiserreich, wo bereits »Rassismus und Sozialdarwinismus als Legitimationsideologien« (198) für die Mittelschichten sowie spezifische Organisationsformen ausgebildet

wurden. Die Weimarer Republik bedeutete für die Mittelschichten demgegenüber »den Verlust ihrer von Regierung und Parteien umworbenen Stellung im gesellschaftlichen Spektrum«. (200) Der Schwerpunkt der Integrationsbemühungen habe sich zur Arbeiterklasse hin verschoben. Diese interessante These wird allerdings nicht ausgeführt. Die Stärke des Beitrags liegt eher in der Bereitstellung wichtigen Materials zur Genese der Integrationsbemühungen gegenüber den Mittelschichten.

Den Klassencharakter des faschistischen Systems demonstriert Ortwein in »Die stufenweise Liquidierung der sozialen Rechte der Lohnabhängigen« anhand des Gesetzes »zur Ordnung der nationalen Arbeit« von 1934, mit dem nach Zerschlagung der Gewerkschaften die aus der Weimarer Republik stammenden Zugeständnisse an die Arbeiterklasse im Arbeitsrecht liquidiert wurden. Ortwein zeigt, daß mit der Konstruktion der Betriebsgemeinschaft »bei aller archaisch anmutenden Phraseologie . . . durchaus moderne sozialtechnische Instrumentarien« (237) erarbeitet wurden.

Daß die Anwendung der »Totalitarismustheorie« auf das Ende der Weimarer Republik »nicht gleich und insgesamt bewußte Geschichtsfälschung« ist, »obwohl die Grenzen dahin fließend sind« (253), sondern ein gleichsam »aus richtigen Elementen zusammengesetztes falsches Bild« (254), ist die Kernthese von Gestigkeits Beitrag »Die Totalitarismuslegende von der Zerstörung der Weimarer Republik in den bundesdeutschen Schul-Geschichtsbüchern«, der den Band abschließt. Anhand reichhaltigen Schulbuchmaterials beleuchtet er insbesondere die zum Teil subtilen Tricks, mit denen aus dem Bemühen faschistischer Propaganda um äußerliche Ähnlichkeit zu den erbittert bekämpften Arbeiterparteien für heutige Verdunkelung des Geschichtsbeußtseins Nutzen gezogen wird.

Trotz der angemerkten Schwächen ist der Band insgesamt ein überaus wichtiger und positiver Beitrag zur bitter notwendigen Aufklärung dieses Abschnittes deutscher Geschichte, besonders zu empfehlen für alle, die sich alternativ zur redundanten Literaturflut personal gehaltener Darstellungen in die Problematik einführen lassen wollen.

Axel Schildt (Hamburg)

**Siegele-Wenschkewitz, Leonore: Nationalsozialismus und Kirche.**

Religionspolitik von Partei und Staat bis 1935. Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 5. Droste Verlag, Düsseldorf 1974 (235 S., br., 32,- DM).

Siegele-Wenschkewitz hat sich vorgenommen, das »wechselseitige« Aufeinanderwirken »allgemeinpolitischer« und »religionspolitischer« Faktoren und die jeweiligen kirchenpolitischen Schritte von Partei und Staat in dialektischer Verklammerung mit der politischen Haltung der Kirchen zu analysieren, um so die »Voraussetzungen für die Errichtung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten im Sommer 1935« (7) aufzuhellen. Diese Absichtserklärung wird indes nicht überall in gleicher Weise eingelöst, denn die Darstellung konzentriert sich vorwiegend auf die verschiedenen, in ihren Absichten und Wirkungen häufig nicht ganz kongruenten religionspolitischen Aktivitäten einzelner Staats- und Parteiinstanzen, so daß sich die Arbeit im Ergebnis dann doch stärker in den ausgetretenen Geleisen der traditionellen Kirchenkampfliteratur bewegt, als die Autorin dies selbst für wünschenswert hält (7).

Ohne grundsätzlich neue Einsichten zu formulieren, bestätigt die Untersuchung für den Bereich der Kirchenpolitik das in der Literatur zur inneren Entwicklung des NS-Staates vielbeschworene Phänomen der Konkurrenz von Ämtern und Dienststellen, unklar abgegrenzter Zuständigkeiten und gegenläufiger Konzeptionen, die in diesem Fall das Ziel verfolgten, die religiös gebundenen Schichten der Bevölkerung in eine sich allmählich ausformende faschistische Gesellschaftsordnung zu integrieren. Dabei bedienten sich die Verantwortlichen in Regierung und Partei – wie die Verfasse-

rin im einzelnen nachweist – unterschiedlicher Techniken, die sich die organisatorischen Eigenheiten der beiden Großkirchen zunutze machten und sich bei der katholischen Kirche an der »hierarchischen«, bei der evangelischen Kirche an der »volkskirchlichen« Struktur ausrichteten. So wurde letztere »mit Hilfe einer nach dem Führerprinzip gestalteten neuen Kirchenverfassung, eines deutsch-christlichen Reichsbischofs und der Majorisierung der kirchlichen Körperschaften durch« die »Volksbewegung der Deutschen Christen« unterwandert. Die katholische Kirche suchte man dagegen durch »einen Vertrag mit der Spitze der Hierarchie«, das Konkordat mit dem Vatikan, zu binden, »eine Bindung, die sich über die kirchlichen Oberhirten in Deutschland auf den katholischen Volksteil« fortsetzen und Massenloyalität sichern sollte. Daß diese »Instrumente der Gleichschaltung« (110) nicht in gewünschtem Umfang zum Erfolg führten, war einer der Gründe für die Etablierung eines gesonderten Reichskirchenministeriums und die seither stärker akzentuierten Bemühungen um eine »Trennung von Staat und Kirche«, denen der letzte Abschnitt des Buches gewidmet ist.

Zu Recht legt Siegele-W. Wert auf eine kritische Aufschlüsselung der Affinitäten zwischen Faschismus und ständestaatlichen Ideologien der katholischen Kirche, die den relativ reibungslosen Abschluß von Staatsverträgen erleichterten. Eine gleichermaßen distanzierte Analyse der ebenso bemerkenswerten Konvergenzen zwischen NSDAP und dem in den protestantischen Kirchen außerordentlich virulenten antidemokratisch-völkischen Konservatismus sucht der Leser freilich vergeblich. Die evangelische Kirche, die sich in der Weimarer Republik großenteils als Hort »geistiger Gegenrevolution« (Troeltsch) begriff, kommt merkwürdig ungeschoren davon und gerät unversehends doch wieder zum bloß leidenden Objekt staatlicher Machtansprüche. Von daher wird auch verständlich, daß sich die Verfasserin nicht scheut, unterschiedslos »Juden, Marxisten, Katholiken, Protestanten, Vagabunden, Zigeuner, Freimaurer, Sekten, Gewerkschaften, politische Parteien« als der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft »mehr oder minder schutzlos preisgegebenen Gruppen und Organisationen« (54) zu subsumieren. Bei allem Respekt vor dem persönlichen Einsatz einiger Mitglieder der Bekennenden Kirche – ein derartig generelles Urteil entfernt sich allzu weit von den Realitäten und übersieht die auch im Konfliktfall noch erstaunlich weit gezogenen »Toleranzgrenzen« (Broszat) des Regimes gegenüber der evangelischen Kirche, Toleranzgrenzen, die schon für die katholische Kirche nicht mehr uneingeschränkt galten, von Juden und aktiv oppositionellen Angehörigen der Arbeiterbewegung ganz zu schweigen.

Jens Flemming (Hamburg)

## Soziale Bewegung und Politik

**Ziegler, Jean:** Eine Schweiz – über jeden Verdacht erhaben. Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1976 (188 S., br., 19,80 DM).

Unauffälligkeit und Diskretion sind keine Individualtugenden des Schweizers, sondern der parasitären ökonomischen Funktion der helvetischen Oligarchie angepaßte Umgangsformen. Nur äußerst knapp und erst nach langem Tauziehen ist deshalb auch Jean Ziegler, Schweizer Nationalrat und Genfer Soziologieprofessor einem Berufsverbot entgangen, da durch sein sich über alle geheiligten Grundsätze der Schweigsamkeit hinwegsetzendes Buch das im Ausland gepflegte Image der eidgenössischen Sozialidylle und friedfertigen Samariter-Schweiz eine beträchtliche Demontage erfahren hat. Zieglers Grundthese, daß die Schweiz von einer schmalen, aber überaus mächtigen Bankenoligarchie verwaltet wird, die im weltweiten kapitalistischen System spezifische Funktionen der Hehlerei und der Aufrechterhaltung eigener multinationaler Kanäle für die Reinvestition der in der Schweiz deponierten Flucht-

gelder wahrnehme, findet in seinen Ausführungen eine nachhaltige Bestätigung (21). Detaillierte Untersuchungen belegen, daß die überproportional hohen Profite der helvetischen Großbanken tatsächlich weitgehend durch das Fluchtkapital erzielt werden, dem die Gnome von Zürich, Basel oder Genf zwar Anonymität und eine weitreichende Sicherheit garantieren, dafür aber eine nur lächerlich niedrige Verzinsung angedeihen lassen: die Fluchtmilliarden erhält der Schweizer Bankier also sozusagen gratis (37, 52). Neben dem Bankgeheimnis erlauben es der Oligarchie auch die sog. Steuerabkommen – individuellen Sonderverträgen zwischen steuerflüchtigen ausländischen Kapitalisten und schweizerischen Steuerbehörden –, die unentbehrliche Rolle des Hehlers im globalen imperialistischen System spielen zu können (70). Der Autor macht plausibel, daß die Schweizer Großbanken mit wesentlicher Hilfe der Fluchtmilliarden ihre eigenen »multinationalen Abenteuer« der von ihnen kontrollierten Industrie-, Bank- und Handelsgesellschaften finanzieren (37). »Wenn Sie einen Schweizer Bankier aus dem Fenster springen sehen, springen Sie hinterher. Es gibt bestimmt etwas zu verdienen dabei«, spottete bereits Voltaire, und in der Tat entwickelte die schweizerische Oligarchie bislang nur wenig Skrupel bei der Auswahl ihrer internationalen Geschäftspartner: So gelten die helvetischen Bankimperien beispielsweise als die wichtigsten stillen Gesellschafter des rassistischen Südafrika (40). Am Beispiel Chile illustriert Ziegler ferner die repressive Funktion des »sekundären« helvetischen Imperialismus, der sich nach dem Wahlsieg Allendes unter Führung der USA gleichfalls an der systematischen Sabotage und dem Boykott der chilenischen Wirtschaft beteiligte (78). Von dem Autor wird dabei besonders hervorgehoben, daß diese, angesichts der US-amerikanischen und westdeutschen Prädominanz nicht autonome, instrumentale Eigenschaft dem Imperialismus eidgenössischer Provenienz jedoch einen wesentlichen Vorteil verleiht: seine reale Praxis wird von einer verlogenen Friedensphraseologie und einer scheinneutralistischen Attitüde verschleiert (93).

Im zweiten Teil befaßt sich Ziegler mit den gesellschaftlichen Grundlagen der von den bürgerlichen Massenmedien gewöhnlich als mustergültig gepriesenen »schweizerischen Demokratie«. So ist seit 1937 aufgrund des Gesetzes über den »Arbeitsfrieden« zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden der Streik einem Schiedsgericht unterstellt, d. h. praktisch aus den Arbeitsbeziehungen verbannt. Die außerordentliche Anhäufung von Kapital, das die multinationalen Gesellschaften und Banken der Schweiz in die Lage versetzte, die einheimischen Arbeiter durch die Zahlung relativ hoher Löhne zu pazifizieren, hatte eine Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterbewegung zur Folge (95). So hat es in den vergangenen 40 Jahren in der Schweiz auch nur drei größere Streiks gegeben. Die strukturelle Gewalt eines imperialistischen Herrschaftssystems offenbart sich für Ziegler deshalb auch viel sichtbarer in der Ausbeutung und sozialen Diskriminierung der »Fremden«, der ausländischen Lohnsklaven in der Schweiz, wo sich der »Kampf gegen die Überfremdung« auf eine reale Massenbasis stützen kann. Für die Beurteilung des gegenwärtigen politischen Zustandes der schweizerischen Arbeiterbewegung ist zweifellos die Einschätzung des Autors von Wert, daß trotz einer scheinbar gespaltenen Haltung der verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie zur »Gastarbeiterfrage« die fremdenfeindlichen Bewegungen in der Schweiz objektiv den Interessen der Oligarchie entgegenkommen, indem sie den Graben zwischen den einheimischen und eingewanderten Arbeitern vertiefen (140). Den Klassencharakter der schweizerischen Gesellschaft spiegelt wohl nicht zuletzt auch die 244 Mitglieder zählende, aus den beiden Kammern National- und Ständerat bestehende Bundesversammlung wider, in der lediglich ein Arbeiter vertreten ist, von dessen Mitgliedern aber nicht weniger als 82% der Parlamentarier einem oder mehreren Verwaltungsräten von Banken, Industrie- und Handelsunternehmen angehören. Die Schlußfolgerung Zieglers, wonach somit »fast alle Abgeord-

neten direkt im Dienste des hegemonistischen Großkapitals stehen«, ist in Anbetracht des erdrückenden Materials wohl kaum zu widerlegen (129).

So schonungslos Zieglers öffentliche Demontage dieses Staatswesens ausfällt, so diffus muten seine Perspektiven zur Überwindung der bürgerlichen Klassenverhältnisse an. Offensichtlich durch die relative politische Immobilität der Situation in der Schweiz irritiert, versteigt er sich im Schlußteil zu der elitären Behauptung, daß »der abgestumpfte Mensch der europäischen Industriestaaten unfähig ist, zu einer klaren Erkenntnis der imperialistischen Mechanismen zu gelangen«, um daraus die Forderung abzuleiten, daß die »gegenwärtige Phase des Klassenkampfes im Westen mit besonderer Intensität auf theoretischer Ebene geführt werden muß« (182). Der enorme Aufschwung der demokratischen Bewegung in einer ganzen Reihe von kapitalistischen Staaten Europas in den vergangenen Jahren hat für Jean Ziegler anscheinend nicht stattgefunden.

Norbert Steinborn (Berlin/West)

**Schmid, Max:** Demokratie von Fall zu Fall. Repression in der Schweiz. Verlagsgenossenschaft, Zürich 1976 (464 S., br., 39,- sFr.).

Wie die »älteste Demokratie der Welt« in jüngster Zeit mit politisch Andersdenkenden verfahren ist, zeigt Max Schmid an einigen hundert Fällen von politischer Repression aus den Jahren 1960 bis 1975. Das Material stammt aus rund 80 Schweizer Zeitungen, in nicht wenigen Fällen wurde der geschilderte Sachverhalt durch persönliche Recherchen und Gespräche mit Repressionsopfern ergänzt. Die »vielfältigen Erscheinungsformen der strukturellen Gewalt in allen Lebensbereichen des schweizerischen Alltags« (10) sind nach fünf Kapiteln (zehn Sachgebiete) aufgliedert worden: Arbeit und Kapital, Bildung und Erziehung, Kultur und Massenmedien, Fremdenpolitik und Neutralität, Militär und Staatsschutz. In einem Anhang sind Wirtschaftsverbände und private Staatsschutzorganisationen, privatwirtschaftliche Interessenvertreter im Parlament und »Ideologen der bürgerlichen Schweiz« (439) zusammengestellt. Ein Personen- und Firmenregister mit über 1000 Namen macht das Buch zu einem eigentlichen Nachschlagewerk, zu einem *Who's Who der Repression*.

Schmids nüchterne Auflistung von Fakten, Namen und Daten belegt eine Funktionsweise der bürgerlichen Demokratie: Welches sind die Opfer, welche Institutionen, Verbände, Firmen und Personen sind für den Abbau der Freiheitsrechte verantwortlich. Dabei wird deutlich, daß die jüngsten politischen Lehrerentlassungen eine durchaus bewährte eidgenössische Tradition haben (Entlassung kommunistischer Beamter im Kalten Krieg). In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich eine Skala von teilweise spezifisch helvetischen Unterdrückungsmechanismen gegenüber Andersdenkenden: Diskriminierung der Gastarbeiter, Redebeschränkung und Einreiseverbote für Ausländer, Militäreinsätze im jurassischen Konflikt, willkürliche Asylpraxis gegenüber Flüchtlingen aus Ost oder West, Tabuisierung des Marxismus, Selbstzensur der Massenmedien usw. Die Stärke der enzyklopädischen Sammlung liegt in der knappen, dokumentarischen Darstellungsweise, die sich auf die wesentlichen Fakten beschränkt. Die Wertung wird dem Leser überlassen. Eine Schwäche liegt anderseits darin, daß die von antidemokratischen Maßnahmen Betroffenen nur als Opfer der Repression, nicht aber – wo sie sich einzeln oder gemeinsam wehren – als Teil der demokratischen Gegenkräfte geschildert werden. Es gehört zum Verdienst der von Max Schmid und anderen geleisteten Öffentlichkeitsarbeit, Impulse zur Konstituierung des »Demokratischen Manifests« gegeben zu haben, einer Bürgerrechtsbewegung, die heute in allen größeren Schweizer Städten Demokraten, Sozialisten und Kommunisten aller politischer Lager für Erhaltung und Ausbau demokratischer Rechte und Freiheiten vereinigt.

Obwohl das Buch zu teuer ist, gehört es in die Bibliothek eines jeden, der mit Staatskunde der Schweiz zu tun hat. Für den ausländischen Leser korrigiert es das Bild der »freien Schweiz«, deren bürgerliche Demokratie im Ausland oft als Musterzeugnis wie Schokolade, Uhren, Lokomotiven und Käse gehandelt wird. Ein Merkmal hat die helvetische Demokratie allerdings mit dem letztgenannten Exportartikel gemeinsam, wie Schmidts Buch eindrücklich belegt: sie ist stark durchlöchert.

Urs Rauber (Zürich)

**Jost, Hans Ulrich:** Die Altkommunisten. Linksradikalismus und Sozialismus in der Schweiz 1919–1921. Verlag Huber, Frauenfeld und Stuttgart 1977 (232 S., br., 32,- sFr.).

Im vorliegenden Buch über die Altkommunisten, eine linksradikale Gruppierung zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) im Jahr 1921, verfolgt der Autor das Thema seiner Dissertation über den Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918 (Berlin 1973) weiter. Welche Linkskräfte verkörperten in der Schweiz die Bewegung, die zur Spaltung der Sozialdemokratischen und zur Gründung der kommunistischen Partei führte? Welches war die Rolle der Altkommunisten und welches diejenige der sozialistischen Jugendinternationale? Welches war die Rolle der bis zur Gründung der KP in der Sozialdemokratie verbleibenden sogenannten Parteilinken?

Die Untersuchung beginnt mit einer Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Situation in den Nachkriegsjahren, die für die Schweiz bis jetzt kaum unter sozialgeschichtlichen Gesichtspunkten untersucht wurden. Das Jahr 1919 scheint in der Entwicklung der Klassenkämpfe in der Schweiz einen Wendepunkt darzustellen; den Abschluß einer Phase zunehmender Radikalisierung der Arbeiterbewegung seit dem Beginn des Jahrhunderts. Es leitet eine Rechtsentwicklung ein und damit eine verstärkte Integration der SPS in die bürgerliche Demokratie, was durch die schwere Wirtschaftskrise von 1921/22 noch akzentuiert wurde. Zwar fanden gerade in diesem Jahr 1919 noch heftige Arbeitskämpfe statt, die aber als isolierte Kämpfe einer Konsolidierung der bürgerlichen Herrschaft nicht zu verhindern vermochten.

Im nächsten Abschnitt arbeitet Jost auf Grund seiner großen Quellenkenntnisse die Ideen der Altkommunisten heraus, in die sowohl syndikalistisches und anarchistisches als auch leninistisches Gedankengut eingeflossen ist. In ihrem Verständnis der Funktion der Räte, im Antiparlamentarismus und in ihrer Betonung der Rolle der Bauern unterscheiden sich die Altkommunisten von den Parteilinken, mit denen sie sich später unter dem Druck der Komintern zur KPS zusammengeschlossen haben. Die Altkommunisten glaubten an das unmittelbare Bevorstehen der Revolution: ihre Strategie war so ganz auf diese Erwartungen abgestellt. Josts Sympathien liegen ganz auf der Seite dieser ungeduldigen Revoluzzer. Ob er den Linkssozialisten dabei gerecht wird, die er als praxisferne Marxisten und autoritäre Parteileute darstellt, ist zweifelhaft. Immerhin war deren Analyse der Situation klarer und wirklichkeitsgerechter.

Im dritten und interessantesten Abschnitt stellt Jost die verschiedenen Kräfte dar, welche 1921 die KPS konstituierten (neben den Altkommunisten und Linkssozialisten die sozialistische Jugendinternationale) und schildert die Entstehung der neuen Partei in den internationalen Bezügen. Die Parteispaltung, sinnvoll in einer Zeit sich entwickelnder Klassenkämpfe, kam in der Schweiz erst unter dem Druck der Komintern in einer Zeit der Rechtsentwicklung zustande. Sie hat so die schweizerische Arbeiterbewegung entscheidend geschwächt.

Die Untersuchung schließt mit einem systemtheoretischen Erklärungsversuch des Linksradikalismus in der Schweiz. Er sei entstanden auf dem Hintergrund raschen ge-

sellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels und diente dem System als stabilisierendes Moment: Durch Stigmatisierung und Kriminalisierung einer Minorität konnten in einer Krisenzeit bürgerliche Wertvorstellungen reaktiviert und die Reformisten zur Abgrenzung nach links und zur Integration ins politische System gezwungen werden. So aktuell diese These auf dem Hintergrund heutiger Vorgänge klingen mag, so erfaßt sie dennoch nur Teilaspekte des Problems. Hans Schöpfi (Zürich)

**Marti, Erwin:** *Aufbruch. Sozialistische und Arbeiterliteratur in der Schweiz.* Rotpunkt Verlag, Zürich 1977 (223 S., br., 16,80 sFr.).

Die Aufarbeitung von Traditionen der Arbeiterbewegung in der Schweiz muß noch immer weitgehend vereinzelt und privat erfolgen. Nachdem in letzter Zeit verschiedene Kleinverlage Neuausgaben wichtiger Publizisten und Schriftsteller vorgelegt haben (Lisa Bruggmann, Jakob Bühler, Robert Grimm, Hans Mühlestein), unternimmt Marti erstmals den Versuch eines systematischen Überblicks über sozialistische und Arbeiterliteratur in der Schweiz.

Das kurze erste Kapitel zu den Vorläufern einer Literatur der unteren Klassen bringt jedoch mit Ueli Bräker und Heinrich Zschokke nur zwei Namen aus einer um einiges breiteren Tradition (Gottfried Senn, Gottfried Stutz, Pestalozzi, Gotthelf). Die folgenden Kapitel bis zu den Anfängen einer organisierten kommunistischen Bewegung nach 1917 stellen vorwiegend die allgemeine Entwicklung der Arbeiterbewegung dar, streifen aber die schweizerische Literaturproduktion ebenfalls nur am Rande. Kernstück des Buches ist damit die Zeit von 1920–1945. Zusammen mit der sehr ausführlichen Bibliographie macht dieser Teil eine Fülle von Belegen zur sozialdemokratischen Literatur- und Theorieproduktion zugänglich. Auch weist Marti auf die Notwendigkeit der Aneignung der als bürgerlich-demokratisch bzw. fortschrittlich aufgefaßten Autoren hin wie Jakob Bühler und der kaum mehr bekannten Albert Minder und Carl Albert Loosli sowie als eigentliche Neuentdeckung Elisabeth Gerter mit ihrem bedeutenden Roman »Die Sticker« von 1934. Für die kommunistischen Autoren dokumentiert Marti das Werk von Lisa Bruggmann und in ausführlichen Textauszügen dasjenige von Hans Mühlestein. Leider wird dieses Material jedoch in einer weitgehend unzulänglichen Darstellungsweise präsentiert. In den Versuchen einer Theoretisierung wird Arbeiterliteratur zwar als von der »... Fähigkeit, Wirklichkeit zu erfassen und künstlerisch darzustellen, sowie (der) Wahl bestimmter Themen« abhängig gesehen, gleichzeitig aber dem historischen Wortgebrauch gefolgt, wonach all jene Literatur Arbeiterliteratur ist, die aus der Arbeiterbewegung entstand (26 f.).

Die konkrete Analyse beschränkt sich ihrerseits auf das Kriterium des formulierten oder vermuteten politischen Standpunktes des Dichters und dessen Niederschlag im Gehalt seines Werkes. Da weder Vermittlungs- und Rezeptionsbedingungen noch die Form der Wirklichkeitsdarstellung untersucht werden, bleibt die propagierte Aufgabe der Literatur, »Waffe im Klassenkampf« zu sein, eine Leerformel. Statt wissenschaftlicher Herleitung der Möglichkeiten einer Literatur der Arbeiterbewegung verkommt die Darstellung zur moralisierenden Kritik. (Vgl. etwa: »Widerlich! Demgegenüber behauptet sich schweizerische Arbeiterlyrik, etwa eines Hermann Thurow, im Rahmen eines braven Pazifismus.« (56) »Wen wundert's, daß der Kleinbürger-Arbeiterdichter vor den nationalen Befreiungsbestrebungen der unterdrückten Völker Angst hat. Die paar guten Stellen im Gedicht machen den jammernden Abschluß nicht wett.« (65) »So was hätte auch ein Faschist zusammendichten können!« (78) und öfter).

Daß nicht alle diese theoretischen Mängel dem rückständigen schweizerischen Diskussionsstand angelastet werden können, macht das Nachwort von Bernhard Wenger

über »Die literarische Darstellung der Arbeiterbewegung vom 2. Weltkrieg bis heute« deutlich. Wenger untersucht die sich verändernde Funktion der angesprochenen Literatur bis hin zu ihrer parallel dem Wegfallen der kulturellen Infrastruktur – Aufgabe einer systematischen Bildungsarbeit durch SP und Gewerkschaften, Niedergang der Büchergilde Gutenberg vom antifaschistischen Verlag mit regem Agentennetz zum herkömmlichen Buchklub – sich herausbildenden Funktionslosigkeit. Die drei Phasen der literarischen Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg – unklare Opposition und enttäuschter Rückzug aus der Politik; Panoramadarstellung aus einer Außenseiterposition; Gewinnung eines proletarischen Blickwinkels – können, so wird an knappen Werkinterpretationen gezeigt, als formal wie inhaltlich notwendig auseinander hervorgehend begriffen werden. Eine solcherart stringente Verarbeitung des im Hauptteil zugänglich gemachten Materials steht dagegen noch aus. Auch die zahlreichen zeitgenössischen Illustrationen vermögen zudem die fehlende redaktionelle Überarbeitung, die über hundert Druckfehler, den unklaren Kapitelaufbau u. a. nicht aufzuwiegen.

Stefan Howald (Zürich)

**Pletscher, Marianne:** Weggehen ist nicht so einfach. Gewalt gegen Frauen in der Schweiz. Gespräche und Informationen. Limmat Verlag, Zürich 1977 (104 S., br., 11,50 DM).

Am Beispiel Gewalt gegen Frauen wird hier ein allgemeiner Aspekt der Situation der Frau aufgezeigt: Sie lebt in der Regel unter dem rechtlichen Stand, den ihr die Gesetze ihres Landes garantieren. Dies nicht nur, weil sie ihre eigenen Rechte oft nicht kennt und in einem Klima der völligen Willkür lebt (wie etwa die Informantin, die erwägt, einen Rocker zu mieten, damit ihr Mann auch einmal seine Prügel bekomme). Selbst da, wo eine Frau die nötige Information hat und den Mut aufbringt, ihrem Recht auch *gegen* den Ehemann Geltung zu verschaffen, muß sie oft erfahren, daß das Gesetz sexistisch gehandhabt wird und Vertreter von Polizei und Rechtssprechung geneigt sind, Straftatbestände als verzeihliche »Unfälle« zu bagatellisieren.

Die neun Gespräche mit mißhandelten Frauen – wie auch der Fernsehfilm der Autorin zum selben Thema – haben manche Schweizer in ihrer selbstgerechten Haltung (»Bei uns gibt es so etwas nicht.«) erschüttert. Dies obwohl Marianne Pletscher bemüht war, die Protokolle »nicht zu Horrorgeschichten werden zu lassen« (7), und sie deshalb ganz bewußt um einiges entschärfte. Im Vergleich zu der Brutalität der in den Frauenhäusern Londons oder Berlins zu Protokoll gegebenen Schicksale scheinen denn die Schweizer Fälle auch relativ harmlos. Dem Umstand, daß das seit mehr als einem Jahr bestehende Projekt »Frauenhaus Zürich« mangels Unterstützung durch Stadt und Kanton bis heute nicht realisiert werden konnte, ist es wohl u. a. zuzuschreiben, daß in dem Bericht – bis auf eine Ausnahme – nur Frauen zur Sprache kommen, die inzwischen einen Neubeginn geschafft haben. Frauen in akuten Notsituationen sind schwer zu ermitteln und zudem zu sehr eingeschüchtert, um ihre Männer zu inkriminieren.

Bei aller Tendenz zur Mäßigung ist das Buch als bisher einziges Dokument der Gewalt in der Schweizer Familie ein mutiges Unterfangen. Gerechtfertigt scheint mir bei dem hierzulande noch so niedrigen Stand des Problembewußtseins die kritiklose Parteinahme der Autorin für die Frauen. Daß Ursachen für die Gewalttätigkeit der Männer nicht weiter ergründet werden, mag als Mangel erscheinen; die oft negativen Antworten auf Fragen nach Alkoholismus und Gewalt im Elternhaus des Mannes sagen höchstens aus, daß die herkömmlichen Vorstellungen vom Trinkerelend der Unterschicht nur für einen Teil der Fälle Gültigkeit haben. Mehr offene Fragen hätten vielleicht weniger standardisierte Information zutage gefördert. Mit dem Verzicht auf

die Frage nach kausalen Zusammenhängen entspricht Pletscher der in feministischen Kreisen häufig vertretenen Ansicht, jeder Erklärungsversuch – ob psychoanalytisch, sozialpsychologisch oder ökonomisch – komme letztlich einer Entschuldigung der schlagenden Männer gleich. Aus dem Täter werde dann das Opfer gemacht und die Diskussion bleibe einmal mehr auf den Mann zentriert.

Nicht minder aufschlußreich als die Beschreibung der Mißstände selbst ist der Anhang, in dem an erster Stelle die Reaktionen auf eine Medienkampagne des im April 1977 gegründeten »Vereins zum Schutz mißhandelter Frauen« referiert werden. Die Befürchtung des Justizdirektors des Kantons Zürich, ein Frauenrefugium könnte Sogwirkung haben und den Frauen erlauben, der Konfliktlösung auszuweichen, nimmt sich nach der Lektüre der Protokolle besonders zynisch aus. Auszüge aus Umfragen mit Ärzten und verschiedenen Amtsstellen illustrieren u. a. das fehlende Vertrauen vieler Frauen in die Kompetenz der öffentlichen Stellen (Sozialamt, Friedensrichter, etc.), sie vor Gewalt überhaupt zu schützen. Ein kurzer Ratgeber klärt die Betroffenen auf über die Wichtigkeit eines ärztlichen Attestes, über ihr gesetzlich verankertes Recht auf Verlassen des Haushaltes sowie über die Strafbarkeit der Gewaltanwendung auch innerhalb der Ehe. Eine Adressliste führt Beratungsstellen auf (z. T. solche der neuen Frauenbewegung), wo Ärzte und Anwälte vermittelt werden, die weniger frauenfeindlich argumentieren als ihre übrigen Standesgenossen.

Regula Heusser (Zürich)

## Ökonomie

**Traube, Klaus:** *Müssen wir umschalten? Von den politischen Grenzen der Technik.* Rowohlt Verlag, Reinbek 1978 (347 S., br., 22,- DM).

Was hebt dieses Buch heraus aus der anschwellenden Warn-Literatur, die von verschiedenen Gesichtspunkten her aufklärt über die zerstörerischen Konsequenzen des quantitativen Wirtschaftswachstums? Was von Ivan Illich und Paul Goodman, von Carl Améry und Robert Jungk und vielen anderen an Beobachtungen und Argumenten zusammengetragen wurde, im Negativen und Positiven, wird hier kenntnisreich ausgewertet, dies aber nun von einem Insider der Großtechnik, einem Top-Manager der Zukunftsindustrie, der, hätte sein Leben nicht eine dramatische Wende erfahren, jetzt möglicherweise zum Leiter des europäischen Zentrums für Kernfusion berufen worden wäre. Wie keiner der anderen Wachstumskritiker weiß er er von innen, wie das zugeht: wie die großen Projekte geplant werden, wie die Vertreter der Konzerne und der Regierungen konferieren, wie die Mittel aufgebracht, verwandt und verschleudert werden, wie die Pannen frisiert und ihre Kosten abgewälzt werden, wie die PR-Maschine zur Vernebelung in Gang gesetzt wird. Er kennt die Argumente, mit denen die Beteiligten sich selbst ebenso wie die Öffentlichkeit überzeugen, die ökonomischen, technischen und ideologischen, ihre Rationalität und ihre Pseudo-Rationalität, und er kennt die Zwangsjacke, in der die Mächtigen ohnmächtig stecken durch die Zwänge ihrer Interessen, durch die Zwänge angelaufener, nicht abstopparer und ständig Nachwuchs gebärender Projekte und durch die Zwänge ihres Standesbewußtseins. Er kennt das, weil er selbst in ihnen gesteckt hat und sie nun – als Ausgestoßener und als freier Mensch – durchschaut. Er fabriziert daraus aber nicht eine Enthüllungs- und Gruselstory, aus dem Ressentiment dessen, der sich rächen will. Zwar immer wieder anspielend auf eigene frühere Befangenheit und sich berufend auf eigene Erfahrungen und Beobachtungen, schreibt er ein bei aller Leidenschaft nüchternes, argumentatives Buch, verständlich für Nicht-Eingeweihte, für uns Betroffene, adressiert an alle, auch an diejenigen, aus deren Machtzirkeln er nun ausgeschieden ist, ein

Buch, das nicht mehr umgangen werden kann. Die »Muße, diesen Erkenntnissen näher auf den Grund zu gehen«, verdankt er der gegen ihn gerichteten Lauschaktion; »der diskreten Sorge des weiland Forschungsministers Hans Matthöfer danke ich es, daß diese Muße nicht durch neue Berufsarbeit unterbrochen wurde . . . Den Kopf frei von der Sorge, . . . die anvertrauten Organisationsmaschinenteile vor dem wie Weltuntergang erscheinenden Stillstand zu bewahren, widmete ich mich der Aufarbeitung all dieser mit dem Verhältnis von Technik und Menschen zusammenhängenden Erfahrungen«.

Für die heutige – auch innermarxistische – Technikdiskussion besteht der besondere Beitrag dieses Buches in der Differenzierung der durch die neuzeitliche Technik entstandenen Probleme. Auf die Überlegungen etwa von H. Marcuse und Lewis Mumford wird positiv Bezug genommen, ihr pauschaler Technik-Begriff aber durch Unterscheidungen ersetzt. Ob »die Technik«, wie sie in der kapitalistischen Ära entwickelt wurde, ein neutrales Element gegenüber der Gesellschaftsverfassung sei und von ihren jetzigen destruktiven Folgen befreit werden könne durch grundlegende Gesellschaftsveränderung – diese von manchen marxistischen Richtungen noch festgehaltene Fragestellung sieht Technik noch zu sehr als bloßes Instrument, verwendbar zum Bösen oder zum Guten je nach dem gesellschaftlichen Subjekt, und ignoriert zu sehr die Bedingtheit der Technik durch das jeweilige gesellschaftliche Bewußtsein und ihre Rückwirkungen auf dieses, also die Dialektik von Mensch und Technik. Das ist schon länger bemerkt worden. Für eine Welt aber, in der – unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen auch immer – auf neuzeitlich-technische Produktion nicht mehr verzichtet werden kann, wird es nötig, die einzelnen Formen solcher Produktion nach möglichen qualitativen Unterschieden zu befragen. Erst dadurch wird der Raum einer immer noch metaphysischen Fragestellung verlassen.

Traube konzentriert sich deshalb auf diejenige Technik, die sein persönliches Lebensschicksal geworden ist und unser aller gegenwärtiges Schicksal, sofern Akkumulation und Wachstum, multinationale Konzerne und Regierungspolitik ohne sie nicht mehr zu denken sind: auf die Großtechnik, die sich »zunehmend in alle Lebenssachverhalte so einnistet, daß sie die Grundfragen der menschlichen Gemeinschaft überwuchert« (17). Sind für jede technische Handlung und für jede Verwendung technischer Instrumente Zwekrationalität, Vorhersehbarkeit der Wirkungen samt Ausschaltung unerwünschter Wirkungen, also Berechenbarkeit und Durchschaubarkeit samt Kosten- Nutzenrechnung charakteristisch, so besteht die qualitative Besonderheit der Großtechnik darin, daß eben diese Rationalität fragwürdig wird, und daß die gesellschaftlichen Rückwirkungen (Kapitalkonzentration, »industriell-militärischer Komplex«, Verfilzung von industrieller und staatlicher Bürokratie, Entdemokratisierung) dieser Art von Technik eine neue Dimension haben. Das wird nicht, wie man erwarten könnte, vor allem an der Kernenergie gezeigt. Sie ist nur ein Beispiel unter anderen, wobei Traube die in der Antiatombewegung in den Vordergrund stehende Sicherheitsfrage für prinzipiell lösbar hält (dabei das Plutonium-Problem m. E. doch unterschätzend). Statt dessen hebt er diejenigen Gefahrenmomente hervor, die die Kernindustrie mit der übrigen Großtechnik gemeinsam hat, die sich also bei den Großprojekten der Rüstungsindustrie, bei der Raumfahrt, beim U-Bahn-Bau (soeben in Frankfurt bestätigt!), beim Plan von superschnellen Zügen durch die Bundesbahn (181 f.) ebenso zeigen lassen. Entscheidend ist, wie sich dabei das Verhältnis von Subjekt und Instrument ändert. Es entstehen veritable Verstrickungszusammenhänge: Kosten entstehen, die vorher niemand in Kauf genommen hätte; Nebenfolgen machen die Schäden größer als den Nutzen; Projekte diktieren gegen alle Vernunft ihre Fortsetzung, weil schon zu viel in sie investiert worden ist; die Anfangsentscheidungen sind irreversibel, auch wenn jedermann sie längst zum Teufel wünscht. Die

Großprojekte laufen in einer Größenordnung, in der niemand – weder am Anfang noch in einem späteren Stadium Kosten, Weiterungen und Auswirkungen mit der gerade hier nötigen Sicherheit vorausberechnen kann. Je höher – der Größe angemessen – die Notwendigkeit einer sicheren Kalkulation, desto unsicherer wird sie; je dringender bei dieser Größe die Beobachtung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhanges wird, desto isolierter von ihm werden die Projekte von den faszinierten Technokraten behandelt. Je größer ein Projekt wird, desto mehr ist es dazu verurteilt, das zu sein, was es gerade in dieser Größe unter keinen Umständen sein dürfte, und was deshalb kein Laie vermutet: eine Fahrt ins Blaue.

Die Entmythisierung der Großtechnik betrifft aber nicht nur die für sie aufgebrachtten Mittel. In sie wird nicht weniger als unsere Zukunft investiert. In einer großartigen Partie seines Buches zerpflückt Traube ein im Herbst 1977 von Wolf Häfele vorgetragenes Szenario über Energieverbrauch und Weltbevölkerung im Jahre 2030, das geleitet ist von den zwei unbefragten Prämissen: 1. Das Elend der dritten Welt beruht auf zu geringer Technisierung und auf der Bevölkerungsexplosion; 2. Die Versorgung einer Bevölkerung ist meßbar als Güterversorgung (260–281). China sollte ein Anlaß sein, diese fehlerhaften Aprioris zu hinterfragen und aufzugeben. Wegen seiner Schlußfolgerung: »Es gibt keine harmlose Großtechnik« (281) bekommen nach Traubes Urteil E. F. Schumachers Ideen einer »mittleren Technik« für die Industrieländer die gleiche Bedeutung, die ihnen für die Entwicklungsländer in der Diskussion schon weithin zugestanden ist. Hauptziel Traubes aber ist die Forderung politischer- und das heißt für ihn: demokratisch-politischer Kontrolle über Großtechnik, da in der gegenwärtigen Verfilzung der Bürokratien weder vom Willen noch von der Fähigkeit dazu die Rede sein kann. Ihm ist bewußt, welche große gesellschaftliche Veränderungen Ermöglichungsbedingung für die Erfüllung dieser lebenswichtigen Forderung sind. Darum richtet sich sein Appell vor allem an die Gewerkschaften, deren Scheuklappen er in einem wichtigen Kapitel über das Arbeitsplatz-Axiom lockern möchte (289–312).

Zu Einzelfragen müssen sich Kompetentere als ich äußern. Ich kann hier nur hervorheben, daß die Aussagen eines in Fragen der Technokratie höchst kompetenten Mannes der naserümpfenden Unterstellung von Romantik und Nostalgie bei der Technikkritik von I. Ilich, E. F. Schumacher und anderen, die man immer noch in marxistischen Zirkeln zu hören bekommt, einen Riegel verschieben. Entscheidend ist nicht, ob und wie weit diese Technikkritiker Marxismus rezipiert haben, sondern ob Marxisten frei genug sind, auf neuerer Entwicklungsstufe der Produktivkräfte kritische Erkenntnisse anderer zu rezipieren.

Was menschlich an diesem Buch beeindruckt, ist eben diese Freiheit. Es ist das Ergebnis einer Metanoia, einer Bekehrung und Umkehr im strengen Sinne des Wortes. Jeder weiß, was das für ein seltenes Ereignis ist. Ein Mann, durch widrige Belästigung aufgehalten in seiner Erfolgslaufbahn, hält still und befragt seinen bisherigen Weg, und zwar nicht beschränkt auf persönliche Selbstkritik und nicht abweichend in innere Befriedigung neuer Art, etwa religiöse, wie manchmal bei gescheiterten Erfolgsleuten zu beobachten. Er bleibt hart an der Sache und setzt seine ganze erworbene Sachlichkeit und Sachkenntnis ein, kein noch so negatives Ergebnis seiner Kritik scheuend, und er, der Insider, wird frei, die in seinen bisherigen Kreisen verachteten Ideen von Outsidern ernstzunehmen und auf Brauchbarkeit abzufragen. Vielleicht war das vorbereitet dadurch, daß er, zum Erstaunen des Verfassungsschutzes, nicht nur in »seinen Kreisen«, sondern auch noch in ganz anderen verkehrte, und dies nicht ohne Folgen. »Das Buch ist geschrieben mit einem Herzen, das nicht hinter dem üblichen Anstrich von Objektivität verbergen will, daß es links schlägt« (16). Der Kopf

hat sich vom Herzen nicht benebeln, sondern für neues Denken frei machen lassen. Dem menschlichen Ereignis entspricht die sachliche Bedeutung dieses Buches.

Helmut Gollwitzer (Berlin/West)

**Tudge, Colin:** *The Famine Business*. Faber and Faber, London, 1977 (141 S., Ln., £ 4,25).

Wo das dringlichste Agrarproblem nicht Überwindung von Mangel und Hunger, sondern die Verwertung landwirtschaftlicher Überschüsse ist, in den führenden Industriestaaten des Westens, stößt der Wachstumsimperativ der Nahrungsindustrie an Grenzen der Sattheit. Da wie jeder Wirtschaftszweig in einer kapitalistischen Wirtschaft auch die der Ernährung dienende Branche, nur um ihren relativen Besitzstand zu wahren, jährlich ein paar Prozent wachsen muß, bieten Ausweg Rationalisierung, Expansion in bisher noch nicht von der Kommerzialisierung erfaßte Bereiche der menschlichen »Nahrungskette« und Produktion immer »höherwertigerer« Nahrung.

In seiner hervorragenden Untersuchung des Geschäfts mit dem Hunger (*The Famine Business*) schildert der britische Wissenschaftsjournalist Colin Tudge die Folgen dieser Entwicklung. Riesige Nahrungsmittelkonzerne und Supermarktketten dringen in Marktbereiche vor, die bisher dem Händler an der Ecke vorbehalten waren. Industriell hergestellte Produkte in glänzender Verpackung, Eingedostes, Tiefgefrorenes, Fertigmahlkost etc. vernichten, unter Verwendung beliebig austauschbarer Werbeversprechen von ganzjährig standardisierter Frische, Bequemlichkeit, Hygiene und so weiter, durch offensive Marktstrategie traditionell bedarfsorientierte Formen der Erzeugung, Verteilung und des Konsums von Nahrung. Die Industrialisierung des Nahrungssektors erfaßt selbst die Züchterprogramme. Ganze Landstriche werden im Auftrag der Nahrungsmittelkonzerne mit genetisch uniformen Sorten bepflanzt, mit Sorten, deren genetischer Imperativ, sie dem Produktionsprogramm der Nahrungsmittelkonzerne anzupassen, mit einer Vielzahl von Nachteilen erkaufte wird. Neben dieser Expansion in neue Marktbereiche verlangt die Strategie der Konzerne auch, immer »höherwertigere«, d. h. teurere Nahrung herzustellen. Der Sack mit den getrockneten Bohnen beim Lebensmittelhändler ist schon längst der Tiefkühlgalerie im Supermarkt gewichen; anschaulich beschreibt Tudge die Metamorphose des Plätzchens vom gezuckerten Teigobjekt für festliche Tage bis zur luxurierenden »Prinzenrolle« als fest eingeplantem Bestandteil der täglichen Ernährung, und als Krönung des Bemühens um den Konsumenten, die Erfindung der Schlankheitskost: eine dickmachende hochraffinierte Nahrung wird mit fast denselben unverdaulichen Schlackeprodukten gestreckt, die zuvor beim Raffinierungsprozeß aus ihr entfernt worden waren. Ein ständig wachsender Anteil der pflanzlichen Urproduktion wird an Tiere verfüttert, um mit Verlusten von 90 Prozent der eingebrachten Energie »höherwertiges« tierisches Eiweiß und Fett in Mengen zu gewinnen, die wie Tudge zeigt, weder zur Ernährung notwendig sind, noch in der kulinarischen Tradition der »großen Küchen« auf der Welt stehen.

Diese Kritik bliebe auf der Ebene eines interessanten Essays über den Konsumerismus, würde Tudge nicht zeigen, daß das in den Industriestaaten gemachte Geschäft mit dem Hunger die Lösung des für den größten Teil der Menschheit immer bedrohlicher werdenden Hungerproblems verhindert. Nur 15 Prozent der Menschheit verbrauchen 75 Prozent des Kunstdüngers. Den Neomalthusianern, die noch immer die »Bevölkerungsexplosion« in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen über die Verelendung der dritten Welt stellen, rechnet er vor, daß die wirklichen Ursachen in der ungleichen Verteilung und Aneignung der globalen Ressourcen liegen. Wollte man die gesamte Menschheit auf US-Niveau ernähren, müßten vier Fünftel der globalen

Energieproduktion allein für landwirtschaftliche Zwecke eingesetzt werden. Von den 820 kg Getreide, die der durchschnittliche US-Bürger jährlich verbraucht, dienen 730 kg der Viehmast – das Dreifache der Menge, die ein Bewohner der dritten Welt zum Leben braucht. Gleichzeitig geht der Bevölkerung der Hungergebiete der Erde fruchtbares Ackerland von der anderthalbfachen Größe Kaliforniens für die eigene Ernährung verloren, auf dem sogenannte »cash crops« für den Konsum der reichen Länder angebaut werden. Und dieses verlorene Land, das der Erwirtschaftung von Devisen zum Ankauf moderner (Agrar-) Technik in den Industriestaaten dient, könnte mehrere hundert Millionen Menschen ernähren: »Technisch können wir zumindest für absehbare Zeit alle Menschen ernähren . . . und doch verfolgen wir eine Politik und fördern Techniken, die die menschengemachte Krise verschärfen.«

Der Autor zeigt, daß die gegenwärtig von Vertretern der Industriestaaten vorgeschlagene Lösung, Ertragssteigerung nach westlichem Vorbild und der »freie« Austausch von Agrarprodukten gegen Industrieerzeugnisse über den Weltmarkt (abgesehen davon, daß sie an der begrenzten Verfügbarkeit des Agrarrohstoffes Nummer 1, Erdöl, scheitern müßte), die Krise nur weiter verschärfen würde. Denn auf dem freien Weltmarkt können die wirtschaftlichen Großmächte die Austauschrelationen weiter zu ihren Gunsten verschieben.

Tudges Kritik der bisherigen Entwicklungsmodelle ist radikal. Er entwickelt ein Modell einer »rationalen Landwirtschaft«, deren Ziel optimale Nutzung der regionalen Möglichkeiten und eine gerechte, bedarfs- und nicht marktorientierte Verteilung der verfügbaren Ressourcen ist. Eine arbeitsintensive Selbstversorgung auf regionaler Ebene, die die lokalen klimatischen, geographischen und ökologischen Möglichkeiten nutzt, steht im Mittelpunkt. Erst nach Deckung der Grundbedürfnisse auf dieser regionalen Ebene sollen Überschüsse und Spezialitäten zwischen den einzelnen Regionen, Staaten und Kontinenten ausgetauscht werden.

Im Gegensatz zu vielen Adepten »angepaßter Technologie« läßt Tudge keinen Zweifel daran, daß die Endlichkeit der globalen Ressourcen zu einschneidenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen zwingt. Nicht die »Grenzen des Wachstums« sind erreicht, sondern die eines politischen Systems, das nicht imstande ist, mit begrenzt verfügbaren Ressourcen zu wirtschaften. Jost Herbig (München)

**Sengenberger, Werner (Hrsg.):** Der gespaltene Arbeitsmarkt – Probleme der Arbeitsmarktsegmentation. Campus-Verlag, München 1978 (309 S., br., 34,- DM).

Während sich die bisherigen Forschungsergebnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und vor allem ihre praktische Umsetzung mit gleichbleibender Ratlosigkeit – gekoppelt mit einer gewissen Resignation – präsentieren, bieten die Ansätze zur Erklärung und Beschreibung von Segmentierungsprozessen innerhalb der Arbeiterklasse und sogenannter Teilarbeitsmärkte eine neue Variante der Arbeitsmarktforschung. Vorangetrieben werden diese Ansätze in erster Linie vom Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München, dessen Direktor Sengenberger ist. Wichtig sind sie schon deshalb, weil, mit der Voraussetzung zunehmender Segmentierung auf dem gesellschaftlichen und innerbetrieblichen Arbeitsmarkt, die Solidarisierbarkeit und Politik der Arbeiterklasse erheblich in Frage gestellt ist. »Während gemeinhin die minderen Beschäftigungschancen der sogenannten Problemgruppen (Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Frauen und Behinderte) als Folge mangelnder Mobilität oder Ausbildung gesehen werden, weist die Segmentationsforschung auf andere Ursachen hin, die mit interessensgesteuerten Entwicklungstendenzen des Arbeitsmarkts und der Wirtschaftsstruktur zusammenhängen.« (11)

Der Reader will zweierlei: »Einmal soll ein Überblick über den Stand eines Teils der Arbeitsmarktforschung vermittelt werden, die gerade in der gängigen verwandten neoklassischen Theorie beheimatet ist.« (11) Zum anderen wird der Versuch unternommen, einen Beitrag zur Belebung und Erweiterung der theoretischen und politischen Diskussion der Arbeitsmarktprobleme zu leisten.

Sengenberger stellt in einem Einleitungsbeitrag Grundfragen der Ansätze der Arbeitsmarktsegmentation, den arbeitsmarktpolitischen und forschungsgeschichtlichen Hintergrund in den USA, der BRD und anderer westeuropäischer Länder, sowie eine Einschätzung, was die Segmentationsansätze bisher brachten, in sehr übersichtlicher Form dar. Obwohl er zugesteht, daß diese Ansätze eine Reihe von Fragen offen lassen oder unschlüssige sowie widersprüchliche Antworten geben, kommt er zu dem Schluß, »daß die Ansätze trotz aller Unvollkommenheit dazu beigetragen haben, die zeitweilig stagnierende Diskussion zu beleben und auf die brennenden aktuellen Probleme des Arbeitsmarktes zurückzuführen«. (40)

Im nachfolgenden Aufsatz von Pfriem wird noch einmal die Grundstruktur der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie mit ihren neueren Modifikationen (Humankapitalansatz, Job-Search-Ansatz) erläutert, so daß vor dem Hintergrund dieses traditionellen Ansatzes die Veränderungen in den vier wichtigsten theoretischen Ansätzen der Arbeitsmarktsegmentation in der US-Forschung gut nachvollzogen werden können. Ein fünfter Beitrag beinhaltet eine Kritik dieser Ansätze aus der Sicht der orthodox-neoklassischen Arbeitsmarkttheorie. Mit der Aufnahme zweier Aufsätze über die italienische und französische Situation soll erklärbar gemacht werden, daß auch die europäischen Industriestaaten dem Problem der Arbeitsmarktsegmentierung gegenüberstehen und die europäische Arbeitsmarktforschung sich dieses Problems annimmt.

Deutlich wird bei der Rekurrerung auf die anglo-amerikanische Ansätze, daß den Segmentationsforschern aus ihrer Kritik an den Neoklassikern anscheinend nur der Ausweg blieb, die Konzeptionen des »Dual Labor Market« und der »Radical Economics« aufzunehmen und sie mit der westdeutschen industriesoziologischen Forschungstradition zu verbinden. Nach dem »Dual Labor Market«-Ansatz wird der Arbeitsmarkt streng in zwei Segmente getrennt (in einen primären Markt mit gut ausgebildeten Arbeitskräften und stabilen Arbeitsbedingungen, und einen sekundären Markt, in den sich die Minderheiten, Immigranten und ein Teil der Frauen gedrängt sehen – mit instabilen Arbeitsplätzen, geringen Löhnen und keiner wirksamen Vertretung der Arbeitnehmerbelange), während die »Radical Economics« sich stark an neomarxistische und polit-ökonomische Theorien anlehnen.

Zusammenfassend läßt sich konstatieren, daß die Vertreter der Segmentationsansätze zwar einige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, basierend auf ihren empirischen Studien, sehr gut kennzeichnen. Die vorrangige Untersuchung – oder auch Überbetonung der Arbeitsmarktstruktur und ein kaum vorhandener Ansatz zu einer Krisenerklärung läßt die Gefahr offen, sich in phänomenologische Einzelbetrachtungen zu verlieren. Dies offenbart sich vor allen Dingen in den arbeitsmarktpolitischen Schlußfolgerungen, wo gerade von der Münchner Forschungsgruppe für eine Subventionierung zusätzlicher Arbeitsplätze für Problemgruppen plädiert wird, allerdings globale Maßnahmen voll herausfallen sollen. Wie die Vermehrung von Arbeitsplätzen vor sich gehen soll, bleibt ein Rätsel. Dieser »arbeitsorientierte Standpunkt« bleibt solange wirkungslos, wie er sich ausschließlich auf die Resultate und Erscheinungen der Wirtschaftsprozesse bezieht und die Ursachen unsozialer Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit nur in jeweils kurzschlüssigen Rückbezug und nicht in den Gesetzen der Produktion selbst erblickt. Trotz der aufgeführten Mängel bietet der

Reader, der auch mit einer umfassenden Bibliographie aufwartet, einen guten Überblick, in welche Richtung die Arbeitsmarktforschung an den offiziellen Instituten sich bewegt.

Heinz Kappei (Berlin/West)

**Hankel, Wilhelm:** *Der Ausweg aus der Krise.* Econ Verlag, Düsseldorf, Wien 1975 (255 S., br., 25,- DM).

Hankel will zeigen, daß die »Weltwirtschaftskrise von heute . . . eine politische Krise« (40) und die Krise in der BRD »buchstäblich importiert« (39) sei. Hinsichtlich des »Auswegs aus der Krise« begnügt sich der Autor mit knappen Andeutungen. Dieser bestehe in der Erstellung eines »neuen weltwirtschaftlichen Ordnungsrahmens« (217) durch Übereinkunft von Staaten: »ein Weltwirtschaftssystem, mit dem man rechnen kann, ein Staat, dessen Haushalt wieder stimmt, eine Rechtsordnung, die jeder in der Wirtschaft akzeptiert, die den Spielraum für Reformen absteckt, den Unternehmer zu vernünftigen Neuerungen anregt und sie ihm nicht ausredet, ein Kapitalmarkt, der durchsichtig wird . . .« (245).

Hankel geht von der Stabilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems aus und behauptet, daß es nur durch exogene Störungen in eine Krise geraten könne: Hatte »die Kopflosigkeit der führenden Bankiers die Weltwirtschaftskrise von 1929/32 hervorgerufen« (38), so sei die heutige Krise auf die »falschen Aktionen und Reaktionen der Staaten und ihrer wichtigsten Erfüllungsgehilfen, der staatlichen Zentralbanken« (40) zurückzuführen. Diese falsche Politik erblickt Hankel in der Befolgung der keynesianisch orientierten Fiskal- und Geldpolitik. Sie könne nur in der autarken, aber nicht in der offenen Volkswirtschaft ihren Zweck erfüllen. So habe die Wachstums- und Beschäftigungspolitik in den Industriestaaten des Westens nicht nur zur Inflation in diesen Ländern geführt, sondern auch zur Verschuldung der Entwicklungsländer. Den entsprechenden Folgen – importierte Inflation, Ausbleiben der Auslandsnachfrage usw. – könne sich nun kein Land, auch nicht die BRD, entziehen.

Die Hauptthese von Hankel, die ökonomische Krise von heute sei nicht die »Krise der Marktwirtschaft«, sondern die »des politischen Managements« (17), basiert auf einem Irrtum, der sich durch das ganze Buch hindurchzieht: Er verwechselt die Ursachen der ökonomischen Krise und die Folgen der daraus resultierenden Wirtschaftspolitik. Exemplarisch hierfür sind seine Ausführungen über den Zusammenhang von Marktmacht, Stagflation und Stabilisierungspolitik: Die »oligopolistische« Struktur fast aller Wachstums- und Fortschrittsindustrien« stelle »keineswegs eine bedauerliche Fehlentwicklung, eine Entartungserscheinung der Marktwirtschaft dar« (74). Die Stagflation sei lediglich eine Folge der »auf dem Nachfrage-Entzugs-Effekt basierenden Stabilitätspolitik« (75), die die Oligopole zur Reduktion der Produktionsmenge und zur Heraufsetzung des Preises zwingt. Inflation und Arbeitslosigkeit seien also die Folgen einer Wirtschaftspolitik, die »das Wettbewerbsklima jeder Volkswirtschaft« störe: »Denn am Ende bleiben nur die Großen übrig« (75). In seinem Eifer, die ökonomische Krise der Politik anzulasten, geht Hankel soweit, daß er behauptet, die »Konkurrenz der nationalen Stabilitätspolitiken mit ihrer wachsenden Produktion neuer Markt- und Währungsrisiken (habe) die Bildung multinationaler Großkonzerne entscheidend gefördert und geradezu unvermeidlich gemacht« (76).

Es ist bedauerlich, daß hier ein wirtschaftspolitisch erfahrener Autor sich einerseits unendliche Mühe gibt, die Widersprüche der Stabilisierungspolitik in kapitalistischen Systemen aufzuzeigen, sich andererseits jedoch beharrlich der Erkenntnis verschließt, daß diese letztlich aus der Widersprüchlichkeit der zugrunde liegenden Produktionsweise resultieren. Daher enthält das Werk zahlreiche Widersprüche, aber keinen »Ausweg aus der Krise«.

Sefik Alp Bahadır (Berlin/West)

**Resch, Walther F. E.:** Fremdenverkehr und Dritte Welt. Stichwörter zur Gesellschaftspolitik. Laetare-Verlag, Stein/Mfr. 1977 (118 S., br., 12,- DM).

Der Autor behandelt Probleme des Tourismus in die Länder der Dritten Welt, zu der er auch das südliche Europa zählt. Er macht zudem etliche Vorschläge zum Abbau der Konflikte, die aus der Begegnung zwischen Urlaubern aus den Industrieländern und Einheimischen entstehen.

Da, nach Resch, die meisten Entwicklungsländer keine »exportfähigen Rohstoffe« (58) besitzen und ihre Zahlungsbilanz chronisch passiv ist, erwarten sie vom Fremdenverkehr Deviseneingänge, die sie »für den Kauf von technischen Ausrüstungen in den Industrienationen« (53) benötigen. Doch durch die Kartellierung der Reiseveranstalter dieser Länder (z. B. die TUI in der BRD), wird die »konkurrierende Preisregulation« (67) fast ausgeschaltet und sie kassieren den Löwenanteil der Reisekosten. Nur noch ein geringer Anteil, der auf Verpflegung und Unterkunft entfällt, gelangt an die einheimischen Hoteliers (75 f.). Aber auch dieser wird dadurch geschmälert, daß sie einen Teil zur Deckung von Krediten und Zinsen und zur Auszahlung von Gewinnanteilen an den ausländischen Kapitalgeber abführen müssen (76 f.). Sie sind zudem gezwungen, Waren zur Befriedigung der gehobenen Ansprüche der Touristen zu importieren (77 f.).

Der Informationswert dieses Buches wird von einigen wichtigen Mängeln entschieden gemindert. Eine Verbindung zur Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom westlichen Kapitalismus, etwa bei der Auswahl der Länder, in die die Touristenströme (um)geleitet werden, wird nicht hergestellt. Dies könnte sich der Autor ohnehin nicht leisten, denn für ihn hat sich der »Kapitalismus klassischer Prägung« unter dem Druck der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen schon zu einem »Sozialkapitalismus« (9) verwandelt. Diese Arbeitnehmer sollen nun als Touristen dafür sorgen, daß das »Nord-Süd-Gefälle der Vorurteile« (106), das aus ihrem »Gefühl der Überlegenheit gegenüber der fremden Umwelt« und anderen »Klischeevorstellungen« (90) entstand, beseitigt wird. Der Kapitalismus wird dadurch als Ursache der Nord-Süd-Ungleichheit reingewaschen, die Schuld daran auf die von ihm ausgebeuteten Schichten verschoben.

Emmanuel Saridis (Berlin/West)



AS 28: 1978, 216 S., 15,50 DM, Stud. 12,- DM (ab 1979: 12,80 DM); im Abo 13,- DM, Stud. 10,- DM (ab 1979: 12,80/11,- DM).

Editorial: Wozu Forum Kritische Psychologie?

W. Maier/M. Markard:

88 Jahre Sieg über das Sozialistengesetz

U. H.-Osterkamp: Erkenntnis-Emotionalität-Handlungsfähigkeit

P. Keiler/V. Schurig: Grundlagenprobleme der Naturgeschichte des Lernens

### Arbeit und Arbeitslosigkeit

Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein (Tagungsbericht)

F. Haug/W. van Treeck/T. Waldhubel: Arbeitsorientierte Arbeitswissenschaft. Eine Umfrage

R. Kühnl: Politische Folgen der Arbeitslosigkeit

F. Deppe: Arbeiterbewußtsein und Krise

Programm des Kongresses »Arbeit und Arbeitslosigkeit in kritisch-psychologischer Sicht«



---

## 9 '78

E. Wulff: Chile fünf Jahre nach dem Putsch

Interview mit Luis Corvalan

K. Wetzel: Bonns Kollaboration hält an

F. Castro: Die Abtragung wirtschaftlicher Abhängigkeiten

Chronologie Kuba-USA

J. Nyerere: Nein zum West-Interventionismus

A. Fall: Weshalb die Tschad-Intervention?

A. Friess: Bremer Konferenz: Sozialistische Perspektive des Mittelmeerraumes

Boris/Busch/Falk: Dritte Welt-Expansion der BRD (2. Teil)

Rezensionen: Chile in Opposition

Kommentar: Afrika nach dem OAU-Gipfel

## 10 '78

A. Neto: Angola droht ein neues Vietnam!

Boris/Busch/Falk: Dritte Welt-Expansion der BRD (3. Teil)

Manifest der Paraguayanischen Kommunistischen Partei

Moncada-Rede Fidel Castros

Grundsätze der afghanischen Revolutionsregierung

9. Jg. 1978

---

## 11 '78

Jürgen Zimmer: Ausländerkinder

Manfred Pelz: Fachdidaktische Trendberichte. Französisch

Hubertus von Schoenebeck: Wenn ein Lehrer kinderfreundlich sein will. (b:e Serie)

## 12 '78

Klaus Peter Craemer/Michael Dichenberg: Jugendsekten: (Un-)Sinn fürs Leben

Hubertus von Schoenebeck: b:e Serie

Fritz Peter Hallberg: Störer im Unterricht

Peter Kalb/Jürgen Zimmer: Gespräch mit dem Kinderfilmemacher Haro Senft

11. Jg. 1978

---

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, W. Bröner, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatkowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeister, F. Werkmeister, E. Wulff. - Erscheint monatlich. - Einzelheft 1,50 DM; Jahresabo 15,- DM. - AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg L.

---

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim - Einzelheft DM 5,-; Jahresabo DM 48,-; Studentenabo DM 38,-; Probeabo (4 Hefte) DM 10,-.

# Blätter für deutsche und internationale Politik

---

8 '78

*Kommentare und Berichte*

G. Matthiessen: Zurück zur Konfrontation? Carter und die Wirklichkeit

K. D. Bredthauer: Warum Hans Filbinger gehen mußte

H. J. Andel: Kein »zweites Israel« im Libanon

*Hauptaufsätze*

G. Kade: Die Bonner Gipfelkonferenz der »Großen Sieben« und die Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA

J. Rodejohann: Militärische Aspekte der Auseinandersetzung um die Neutronenwaffe

R. Albrecht: Von der »Unabhängigkeit« der Überwachung von Kernkraftwerken

R. Rilling: Formierte Information. Eine Fallstudie am Beispiel der Berichterstattung der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« über die sozialistischen Länder

A. Chryssos: Die gegenwärtige Lage und das Kräfteverhältnis der Parteien in Griechenland

K. Gossweiler: Hitler und das Kapital (II)

*Medienkritik*

G. Giesenfeld: Ansichten zur Gewalt (Mimis Krimi, 1. Teil)

*Wirtschaftsinformation*

J. Goldberg: Die Entwicklung des Steuersystems

23. Jg. 1978

9 '78

*Kommentare und Berichte*

F. Hitzer: Die verteilten Rollen des Rolf Rodenstock

J. Eisbach: Von der »Investitionslücke« zum »Investitionsstau«

H. J. Andels: Zur Situation in Nord- und Südjenen

*Hauptaufsätze*

B. Engelmann: Szenario Filbinger

K. Bayertz: Zur Auseinandersetzung mit aktuellen Tendenzen der Technikkritik

E. Gärtner: Gedanken zu Herbert Gruhls »Grünem Manifest«

S. Salaff: Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran

H.-J. Axt: Direktwahlen zum Europäischen Parlament – ein Weg zu mehr Demokratie

M. Danesch: Die innenpolitische Entwicklung im Iran

U. Gelhausen und A. Spitzner: Privatisierung der »inneren Sicherheit«?

*Medienkritik*

G. Giesenfeld: Tatort Herz (Mimis Krimi, 2. Teil)

*Wirtschaftsinformation*

J. Goldberg: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1978

23. Jg. 1978

# dialectiques

---

24

## L'URSS: Socialisme ou non?

M. Azcarate: L'URSS contre nous

A. Comin: Moscou, le pape et le pape

M. Salvadori: Le marxisme à l'épreuve de la réalité soviétique

## Dossier: Réhabiliter Boukharine

Lettre du fils de Boukharine à Enrico Berlinguer, réponses de Giulano Procacci, Paolo Sprinano et Salvatore Sechi

S. Herrero: L'URSS, Trotsky et le mode de production bureaucratique

## Critique des Concepts Marxistes

Réponses à Louis Althusser: D. Zolo, P. Rovatti, G. Vacca, N. Badaloni, B. De Giovanni, E. Altwater, G. Maramao, M. Montanari, F. Cavazutti

R. Robin et M. Grenon: La conquête de l'hégémonie à la fin de l'Ancien Régime

Y. Blanc: Les contradictions de Gramsci

F. F. Buey: Crise, critique ou autocritique du léninisme

N. Sartorius: Syndicats et partis, masses et pouvoir

L. Sfez: La politique symbolique

2. Jg. 1978

---

Redaktion: B. Avakian-Ryng, M. Abeles, J.-C. Chauvette, Y. Mancel, D. Kaisergruber, S. Ouvrard, C.-A. Ryng, J.-L. Piel, P. de Lara, Y. Blanc, C. Lazzeri, N. Ouvrard: - Vierteljahresschrift. - Jahresabo 90 F. - 77 bis, rue Legendre 75017 Paris.

# kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

---

18

## Internationalismus

U. Müller-Plantenberg: Chile 1973-1978: Fragen an unseren Internationalismus

H. Brandt: Der Prager Frühling als weltgeschichtlich erste sozialistische Revolution

B. Nirumand: Iran 1978 - Wackelt der Pfauenthron?

## Dissens in der DKP

Briefwechsel zwischen K. Ludwig und der DKP-Zeitung *Unsere Zeit* über das Thema Bahro-Solidarität

## Noch einmal: Wer ist die Grünste der Parteien?

O. K. Flechtheim: Eine neue Partei? - Einige grundsätzliche Überlegungen

W. Wolf: Blaue Wunder mit grün-bunter Tarnkappe oder sozialistische Alternative

M. Krebs/M. Prütz: Die Rolle der K-Gruppen auf der Westberliner Alternativ-Bühne

## Eurokommunismus

E. Mandel: Zwei Schritte vor, zwei zurück. Antwort auf Louis Althusser's KPF-Kritik

6. Jg. 1978

---

Herausgeber: Ulf Wolter. Redaktionsbeirat: Rudi Dutschke, Ossip K. Flechtheim, Helmut Fleischer, Robert Jungk, Ekkehart Krippendorff, Ernest Mandel, Klaus Meschkat, Lutz Mez, Jacob Moneta, Arno Münster, Oskar Negt, Theo Pirker, Bernd Rabehl, Jochen Steffen. - 4 Nummern im Jahr. - Einzelheft 7,- DM, im Abo 6,- DM. - Verlag Oile & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 35.

# KULTUR MAGAZIN

Demokratische  
Kunst und  
Kulturpolitik

11

A. Meier: Mundart – mundart  
K. Keller: Kolumne  
C. Truninger: Bürgerschreck der 20er  
Jahre. Valeska Gert ist tot

## Debatte zur Kulturpolitik

Antworten von SABZ, SP, PdA,  
POCH

G. Winter: Iphigenie

L. Burckhardt: Denkmalpflege ist Sozial-  
politik

Tramgeschichten. Aus der Werkstatt  
schreibender Arbeiter

Interview mit P. v. Gunten

Vollzugsbeamter Rittmeyer. Erstabdruck  
von W. M. Diggelmann

Tips der Redaktion

Text zu Iphigenie

Monte Verita – Berg der Wahrheit

2. Jg. 1978

Redaktion: Th. Adank, L. Balmer, U. Bircher, P. Eichenberger, I. Hammer, K. Keller, F. van der Kooij, G. Magnaguagno, F. Rueb, L. Rüschi, B. Wyss. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft 4,50 sfr/DM, Doppelnummer 5,80 sfr/DM, Jahresabo 30.– sfr/DM, Kulturmagazin, Postfach 3188, CH-3000 Bern 7.

# lendemains

Zeitschrift für  
Frankreichforschung +  
Französischstudium

11

Louis-Sébastien Mercier

H. Hofer: Louis-Sébastien Mercier und  
kein Ende

K. Biermann: Mercier: Der Literat, das  
Volk und die öffentliche Meinung.

H. Hinz/M. Hinz: Zu Merciers tableau de  
Paris

C. Albert: Zur Bedeutung des Geldes und  
seines Einflusses auf die Beziehung der  
Individuen in Merciers La Brouette du Vi-  
naigrier

F. Labbé: L'An 2440: une lecture maçon-  
nique

J. Jurt: Die Sklaven- und Kolonialfrage in  
L.-S. Merciers L'An 2440 bis zur Franzö-  
sischen Revolution

H. Gumbrecht: Über das Versiegen »sü-  
ßer Tränen« in der Französischen Revolu-  
tion – ein Aspekt aus der Funktionsge-  
schichte des »genre sérieux«

U. Ricken: Merciers Néologie – ein Werk  
der Revolution?

**Werner Krauss: Supplement IV zum  
Dictionnaire Philosophique**

**Forum**

R. Desné: Jean Meslier gesehen durch Ar-  
thur Fitger

F. Narkirier: Georges Bernanos – Sänger  
von Verzweiflung und Hoffnung  
**France actuelle**

A. Statz: Neue Antworten auf alte Fra-  
gen? Zur politischen Lage in Frankreich  
nach den Wahlen

I. Kolboom: Die Strategie des CNPF seit  
1972

J. Varin: Frankreichs Afrika-Politik

3. Jg. 1978

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit  
J. Droz, H. U. Gumbrecht, B. Schlieben-Lange,  
A. Soboul. – Erscheint vierteljährlich. – Einzelheft 7,70,  
im Aho 6,70, Studenten 5,70. – Pahl-Rugenstein Verlag,  
Gottesweg 54, 5000 Köln 51

# MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME  
DER GESELLSCHAFT, WIRT-  
SCHAFT UND POLITIK

---

## 6 '78

Realer Sozialismus und revolutionärer  
Weltprozess

L. Knorr: NATO auf Kriegskurs?

G. Deumlich: Parteitag der DKP

G. Kwiatowski: Realer Sozialismus und  
die Welt von heute

W. Sagladin: Historische Mission der Ar-  
beiterklasse und die Arbeiterbewegung  
der Gegenwart

A. Melwil: Sowjetisch-amerikanische Be-  
ziehungen heute

J. Goldberg: Afrikapolitik der sozialisti-  
schen Länder

H. Kuschnik: Errichtung der materiell-  
technischen Basis des Kommunismus in  
der UdSSR

M. Charlier: Realer Sozialismus und  
Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in  
der BRD

J. Reusch: Politik der Pekinger Führung  
im internationalen Klassenkampf

H. Nick: Sozialismus und wissenschaftlicher  
Fortschritt

F. Werkmeister: Vietnam – Jahre nach  
dem Krieg

P. Dietzel: Kommunisten und nationale  
Befreiungskämpfe

L. Schüßler: Lehren aus den Betriebsrats-  
wahlen '78

Interview: 10 Jahre IMSF

16. Jg. 1978

---

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer,  
W. Orczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Stei-  
gerwald, O. Wagner. – Red.: F. Krause – Alle zwei  
Monate. – Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM,  
Studenten 20% Ermäßigung. – Vlg. Marxistische Blät-  
ter, Hedderheimer Landstr. 67 a, 6000 Frank-  
furt/M. 52.

# mehr wert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

---

## 17

Bernd Senf: Politische Ökonomie des  
Kapitalismus. Eine didaktische Einfüh-  
rung in die marxistische politische Öko-  
nomie, Teil I

Zum Begriff der Entfremdung bei Marx  
Gesetzmäßigkeiten der einfachen Waren-  
produktion

Die Herausbildung des Geldes

Die Quelle des Mehrwerts

Die Herausbildung des Kapitalverhältnis-  
ses

Methoden der Mehrwertproduktion

Probleme der Mehrwertrealisierung

Kapitalakkumulation und Krise

## 18

Bernd Senf: Politische Ökonomie des  
Kapitalismus, Teil II

Konzentration, Zentralisation, Monopol  
und Wertgesetz

Weltmarktbevægung des Kapitals

Staat und Kapitalverwertung

Oktober 1978

---

Verein zur Herausgabe des mehrwerts e. V.: Horst  
Arndt, Adelheid Biesecker, Gerd Famulla, Hans Utz  
Foerderreuther, Elisabeth Glombowski, Jörg Glombow-  
ski, Lutz Heiligenstadt, Sönke Hundt, Rainer Künzel,  
Jürgen Mendner, Gunther Ortman, Hajo Riese, Man-  
fred Sommer, Ilse Costas-Steinfeld, Dieter Timmer-  
mann, Heide Wiemann. – Erscheint unregelmäßig. –  
mehrwert, Salzburger Str. 8, 1000 Berlin 62

# Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie  
und sozialistische Politik



## 32

C. Leggewie: Zur Entwicklung der KPF seit der »historischen Niederlage« vom März 1978

G. Leithäuser: Ungelöste Probleme einer wirtschaftspolitischen Alternative in Frankreich

E. Altwater: Politische Implikationen der Krisenbereinigung – Überlegungen zu den Austerity-Tendenzen in Westeuropa

Kallscheuer/Rafalski/Wenzel: Die KPI heute (II)

Aschemann/Frey: Jugendarbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in Italien

T. Bieling: Die zweite italienische Studentenbewegung zwischen sozialer Emanzipation und politischer Repression

### Diskussion

P. Mattick: Zur Kritik der Überakkumulationstheorie von Beckenbach und Krätke

M. Krüger: Randnotizen zur gegenwärtigen krisentheoretischen Debatte

8. Jg. 1978

Herausgegeben von der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e. V.“ – Erscheint viermal im Jahr. – Einzelheft 9,- DM, im Abo 7,- DM. – Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98

# psychologie heute

## 10 '78

P. Parin: Der ängstliche Deutsche

R. Nelson: Computer – Denn sie wissen jetzt, was sie tun

R. Burgard: Das Komplott gegen die Frau

H. Gundlach: Wie man die »Seelentätigkeit« erforschte

E. Bornemann: Warum werden wir nicht alle verrückt?

Dokumentation zum »Psychotherapeuten-Gesetz«

Sonderteil: P. Reichel/W.-D. Eberwein: Friedensforschung

## 11 '78

Die Arbeitsmoral der 80er Jahre

M. Sander: Wir sind zu anspruchsvoll  
Gespräch mit George Bateson

F. Lehner: Die grüne Welle. Zur politischen Psychologie der »Grünen«

5. Jg. 1978

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Moebius, B. Nitzschke, A. Roethe. – Monatlich. – Einzelheft 5,- DM. Jahresabo 45,- DM. – Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

# rote blätter

## 9 '78

Das Sommersemester: Aktionen und Erfolge

Zur Ideologie und Politik der »Marxistischen Gruppe«

Bahro und die Linke

DKP-Programmwurf: Beiträge von C. Butterwegge und G. Fülberth

Die 11. Weltfestspiele in Kuba

Die Moncada-Rede Fidel Castros

Wehrkunde in der DDR

Proletarischer Film in der Weimarer Republik

Die AutorenEdition

## 10 '78

Ergebnisse der Studentenparlamentswahlen

BAFÖG – Das Millionending

Italien – Der schwarze Kern der roten Brigaden

Erstsemestermagazin: Studententips und -literatur

Gruhl – Schwarzbraune Gesinnung unter grünem Hut

Interview mit P. O. Chotjewitz

Filmkritik: Moritz, lieber Moritz

Hey/Hitzer: Streit über die »Dissidenten«

Portrait der Rockgruppe »Was tun«

8. Jg. 1978

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. – Redaktion: F. Sommerfeld, K. Deiritz, H. Ferber, D. Riechert. – Erscheint monatlich. Einzelheft 1,50 DM, Jahresabo 14,80 DM. – Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4600 Dortmund

**Detlev Albers**

### **Demokratie und Sozialismus in Italien**

Der 'historische Kompromiß' und die Strategie der Parteien und Gewerkschaften

1978. 299 S., DM 24,-

**Harry Bravenman**

### **Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß**

1977. 344 S., geb., DM 36,-

**G. Müller, U. Rödel, Ch. Sabel, F. Stille, W. Vogt**

### **Ökonomische Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus**

1978. 356 S., DM 28,-

**Klaus Novy**

### **Strategien der Sozialisierung**

Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik

1978. 333 S., DM 29,-

**Karl A. Otto**

### **Vom Ostermarsch zur APO**

Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970

1977. 230 S., DM 20,-

**Kurt P. Tudyka, Tom ETTY, Marian Sucha**

### **Macht ohne Grenzen und grenzenlose Ohnmacht**

Arbeitnehmerbewußtsein und die Bedingungen gewerkschaftlicher Gegenstrategien in multinationalen Konzernen

1978. 182 S., DM 22,-

# campus

Verlag

Schumannstraße 65  
6000 Frankfurt/Main 1

**Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Hager, Frühjof (Hrsg.): Die Sache der Sprache (A. Lundt)</i> .....	892
<i>Maas, Utz: Kann man Sprache lehren? (W. Kühnert)</i> .....	893
<i>Heinrich, Gerda: Geschichtsphilosophische Positionen der deutschen Frühromantik (E. Kölsch)</i> .....	895
<i>Bodi, Leslie: Tauwetter in Wien. Zur Prosa der österreichischen Aufklärung 1781–1795 (R. Kawa)</i> .....	897

**Soziologie**

<i>Moser, Heinz: Praxis der Aktionsforschung (P. Kost)</i> .....	898
<i>Braun, Hans und Ute Leitner (Hrsg.): Problem Familie – Familienproblem (H. Schindler)</i> .....	899
<i>Irigaray, Luce: Waren, Körper, Sprache. Der ver-rückte Diskurs der Frauen (S. Metz-Göckel)</i> .....	900
<i>Irigaray, Luce: Unbewusstes, Frauen, Psychoanalyse (S. Metz-Göckel)</i> .....	900
<i>Le Grif: Essen vom Baum der Erkenntnis. Weibliche Praxis gegen Kultur (S. Metz-Göckel)</i> .....	900
<i>Lowien, Merve: Weibliche Produktivkraft – Gibt es eine andere Ökonomie? (S. Metz-Göckel)</i> .....	900

**Erziehungswissenschaften**

<i>Bauch, Wilhelm, Uwe Schmidt und Herbert Steinke: Emanzipatorische Arbeiterbildung (W. Kunstmann)</i> .....	903
<i>Hagener, Dirk: Radikale Schulreform zwischen Programmatik und Realität (F. Neumann)</i> .....	904
<i>Olbrich, Josef: Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit (W. Kunstmann)</i> .....	906
<i>Wolsing, Theo: Untersuchungen zur Berufsausbildung im Dritten Reich (M. Kipp)</i> .....	907
<i>Siebert, Horst (Hrsg.): Begründungen gegenwärtiger Erwachsenenbildung (W. Kunstmann)</i> .....	908

**Geschichte**

<i>Mommsen, Wolfgang J.: Imperialismustheorien (F. Niess)</i> .....	908
<i>Gebhardt, Bruno: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4:</i>	
<i>K. D. Erdmann: Die Zeit der Weltkriege (Th. Berger)</i> .....	910
<i>Zumpe, Lotte (Hrsg.): Wirtschaft und Staat im Imperialismus (H. Schröter)</i> .....	911
<i>Kühnl, Reinhard und Gerd Hardach (Hrsg.): Die Zerstörung der Weimarer Republik (A. Schildt)</i> .....	912
<i>Siegele-Wenschkeewitz, Leonore: Nationalsozialismus und Kirche (J. Flemming)</i> .....	914

**Soziale Bewegung und Politik**

<i>Ziegler, Jean</i> : Eine Schweiz – über jeden Verdacht erhaben ( <i>N. Steinborn</i> ) .....	915
<i>Schmid, Max</i> : Demokratie von Fall zu Fall ( <i>U. Rauber</i> ) .....	917
<i>Jost, Hans-Ulrich</i> : Die Altkommunisten ( <i>H. Schächli</i> ) .....	918
<i>Marti, Erwin</i> : Aufbruch. Sozialistische und Arbeiterliteratur in der Schweiz ( <i>St. Howald</i> ) .....	919
<i>Pletscher, Marianne</i> : Weggehen ist nicht so einfach. Gewalt gegen Frauen in der Schweiz ( <i>R. Heusser</i> ) .....	920

**Ökonomie**

<i>Traube, Klaus</i> : Müssen wir umschalten? Von den politischen Grenzen der Technik ( <i>H. Gollwitzer</i> ) .....	921
<i>Tudge, Colin</i> : The Famine Business ( <i>J. Herbig</i> ) .....	924
<i>Michaelis, Hans</i> : Kernenergie ( <i>M. Meyer-Renschhausen</i> ) .....	854
<i>Horn, Manfred</i> : Die Energiepolitik der Bundesregierung von 1958 bis 1972 ( <i>M. Meyer-Renschhausen</i> ) .....	854
<i>Haenschke, Frank</i> : Modell Deutschland? Die Bundesrepublik in der tech- nologischen Krise ( <i>M. Meyer-Renschhausen</i> ) .....	854
<i>Arbeitsgruppe »Wiederaufbereitung«</i> : Atommüll oder der Abschied von einem teuren Traum ( <i>M. Meyer-Renschhausen</i> ) .....	854
<i>Matthöfer, Hans</i> (Hrsg.): Energiequellen für morgen? ( <i>M. Meyer-Rensch- hausen</i> ) .....	854
<i>Sterner, Siegfried</i> (Hrsg.): Energie sichern – Energie sparen ( <i>M. Meyer- Renschhausen</i> ) .....	854
<i>Sengenberger, Werner</i> (Hrsg.): Der gespaltene Arbeitsmarkt – Probleme der Arbeitsmarktsegmentation ( <i>H. Kappei</i> ) .....	925
<i>Hankel, Wilhelm</i> : Der Ausweg aus der Krise ( <i>A. Bahadır</i> ) .....	927
<i>Resch, Walther F. E.</i> : Fremdenverkehr und Dritte Welt ( <i>E. Saridis</i> ) .....	928

## Über die Autoren

*Andritzky, Walter*, Dr. phil., geb. 1950; Dipl.-Soziologe, Mitarbeiter am Institut f. Zukunftsforschung e. V. Veröffentlichungen: *Bessere Freizeitmöglichkeiten – Angebote und Rahmenbedingungen* (1978), *Lernstatt im Wohnbezirk, Kommunikationsprojekt mit Ausländern in Berlin-Wedding* (1978), Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiete: Partizipation, Freizeit, Sozialpsychologie.

*Bahadır, Sefik Alp*, vgl. Argument 110.

*Berger, Thomas*, vgl. Argument 111.

*Blankenburg, Martin*, geb. 1949; M. A. (Phil.), wiss. Mitarbeiter am Projekt »Weltanschauungsformation in der bürgerlichen Gesellschaft« (Fachbereich 11 der FU Berlin). Veröffentlichung: *Konturen einer »Ideen-Politik«* (1977). Arbeitsgebiete: Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte.

*Ernst-Pörksen, Michael*, geb. 1951; Dipl.-Volkswirt. Mitglied der ÖTV.

*Flemming, Jens*, vgl. Argument 109.

*Friedrich, Jürgen*, geb. 1942; Studium der Elektrotechnik (Technische Informatik) a. d. TH Aachen, Zweitstudium der Soziologie a. d. FU Berlin; wiss. Mitarbeiter i. d. Abteilung Informatik d. Universität Dortmund. Veröffentlichungen: *Marxismus und Kybernetik* (hrsg. mit H. Schweizer u. E. Sens, 1975); *Didaktik sozialwissenschaftlicher Methodenlehre* (mit U. Elwitz u. a., 1977). Arbeitsgebiete: Systemwiss. Methoden i. d. Sozialwissenschaften, Gesellschaftliche Auswirkungen der Informationstechnologie. Mitglied in der GEW.

*Goldberg, Jörg*, Dr. rer. pol., geb. 1943; wiss. Mitarbeiter des IMSF. Veröffentlichungen u. a.: *Eugen Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Vierteljahresberichte 1922–1939* (hrsg. u. eingel., 1978). Arbeitsgebiete: Wirtschaftliche Entwicklung, Konjunktur und Krisen.

*Goldschmidt, Werner*, Dr. phil., geb. 1940; wiss. Mitarbeiter a. d. Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg. Veröffentlichungen u. a.: *Klassenkämpfe in Westeuropa* (mit D. Albers u. P. Oehlke, 1971). Arbeitsgebiete: Politische Soziologie und Ökonomie.

*Gollwitzer, Helmut*, Dr. theol., geb. 1908; o. Prof. f. evang. Theologie (em.) a. d. FU Berlin. Ab 1938 vertrat er den verhafteten Martin Niemöller in dessen Gemeinde Berlin-Dahlem; Dozent an der damals illegalen Hochschule der Bekennenden Kirche in Berlin; 1940 Ausweisung aus Berlin und Redeverbot, Einziehung zur Wehrmacht, 1945–1949 russische Gefangenschaft. Veröffentlichungen: . . . *und fahren, wohin du nicht willst* (1951); *Krummes Holz – aufrechter Gang* (1970); *Veränderung im Diesseits* (1973); *Die kapitalistische Revolution* (1974); zahlr. Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a. *Über Entwicklung und Aufgaben der Zeitschrift »Argument«* (*Argument-Sonderband AS 1/2, 1975*), *Studentenbewegung – und was danach?* (*Argument 98, 1976*).

*Haug, Frigga*, vgl. Argument 109.

*Herbig, Jost*, Dr. rer. nat., geb. 1938; Studium der Naturwissenschaften, vier Jahre Arbeit in der Industrie, seit 1971 freier Schriftsteller. Veröffentlichungen: *Das Ende der bürgerlichen Vernunft* (1974); *Kettenreaktion* (1976); *Die Gen-Ingenieure* (1978).

*Howald, Stefan*, geb. 1953; Studium der Geschichte und Germanistik in Zürich u. Berlin/W. Arbeitsgebiete: Kulturpolitik, Ideologietheorie.

*Kappei, Heinz*, geb. 1951; Student am Institut für Konzentrationsforschung d. FU Berlin. Arbeitsgebiete: Arbeitsmarkttheorie und -politik, Technologie- und Forschungspolitik. Mitglied der ADS und der GEW im DGB.

*Kawa, Rainer*, vgl. Argument 107.

*Kipp, Martin*, vgl. Argument 110.

*Kölsch, Erhard*, geb. 1952; M. A., z. Zt. Theater-Regie-Assistent. Arbeitsgebiete: Bürgerl. u. soz. Realismus, klass. u. romant. Kunsttheorie (insb. Dramentheorie).

*Kost, Peter*, geb. 1948; Außenhandelskaufmann, Sozialwirt grad., z. Zt. Studium der Soziologie an der Universität Hamburg.

*Kühnert, Walter*, vgl. Argument 109.

*Kunstmann, Wilfried*, vgl. Argument 110.

*Lohmann, Hans-Martin*, geb. 1944; Studium der Germanistik, Politologie, Philosophie. Seit 1974 Verlagslektor. Veröffentlichungen: Rezensionen in div. Zeitschriften.

*Lohmann, Karl-Ernst*, vgl. Argument 108.

*Metz-Göckel, Sigrid*, Prof. Dr. phil., geb. 1940; Hochschullehrerin am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der PH Ruhr, Aufbaubeauftragte des Hochschuldidaktischen Zentrums in Dortmund. Veröffentlichungen: *Theorie und Praxis der Hochschuldidaktik* (1975); *Frauen und Wissenschaft* (1978); *Frauenarbeit und weibliche Produktivität* (1978); Zeitschriftenaufsätze. Arbeitsgebiete: Hochschuldidaktik und Frauenforschung. Mitglied in: SPD, GEW, Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e. V. Köln.

*Meyer-Renschhausen, Martin*; Studium der Soziologie in Marburg, z. Z. Promotion in Oldenburg. Veröffentlichungen: *Energiepolitik in der BRD* (1977); Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiete: Energie- und Verkehrspolitik. Mitglied der ÖTV.

*Niess, Frank*, vgl. Argument 110.

*Savidis, Emmanuil*, geb. 1935; Dipl. Soziologe. Arbeitsgebiete: Imperialismus und abhängige Länder.

*Schildt, Axel*, geb. 1951; Studium der Politologie, Philosophie, Geschichte und Germanistik in Hamburg und Marburg, Doktorand. Mitglied der GEW.

*Schröter, Harm*, geb. 1950; Staatsexamen, Doktorand. Arbeitsgebiet: Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik.

*Steinborn, Norbert*, geb. 1947; Dipl. Politologe, Lehrbeauftragter a. d. Fachhochschule für Wirtschaft Berlin/W., Lehrtätigkeit an versch. Fachschulen. Veröffentlichungen: Zeitschriftenaufsätze. Arbeitsgebiete: Gewerkschaftsbewegung, Parteiengeschichte, Faschismus, Verfassungsrecht. Vertrauensmann der GEW im DGB – Betriebsgruppe an der FHW Berlin.

*Terlinden, Ulla*, geb. 1945; M. A., wiss. Ass. a. Institut für Soziologie a. d. TU Berlin, freie Mitarbeiterin am Institut für Zukunftsforschung Berlin. Veröffentlichungen: *Verkehrsbedingungen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen am Beispiel erwerbstätiger Mütter* (mit anderen, 1977); *Bürgerinitiativen im Bereich des Umweltschutzes und Entwicklung von Modellen zu deren effektiver Mitwirkung* (mit W. Andritzky, 1977). Arbeitsgebiete: Umweltforschung, Frauenforschung. Mitglied im Verein: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e. V.

*Wicke, Walter*, geb. 1954; Studium der Informatik in Dortmund. Arbeitsgebiet: gesellschaftliche Auswirkungen der Informatik. Mitglied der ÖTV, Juso.

*Winkler, Michael*, vgl. Argument 109.